

Editorial	503
Verlagsmitteilungen	504
Derek Rogerson: Stromausfall oder Something is just fundamentally not working	507
Avraham Oz: Brief aus Haifa	508
Silke Wittich-Neven: Süßlast wird Altlast	509

Amerika denken

Amerikanische Weltkultur?

Paul Bové Amerika verstehen oder Die amerikanische Ausnahme	511
Hortense J. Spillers Wie nach dem Reichstagsbrand. Die Zerstörung der amerikanischen Zivilgesellschaft	522
Loïc Wacquant Von der Sklaverei zur Masseneinkerkerung	529
Lothar Hack Die Inszenierung des Empire als neue Weltordnung. Ein Literaturbericht	546

Kriege im Imperium

Wolfgang Fritz Haug Theorie des Menschenrechtskrieges bei Preuß	561
Ulrich K. Preuß Das Recht muss den Verhältnissen folgen	568
Jeff Halper Für einen israelisch-palästinensischen Staat	571
Georg Auernheimer, Georges Labica Kritik israelischer Politik ist nicht = Antisemitismus. Zwei Repliken	579

Schöner Lügen

Tilman Reitz Friedhof der Kuscheltiere. Zur Neutralisierung Adornos	585
Waltraut Engelberg Diese verräterische Sprache	595

Manfred Wekwerth Der Vormarsch der Humoristen	602
Frigga Haug »Schaffen wir einen neuen Menschentyp«. Von Henry Ford zu Peter Hartz	606
Hanna Behrend Gleichschaltung als Meinungsvielfalt	618

Kulturindustrie gone mad

Thierry Labica Clochard Chic	629
Frank Dirkopf Fühlen Lernen. Anordnungen der Affektevaluation: »Deutschland sucht den Superstar«	643
Angela McRobbie Wozu Mütter und Väter? Judith Butler, <i>Antigones Verlangen</i>	648
Mehmet Okyayuz und Raşit Kaya Mediale Hegemonieproduktion in der Türkei	658

Kulturen des Widerstands

E. San Juan jr. Aimé Césaires Poetik des Aufstands	668
Ingrid Mattern Die Wüste des Widerstands – Lustgarten Amerika. Ein Zwiegespräch mit Volker Braun	683
Elizabeth Burgos Erinnerung, Überlieferung und die Konstruktion eines »subalternen Subjekts«	693
Thomas Barfuss Ironische Handlungsfähigkeit zwischen Subversion und Anpassung	707

Kongressberichte und -ankündigungen

Arbeiter, Arbeiterbewegung und neue soziale Bewegungen im globalisierten Weltsystem (Peter Birke); Leben ist mehr als Kapital. Arbeitstagung des Netzwerks »Privatisierung – öffentliche Güter – Regulation« (Michael Wuttke)	722
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries	774

Besprechungen**Philosophie**

Bensaïd, Daniel, <i>Marx for our Times. Adventures and Misadventures of a Critique</i> (Dick Boer)	725
Adorno, Theodor W., <i>Ontologie und Dialektik</i> (Urs T. Lindner)	726
Claussen, Detlev, <i>Adorno. Ein letztes Genie</i> (Tilman Reitz)	728
Jäger, Lorenz, <i>Adorno. Eine politische Biographie</i> (Tilman Reitz)	728
Müller-Doohm, Stefan, <i>Adorno. Eine Biographie</i> (Tilman Reitz)	728
Adorno, Theodor W. u. Max Horkheimer, <i>Briefwechsel 1927-1937</i> (Konstantinos Rantis)	732
Adorno, Theodor W. u. Thomas Mann, <i>Briefwechsel 1943-1955</i> (Tobias Ebbrecht)	732
Butler, Judith, <i>Kritik der Ethischen Gewalt. Adorno-Vorlesungen 2002</i> (Tilman Reitz)	734
Butler, Judith, <i>Antigones Verlangen. Verwandtschaft zwischen Leben und Tod</i> (Angela McRobbie)	648

Kunst und Kultur

Crary, Jonathan, <i>Wahrnehmung und moderne Kultur</i> (Xenia Fischer-Loock)	736
Bock, Wolfgang, <i>Bild – Schrift – Cyberspace. Grundkurs Medienwissen</i> (Sven Werkmeister)	738
Hepp, Andreas, u. Carsten Winter (Hg.), <i>Die Cultural Studies Kontroverse</i> (Jens Kastner)	739
Winter, Rainer, <i>Die Kunst des Eigensinns. Cultural Studies als Kritik der Macht</i> (Jens Kastner)	740
Bolz, Norbert, <i>Das konsumistische Manifest</i> (Franz Hochstrasser)	741
Gerald Raunig (Hg.), <i>Transversal. Kunst und Globalisierungskritik</i> (Jens Kastner)	742

Sprache und Literatur

Gumbrecht, Hans Ulrich, <i>Die Macht der Philologie</i> (Peter Jehle)	744
Gumbrecht, Hans Ulrich, <i>1926. Ein Jahr am Rand der Zeit</i> (Franz Schneider) ..	745
Schlaffer, Heinz, <i>Die kurze Geschichte der deutschen Literatur</i> (Ruedi Graf) ...	746
Faber, Richard, »Sagen lassen sich die Menschen nichts, aber erzählen lassen sie sich alles.« <i>Über Grimm-Hebelsche Erzählung, Moral und Utopie in Benjaminscher Perspektive</i> (Christian Vogl)	748

Soziologie

Honneth, Axel (Hg.), <i>Befreiung aus der Mündigkeit</i> (Peter Faulstich)	750
Strasser, Johano, <i>Leben oder Überleben. Wider die Zurichtung des Menschen zu einem Element des Marktes</i> (Claudia Weber)	751
Bourdieu, Pierre, <i>Interventionen 1961-2001, Band 1: 1961-1980</i> (Berthold Vogel) ..	752
Bourdieu, Pierre, <i>Ein soziologischer Selbstversuch</i> (Berthold Vogel)	752

Pädagogik

Schiffauer, Werner, Gerd Baumann, Riva Kastoryano u. Steven Vertovec (Hg.), <i>Staat – Schule – Ethnizität. Politische Sozialisation von Immigrantenkindern in vier europäischen Ländern</i> (Georg Auernheimer)	754
Friebs, Barbara, <i>Das amerikanische Schulwesen zwischen Marktideologie und staatlicher Verantwortung</i> (Volker Schubert)	755
Schmidt, Renate, <i>S.O.S. Familie. Ohne Kinder sehen wir alt aus</i> (Claudia Weber)	757
Gerster, Petra, u. Christian Nürnberger, <i>Der Erziehungsnotstand. Wie wir die Zukunft unserer Kinder retten</i> (Claudia Weber)	757
Mayer, Susanne, <i>Deutschland, armes Kinderland. Wie die Ego-Gesellschaft unsere Zukunft verspielt – Plädoyer für eine neue Familienkultur</i> (Claudia Weber)	757
Gaschke, Susanne, <i>Die Erziehungskatastrophe. Kinder brauchen starke Eltern</i> (Claudia Weber)	757

Soziale Bewegungen und Politik

Segev, Tom, <i>Elvis in Jerusalem. Die moderne israelische Gesellschaft</i> (Kolja Lindner)	759
Chomsky, Noam, <i>Offene Wunde Nahost. Israel, die Palästinenser und die US-Politik</i> (Marc Hanisch)	761
Haug, Wolfgang (Hg.), <i>Friedensaussichten im Nahen Osten. Israel und Palästina im Spannungsfeld internationaler Interessen</i> (Marc Hanisch)	761
Preuß, Ulrich K., <i>Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt</i> (Wolfgang Fritz Haug)	561
Czempiel, Ernst-Otto, <i>Neue Sicherheit in Europa. Eine Kritik an Neorealismus und Realpolitik</i> (Markus Euskirchen)	762
Colectivo Situaciones, <i>¡Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien</i> (Jessica Zeller u. Martina Blank)	763

Ökonomie

Le Monde diplomatique, <i>Atlas der Globalisierung</i> (Andreas Klotz)	764
Raza, Werner, u. Ulrich Brand (Hg.), <i>Fit für den Postfordismus. Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes</i> (Christoph Scheuplein)	766
Becker, Joachim, <i>Akkumulation, Regulation und Territorium</i> (Ilker Atac)	768
Rodenstock, Randolph, <i>Chancen für Alle – Die Neue Soziale Marktwirtschaft</i> (Tobias Kröll)	770
Hartz, Peter, <i>Job-Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können</i> (Frigga Haug)	606
Heinsohn, Gunnar, u. Otto Steiger, <i>Eigentum, Zins und Geld</i> (Christian Schmidt)	772

Editorial

»Denken heute heißt Amerika denken«, schreibt Paul Bové in diesem Heft, und er meint damit nicht den Chauvinismus der Staatsintellektuellen, die seit langem keine anderen Götter mehr kennen, sondern all diejenigen, die zwischen Herrschaft und Unterdrückung noch zu unterscheiden wissen und sich aus einer Subalternität herauszuarbeiten versuchen, die stets auch eine kulturelle ist. Die Weltkultur heute ist amerikanisch, selbst wenn ein Musik-TV-Sender Kampagnen gegen einen Krieg der USA führt. Globalisierung in den neoliberalen Formen ist Amerikanisierung. Wo immer man heute leben mag, lebt man in ›Amerika‹. Daher erfährt sich alle kulturelle Existenz gedoppelt: Auch der Antiamerikanismus ist von seinem Gegner bestimmt, wie umgekehrt Amerika alle Spaltungen in sich trägt, die weltweit zu finden sind. Hortense Spillers drückt ein weitverbreitetes Gefühl aus, wenn sie den 11. September 2001 und seine Verarbeitung durch die Bush-Administration mit dem Reichstagsbrand im Deutschland des Jahres 1933 vergleicht, der zum Anlass wurde, die innergesellschaftlichen Spaltungen durch Verfolgung all derjenigen zu ›überwinden‹, die ins Bild der neuen ›Gemeinschaft‹ nicht passten.

Im Anschluss an unsere letzten Doppelhefte zur »Ökonomie des Internet« (238/2000), zur »Geburt des Biokapitalismus« (242/2001) und zum »Imperium des High-Tech-Kapitalismus« (248/2002), mit denen der Akzent auf der politischen Ökonomie der herausziehenden kapitalistisch bestimmten Weltgesellschaft lag, rücken nun die *kulturellen* Formen in den Blick, in denen die Widersprüche verarbeitet werden. Eine »Weltkultur« wird ein Haus mit vielen Wohnungen sein, oder sie wird nicht sein.

Der neue amerikanische Konservatismus feiert, wie Susan Sontag in ihrer Friedenspreis-Rede gesagt hat, »das Neue und nicht etwa das Alte«. Seine Grundlage ist eine »inhaltslose Vorstellung von Religion, die der Freiheit des Konsumenten strukturell ähnlich ist [...] und dem reibungslosen Funktionieren des Konsumkapitalismus« entgegenkommt. Die Produktionsverhältnisse sind in ihrem Koordinatensystem ausgeblendet. Doch das um die Vergangenheit unbekümmerte Feiern des Neuen kann sich als kultureller Habitus nur durchsetzen, weil die Entwicklung der Produktivkräfte und die Verheißungen der Warenästhetik das Glück noch immer allen versprechen. Schwarzenegger, der steirische Bauernschädel, hat es den Kleingläubigen eben wieder gezeigt, dass es einer ›so weit bringt‹. Nur in Amerika, so will es die Legende, hat es den Drahtverhau aus Vorurteilen nie gegeben, der dafür sorgt, dass die da unten auch unten bleiben. Europa hat diese Lektion gelernt: Medienstars sind Staatschefs und Staatschefs Medienstars. Das scheint auch für manchen Philosophen zu gelten. Während andere den Kopf der Kritischen Theorie im Feuilleton abfeiern, ist er bei uns in der Sache unverzichtbar. Das ›Schöner Lügen‹, das er wie kaum einer aufs Korn genommen hat, bildet in diesem Heft eine Rubrik, die nach Fortsetzung verlangt.

Sontag hat zu Recht die Versöhnungsmacht des Kulturellen angerufen und an Situationen erinnert, in denen Literatur zum Lebens-Mittel wurde, um das moralische Überleben zu sichern. Aber das Kulturelle ist zugleich Spaltungsmacht, geeignet, die Freund-Feind-Unterscheidung in der Zeit nach dem Systemgegensatz aufrechtzuerhalten. Der »Wille zum Imperium« lässt sich nur entwickeln, wo der diffus gewordene Gegner namhaft und mithin haftbar gemacht werden kann, weiß Huntington und liefert mit dem *Clash of Civilizations* eine Methode erkenntnisdienstlicher Behandlung der Welt: »Nach dem Kalten Krieg sind die wichtigsten Unterscheidungen zwischen den Völkern nicht mehr ideologischer, politischer oder ökonomischer Art. Sie sind kultureller Art.« (21) Wo angeblich die »wichtigsten und gefährlichsten Konflikte nicht zwischen sozialen Klassen, Reichen und Armen ... stattfinden« (24), bieten die »Bruchlinien« zwischen den Kulturen den gesuchten Ausweg: Um die herrschende Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nicht nur gegen die Begehrlichkeiten der Menge zu verteidigen, sondern auch gegen die Ansprüche der künftigen Generationen. Der imperiale Wille lässt sich durch Emissions-Grenzwerte zum Schutz der kümmerlichen Reste der Ozonschicht nicht beeindruckend.

Das »Neue«, das den Namen wirklich verdiente, wäre eines, das allen zugute käme, überall, ohne Ansehen der Religion, der Hautfarbe, des Geschlechts: die Befreiung von der Weltherrschaft des Profitstrebens wäre seine Voraussetzung. PJ

Verlagsmitteilungen

Neues zur Lage. – Es ist inzwischen gelungen, den Wissenschaftsbereich mit den Zeitschriften *Das Argument*, *Forum Kritische Psychologie* und *Jahrbuch Kritische Medizin* einigermaßen abzusichern und ökonomisch rentabel, inhaltlich mit neuen Schwerpunkten eingreifender zu gestalten. Nicht zuletzt die Praxis der Buchpatenschaften und die finanzielle Absicherung durch die Autoren erlauben es, ein Programm zu machen, das in der gegenwärtigen Zeit gebraucht wird. Zur Zeit fehlen uns noch Buchpatenschaften für den schon für dieses Jahr angekündigten Band 4 der Schriften Stuart Halls. (Wer hier einspringen kann, schreibe bitte an Else Laudan, Argument-Verlag, Eppendorfer Weg 95, 20295 Hamburg, oder per E-mail an E.Laudan@argument.de.)

Da viele der *Argument*-Leser auch Autoren sind oder es bald werden können, erinnern wir kurz vor Weihnachten daran, dass Autoren unsere Bücher, auch die Belletristik, zum Autorenrabatt von 30 % erhalten können.

Argument-Neuerscheinungen

Im Oktober erschienen sowohl im Wissenschaftsbereich wie in der Belletristik zwei Werke von grundlegender Bedeutung in der Geschichte feministischer Landgewinnung.

Zum einen das *Historisch-kritische Wörterbuch des Feminismus – Abtreibung bis Hexe*, herausgegeben von Frigga Haug im Auftrag des Instituts für kritische Theorie: ein Lexikon des Feminismus, das aufarbeitet, was historisch gefordert war und warum; das nachzeichnet, welche theoretischen und praktischen Kämpfe gefochten wurden und werden; das Frauen in die Geschichte von Theorie und politischer Praxis einschreibt. Hier kann man sich sachkundig machen über die Geschichte der Bewegung, die der Frauenarbeit, der Frauenpolitik, feministische Theorie und Praxis, die Karriere des Begriffs Geschlecht, historische und aktuelle Geschlechterverhältnisse, Frauenarmut, Hausarbeitsdebatte, häusliche Produktionsweise bis hin zu begriffspolitischen Interventionen wie Gender-Mainstreaming usw. – International bekannte Theoretikerinnen haben feministische Literatur aufgearbeitet, die Kämpfe der Bewegungen sowie das Schweigen der Offizialliteratur notiert und so nicht nur feministisches Befreiungswissen dem Vergessen entrissen; sie haben auch eine Arbeit geleistet, die für Studium, Bildungsarbeit und Frauenpolitik unersetzbar ist. Das Lexikon stellt in handlicher und preisgünstiger Form die feministischen Stichworte aus den ersten 6 Bänden des Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus zusammen. (AS 295, 384 S., 19,50 €, ISBN 3-88619-295-4)

In der Abteilung Belletristik erschien jetzt Marge Piercys feministischer Bildungsroman *Donna und Jill* als Taschenbuch. Es geht um die Zurechtbiegung und Formung von Mädchen zu Frauen. Im Zentrum steht die Geschichte einer Abtreibung, die historisches Dokument zu sein scheint und zugleich wenig an Aktualität eingebüßt hat. Der Roman ist eine Studie über weibliche Aktivität in der Reproduktion von Frauenunterdrückung, zeigt aber ebenso die Arbeit der Befreiung. Ein geeignetes Weihnachtsgeschenk für alle, die am aufrechten Gang auch von Frauen interessiert sind. (640 S., 15,50 €, ISBN 3-88619-482-5)

Weitere Neuerscheinungen:

Das neue *Jahrbuch für Kritische Medizin – »Arbeit und Gesundheit«* behandelt das aktuelle Problemfeld rund um Arbeitsbedingungen im flexiblen Kapitalismus, arbeitsweltbezogene Prävention und gibt einen Einblick in den gegenwärtigen Strukturwandel. (JKM 39, 144 S., 15,50 €, ISSN 0341-0943, ISBN 3-88619-818-9)

Aus der Reihe *Beiträge zur Marx-Engels-Forschung* liegt der Band Neue Folge 2003 vor: *Nachlass – Edition*. Er zeigt Probleme der Überlieferung persönlicher Nachlässe des 19. Jahrhunderts und ihrer wissenschaftlichen Editionen. (MEF 2003, 240 S., 17,90 €, ISBN 3-88619-692-5)

Ebenfalls aus der *Marx-Engels-Forschung: Wissenschaftliche Mitteilungen* Heft 2 von Heinrich Gemkow: Sigismund Ludwig Borkheim. Vom königlich-preußischen Kanonier zum Russland-Experten an der Seite von Marx und Engels. (WM2, 176 S., 11,90 €, ISBN 3-88619-650-X)

In Kooperation mit der Edition *Das Narrenschiff* erschien in überarbeiteter zweiter Auflage Erich Wulffs analytische Schrift *Wahnsinnslogik*. Wahnsinn, so zeigt er, ist die Außerkraftsetzung von Menschen in Geschichte und Gesellschaftlichkeit um den Preis, auch die eigene Subjekthaftigkeit zu annullieren. In dieser Weise lässt sich aus der Wahnsinnslogik bzw. ihrer Analyse entschlüsseln, wessen es bedarf, um gesellschaftlicher Mensch zu sein und als Therapeut politischer Intellektueller. (179 S., 15 €, ISBN 3-88619-327-6)

In der Reihe Ariadne Krimis erschien der dritte Krimi des erfolgreichen Autorinnenduos Jean Marcy: *Mütterchen Frost*. Es ist eine Geschichte von Polizeikorruption und Vertuschung. Und es geht noch einmal um eine Privatdetektivin, die sich für Gerechtigkeit einsetzt, wo das öffentliche Recht versagt. (10,50 €, ISBN 3-88619-877-4)

InkriT – Berliner Institut für Kritische Theorie

Wir erinnern an die Ausschreibung zur Arbeitstagung »Die Linie Luxemburg/ Gramsci/Brecht in Diskussion mit Hannah Arendt« in Bad Herrenalb im Schwarzwald vom 22.-24. März 2004. Die ausführliche Ausschreibung findet sich in *Argument* 250 (zu Arendt), ein Heft, das von allen Teilnehmenden gelesen sein sollte. Wir bitten darum, sich jetzt mit einem Beitrag anzumelden und uns auch weitere Namen von wissenschaftlich-politisch Interessierten in diesem Feld zu nennen bzw. diese selbst anzusprechen. Die Teilnehmerzahl ist auf 40 begrenzt. Rückmeldung an Dr. Peter Jehle, Wiciefstr. 30, 10551 Berlin, jehle@rz.uni-potsdam.de.

Bitte auch unsere VIII. internationale Jahrestagung zum Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus in 2004 vormerken:

**WIE WEITER IN DER KRISE DES MARXISMUS?
KATASTROPHEN / KONFLIKTE / KOLLEKTIVES HANDELN**
Berlin, 20.-23. Mai 2004

Frigga Haug

Derek Rogerson

Stromausfall oder Something is just fundamentally not working

the street lights are not working
 air-conditioning is not working
 airport screening is not working
 the road map (to peace) is not working
 the railroad is not working
 my mother asks why I'm not working
 celebrities want to be left alone when they're not working
 we only have video, the sound's not working
 security's not working
 US foreign policy is not working
 affirmative action is not working
 war is not working
 it's not an issue unless it is not working
 the system's not working
 Terry's complaining his shoulder's not working
 healthcare is not working
 the flight data recorder was not working
 dishwashing machine was not working
 the parole system is not working
 the homeland security warning-system is not working
 13 percent of business-school graduates are not working
 the automated system is not working
 the coalition forces are not working
 condom dispensing machines are not working
 what I've been teaching our kids is not working
 the strategy is not working
 the business model is not working
 retirees are not working
 free-trade policies are not working
 the 'customer is always right' policy is not working
 parts of the brain that interpret emotion are not working
 Germany is not working
 the free market is not working
 police policing themselves is obviously not working
 you're joking around too much with the customers and not working
 I have a great deal of time when I'm not working
 when you love what you do you're not working
 you're less appealing to employers when you're not working
 the effort to combat terrorism is not working
 the water is not working
 my right arm is not working
 the protest vote is not working
 no one ever takes responsibility for the damn things not working
 it seems to me that something is just fundamentally not working

Avraham Oz

Brief aus Haifa

Nichts auf der Welt kann den kaltblütigen Mord an neunzehn Zivilisten – darunter fünf Kinder – und die Verletzung vieler anderer rechtfertigen, die zum Samstagslunch in ein Restaurant eingekehrt waren. Wie viele andere Betriebe in Haifa – der größten Stadt mit gemischter Bevölkerung in Israel – war dieses Restaurant ein Gemeinschaftsunternehmen von Juden und Arabern. Als jemand, der an der Universität von Haifa lehrt, erfahre ich die Gemeinschaftsklassen von Juden und Arabern, den intellektuellen und emotionalen Austausch zwischen den Studierenden als einen der wenigen Hoffungsstrahlen.

Gäbe es eine Hölle – die palästinensischen Extremisten, die ihre indoktrinierten Opfer (diesmal eine 29-Jährige) in einen mörderischen Tod schicken, hätten einen Platz in ihr verdient. Doch was ist mit den Zynikern auf der Gegenseite? Was ist mit denjenigen in der israelischen Regierung, die ihre Soldaten im Namen des Krieges gegen den Terror planmäßig losschicken, um Kriegsverbrechen gegen die unterm Besatzungsregime lebenden palästinensischen Zivilisten zu begehen, einfach um den Status quo aufrechtzuerhalten, der sie an der Macht hält? Erst kürzlich haben sich siebenundzwanzig israelische Piloten besonnen und eine Petition an ihre militärischen Vorgesetzten sowie an die Regierung gerichtet – die seit geraumer Zeit zu einer Art verlängerter Militärjunta geworden ist, eine artifizielle herrschende Klasse hinter der moralischen Fassade der Demokratie. Die Regierung, in Amt gesetzt von einer manipulierten, eingeschüchterten und verwirrten Öffentlichkeit, die unter dauernder militärischer und ökonomischer Heimsuchung lebt, ist zu einer wilden Ehe zwischen einer ›patriotischen‹ Militärklasse und profitgierigen Kapitalisten geworden. Häufig werden Politiker mit Bestechungsgeldern gekauft und vom Geldmob als Geiseln genommen. Kein Wunder, dass jene Piloten und die 300 Professoren, die sie unterstützt haben, zum Ziel einer schmutzigen Regierungskampagne wurden.

Die der äußersten Rechten zugehörige Erziehungsministerin, deren Hauptinteresse darin besteht, in den Schulen nationalistische Symbole – Flaggen, Nationalhymne – unterzubringen und die Lehrpläne zu manipulieren, untersagte jede Diskussion über den Protest in den Klassen und verbot den Unterzeichnern, die sie noch Tags davor als Helden willkommen geheißen hätte, dort ihre Haltung zu erläutern. »Sollen wir solchen Verbrechern«, sagte sie, »unsere Schulen als Bühne überlassen?«

In New York habe ich vor einer Woche an der Gedenkveranstaltung für einen großen palästinensischen Intellektuellen, Edward Said, teilgenommen. Auch wenn man die eine oder andere Meinungsverschiedenheit hinsichtlich einer Strategie des Friedens und der Verständigung mit ihm gehabt haben mag, so war seine Persönlichkeit von der Art, die Plato wünschen ließ, Philosophen sollten seine utopische Polis führen. Von derselben Art waren und sind diejenigen Palästinenser und Israelis, die dafür eintreten, dem Nahostkonflikt mittels Vernunft und Gerechtigkeit statt durch Gewalt und Verbrechen zu lösen.

Aus dem Englischen von Wolfgang Fritz Haug

Nachrichten aus dem Patriarchat

Süßlast wird Altlast

Im Duden kommt *Last* vom althochdeutschen ›ladan‹, hinbreiten, aufschichten, auflegen; im übertragenen Sinn kann man *jemandem zur Last fallen*, es *bedrückt* einen etwas. Wörtlich wie übertragen kann Last positiv oder negativ konnotiert sein; die Last, in der Seemannssprache der Vorratsraum unter Deck, gibt Segelschiffen das notwendige Gegengewicht; verstärkt in alten Zeiten durch Feldsteine als Ballast, heutzutage durch Blei oder Eisenschrott; zu viel davon – überflüssiger Ballast – ist von Übel.

Lastenträger denken wir im Allgemeinen als Männer, weniger als Frauen, die ein oder zwei Kinder, Einkäufe zur linken wie zur rechten Seite oder – in anderen Ländern – Wasserbehälter auf dem Kopf tragen. Das Bild vom muskelbepackten Lastenträger beherrschte schon die griechische Mythologie: der Titan Atlas hatte den Himmel geschultert. – Frauen fallen eher passiv, beim Getragen- und Gehobenwerden ins Gewicht. So kennt das Bundessozialgericht den Volksbrauch, dass bei Festivitäten junge Frauen hochgehoben zu werden pflegen. Zum Brauchtum bei Frischvermählten gehört es, dass Männer ihre Braut über die Schwelle tragen. Nehmen Frauen die ihnen auf den Leib geschriebene Funktion, eine – mit verliebten Augen betrachtet – ›süße Last‹ zu sein, willig an, so kann dies auch ökonomisch sinnvoll sein. Der Thailänder Amnat Puttigo gewann einen Hebewettbewerb, indem er seine Frau zehn Stunden und neunundvierzig Minuten lang wie eine Braut in den Armen hielt; soviel ausdauernde Muskelkraft brachte dem Paar im Jahr 2002 etwa 2 160,- € ein.

Dass Lasten über einen längeren Zeitraum hinweg als beschwerlich, gar unerträglich empfunden werden, ist einsichtig. Eine Altlast taucht, folgt man dem Duden, üblicherweise nicht allein, sondern im Plural auf, z.B. als »stillgelegte Müllkippen, Halden mit umweltgefährdenden Produktionsrückständen u.Ä., auch übertragen für ungelöste Probleme aus der Vergangenheit«. Die Schädlichkeit dieser Altlasten, die ehemals notwendige Produktionsmittel waren, und ihr Weg zum wertlosen Produktionsmüll, schlimmstenfalls zu einer tickenden ökologischen Zeitbombe, löst Beklemmung aus. Solches bewirkten auch ältere Frauen bei dem Gouverneur von Tokio, dem 69-jährigen Shintaro Ishihara. »Frauen nach den Wechseljahren« seien eine »nutzlose und schädliche Last, die nicht weiterleben sollte«, hatte er der Frauenzeitschrift *Shukan Josei* sowie vor dem Regionalparlament gesagt. Er verglich ältere Frauen mit Tieren und bezeichnete sie als »bedrückend« (FR, 16.9.2002).

Außerhalb Japans küren Zeitungen immer wieder eine ältere Frau, mag sie nun Olga Tschechowa, Marlene Dietrich oder Raquel Welsh heißen, zur schönsten oder wenigstens zur charmantesten Großmutter der Welt. Dass über Schönheit und Charme der restlichen Großmütter und überhaupt der älteren Frauen dieser Welt eine Decke barmherzigen Schweigens gebreitet werden sollte, lässt sich erahnen, wenn sich eine ganze Nation über die Frage erhitzen kann, ob die Schauspielerin Uschi

Glas sich als Endfünfzigerin noch für ein Bikinifoto ablichten lassen sollte. Muss sie uns und müssen wir uns solche Fotos noch antun?

Wendet man den Blick von dem weiblichen Schönheitsverfall ab und dem Altersaufbau in Deutschland zu, dann zeigt sich, dass das Gebilde, was Pyramide nur schwerlich genannt werden kann, weil es eher einer ökologisch schwer geschädigten Kiefer in den Alpen gleicht, in seinem Wipfel eine erhebliche Asymmetrie auf Grund des Frauenüberschusses bei den 65- bis 100-jährigen aufweist. Sieht man sich in den Seniorenresidenzen und in den schlichteren Alten- und Pflegeheimen um, so sind die munteren oder auch gebrechlichen Seniorinnen, nicht der Senior, die Regel. Sterbetafeln zeigen, dass die zunehmende Langlebigkeit, die Politiker, Arbeitgeberverbände, Renten- und Krankenversicherungen als eine wichtige Ursache für den Verfall des Sozialstaats ausgemacht haben, besonders auf Frauen zutrifft, die als mehr oder minder lustige Witwen auf Kosten der jüngeren Generation ihre eigenen und auch noch ihre Witwenrenten einfordern. – Die Langlebigkeit der Frauen hat dazu geführt, dass bei den privaten Altersversicherungen, um die sich seit 2002 die zukünftigen Rentner und Rentnerinnen bemühen sollten, um vor Altersarmut geschützt zu sein, Frauen um ca. 15% höhere Beiträge als Männer zahlen müssen, um später die gleiche Privatrente ausgezahlt zu bekommen. Weil die Durchschnittsrente von Frauen, bedingt durch die niedrigeren Löhne und unterbrochenen Erwerbsverläufe derzeit nur ca. 537,- € beträgt, wäre der Abschluss einer privaten Rentenversicherung für Frauen ein Gebot ökonomischer Vernunft – mag man auch darüber lamentieren, dass höhere Beiträge, wenn Geringverdienerinnen sie überhaupt aufbringen können, für gleich hohe private Renten wie die der Männer, eine Diskriminierung wegen des Geschlechts darstellen. Versicherungsmathematisch versiert könnte man dagegen argumentieren, dass umgekehrt ein Schuh daraus wird: Dass Frauen trotz erwiesener Langlebigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung keine höheren Beiträge zahlen, ist das Skandalon.

Wie man es auch dreht und wendet, die alten Frauen sind nicht nur ein ungelöstes Problem aus der Vergangenheit, sondern auch eines der Gegenwart und leider auch der Zukunft. – Ihre Nutzlosigkeit wird dadurch abgemildert, dass sie eigene und fremde Enkel, Kranke in der Nachbarschaft und in der Kirchengemeinde betreuen und pflegen. Letzteres führt dazu, dass solche, die nach der gesetzlichen Pflegeversicherung als pflegebedürftig eingestuft werden, zu über 80% von Angehörigen, und zwar eben meistens von Frauen, gepflegt werden. Dies verhindert, dass die Pflegeversicherung jetzt schon kurz nach ihrer Einführung kollabiert und nicht erst in der Zukunft. Denn das Geld, das der Pflegebedürftige von der Versicherung erhält, ist wesentlich niedriger als die Aufwendungen für ›Sachleistungen‹, die diese Versicherung zahlen muss, wenn sich Pflegebedürftige durch gemeinnützige oder private Dienste gesundheitlich und hauswirtschaftlich versorgen lassen. Wenn aber die alten Frauen irgendwann überhaupt nicht mehr an der Reproduktion der übernächsten Generation mitwirken und auch keine Kranken mehr pflegen, eventuell auch mangels Konsumneigung, Einkommen und Vermögen die Wirtschaft nicht mehr ankurbeln, sollten sie dann nicht Ishiharas Einschätzung beherzigen, in sich gehen und nach Wegen suchen, um ihren Wandel vom Produktionsmittel zu Altlasten zu vermeiden? Silke Wittich-Neven

Paul A. Bové

Amerika verstehen

oder Die Amerikanische Ausnahme¹

I.

Amerikaner bilden für gewöhnlich die wichtigste Ressource, um mit Amerika klar zu kommen.

Das Engagement der Clinton-Jahre für Neoliberalismus und Globalisierung machte die USA in einer Weise zum hegemonialen Akteur, die der übrigen Welt den Verständnisversuch abverlangte, was es hieß, mit einer Macht zu tun zu haben, die keinen Rivalen – oder eine Kombination von Rivalen – als Gegengewicht hatte, während sie überall auf dem Erdball Veränderungen betrieb. Gleichgültig wie oft amerikanische Politiker darauf bestehen, dass die USA eine Macht des Status quo sei, erfahren fast alle Regierungen und Völker der Welt sie als eine niederreißende, modernisierende, wo nicht revolutionäre Gewalt. Natürlich bezweifeln Intellektuelle, dass Globalisierung als Struktur und Prozess es irgendeinem Staat, sei er noch so stark, erlaubt, sie zu initiieren, zu steuern oder zu beherrschen; noch bis vor kurzem war es schick unter Intellektuellen, für die Schwächung des Staates als einem der Eckpfeiler des Neoliberalismus zu argumentieren. Zum Beispiel haben Antonio Negri und Michael Hardt in ihrem US-Bestseller *Empire* den Ton angegeben, indem sie eine privilegierte Stellung der USA bestritten. Ihrer Auffassung nach erzeugt das Kapital in der Imperialstruktur ihm entgegengesetzte grenzüberschreitende und verstreute Migrantengruppen, die zum ersten Mal seit Beginn der Moderne nicht in der Lage sind, die Macht einfach dadurch zu ergreifen, dass sie einen Staat erobern. Hardt und Negri sind allerdings weniger glaubwürdig, wenn sie das Interesse der neu hervortretenden Völker an der Unabhängigkeitserklärung und an anderen Gründungsdokumenten verkennen und wenn sie meinen, die Tet-Offensive im Vietnamkrieg habe den USA die Lust auf Überseeabenteuer verschlagen.

Auch wenn die chinesische Regierung ihre Politik der 1990er Jahre als »gegenhegemonial« bestimmte, hatte Präsident Clinton leichtes Spiel, die internationalen und regionalen Interessen mit denen der USA auf Linie zu bringen, weil er die Vorstellung hegte, die USA würden durch Konsens eine Gruppe von Mächten führen, die genügend Vorteile daraus zogen, dass sie US-Leitlinien fürs Weltsystem akzeptierten. Manche der US-Interessen blieben bei Clintons Bemühungen verborgen, und Teile seiner Politik und Rhetorik ermöglichten Widerstand in komplexer Form gerade

¹ Vortrag vom 7. Oktober 2002 bei der Konferenz zur »Inauguration of the American Studies Network of the Université de Montréal«. Dank für kritische Kommentare an Carol Bové, Joseph Buttigieg, Terry Cochran, Ronald Judy, Karl Kroeber, Daniel O'Hara und Donald Pease.

wegen der Widersprüche, die sie verkörperten. Das vielleicht klarste Beispiel dieser Komplexität betrifft die Beziehungen zwischen seiner Menschenrechtsrhetorik, den diversen Liberalisierungskämpfen in der VR China und seiner universalisierenden Unterstützung für den ökonomischen und politischen Neoliberalismus.

George W. Bush brach mit Clinton in fast jeder Hinsicht. Vor allem schob er die Hegemoniepolitik beiseite im Sinne der Bemühung, verhandelte Zustimmung zur globalen Führungsposition der USA zu gewinnen und enthüllte statt dessen die unvergleichliche und brutale Gewalt des amerikanischen Militärs sowie die momentane ökonomische Macht in einer doppelten Anstrengung: die Legitimität der Imperialpolitik durchzusetzen und das US-Imperium selbst auszudehnen. Der große italienische Marxist, Antonio Gramsci, hat die Unterschiede zwischen Hegemonie und Gewalt auf eine Weise erfasst, die uns zur Wahrnehmung verhilft, dass die Entscheidung der Bush-Administration, das Schwert zu ziehen, nicht aus der Art von Bedrohung gefolgt ist, die Nationalstaaten für gewöhnlich fürchten, wenn Veränderungen ihre hegemoniale Stellung verletzlich machen. Wie wir aus einer Vielzahl von Quellen wissen, kam das Bush-Regime mit dem fertigen Projekt seiner Imperialpolitik an die Macht, lange bevor die entsetzlichen Ereignisse vom 11. September einen Kontext schufen, in dem es seine Absichten umsetzen konnte. Während Clintons Hegemoniepolitik intellektuelles Interesse weckte, haben die Aktionen und die Rhetorik des Bush-Regimes die übrige Welt regelrecht gezwungen, die USA zu studieren, um mehr über den Behemoth zu erfahren, mit dem sie fast unaufhörlich zu tun haben. Die USA zu verstehen ist nicht länger nur eine Notwendigkeit, um Beziehungen und Interessen auszuhandeln, sondern die fast fatalistische Ambition, mit einer offen ausgespielten Macht umzugehen, die kaum Neigung zum Verhandeln zeigt.

Angesichts des Endes des Kalten Krieges und der erst noch bevorstehenden Umgruppierung der Macht, die nach den Berechnungen des Bush-Regimes nicht weniger als dreißig bis fünfzig Jahre brauchen wird, befindet sich die Welt in einem zeitlichen und konzeptuellen Raum zwischen Ordnungen. Die regierende Rechtsaußen-Koalition Bushs beabsichtigt, die Welt während dieser Periode beispielloser US-Dominanz umzugestalten. Die gegenwärtige Machtkonstellation sieht sie als vorübergehend, doch voller Potenziale, um die langersehnte und vieldiskutierte Pax americana hervorzubringen. Schon vor den Wahlen, die Al Gore die Mehrheit der Stimmen und Bush auf die bekannte Weise die Macht bescherten, habe ich herausgearbeitet, wie eine einflussreiche Gestalt, die jetzt in Powells Außenministerium tätig ist, Charles Haass, eine Politik formulierte, die es den USA erlaubt, auf eigene Faust zu handeln oder eine Koalition der Willigen anzuführen. Haass' Vision ist hermeneutisch und absolut utopisch: Er versteht den gegenwärtigen Moment als eine vorübergehende Gelegenheit der Machtentfaltung, um den Globus für permanente US-Interessen umzugestalten und insistiert darauf, dass eine Welt dauerhaften Friedens unter einem neoliberalen US-Regime zur neuen Ordnung werden und an die Stelle der Abirung in Gestalt der Kalten-Kriegskonkurrenz mit der UdSSR treten wird.

Großbritannien und Deutschland spielen eine wichtige öffentliche und wissenschaftliche Rolle fürs Verständnis der USA im gegenwärtigen Interregnum. Viele

Amerikaner begrüßen es, dass die Deutschen im Wahlkampf der Ablehnung der US-Pläne durch die Bevölkerung Ausdruck gegeben haben, und sie begrüßen die britischen Proteste beim Labourkongress. Dieselben Amerikaner bedauern die wachsende Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und britischen Staatsintellektuellen einerseits und die dauernde Kritik britischer Linksintellektueller an Amerikas Fehlern. Es ist nicht so, dass diejenigen von uns, die sich auf einen Kampf mit Amerika einlassen, keine Bündnispartner wollen. Aber wir können nicht akzeptieren, dass von britischen Intellektuellen ein Sonderrecht beansprucht wird, den USA zu erklären, wer sie sind – ein Anspruch, der sich mit angeblich größerer wissenschaftlicher Seriosität sowie der britischen historischen Erfahrung als Imperialmacht legitimiert. Die Prominenz britischer Stimmen im Verlagswesen und den Medien der USA kam zu einer unglücklichen Zeit und hat einen unglücklichen Effekt, da nun importierte Modelle des Ringens mit den USA die Bemühungen blockieren, die USA als ein Phänomen zu fassen, das es auf dem Planeten noch nie gegeben hat und das gewiss sehr verschieden von Großbritannien in seiner imperialen Epoche ist. Man muss auch im Auge behalten, dass die britischen Politikintellektuellen eine gemeinsame Wissens- und Theoriegrundlage mit den Linksintellektuellen haben, die den US-Eliten mehr Kritik als politische Anleitung bieten.

In der amerikanischen Geschichte und Kultur gibt es einen Bestand an Denkweisen, die die USA ziemlich genau erfassen, gerade weil sie von der Vorstellung ausgehen, dass die Motive der Neuen Welt, die der heute unakzeptierbaren »Amerikanischen Ausnahme« (»Exceptionalism«) ihr Gesicht geben, auf etwas hindeuten, das nicht Alte Welt war, und zugleich das Wesen der USA verdunkeln. Die größten Verteidiger der Amerikanischen Ausnahme waren natürlich die Gründer, jene Puritaner in Neu-England, deren theokratisches Projekt unter Cromwells unreiner und gemischter Regierung eine beachtliche Niederlage erlitten hatte. Die Hoffnung der frühen Puritaner auf eine Rückkehr nach England, um eine revolutionäre Gesellschaft zu führen, lösten sich in Luft auf, und die Aufgabe wandelte sich im Handumdrehen zu der, eine leuchtende Stadt auf dem Berg in der Neuen Welt zu errichten. Intellektuelle haben die Ursprünge der Amerikanischen Ausnahme in jenen puritanischen Anfängen gesehen; in der Begegnung der Puritaner mit einem »jungfräulichen Land«; in der allgemeinen amerikanischen Erfahrung einer Grenze; im politischen Anarchismus der frühen revolutionären Dokumente, die den USA einen starken Staat verweigerten usw. Auch wenn Tocqueville den Ausdruck »Amerikanische Ausnahme« prägte, existierte das damit Gemeinte, wie aus Fennimore Coopers Romanen hervorgeht, bereits vorher. Seit Tocqueville taucht der Begriff kaum je auf, ohne dass der Franzose zustimmend zitiert wird, trotz der zweideutigen Beziehung seiner Familie zu französischen Regierungsformen und Bestrebungen in Nordafrika.

Die allgemeinste und wirksamste Kritik an der Vorstellung von Amerikas Einzigartigkeit, die es allen Regeln anderer Politiken enthebt, war die schlichte Feststellung, dass universelle Differenz, die nur im Vergleich erscheinen kann, keine Ausnahme zulässt. Tocqueville z.B. räumte ein, dass er bei seinen Bemerkungen zu Amerika stets Frankreich als Vergleichs- und Kontrastfolie im Kopf hatte. Da

wirksame nationale Geschichten – der politischen Institutionen, Kultur (wie Literaturgeschichten), Sprache, Klasse und Kriegsführung – untrennbar verwoben sind mit der europäischen Nationalstaatsform, der sie entspringen und die sie stützen, kann vergleichende Beschreibung nur Unterschiede innerhalb eines Nationalstaatsparadigmas identifizieren. Man muss sich nur Tocquevilles Akzentuierung der amerikanischen Zivileinrichtungen vor Augen führen, um dies wahrzunehmen. Im Ergebnis erscheinen alle Nationalstaaten als unterschiedlich, doch weder einzigartig noch als Ausnahme. Selbst Vertreter der These von der Amerikanischen Ausnahme, wie der sozial- und politiktheoretisch bedeutende Seymour Martin Lipset, insistieren schließlich auf komparativer Differenz: z.B. fehlen in den USA sozialistische Bestrebungen aus historischen Gründen, die sich in einem weltweiten Bezugsrahmen leicht erklären lassen.

Nichtsdestotrotz begründet der »American Exceptionalism« eine amerikanische Ideologie, die den USA das Recht zu Aktionen und Politiken zuspricht, die andere akzeptieren oder denen sie nacheifern sollten – und dies nicht nur wegen der Einzigartigkeit der USA, sondern auch auf Grund der von ihnen verwirklichten Ideale, die für höher gehalten werden als die der übrigen Welt. Die Amerikanische Ausnahme stellt immer schon ein »Ende der Geschichte« dar, ein *posthistoire*, demzufolge der Geist in seiner höchsten Entwicklungsform sich in der Demokratie, dem Liberalismus und der Weltführerschaft der USA verkörpert hat. Zu Recht stößt eine solche regressive ideologische Position auf den Widerstand von US-Intellektuellen und anderen rund um die Welt. Gleichwohl bleiben die Argumente für die Amerikanische Ausnahme einflussreich, vor allem unter US-Staatsintellektuellen und, ironisch genug, unter vielen amerikanischen Multikulturalisten der 90er Jahre, deren eigenes politisches Programm zum Teil auf der Annahme von der Einzigartigkeit der USA basierte, auf die sie sich berufen konnten, um gerechtere Machtbeziehungen und die Verteidigung von Rechten in den USA selbst zu erreichen.

Der amerikanische Exzeptionalismus hatte noch eine andere ungünstige intellektuelle und politische Auswirkung. Für diejenigen, die sich darum bemühen, die USA zu verstehen und zu kritisieren, blockiert er die Möglichkeit, *innerhalb* der USA nach den stärksten Beweisen für ihre Identität und die besten Denkwege zu suchen. Tatsächlich liegt die schlimmste Auswirkung des US-Exzeptionalismus nicht in seinem ideologischen Legitimationseffekt (für ein solches allgemeines Projekt gibt es andere Beispiele), sondern in dem Anti-Intellektualismus, der das kritische Denken gegenüber den USA und ihrer eigenen intellektuellen und kulturellen Produktion usurpiert. Dies führt zum weltweiten Export eines Bildes von amerikanischem Selbstverständnis, das entweder ideologische Blindheit anbietet und/oder zur Korrektur einlädt.

Das Problem für uns US-Kulturintellektuelle liegt darin, dass wir von den Staatsintellektuellen von vornherein annehmen, dass sie die USA nicht richtig verstehen. Damit ignorieren wir diejenigen, deren Programme und Anweisungen wenigstens die Eigenschaften dessen offenbaren, was sie zu dirigieren glauben. Obwohl sie gelegentlich die USA besser begreifen als v.a. die akademischen

Kulturintellektuellen, sind wir nicht bereit, ihnen zuzuhören und verzichten damit auf die Chance, aus ihren Erfolgen und Fehlern zu lernen. In der Regel vergessen die Kulturintellektuellen, den Staat überhaupt in ihr Denken einzubeziehen, auch wenn sie Worte wie Macht, Demokratie und Widerstand im Munde führen. Sie scheinen beleidigt zu sein, wenn man sie daran erinnert, dass der Staat sehr wohl eigene und speziell auch strategische Intellektuelle hat, und dass diese Intellektuellen keine unwissenden Narren sind, deren Arbeiten mit einem leichten ideologischen Urteil abgetan werden können.

Einer der herausragenden US-Intellektuellen ist z.B. Henry Adams, Sohn und Enkel zweier Präsidenten, bekannter Historiker der USA, satirischer Romancier von Format (sein Roman *Democracy* bleibt eine der wichtigsten fiktionalen Darstellungen des politischen Lebens der USA) und der Autor von *The Education of Henry Adams*, das die Modern Library zur besten und wichtigsten Arbeit amerikanischer nichtfiktionaler Prosa kürte. Solche Empfehlungen haben Adams zum Tabu für nahezu alle amerikanischen Kultur-Akademiker und auch für einige rechte oder linke öffentliche Intellektuelle gemacht – nicht nur weil seine Standpunkte das verletzen, was man in den Kulturkämpfen der 90er Jahre dummerweise ›political correctness‹ genannt hat, sondern auch, weil sein Denken über Amerika trotz seiner Klassenposition nicht mit den sanktionierten Geschichten über Amerikas Qualitäten übereinstimmte oder die intellektuellen Normen Amerikas illustrierte. Vor allem verweigerte sich Adams der vorwegnehmenden und utopischen Struktur des amerikanischen Denkens, v.a. des Geschichtsdenkens, und machte keine Zugeständnisse an die größten und abgedroschensten Topoi in der amerikanischen Ideologie: die Idee des Subjekts (Individualismus), des Konsenses, und der Überflüssigkeit der Intelligenz angesichts der überwältigenden Macht und Energie der USA.

Intellektuelle wie Adams, die das Neue Amerikas denken können, ohne vor der amerikanischen Maschinerie von Ideologemen zu kapitulieren, begründen zuweilen diesseitige Traditionen. Von Adams kommt z.B. Georges Kennan her, der Intellektuelle des Außenministeriums, der aus Protest gegen die Militarisierung seiner Containment-Politik gegenüber der UdSSR zurücktrat; und auch R.P. Blackmur, der in Princeton lehrte und für die Rockefellers auf den Gebieten Kultur und Geopolitik arbeitete (oder auch Edward Said, der in Princeton zur Zeit von Blackmur studierte); und Thomas Pynchon, der Autor von *Gravity's Rainbow* und der wichtigste literaturästhetische Intellektuelle und Romanautor nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber es bilden sich zwischen solchen Figuren auch Konstellationen ohne die Genetik der Tradition. Herman Melville, der Autor von *Moby Dick*, scheint der Aufmerksamkeit von Adams entgangen zu sein, aber für den zeitgenössischen Leser bedeutet ihr kombiniertes Interesse an der Konstitution der USA zu einer einzigartigen globalen Macht mehr als nur eine Familienähnlichkeit. Solche exotischen und exzentrischen Figuren aneinander zu reihen, gehört zum bekannten Muster einer intellektuellen Romanze – v.a. in der US-Gesellschaft, wo die Beispiele eines ernsthaften Gegensatzes zu den Normen des Nationalcharakters dünn gesät sind. Aber wichtiger ist, wie leicht sich das Denken solcher Figuren in eine Linie bringen lässt

mit dem von Staatsintellektuellen wie z.B. Alfred Thayer Mahan, dessen Bildung und Erfindungsgabe auf einem nahezu einzigartig umfassenden und administrativen Begreifen der nationalen Identität der USA beruht. Mahan tat nichts weniger, als sich vorzustellen, wie die USA als ein imperialer Staat existieren, und wie dieser Staat von dem massiven ökonomischen Output einer kontinentalen Ökonomie zehrt, um das weltweit erste Imperium zu etablieren, gegründet auf Strömen, Bewegungen, Überwachung, globaler Reichweite und v.a. den Vorteilen der USA aufgrund ihrer Geschichte und Geographie, die ihr ermöglichen, die europäischen Modalitäten des Imperiums abzulösen.

Sich auf Amerika einzulassen, heißt die Konstellationen solcher Figuren und ihrer politischen Arbeiten zusammenzustellen, trotz ihrer Stellung innerhalb der anerkannten Ordnung intellektueller, disziplinärer oder politischer Erwartungen. Mahan taucht z.B. nur in einer Geschichtsschreibung auf, die die Transformation der USA in eine imperiale Seemacht im späten 19. Jahrhundert behandelt. Seine Schriften über die Seemacht und seine öffentlichen Stellungnahmen für eine Ausweitung der Hochseeflotte verführte Wissenschaftler zu abgeklärten Urteilen, die ihn einordnen, ohne mit ihm zu denken. Andererseits bleibt Mahans Analyse von Seemacht, Imperium und Logistik ein grundlegendes Studienobjekt in Militärakademien. Henry Adams betonte einmal, dass er den »Erfolg« untersuchte, weil dieser ihm einen Zugang zu den ökonomischen und politischen Funktionsweisen der USA verschaffte, sogar dann, wenn die Erfolgreichen selbst die Mittel ihres eigenen Erfolgs nicht adäquat verstehen können. Er hielt daran fest, dass Amerika die modernen Konzepte des Menschlichen und seiner grundlegenden anthropologischen Wissenssysteme und Disziplinen einzigartig infrage stellte. Vereinfacht gesagt war Amerika nie in der Lage, die intellektuellen Kapazitäten hervorzubringen, die seine massive Kraft und Macht lenken konnten, ganz so, als handelte es ohne Führung oder adäquates Selbstverständnis. Das Menschliche war sozusagen zu langsam für die zu lösende Aufgabe. Tatsächlich macht gerade dies Amerika zum perfekten Gegenstand eines Verstehens, das nachträglich und in der Hoffnung erfolgt, auf diesem Weg seine nächste Bewegung vorhersehen zu können. Diese Struktur verurteilt Andere zu der endlosen Aufgabe, ein Amerika zu verstehen, das sich normalerweise nicht selbst artikulieren kann – trotz der ungeheuren Summen, die in Universitäten und anderswo für amerikanische Studienprogramme ausgegeben werden.

Adams glaubte, dass das Surplus der US-Macht dieser immer einen Vorsprung vor den eigenen Intellektuellen sicherte, die er gelegentlich mit dem letzten Wagen eines Personenzugs verglich, der versucht, an die Spitze zu gelangen oder mit dem Körper einer Schlange, den ein toter Kopf hinter sich herzieht. Auch gegenwärtige politische Intellektuelle wie z.B. Charles Haass glauben, dass die USA sich aufgrund ihres Macht-Surplus durchsetzen können und sich dabei voller Freude über die Verspätung ihrer Intellektuellen über das Wesen und die Richtung dieses Macht-komplexes keine Sorgen zu machen brauchen, weil sie auf seine künftige Fähigkeit vertrauen können, auch bei unvorhergesehenen Irrtümern und Konsequenzen Lösungen durchzusetzen.

II.

Der Versuch, Amerika zu verstehen, ist ein struktureller Effekt dieses Amerikas selbst. Dass die amerikanische Elite offensichtlich kaum Enthusiasmus zeigt, Amerika zu verstehen, ist vielleicht etwas, von dem wir etwas lernen können. Natürlich sammelt der Staat eine Unmenge von Daten über die Gesellschaft, die Bevölkerung usw. Als Kultur-Humanisten könnten wir dies im Licht bedeutsamer Theoretiker diskutieren. Foucault und Agamben sind perfekte Werkzeuge, um über all dies zu sprechen. Aber eigenartiger Weise kümmern sich Staatsintellektuelle überhaupt nicht um solche Analysen und sind auch nicht daran interessiert, sie durch ihre eigenen Analysen zu ersetzen. Die Bedeutung der *American Studies* lag aufgrund ihrer Herkunft aus dem Kalten Krieg normalerweise darin, die passenden Ideologeme für den häuslichen Bedarf und den Export herzustellen. Nur selten, wenn überhaupt, funktionierten sie als ein Forschungsprogramm, dessen Erkenntnisse vom Staat gebraucht und konsumiert wurden. Das ist einer der Gründe, warum die Kulturintellektuellen der *American Studies* so leicht sprechen können, ohne den Staat in ihre Überlegungen einzubeziehen. Natürlich gab und gibt es Ausnahmen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt machten z.B. die Funktionalisten Furore, als sie über den Wohlfahrtsstaat schrieben, und dann wieder, als sie Reagan halfen, ihn zu demontieren. Aber niemals hatten die großen humanistischen Schriften über Mark Twain oder Herman Melville Auswirkungen auf die Politik, auch wenn sie bestimmte Redeweisen beeinflussten. Und ebenso wenig trugen sie zum Wissen über Amerika bei, obwohl sie politisch eine Rolle bei der Umgestaltung innenpolitischer Institutionen spielten.

Im amerikanischen Alltagsverstand ist der Akt des Verstehens immer ein verspäteter. Der Gegenstand oder die Handlung, um deren Verständnis es geht, sind immer schon da und haben daher Vorrang. Das Verstehen auf der Grundlage einer Dekodierung der Vergangenheit (wie neu auch immer) kann im besten Fall Rückschlüsse auf Strukturen, Tendenzen und somit auch auf künftige Handlungen, Handlungsgrundlagen und Urteile erlauben. Ich bin sicher, dass die Verstehensanforderungen der USA an die Welt sich verändert und beschleunigt haben, und wir wissen, dass die alten Paradigmen nicht mehr funktionieren. Wir fragen zum einen, welches Verständnis wir nun haben sollen und welche neuen Institutionen, Methoden und Konzepte wir für ein solches Verständnis in einem neuartig gewalttätigen, globalen Kontext benötigen.

Wer wie wir in und mit Worten arbeitet, hat bereits eine lange Erfahrung, angesichts der Veränderungen und der sie beschleunigenden Medien, zu spät zu kommen. Eine Konsequenz der amerikanischen Surplus-Macht besteht darin, dass sie diese Verspätung, die die Form einer Verstehens-Anstrengung annimmt, zum Prinzip ihres Verhältnisses zu Anderen macht. Wenn unsere Denkanstrengungen erfolgreich sein sollen, müssen sie einen sehr verschiedenen, nicht alltagssprachlichen Begriff von Verstehen zugrunde legen, oder – wahrscheinlicher sogar – den Verstehensbegriff überhaupt aufgeben und durch andere intellektuelle und politische Möglichkeiten ersetzen.

Philosophisch betrachtet (v.a. in der Entwicklung von Kant zu Heidegger), beinhaltet *Verstehen* (dt. im Original) eine weitaus aktivere Bedeutung. *Verstehen* impliziert die Möglichkeiten einer Vor-Struktur, die eine Interpretation des In-der-Welt-Seins zu leisten versucht. Heidegger besteht darauf, dass dies gerade zur Vor-Struktur des Daseins selbst gehört. Aber statt uns jetzt auf eine akademische Behandlung eines so komplizierten Werkes wie *Sein und Zeit* einzulassen, können wir uns mit der Feststellung begnügen, dass die USA für die Anderen ein Verstehen im schwachen Sinne des anglo-amerikanischen Alltagsverständes erzeugt. Natürlich möchte ich darauf hinaus, dass das Verstehen Amerikas eine erniedrigende Aufgabe ist.² Das *Oxford English Dictionary* macht dies klar, wenn es uns erklärt, dass jemanden verstehen bedeutet, zu lernen, wie man richtig mit ihm umgeht, und v.a., dass man seine »eigene Stellung kennt und wie man sich selbst richtig verhält«. Nur die Macht ermöglicht ein Verstehen, das die von seinen interpretativen Ambitionen gelieferte Vision auch praktisch durchsetzen kann. Als Formel können wir sagen, dass die USA und die Gewalt des vor-strukturierenden Wissens identisch sind.

Statt Institutionen zu schaffen, um Amerika zu *verstehen*, müssen Amerikaner und Andere verschiedene Strategien erinnern, lernen und erfinden, um mit den USA in Beziehung zu treten. Hier liegt das grundlegende Problem für die Intelligenz und für den Staat: worin bestehen sie und wie kann man sie institutionalisieren? Ich möchte die Aufmerksamkeit auf die Aufgabe lenken, das amerikanische *Archiv* zu studieren, in dem der Geist Spuren einer Arbeit hinterlassen hat, die die Grenzen des Verstehens überschreitet. Wie kann man ein solches Archiv (und entsprechende nicht-amerikanische Depots) nutzen? Um zu verhindern, dass diese Fragen uns wieder auf die Ebene des Verstehens und der Interpretation zurückführen, müssen wir nach alternativen Modellen suchen und neue Wege des Denkens und des Aufbaus von Institutionen erfinden.

Humanisten haben den Aufbau von Institutionen immer als ein Synonym für Poesie angesehen. Giambattista Vico, der große anti-cartesianische Denker aus Neapel, hat dies eindrucksvoll entwickelt, und die romantischen und post-romantischen Dichter von Shelley zu Wallace Stevens haben dies immer wieder betont. Auch die besten Kritiker haben aus dieser Tradition geschöpft, indem sie darauf bestanden, dass die ästhetische Erfahrung nicht nur die Realität, sondern auch die in Institutionen verkörperten Formen grundlegend modelliert – und zwar lange, bevor deren weniger poetische Gründer sie überhaupt bemerken. Ästhetische Objekte scheinen

2 [Die im amerikanischen Text mehrmals verwendeten Termini ›abject‹ und ›abjection‹ bedeuten im Lateinischen (*abicerere/abjectus* von *jacere*) das Weggeworfen-Sein und könnten insofern als Zustand der Verworfenheit oder Verächtlichkeit übersetzt werden. Angewandt auf die Verstehens-Problematik zwischen Intellektuellen und Surplus-Macht verweisen sie insbesondere auf eine zu spät-kommende Machtlosigkeit, die die Spielregeln der Herrschenden aufzwingt. Hinzu kommen freilich die damit korrespondierenden subalternen Haltungen der Würdelosigkeit, der Erniedrigung bis hin zum Kriecherischen. Wir übersetzen meistens mit Verworfenheit oder Erniedrigung, weil dies sowohl den objektiven wie den subjektiven Aspekt beinhaltet; Anm. d. Ü.]

uns den freien Spielraum zu geben, den wir brauchen, um Alternativen zu erfinden und auf eine andere Weise Lebewesen zu sein als die degradierten Subjekte, deren Existenz uns Amerika auferlegt. Freilich ist diese Idee eine tödliche Verführung, wie man an jeder Wahl, an jedem Versuch, eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen, sehen kann. Mehr noch, es unterstellt eine eigentümlich wurzellose Ausprägung des Menschen: ein Wesen mit allen Freiheiten ausgestattet, um zu spielen, aber ohne die Fähigkeit, die Spielregeln selbst zu ändern. Ein solches freies Subjekt bleibt auf trügerische Weise im Zustand der Verworfenheit befangen.

Der große kanadische Experte für amerikanische Literatur und Kultur, Sacvan Bercovitch, veröffentlichte sein einflussreichstes Buch *The American Jeremiad* im Jahre 1978 – zu einer Zeit also, als die amerikanische Wirtschaft in einer Stagflation steckte, und die durch den Vietnam-Krieg geschwächte Militärmacht bei der von Jimmy Carter angeordneten Aktion zur Geiselnbefreiung in der iranischen Wüste zusammenbrach. Bercovitch fing die beklagenswerte Vergeblichkeit der Periode ein, aber er transformierte sie in eine neue Version amerikanischer Stärke. Er erklärte, wie die amerikanische kulturelle Ökonomie jeder ersten Kritik Amerikas den Wind aus den Segeln nimmt, indem sie die Kritiker daran hindert, ernsthafte Alternativen zum US-System anzubieten. Er wies überzeugend darauf hin, dass kein Amerikaner ein Kritiker Amerikas sein kann, weil dies nur möglich ist, indem man innerhalb der herrschenden ideologischen Geschichte und Rhetorik operiert und sie wiederholt. Die USA sind dazu verurteilt, sie selbst zu sein und von anderen zu verlangen, Alternativen auszudenken. Sie sind ausgestattet mit frustrierten intellektuellen Mächtlern-Opponenten, deren mitleiderregender Status als Amerikaner sie darauf festlegt, sich an der Arbeit der Nation zu beteiligen. Amerika hat Macht, Amerikaner sind verworfen und würdelos. Amerika zu verstehen und Alternativen zu ihm zu entwerfen, ist nur für andere möglich. Solche Argumente, da einflussreich und durch Reagans Wahlsieg bekräftigt, wurden v.a. von akademischen Kulturintellektuellen mit rührseliger Befriedigung aufgenommen. Sie schwelgten in dem *double bind*, mit dem sie konfrontiert waren, und feierten kleine Sprechakte als Formen politischen Widerstands.

Kritische amerikanische Humanisten zelebrieren die erniedrigende Machtlosigkeit als die einzige Alternative zum amerikanischen Nationalcharakter. Sie wurde zu einer Variante »negativer Dialektik«. Das ästhetische Projekt beschränkt sich darauf, Einschränkungen aufzulösen, also auf das, was andere als politische Subversion im Bereich der Kultur bezeichnen. Die multikulturalistische Universitätskultur der USA, die auf das Ende der theoretischen Spekulation folgte, als mit der Wahl Reagans der fremde (sprich französische) Einfluss eliminiert wurde, institutionalisierte diese Verworfenheit und unternahm nichts Wirkliches. In der Periode von Reagan zu George W. Bush intensivierte das amerikanische Wesen seine eigene Offenbarung und Macht.

In den Bereichen, die man traditionell kulturell nennt, besteht das institutionelle Ziel normalerweise in einer Erziehung in und durch Nachahmung. Wir lernen dies von Aristoteles und reduzieren Poiesis auf Mimesis. Das amerikanische Archiv enthält großartige Ressourcen, um Amerika denken zu können, ohne dabei zu würdelosen Interpreten zu werden. Aber diese Ressourcen zu »verstehen« oder zu »imitieren«

kompromittiert sie nicht nur: es tötet die Interpreten, reduziert sie auf Materialien einer Verworfenheit, die den Menschen im Rahmen einer sekundären Beziehung zur überwältigenden Macht definiert. Blackmur verwendete für Adams und Andere den Ausdruck »beunruhigte Standhaftigkeit« (distracted endurance), eine Qualität, die Edward Said als menschlichen Willen fasst, die ich aber lieber verstehen würde als eine unmenschliche Fähigkeit, ohne Stillstand und Dogma gegenüber einer ebenso unmenschlichen intelligenten nationalen Macht aktiv intelligent zu sein.

Ausgehend von Melville, Mahan, Adams, Blackmur und anderen können wir komplexe interpretative Netzwerke eines Sekundär-Verstehens der USA konstruieren. Interessanterweise machen Adams und Mahan deutlich, dass Amerika eine bestimmte systemische Intelligenz in Bezug auf sich selbst hat, und dies unabhängig davon, wie unintelligent seine Intellektuellen oder Staatsmänner sein mögen bzw. zu sein scheinen. Diese Intelligenz setzt Adams oft mit Energie gleich, und manchmal verweift er daran, dass die Intellektuellen nicht die Energie haben, die die Intelligenz mit sich bringt. Aber meistens versteht er, dass der Intellekt selbst nicht menschlich sein muss, sondern sich nur manchmal in menschlichen Wesen manifestiert, und dass er zu Aktionen führt, die uns vieles über Intelligenz verraten und noch mehr über ihr Verhältnis zur Energie. Sogar die strategischen Intellektuellen suchen nur selten nach der Intelligenz, die innerhalb der Surplus-Macht, die sie zu bedienen meinen, wirksam ist. Dagegen theorisiert Mahan das US-Imperium als einen neuen Macht-Typ, der aus neuen Formen und Mechanismen der Abziehung ökonomischer Macht und ihrer staatlichen Anwendungen hervorgeht. Mahan denkt die USA als eine Energie in Bewegung. Suchten wir nach einem gegenwärtigen Intellektuellen, dessen Begriffe an die Mahans heranreichen, würden wir an Deleuze denken, dessen Theorien von der Lektüre amerikanischer Literatur stark beeinflusst sind. Mahan stellte seine Seemachsanalysen nicht als Untersuchungen einer Vergangenheit dar, aus der nun Lektionen abzuleiten und anzuwenden wären. Stattdessen nahm er die Aufgabe auf sich, das Archiv der Seekriegsführung neu zu schreiben, beginnend mit den Karthagischen Kriegen und endend mit den britischen Siegen über Napoleon. Er tat dies auf eine Weise, die ihm erlaubte, universelle Aspekte der maritimen Intelligenz (einschließlich des Verhältnisses zwischen Land und Meer, Gesellschaft und Territorium, Staat und Ökonomie) als Handlungsanweisungen zu formulieren. Und zur Verlegenheit vieler seiner Kommentatoren bestand er darauf, dass die Technologie dabei eine sehr geringe Rolle spielte. Seine Schriften führten die USA auf bestimmte Linien der Organisation und schufen erste Formen einer nationalen Intelligenz.

Diese Einsichten sind ein Jahrhundert alt, und sie lassen uns das Denken des gegenwärtigen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld hinsichtlich der weltraumgestützten Waffen ziemlich vertraut erscheinen. Tatsächlich erscheint Rumsfeld als eine glänzende Anwendung Amerikas selbst, als eine der Figuren, in denen sich die amerikanische Intelligenz partiell verkörpert. Mahan hatte Sinn für eine amerikanische Intelligenz als einer Vor-Struktur, die sich selbst ins Werk setzt, und in seinem eigenen Denken hatte er an dieser unmenschlichen Intelligenz teil, diente ihr und schuf Nachfolger, die dasselbe taten. Was Mahan in der Seemacht sah, nämlich ein

Sich-Positionieren, Zirkulieren, Sich-Bewegen und Strömen, sieht Rumsfeld in der Weltraum-Macht. Die Technologien haben sich verändert, aber die universellen Prinzipien bleiben, und die Staatsdiener unterstützen sie lärmend.

Amerika lebt als ein Terrain des Kampfes, auf dem Vektoren von Energie und Intelligenz konkurrieren. Es ist abwegig, solche offensichtlichen Kritiker wie Herman Melville mit erklärten Staatsintellektuellen wie Mahan in Verbindung zu bringen, aber das Verstehen erfordert solche Abwege, und zwar selbst dann, wenn ein solches Verstehen uns als Verworfenen zurücklässt. Da weder Melville noch Mahan uns den Eindruck der Verworfenheit vermitteln, müssen wir versuchen, die Intelligenz in ihnen und die Probleme, auf die wir bei ihnen stoßen, so zu denken, dass sie unseren eigenen Zielen dienen. Mahan interpretierte keine Vergangenheit; er schrieb sie, um gegenwärtige Probleme anzugehen und um sein Denken so zu perfektionieren, dass es sich an die Richtungen der amerikanischen Energie anpasste – Richtungen, die sich schon 50 Jahre zuvor in Melvilles großen Romanen abzeichneten.

Es ist unmöglich, einen solchen Vortrag mit einer Empfehlung zum Handeln oder zum Aufbau einer Institution abzuschließen, obwohl dies bitter nötig wäre. Amerika ist wie ein Schicksal; wir müssen es aushalten, egal, wie sehr es uns ängstigt. Aber wir müssen uns dadurch nicht davon abbringen lassen, uns beim Denken und Schreiben nach unseren eigenen und davon verschiedenen Zielen zu richten. Wenn Verstehen nur eine Wirkung amerikanischer Macht ist, müssen wir einen anderen Kurs einschlagen – entsprechend den zu lösenden Problemen und v.a. den Gedanken, die wir brauchen, um lebendig denken zu können in einer Zeit, in der die überwältigende Macht die Verworfenheit für Amerikaner wie für Nicht-Amerikaner gleichermaßen universalisiert. Denken heute heißt Amerika denken, egal was wir zu denken meinen, und es verlangt nach seinen Akteuren und Denkern, egal, wo sie sich finden. Walt Whitman sprach 1855 von Amerikanern, wo immer man sie findet. Mit dieser einfallsreichen Geste universalisierte er die Anforderungen, die Amerikas Neuartigkeit stellte, indem sie neue Seinsweisen hervorbrachte, und formulierte die neue, von den USA weltweit gestellte Aufgabe, ein Amerikaner zu sein, indem man sich unweigerlich mit Amerika auseinandersetzen muss. Diese Zumutung des amerikanischen Dichter-Propheten ist auch heute noch gültig. Sogar die erklärten Feinde Amerikas müssen Amerika denken, und somit sind sie Amerikaner, wo immer sie sich aufhalten.

Amerika ist nun der Name für den Gegenstand dieses Denkens, und Amerikaner sind diejenigen, die es in Angriff nehmen. Wir müssen gut aufpassen, dass wir die Grenzen nicht akzeptieren, die es unserem Geist, unserem Verstand, unseren Vorstellungen und Wünschen auferlegt. Obwohl es unausweichlich und beherrschend ist, müssen wir nicht so verworfen und handlungsunfähig sein, wie Bercovitch uns gerne hätte. Wir brauchen keine Hoffnung, die uns an einen alternativen Raum, eine Zukunft, ein Entrinnen glauben lässt, denn indem wir uns selber und nach unseren eigenen Bedürfnissen denken, halten wir unsere beunruhigte Standhaftigkeit aufrecht und verweigern uns der Verworfenheit.

Aus dem Amerikanischen von Wolfgang Fritz Haug und Jan Rehmann

Hortense J. Spillers

Wie nach dem Reichstagsbrand

Die Zerstörung der amerikanischen Zivilgesellschaft

Man ist nie ganz auf der Höhe der eigenen Kultur – so viel vom eigenen Selbst bleibt einem verborgen, selbst wenn es anderen vielleicht durchsichtig sein mag. Gerade hat sich in den USA der 11. September 2001 zum zweiten Mal geährt, und ich hätte geschworen, dass wir in dieser Republik mit ihrem »hohen und unmöglichen Schicksal« (wie das William Faulkner fasste) inzwischen weiter wären, was seine Bedeutung betrifft: ein Anlass für ausgeweitete globale Sympathie und Verbundenheit, nicht für die Einschränkung von Geist und Fantasie. Was zum Beispiel hätte einen auf eine Hassdemonstration gegen Frankreich vorbereiten können, wie sie nach dessen Veto gegen einen zweiten us-geführten Krieg im Golf einige wohlmeinende Landsleute vollzogen, die sich beim Ausschütten französischen Weins fotografieren ließen, oder die etwas, das die Franzosen vermutlich ohnehin nicht essen, nun »Liberty Fries« statt »French Fries« nennen? Niemand kann vorhersagen, wie ein Anderer seine Enttäuschung oder Wut zum Ausdruck bringt, oder festlegen, was eine angemessene Reaktion auf beides darstellt, aber die Vernichtung guten Weins ist kaum ein passender Gegenstand öffentlicher Zurschaustellung, außer wenn es sich im Grunde eben gar nicht um den Wein handelt. Zum ersten Mal seit einigen Jahrzehnten bin ich mir nicht mehr sicher, ob ich meine Nachbarn so gut kenne, wie ich glaubte. Vielleicht kenne ich sie gar nicht. Mehr noch, das neue Gesicht unserer Regierung ängstigt mich, und als jemand, der in der Endphase einer strengen und gefährlichen Rassentrennung im amerikanischen Süden aufgewachsen ist, betrachte ich meine Reaktion mit wachsender Unruhe.

Mit diesem Text will ich in kleinen Kinderschritten zu klären versuchen, was in unserem Land – und in der Folge auf dem Globus – verloren gegangen ist. Jetzt, da sich der Nebel der Unmittelbarkeit etwas verzogen hat, sind einige Dinge klarer; der 11. September hat zwei Dimensionen, die miteinander in Beziehung stehen, aber nicht vermengt werden sollten: Erstens schuf das Ereignis, wie zufällig auch immer, mehr Zusammenhalt zwischen den Amerikanern als irgendein Ereignis seit der Ermordung Kennedys vor vierzig Jahren. Das Ausmaß seiner Gewalt beendete für immer die Illusion, dass das Festland der USA, vom Rest der Welt durch zwei große Ozeane getrennt, gegen Angriffe immun sei. Es hat gleichfalls die unausgesprochene Überzeugung erschüttert, die amerikanischen Sicherheits- und Nachrichtendienstapparate wären so ausreichend, tatsächlich allen anderen globalen Kräften derart überlegen, dass das Volk, dem sie dienen, und das Personal, das sie bedient, sich auf dem Erreichten ausruhen könnte und vor allem keine Verpflichtung hätte, über seine menschliche Intelligenz zu wachen – dass es also keiner Kenntnisse fremder

Sprachen und Kulturen bedürfte. Das Problem besteht nun nicht darin, dass wir über den entsetzlichen Verlust trauern, über die ungemilderte Arroganz, die hinter dem Anschlag stand, die ›Verbrechen gegen das Völkerrecht‹ und die willentliche Überschreitung der Trennlinie zwischen militärischen und zivilen Zielen, sondern zweitens in einem offensichtlichen Missverständnis der Verzweigungen und Auswirkungen des Ereignisses, von denen sich einige anders hätten gestalten können als diejenigen, die man uns tatsächlich auferlegte. Der erstaunliche Zusammenhalt, der an diesem Dienstag im September über die Republik hereinbrach, war sechs Monate später aufgezehrt oder erneut hergestellt, je nach der politischen und geschichtlichen Perspektive, die man einnehmen will – da steckt der Haken.

Als Bürgerin und Steuerzahlerin des Staates New York hatte ich die Gelegenheit, den ›Big Apple‹ nur zwei Wochen nach Beginn der Absicherungsarbeiten im ›Ground Zero‹ zu besuchen, die William Langewiesche (2002) als »Ent-Errichtung (Unbuilding) des World Trade Center« beschrieben hat. Aus Gründen, die mir selbst nicht durchsichtig sind, wagte ich mich erst im Dezember des folgenden Jahres an den Ort. Ich hätte es an diesem Septemberwochenende tun sollen, von Sympathie bewegt und von Neugier getrieben, aber obwohl ich es mir nie ganz in dieser Weise auseinander legte, muss ich Angst gehabt haben; der pure Gedanke erfüllte mich mit unaussprechlichem Grauen. Aber an einem Abend dieses verlängerten Wochenendes traf ich an der Upper West Side einige alte Freunde zum Abendessen, drei oder vier Paare, und obwohl wir alle noch unter dem Eindruck standen, dass ein Punkt erreicht sei, an dem alles in der Welt geschehen könne – was Hannah Arendt als Kennzeichen der totalitären Form beschrieben hatte (1951, 679) –, ging es allen relativ gut. Der Mann eines der Paare hatte auf dem Fernseher in seinem Greenwich-Village-Apartment das erste Flugzeug auf die Türme prallen sehen; ihn erreichte ein Telefonanruf über das gleiche unglaubliche Ereignis, und nur wenige Momente später, auf dem Weg ins Wohnzimmer, fühlte er, wie sich die Fenster, auf die er gerade zusteuerte, zuckend nach innen öffneten. Plötzlich in einem Feld herumfliegender Gegenstände und Trümmer gefangen, konnte er sich hinaus in das Chaos der Straßen von SoHo retten, in die bildliche Finsternis dieses so sonnigen Septembermorgens.

Die Freunde zeigten mir Fotos von ihrem Apartment, das sie verlassen mussten, bis die Stadtverwaltung den Grad der Vergiftung festgestellt hatte, und was ich sah, spottete der Beschreibung: Die Möbel auf dem Foto sahen aus, als seien sie in Phantombilder ihrer selbst gehüllt. Es war Staub, sagten sie, zusammengesetzt aus Trümmern und verbranntem Fleisch; er lag noch tagelang in der Luft, mischte sich in den Regen und verbreitete den Gestank einer Massenbeerdigung von etwa 3000 Menschen. Aber die Freunde waren nicht allein wütend auf die ›Terroristen‹, sondern auch auf uns selbst, die wir die weltpolitische Rolle der USA als selbstverständlich betrachtet hatten. Die Frau glaubte, dass der 11. September uns über die Aufkündigung unserer Stellung als globaler Hegemon unterrichtet hatte, weil wir uns ihrer aus vielen Gründen, von denen einige nicht schwer zu verstehen waren, nicht würdig erwiesen hatten. Einige Zeit später, nach den Militärschlägen gegen Afghanistan, die ich wegen der blutigen Unterdrückung der Frauen im Taliban-Staat begrüßt

habe, und angesichts dessen, was sich danach innerhalb der Vereinigten Staaten abgespielt hat, bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass der 11. September die amerikanische Version des Reichstagsbrandes vom 27. Februar 1933 darstellt. Der Brand, sagen Geschichtswissenschaftler, »änderte den Lauf der Geschichte« (Richie 1998, 409). Wir haben wiederholt – bis zur Übelkeit – gehört, dass sich am 11. September »die Welt änderte«. Sicher erhielt jedes dieser außerordentlichen Ereignisse eine spezifische Bedeutung für die heimische Bevölkerung. Ich würde sie die Politisierung der Furcht nennen und diese als kriminellen Akt betrachten, begangen von einer ohnehin schon unsicher legitimierten Regierung und ihren willigen Propagandisten. Das scheint mir der Alptraum zu sein, zu dem wir erwacht sind, und dieser Alptraum schlägt auf der Furchtskala die Bin Ladens um Längen.

»9-11«: Wir haben es hier mit einer neuen Wortikone zu tun, einem Bild, das unendlich viel bedeutet, das sich einer eigenen Website rühmt. Doch wer nur ein wenig hinter die Ränder dieser Inszenierung schaut, erblickt eine politische Pantomime von gigantischem Ausmaß und weitreichender Relevanz, die von den amerikanischen Medien offensichtlich nur widerwillig beleuchtet wird: 1) Die Republikanische Partei, angetreten, um die »Größe« der Regierung zu »reduzieren«, hat eine Einrichtung geschaffen, die nach der größten Regierungsbürokratie der jüngeren amerikanischen Geschichte aussieht, das Homeland Security Office mit seinen Tausenden von Mitarbeitern und seinem eigenen Kabinettsposten. Diese Nummer 1 ist nicht notwendigerweise das erste, was mir in den Kopf kommt, wenn ich meine Unzufriedenheit mit dem Status Quo reflektiere, aber sie verdeutlicht sehr gut die Heuchelei und Lüge der gegenwärtigen reaktionären Politik in den USA. Von negativen Energien getrieben, haben reaktionäre Ideologien wenig eigene Ideen, bleiben jedoch unnachgiebig gegenüber den Ideen der Anderen; in diesem Sinn verhalten sie sich parasitär zu den progressiven, liberalen und Mitte-Links-Kräften der Gesellschaft. Beispiele für das parasitäre Vorgehen, das die Unmöglichkeit von Vernunft im öffentlichen Leben suggeriert, drängen sich viele auf – etwa die Kriminalisierung des Begriffs »liberal« oder von Persönlichkeiten mit liberalen Ansichten. Grob gesagt ist alles möglich in diesem extremistischen Klima, das als ausdrückliches Ziel spätestens seit den 1960er Jahren vorbereitet wird (»Extremismus zur Verteidigung der Freiheit ist kein Verbrechen«, sagte Barry Goldwater 1964). Wenn die Propagandamaschinerie der extremistischen Partei, die sich einen republikanischen Anstrich gibt, einen programmatischen Ausdruck in ein gutes Licht zu rücken vermag, wird dieser Ausdruck unmittelbar zur Phrase, ob es nun um die Schaffung neuer Staatsbürokratien geht oder um die Missachtung des »ausgeglichene[n] Budgets« und des »Schuldenabbaus«. Das einzige Prinzip, das hier zur Debatte steht, ist das Fehlen von Prinzipien, nicht einmal im Namen einer Konzentration der Macht bei wenigen, sondern aus reinem Opportunismus, im Dienst einer fantastischen Vorstellung von Demokratie, die den Versuch aufgegeben hat, dem Eigeninteresse eine kluge Antwort entgegenzusetzen.

Was vielleicht als meine Nummer 1 hätte erscheinen sollen, weil es alle öffentlichen Äußerungen beinhaltet, muss sich mit der Ziffer 2) begnügen: Die Kontrolle der Information, wenn auch noch nicht absolut, ist in die Hände äußerst eng

definierter und rigoros begrenzter sozialer Formationen gefallen. Radio, Fernsehen, Zeitungen und andere Organe der öffentlichen Meinung sind, während sie ständig die mythische Betrugsfigur von den ›liberalen Medien‹ wiederkauen, Eigentum weniger Mogule geworden, deren Geschmack eine ganze Tonleiter von Schund kommandiert, von übler Nachrede und Fehldarstellungen bis zur Meinungsmache und zur Produktion von ›Nachrichten‹, die kaum Verantwortlichkeit für echte Analyse zeigen. Da ich meine Informationen bis auf wenige Ausnahmen (etwa C-Span) gewöhnlich aus anderen als aus US-Quellen beziehe, war ich selbst von der Heftigkeit meiner Reaktion überrascht, aber es ist auch wahr, dass etwa der Unterschied zwischen den heutigen Fernsehnachrichten und denen der vorigen Generation Lichtjahre beträgt. Tatsächlich spielte eine verantwortliche Nachrichtenversorgung vor vier Jahrzehnten eine wichtige Rolle dabei, die Fäulnis der Apartheid, die fehlgeleiteten Ziele der amerikanischen Regierung im Vietnamkrieg und später den moralischen Bankrott im Weißen Haus unter Nixon sichtbar zu machen. Der Niedergang der US-Medien nach Watergate ist durch nichts besser bezeugt als durch die atemberaubende Unaufrichtigkeit, die die Travestie der Anklage Clintons begleitete. Heute, da die Öffentlichkeit vielleicht dringender als irgend sonst in den letzten dreißig Jahren auf verlässliche Informationen angewiesen ist, begegnen wir einer deprimierenden Willenlosigkeit, der bösartigen Ignoranz sogenannter Schockwitze (mit Erfindungen wie ›Feminazis‹ oder ›Turd World‹; ›Scheißwelt‹ für ›Dritte Welt) sowie dem Bild einer amerikanischen Kultur, die zwischen hirnloser Habgier und narzisstischer Aufpolierung laviert. Ist es also irgendwie verwunderlich, dass ›die Website des Guardian (Großbritannien) inzwischen zwei Millionen US-Leser im Monat versorgt, während die Zuschauerzahlen des BBC hier ebenfalls in den Himmel schießen‹ (Alterman 2003)?

Wir können jeden Strang politischer Tätigkeit heute aufgreifen, und wir werden seine Bahn durch das dunkle Labyrinth der Boshaftigkeit und des Unheils verfolgen können, die unsere Innen- und Außenpolitik, wie sie im reaktionären Geist entworfen wurden, bestimmen. Diese nun herrschende Minderheitensicht wird abwechselnd als ›konservativ‹, ›neo-konservativ‹ und ›rechts‹ bezeichnet, doch hier hindert uns die Verarmung von Ideen und öffentlicher Diskussion, zu benennen, was wir sehen: Diesem prinzipienlosen, fantastischen, selbstgenügsamen Machthunger fehlt, so vermute ich, die intellektuelle Kraft für ein kreatives konservatives Denken, das wirkliche Ideen hervorzubringen vermöchte; und indem sie sich gegen die Zukunft dieser Republik, ihre Kinder und Alten wenden, gegen die Flagge, die sie schwenken wie ein Leichentuch, gegen diese Verfassung, die sie täglich missachten und pervertieren, tun diese Damen und Herren, was sie tun, weil sie es können, weil es ihnen erlaubt ist, weil sie dazu berechtigt sind. Für sie ist jetzt Show-Time, sie zelebrieren ihre Ersatz-Starrolle, und wir haben bisher noch kaum versucht, die Verbindung zwischen ihrer populären Aufführung und unserem Freiheitsverlust zu begreifen.

Die amerikanische Reaktion hat größtenteils einen offiziellen Charakter, sie trägt den Stempel der ›Respektabilität‹, sofern sie von Think Tanks und Stiftungen getragen wird oder, im Fall der Politiker, gewählte Ämter innehat. Ihre politischen

Ziele bestehen nichtsdestotrotz darin, die liberale Demokratie zurückzudrängen, die Segnungen des Wohlstandes nicht einmal für eine »Rasse«, sondern für einen »Stamm«, für eine Hand voll Familien zu beanspruchen und die Weltgemeinschaft in die erweiterte Untertanenschaft einer straff disziplinierten heimischen Ordnung zu verwandeln, die nach Belieben ausgeplündert werden kann. Man kann diese Absicht etwa in dem frommen Händeringen über das Schicksal des »irakischen Volks« erkennen. Wenn das Verhalten der amtierenden amerikanischen Regierung den Betrachter an die Taktiken von Schläger- und Verbrecherbanden erinnert, ist das keine falsche Sichtweise. In einem der kraftvollsten Texte, die ich für diesen Beitrag durchgesehen habe, beobachtet Jonathan Schell (2003): »Eine vesuvarartige Gewalt ist im abgestorbenen Mittelpunkt der amerikanischen Gesellschaft ausgebrochen, im exekutiven Zweig der Regierung. Keine Gegenmacht, ob in den Vereinigten Staaten, den Vereinten Nationen oder anderswo, hat sie bisher aufzuhalten vermocht.« Kurz vor dem Gipfeltreffen auf den Azoren, das nur einige Tage vor den Luftschlägen auf Bagdad stattfand, hatte ich die Hoffnung aufgebaut, dass Tony Blair mit seiner politischen Klugheit und dem kulturellen Kapital einer zumindest rudimentär aufgeklärten Meinung in der Lage sein könnte, mildernden Einfluss auf Amerikas neuesten Macho-Mann auszuüben, doch Blair selbst war in den Treibsand der friedenserhaltenden, staatsgründenden Mission geraten, die sichtlich in die Irre steuerte. So wie es aussieht, hat Blair willentlich auf die Vorteile verzichtet, die sich für seine Position als Leiter auf dem sogenannten Dritten Weg hätten ergeben können. – Illusionslos, wie ich meiner Regierung und dem, was sie zu tun bereit ist, gegenüberstehe, können mich ihre Pläne für die Demokratie zuhause und auswärts erschrecken, aber nicht überraschen (falls das kein Widerspruch ist). Im Lauf meines Lebens habe ich noch nie ein derart stimmiges und durchsichtiges Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik gesehen wie in den Projekten der amtierenden Regierung.

Eine der Hinterlassenschaften dieser Regierung wird eine systematische Verachtung internationaler Gesetze und Institutionen sein. Von langer Hand vorbereitet, zurückreichend auf Jesse Helms' Vorsitz im außenpolitischen Komitee des Senats, hat die Autorität der Vereinten Nationen nun einen herben Rückschlag erlitten, der begleitet wird vom Widerruf der Kyoto-Verpflichtungen und der Weigerung, sich dem Internationalen Gerichtshof zu unterstellen. Mehr noch, die US-Regierung hat eigene Geschäfte mit den Mitgliedern des Gerichtshofs angestrebt, um ihre militärischen und geheimdienstlichen Operationen vor angeblich betrügerischen Anklagen zu schützen, die dort in Zukunft lanciert werden könnten. Wäre man erst gestern geboren worden, so müsste man den Eindruck gewinnen, dass die dünnhäutig unilaterale Abwehrhaltung der USA gegenüber allen transnationalen Initiativen – mit der bemerkenswerten Ausnahme von Marktimperativen – eine dauerhafte Ausgeburt des nationalen Imaginären ist. Doch es ist kein Zufall, dass die Weltgemeinschaft ihren Sitz in New York hat. Auch wenn die UNO nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von mächtigen imperialen Interessen gegründet wurde (von den Siegermächten nämlich), und obwohl wir deren wirkliche Motivation bei der Fortführung des Völkerbundes hinterfragen können, stimmt es ebenso, dass die UNO »die Beschränktheit der Vorstellung

einer internationalen Ordnung« offenbart; sie »weist [...] hinaus« auf eine »globale Ordnung« (Hardt/Negri 2000, 20). Und auch wenn sie nur einen begrenzten Erfolg in der »materiellen Verwirklichung« des transnationalen Entwurfs erreichen konnte, bleibt doch die »formale Konzeption«, die »die Gültigkeit des Rechts aus einem supranationalen Ursprung ableitet« (22), für die Bürger dieser Welt von Interesse.

Für mich ist es unglaublich, dass sich die USA den Organen eines internationalen Rechtssystems entziehen sollten, besonders jetzt, da sie für ihr postmilitärisches Vorgehen im Irak internationale Kooperation anstreben – wengleich in einer unverfroren restringierten Form. Doch es sieht so aus, als sei die Haltung der jetzigen Regierung zur Gerechtigkeit nicht allein hoch selektiv, sondern strikt auf das gegründet, was ihr in ihrem momentanen Bedürfnis nach Vorwänden hilfreich ist, so dass sie die verständlichen Ängste der Bevölkerung in Sachen nationaler Sicherheit für ihre eigenen Zwecke nutzt und als Grundlage für die bevorstehende Kampagne zur Präsidentschaftswahl verwendet. Der Rahmen für die Definition terroristischer Aktivitäten steht gefestigt bereit, was für amerikanische Bürger quer durchs politische Spektrum Anlass zur Sorge gibt, weil so bereits die Slippery Slope eingerichtet sein könnte, auf der die Bürgerrechte im Kontext des 11. Septembers neu zugerichtet werden – wodurch besonders diejenigen Formen politischer Tätigkeit bedroht sind, die von den Reaktionären als unpopulär oder gefährlich eingestuft werden. Den richtigen Kurs zu halten zwischen der Unterbindung von Gewalt und dem Schutz eines Rechtswesens, das Gerechtigkeit auch für den Angeklagten vorsieht, mag sich als ähnliche Herausforderung erweisen wie die Fahrt zwischen Skylla und Charybdis, besonders wenn die Gesellschaft sich über den Patriot Act I und II verständigt: Wengleich das Justizministerium den Widerstand gegen seine Ermittlungsmethoden »hysterisch« genannt hat, folgt die Einbildungskraft nur der Bahn, die ihr vorgezeichnet wurde. Hier sind Arendts Worte ins Bewusstsein eingegraben: »Die Willkür bezweckt die bürgerliche Entrechtung aller von einem totalitären Regime Beherrschten, die schließlich im eigenen Land so vogelfrei werden wie sonst nur Staaten- und Heimatlose.« (1951, 691; Hv. HS) Wo liegt in unserem System die Einschränkung, die Arendts »schließlich« verhindern könnte?

Während der letzten Jahre haben sich alle formellen und informellen innenpolitischen Diskussionen, mit denen ich vertraut bin, auf den exekutiven und den judikativen Zweig der Regierung konzentriert (während die Gesetzgeber machtlos scheinen, sich Entscheidungen entgegenzustellen, die bereits ein *fait accompli* sind): auf den ersteren als die Summe und Repräsentation unseres Landes und unserer Reputation, auf den letzteren als die einzige integre Instanz, die zwischen uns und dem Chaos steht – die entscheidet, ob wir bei Nacht oder bei Tage weggeschleppt werden können und vom Antlitz der Erde verschwinden, ob uns, gleich wie unser Kontostand aussieht, die Würde eines menschlichen Wesens unter dem Gesetz eingeräumt wird, ob wir *schließlich*, was immer unsere Hautfarbe, unsere Herkunft und unsere Vorfahren sind, unsere sexuelle Orientierung und unsere Bildung, unserem Bedürfnis folgen können, ein bewusstes menschliches Leben zu führen, oder ob dieses Bedürfnis in einer Wiederholung der Dschungelgesetze verspottet wird.

Es ist wohl keine Übertreibung, wenn ich annehme, dass dieses Land zur Zeit nur schweren Herzens schlafen geht. Als Nachtmensch bin ich mitternachts am besten ›drauf‹, aber hier ist diese Aktivität momentan sehr viel weniger erfreulich, weil Fragen am Bewusstsein nagen: hohe Arbeitslosigkeit, ein schwächer werdender Dollar, eine ›Terror‹-Wachsamkeit, die je nachdem, was das Erfordernis zur Manipulation der Wahlergebnisse verlangt, konditioniert werden kann, ein explodierendes Haushaltsdefizit, das an den Renten meiner Generation zehren wird, ein Schulsystem im Zustand der Erschöpfung, eine ausverkaufte, stillgestellte Presse, die Kirchen überall in Verwirrung, schließlich eine Bundesregierung, die nicht allein die ganze Zeit hindurch in jeder beliebigen Angelegenheit außer Kontrolle geraten ist, sondern das militant und prahlend genießt, während sie die gewaltigen Ressourcen des amerikanischen Gemeinwesens einer neuen ›ursprünglichen Akkumulation‹ ausliefert. Es scheint also, dass sich, wie Arendt einmal schreibt, Nacht auf unsere Zukunft gelegt hat. Aber ich weiß auch, dass »am Morgen Freude einkehrt«. Im letzten Frühjahr sagten Millionen Amerikaner, Kanadier und Europäer in unseren großen Städten von Toronto bis New York, von San Francisco bis London, Paris, Barcelona, Rom und Berlin in friedlichen Demonstrationen ›Nein‹, nicht nur zum Krieg im Irak, sondern auch zu den Übergriffen der Nacht, und nach meiner festen Überzeugung macht es wirklich etwas aus, dass wir weitergemacht haben und weitermachen werden.

Literatur

- Alterman, Eric, »Patriotic Gore«, in: *The Nation*, 1.9.2003, 11
 Arendt, Hannah, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (1951), München 1986
 Hardt, Michael, u. Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M-New York 2002
 Langewiesche, William, *American Ground: Unbuilding the World Trade Center*, New York 2002
 Richie, Alexandra, *Faust's Metropolis: A History of Berlin*, New York 1998
 Schell, Jonathan, »The Limits of Interpretation«, in: *The Nation*, 21.4.2003, 8
 Zinn, Howard, *A People's History of the United States 1492-Present*, New York 1999

Loïc Wacquant

Von der Sklaverei zur Masseneinkerkerung

Nicht eine, sondern mehrere »eigentümliche Institutionen« arbeiteten in der Geschichte der Vereinigten Staaten an der Definition, Einschließung und Kontrolle von Afroamerikanern. Die erste davon war von der Kolonialzeit bis zum Bürgerkrieg die *chattel*-Sklaverei¹, die den Dreh- und Angelpunkt der Plantagenökonomie und die Ausgangsmatrix »rassischer« Trennung bildete (Stampp 1956; Berlin 1998). Die zweite war das Jim-Crow-System² gesetzlich erzwungener Diskriminierung und Segregation von der Wiege bis zur Bahre, das die überwiegend agrarische Gesellschaft des Südens vom Ende der *reconstruction* bis zur Bürgerrechtsrevolution konservierte und erst ein volles Jahrhundert nach Aufhebung der Sklaverei überwunden wurde (Woodward 1957; Littwack 1999). Amerikas dritte Spezialvorrichtung für Kontrolle und Ausschluss der Sklavennachkommen in den Industriemetropolen des Nordens war das Ghetto, das sich parallel zur Urbanisierung und Proletarisierung der Afroamerikaner von der Großen Migration zwischen 1914 und 1930 bis in die 1960er Jahre entwickelte, als es sich schließlich – wegen der simultanen Transformation von Wirtschaft und Staat sowie durch den wachsenden Protest der Schwarzen gegen ihren andauernden Ausschluss als Kaste, der seinen Höhepunkt mit den im Bericht der Kerner Kommission dokumentierten explosiven städtischen Aufständen erreichte – zum Teil als obsolet erwies (Spear 1968; Kerner Commission 1988). Die vierte Institution, so behaupte ich hier, ist der neue institutionelle Komplex aus den Resten des dunklen Ghettos und dem Gefängnisapparat, mit dem das Ghetto durch ein Verhältnis struktureller Symbiose und funktionalen Ersatzes verknüpft wurde. Dies bedeutet, dass Sklaverei und Masseneinkerkerung genealogisch zusammenhängen und dass man letztere – hinsichtlich ihres Zeitpunktes, ihrer Zusammensetzung und ihres sanften Anfangs sowie hinsichtlich der stillen Ignoranz oder Akzeptanz ihrer schädlichen Wirkung auf die Betroffenen – nicht verstehen kann, ohne auf erstere als den geschichtlichen Anfangspunkt und das funktionale Analogon zurückzukommen.

1 [»*Chattel*« bedeutet bewegliches Eigentum – die Sklaven wurden als solches behandelt; Anm. d. Ü.]

2 Die Bezeichnung »Jim Crow« stammt aus einem Lied und einem Tanz gleichen Titels, das zuerst 1828 von Thomas Dartmouth Rice (1808-1860) aufgeführt wurde, einem populären fahrenden Schauspieler, der als Vater der *minstrel*-Darbietungen gilt, in denen ein schwarz geschminkter weißer Schauspieler den Tanz und Gesang afroamerikanischer Sklaven karikierte. Solche Darbietungen erfreuten sich sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in England großer Popularität und erreichten ihren Höhepunkt in dem Jahrzehnt, das zur Abschaffung der Sklaverei führen sollte.

Vor dem Hintergrund der gesamten historischen Entwicklung »rassischer« Herrschaft in den Vereinigten Staaten kann die krasse und wachsende Disproportionalität bei der Einkerkering, die die Afroamerikaner seit drei Jahrzehnten trifft, verstanden werden als das Ergebnis der »außer-straftlichen« Funktionen, die das Gefängnisssystem im Kielwasser der Ghettokrise übernommen hat, und des fortbestehenden Stigmas, das die Sklavennachkommen qua Zugehörigkeit zu einer ihrer ethnischen Ehre (Max Webers »Massenehre«) auf grundlegende Weise beraubten Gruppe belastet. Nicht die Kriminalität, sondern die Notwendigkeit, sowohl die bereits untergrabene Kastenspaltung als auch das im Entstehen begriffene Regime aus der Gesellschaft ausgegliederter Lohnarbeit zu stützen, für das die meisten Schwarzen mangels vermarktbareren kulturellen Kapitals bestimmt sind und dem die am stärksten Benachteiligten unter ihnen durch die Flucht in die illegale Straßenökonomie widerstehen, ist der Hauptimpuls hinter der erstaunlichen Ausdehnung des amerikanischen Strafstaats im postkeynesianischen Zeitalter und seiner *de-facto*-Politik »positiver Diskriminierung zusätzlich zur Einkerkering« (*»carceral affirmative action«*) von Afroamerikanern (Wacquant 1998; 1999, 71-94).

Die Vehikel der Arbeitsauspressung und Kastenspaltung

Amerikas ersten drei »eigentümlichen Institutionen«, der Sklaverei, dem Jim-Crow-System und dem Ghetto, ist gemein, dass sie jeweils Instrumente sowohl für die Auspressung von Arbeit als auch für die soziale Ächtung einer ausgestoßenen Gruppe waren, die qua eines unauslöschlich ihr anhaftenden dreifachen Stigmas für anpassungsunfähig erachtet wird. Afroamerikaner kamen als Gefangene ins Land der Freiheit. Dementsprechend wurden sie in der selbst ernannten Wiege der Demokratie des Wahlrechts beraubt (was für die Bewohner der Südstaaten bis 1965 galt). Mangels erkennbarer nationaler Zugehörigkeit wurde ihre ethnische Ehre beschnitten, was bedeutet, dass sie, statt lediglich am unteren Ende der Rangordnung des Gruppenprestiges in der amerikanischen Gesellschaft zu stehen, von Anfang an von ihr ausgeschlossen wurden.³

1. *Sklaverei (1619-1865)*: Sklaverei ist eine höchst formbare und vielseitige Institution, die für eine Reihe von Zwecken genutzt werden kann (Drescher/Engerman 1998). Auf dem amerikanischen Kontinent war das Eigentum an Personen aber vor

3 »Unter den Gruppen, die gemeinhin als nicht assimilierbar angesehen werden, bildet das Negervolk bei weitem die größte. Anders als die Japaner und die Chinesen haben die Neger keine politisch organisierte Nation und keine akzeptierte eigenständige Kultur außerhalb Amerikas, auf die sie zurückgreifen können. Im Unterschied zum Orientalen haftet dem Neger die historische Erinnerung an Sklaverei und Minderwertigkeit an. Für sie ist es schwieriger, Vorurteile mit Vorurteilen zu erwidern und, wie vielleicht die Orientalen, sich selbst und ihre Geschichte als den weißen Amerikanern und ihren jüngsten kulturellen Leistungen überlegen anzusehen. Die Neger haben keine derart untermauerte Selbstachtung. Als untergeordnete Kaste, eine Kaste von Menschen, von denen angenommen wird, dass ihnen die kulturelle Vergangenheit fehlt und sie zu keiner kulturellen Zukunft fähig sind, sind sie hilflos *eingesperrt*« (Myrdal 1944, 54; Hervorhebung des Autors).

allem auf die Bereitstellung und Kontrolle von Arbeitskraft abgestimmt. Ihre Einführung im 17. Jahrhundert in den US-Regionen von Chesapeake, Middle Atlantic und Low Country diente zur Rekrutierung und Regulierung unfreier Arbeitskräfte, die gewaltsam aus Afrika und den westindischen Inseln importiert worden waren, um in der Tabak-, Reis-, und gemischten Landwirtschaft eingesetzt zu werden. (Vertraglich verpflichtete Arbeiter aus Europa und indianische Eingeborene wurden wegen ihrer größeren Widerständigkeit und weil ihre Knechtschaft zukünftige Einwanderung behindert sowie das begrenzte Arbeitsangebot rasch erschöpft hätte, nicht versklavt.) Seit Ende des 18. Jahrhunderts war die Sklaverei in der Lage, sich selbst zu reproduzieren, und dehnte sich bis zur fruchtbaren Sichel des sich von South Carolina bis Louisiana erstreckenden inneren Südens aus, wo sie eine höchst profitable Arbeitsorganisation für die Baumwollproduktion und die Grundlage für eine Plantagensellschaft bildete, die durch eine feudale Kultur, Politik und Psyche gekennzeichnet war (Wright 1978; Kolchin 1993).

Ein unvorhergesehenes Nebenprodukt der systematischen Versklavung und Entmenschlichung der Afrikaner und ihrer Nachkommen auf nordamerikanischem Boden war die Schaffung einer »rassischen« Kastenlinie, die trennte, was später mit »schwarz« und »weiß« etikettiert werden sollte. Wie Barbara Fields (1990) gezeigt hat, festigte sich die amerikanische Rassenideologie, die eine in der unflexiblen Anwendung der »Ein-Tropfen-Regel« und des *hypodescent*-Prinzips⁴ verankerte, biologische Spaltung unterstellte, um den offenkundigen Widerspruch zwischen menschlicher Unfreiheit und Demokratie aufzulösen. Der religiöse und pseudowissenschaftliche Glaube an »rassische« Differenz verhörnte die rohe Tatsache unfreier Arbeit mit der Doktrin naturrechtlich begründeter Freiheit, indem der Sklave auf lebendiges Eigentum reduziert wurde – was laut der heiligen Schrift der Verfassung drei Fünftel einer Person entspricht.

2. *Jim Crow (Süden 1865 - 1965)*: »Rassische« Trennung war nicht die Bedingung, sondern die Konsequenz der US-Sklaverei; einmal eingerichtet, löste sie sich aber von ihrer ursprünglichen Funktion und erwarb gesellschaftliche Wirksamkeit *sui generis*. Die Emanzipation schuf daher ein doppeltes Dilemma für die weiße Südstaatengesellschaft: Wie kann die Arbeit ehemaliger Sklaven, ohne die die regionale Wirtschaft zusammenbrechen würde, von Neuem sichergestellt und der grundlegende Statusunterschied zwischen Weißen und »Farbigen« – also die nötige soziale und symbolische Distanz zur Verhinderung des Odiums der »Verschmelzung« mit einer als minderwertig, wurzellos und niederträchtig erachteten Gruppe – aufrechterhalten werden? Nach einem langen, bis in die 1890er Jahre dauernden Interregnum, während dessen die frühere weiße Hysterie zugunsten einer partiellen, wenn auch inkonsistenten Lockerung ethnorassischer Schließungen nachgelassen hatte und Schwarze wählen, öffentliche Ämter bekleiden und sich – insofern die durch die Sklaverei beförderte Intimität zwischen den Gruppen aufrechterhalten

4 [Das Prinzip des *hypodescent* ordnet Kinder aus »gemischt-rassischen« Beziehungen automatisch der »Rasse« zu, der ein niedrigerer sozialer Status zugeschrieben wird; Anm. d. Ü.]

wurde, sogar bis zu einem gewissen Grade mit Weißen mischen durften – kam die Lösung in Form des Jim-Crow-Regimes. Es bestand aus einem Ensemble sozialer und rechtlicher Regeln, die die völlige Trennung der »Rassen« vorschrieben und die Lebenschancen von Afroamerikanern scharf begrenzten (Woodward 1955), während diese in einem Verhältnis überzogener Unterwerfung gebunden blieben, gestützt durch juristischen Zwang und terroristischer Gewalt von Weißen.

Dieses aus den Nordstaaten importierte und in den dortigen Städten erprobte Regime legte fest, dass Schwarze in gesonderten Zügen, Straßenbahnen und Warte-hallen reisen, dass sie in den *darktown*⁵ Slums wohnen und (wenn überhaupt) in eigenen Schulen ausgebildet werden, dass sie ihre eigenen Dienstleistungseinrichtungen besuchen und ihre eigenen Toiletten und Trinkbrunnen benutzen, dass sie in separaten Kirchen beten, sich in separaten Clubs unterhalten und in Theatern in separaten »Negergalerien« sitzen, dass sie in getrennten Krankenhäusern medizinische Betreuung erhalten und zwar ausschließlich von »farbigem« Personal, und dass sie in separierten Zellen inhaftiert und auf separierten Friedhöfen begraben werden. Entscheidend war, dass sich bei der Verurteilung des »unsäglichen Verbrechens« interrassischer Heirat, »wilder Ehe« oder bloßer sexueller Zusammenkunft das Recht zu den Sitten gesellte, um so das »höchste Gesetz der Selbsterhaltung« der Rassen und den Mythos angeborener weißer Überlegenheit aufrechtzuerhalten. Das Plantagensystem blieb mit dem nach wie vor weißen Landbesitz und der Verallgemeinerung von *sharecropping* und Schulden-Peonage⁶ praktisch unberührt, während ehemalige Sklaven zur »abhängigen, eigentumslosen Bauernschaft [werden], formal frei, aber in der Schlinge von Armut, Ignoranz und der neuen Knechtschaft des Pachtverhältnisses gefangen« (Millen 1990, 126). Während *sharecropping* afroamerikanische Arbeiter an die Farm band, stellten starre Anstandsregeln sicher, dass Weiße und Schwarze nie auf Augenhöhe interagierten, nicht einmal auf der Laufbahn oder im Boxring; eine Verordnung von 1930 aus Birmingham, Alabama, erklärte es sogar für gesetzeswidrig, Schach oder Domino miteinander zu spielen.⁷ Immer wenn die »Farbenlinie« übertreten oder gar verschoben wurde, ergoss sich ein Sturzbach der Gewalt in Form periodischer Pogrome, Razzien des Ku Klux Klan

5 [Darktown, wörtlich »dunkle Stadt« oder »dunkler Stadtteil«, bezeichnete nicht nur den segregierten Wohnort der dunkelfarbigen Bevölkerung, sondern auch deren unterstellte dunkle Machenschaften, Anm. d. Ü.]

6 [Sharecropping ist ein Teilpacht-System, bei dem die weißen Landbesitzer einen fixen Anteil von der Ernte der ansonsten formal freien schwarzen Landarbeiter beziehen, während Schulden-Peonage, ein Schuldendienst im wörtlichen Sinne, ein System bezeichnet, bei dem schwarze Landarbeiter ihre Schulden bei weißen Gläubigern abarbeiten müssen und solange an das Land des Gläubigers gebunden sind, Anm. d. Ü.]

7 In Mississippi ging die Gesetzgebung so weit, die Befürwortung sozialer Gleichheit zwischen Schwarzen und Weißen für ungesetzlich zu erklären. Ein Gesetz von 1920 belegte jeden, der »des Drucks, der Veröffentlichung oder der Verbreitung gedruckten, getippten oder geschriebenen Materials, das zur öffentlichen Akzeptanz von Argumenten oder Vorschlägen zugunsten der sozialen Gleichheit oder Mischehe aufruft oder dazu Informationen enthält, für schuldig befunden wurde« (zit. n. Millen 1990, 8f), mit einer Strafe von 500 Dollar und sechs Monaten Gefängnis.

und von Bürgerwehren, öffentlicher Prügelbestrafungen, Morde durch den Pöbel und Lynchmorde – jene rituellen Kastenmorde, die erfunden wurden, um »hochnäsige Neger« auf ihre zugewiesenen Plätze zu verweisen. All das wurde ermöglicht durch den schnellen und fast vollständigen Entzug des Wahlrechts für Schwarze sowie die Durchsetzung des »Negerrechts« durch Gerichte, die ihnen weniger effektiven Rechtsschutz gewährten als den Sklaven zu Teil geworden war, während sie noch Eigentum und Personen waren.

3. *Ghetto (Norden, 1915-1968)*: Die nackte Brutalität der Kastenunterdrückung in den Südstaaten, der Niedergang der Baumwoll-Landwirtschaft auf Grund von Überschwemmungen und des Befalls durch den Baumwollkapselkäfer sowie die durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verursachte akute Arbeitskräfteknappheit in den Fabriken der Nordstaaten gaben den Anstoß dafür, dass Afroamerikaner massenhaft in die boomenden Industriezentren des Mittleren Westens und Nordostens abwanderten (über 1,5 Millionen zwischen 1910 und 1930, gefolgt von nochmals 3 Millionen zwischen 1940 und 1960). Aber als die Migranten aus dem Gebiet zwischen Mississippi und den Carolinas in Scharen in die Nordstaaten-Metropolen kamen, entdeckten sie nicht das gelobte Land von Gleichheit und voller Staatsbürgerschaft, sondern ein anderes System »rassischer« Schließung: das Ghetto, das, obwohl es weniger starr und Furcht einflößend war als der Ort, vom dem sie geflohen waren, nicht weniger umfassend und beschränkend war. Selbstverständlich ließen die größere Freiheit, öffentliche Räume zu nutzen und in normalen Einrichtungen zu konsumieren, das Verschwinden der demütigenden Schilder, die »Farbige« hierhin und »Weiße« dorthin wiesen, der neuerliche Zugang zu den Wahlurnen und zur Schutzfunktion der Gerichte, die Möglichkeit begrenzten wirtschaftlichen Vorankommens, die Entlassung aus persönlicher Dienstbarkeit und der Verlust der Furcht vor der allgegenwärtigen weißen Gewalt das Leben im städtischen Norden unvergleichbar erstrebenswerter erscheinen als die dauerhafte Leibeigenschaft im ländlichen Süden: Es war »besser ein Laternenpfosten in Chicago zu sein als der Präsident von Dixie«, wie es Migranten gegenüber Richard Wright prägnant auf den Punkt brachten. Restriktive Verordnungen zwangen Afroamerikaner allerdings, sich in einem »schwarzen Gürtel« zu sammeln, der bald überbevölkert, mit zu geringer Infrastruktur ausgestattet und von Verbrechen, Krankheit und Verfall gezeichnet war, während sie Barrieren auf dem Arbeitsmarkt auf die gefährlichsten, niedersten und unterbezahltesten Berufe in Industrie und Dienstleistungssektor verwiesen. »Soziale Gleichheit«, verstanden als Möglichkeit, »Mitglied weißer Cliques, Kirchen oder Vereine zu werden oder in ihre Familien einzuheiraten«, wurde klar und deutlich verweigert (Drake/Cayton 1962, Bd. 1, 112-28).

Die Schwarzen hielten Einzug in die fordistisch-industrielle Ökonomie, für die sie eine lebenswichtige Quelle reichlich vorhandener und billiger Arbeitskraft darstellten, die willens war, sich ihren Boom- und Krisenzyklen zu unterwerfen. Aber sie blieben in einer prekären Position struktureller ökonomischer Marginalität und auf einen abgeschlossenen und abhängigen Mikrokosmos mit eigener interner Arbeitsteilung, sozialer Stratifizierung sowie Agenturen kollektiver Meinungsäußerung

und symbolischer Repräsentation verwiesen: eine »Stadt in der Stadt« verankert in einem Komplex von schwarzen Kirchen und Presseorganen, Geschäfts- und Berufspraktiken, Bruderschaften und Gemeindeverbänden, der sowohl ein »Milieu für Negeramerikaner, in dem sie ihrem Leben einen Sinn geben konnten«, als auch ein Bollwerk, »um das weiße Amerika vom »sozialen Kontakt« mit Negern zu schützen« (Drake/Cayton 1962, Bd. 2, XIV), war. Andauernde Kastenfeindschaft von außerhalb und eine erneuerte ethnische Affinität innerhalb konvergierten und schufen das Ghetto als drittes Vehikel der Auspressung schwarzer Arbeitskraft zum materiellen und symbolischen Wohl der weißen Gesellschaft, während gleichzeitig die schwarzen Körper auf sichere Distanz gehalten wurden.

Die Ära des Ghettos als übermächtiger Mechanismus ethnorassistischer Herrschaft wurde mit den städtischen Unruhen von 1917 bis 1919 (in East St. Louis, Chicago, Longview, Houston, etc.) eröffnet. Sie schloss mit einer Welle von Zusammenstößen, Plünderungen und Bränden, die hunderte amerikanischer Städte von Ost- bis Westküste erschütterten – angefangen mit dem Watts-Aufstand von 1965 bis hin zu den Wut- und Trauer-Unruhen, die durch die Ermordung von Martin Luther King im Sommer 1968 ausgelöst wurden (Kerner Commission 1988). Dabei war das Ghetto Ende der 60er Jahre tatsächlich funktional überflüssig oder, genauer gesagt, zunehmend ungeeignet für die doppelte Aufgabe geworden, mit der Amerikas »eigentümliche Institutionen« historisch betraut waren. Hinsichtlich der Auspressung von Arbeit bedeutete die Verlagerung von einer städtisch-industriellen Ökonomie zu einer vorstädtischen Dienstleistungsökonomie und die damit einhergehende Dualisierung der Beschäftigtenstruktur zusammen mit der Zunahme der Arbeiterklassen-Einwanderung aus Mexiko, der Karibik und Asien, dass große Segmente der Beschäftigten, welche von den »schwarzen Gürteln« der Nordstaatenmetropolen aufgenommen worden waren, schlicht nicht mehr benötigt wurden. Hinsichtlich der ethnorassistischen Schließung konnte die jahrzehntelange Mobilisierung von Afroamerikanern gegen die Kastenherrschaft in der günstigen politischen Konjunktur der durch den Vietnam-Krieg verursachten Krise und diverser sozialer Unruhen endlich den Bundesstaat erfolgreich dazu zwingen, die Rechtsmaschinerie des Kastenaus-schlusses zu demontieren. Ausgestattet mit geschützten Wahl- und Bürgerrechten wurden Schwarze schließlich volle Staatsbürger, die es nicht länger dulden würden, in die separate und minderwertige Welt des Ghettos abgeschoben zu sein.⁸

8 Das war die Bedeutung der »Freedom Campaign« von Martin Luther King im Sommer 1966 in Chicago. Die Kampagne versuchte, die Techniken kollektiver Mobilisierung und zivilen Ungehorsams, die beim Angriff auf Jim Crow in den Südstaaten erfolgreich genutzt worden waren, im Ghetto anzuwenden, um »den langsamen, erstickenden Tod eines Lebens in einer Art Konzentrationslager« (M.L. King, zit. n. Oates 1982, 373), zu dem Schwarze in den Metropolen der Nordstaaten verurteilt waren, aufzudecken und dagegen zu protestieren. Die Kampagne »aus Chicago eine offene Stadt [zu] machen« wurde durch die Furcht erregende Kombination aus staatlicher Repression (angeführt von 4.000 Truppen der Nationalgarde), der Gewalt des weißen Mobs, ätzender medialer Denunziationskampagnen des *Chicago Tribune* und der *Chicago Sun Times* sowie wütenden Widerstands aus dem Rathaus, der Immobilienindustrie und den Gerichten schnell zunichte gemacht – alles mit der wissentlichen Duldung des Kongresses und des Weißen Hauses.

Während die Weißen die »Integration« zwar neidisch, aber vom Prinzip her akzeptierten, strebten sie in der Praxis jedoch danach, eine unüberbrückbare soziale und symbolische Kluft zu ihren Landsleuten afrikanischer Abstammung aufrechtzuerhalten. Sie verließen die öffentlichen Schulen, mieden den öffentlichen Raum und flohen millionenweise in die Vorstädte, um der Durchmischung zu entgehen und das Gespenst »sozialer Gleichheit« in der Stadt abzuwehren. Anschließend wandten sie sich gegen den Sozialstaat und diejenigen sozialen Programme, von denen der kollektive Aufstieg der Schwarzen am meisten abhing. Im Gegensatz dazu brachten sie enthusiastische Unterstützung für »law-and-order«-Maßnahmen auf, die versprachen, die städtische Unordnung, die wie selbstverständlich als »rassistische« Bedrohung wahrgenommen wurde, streng zu ahnden (Edsall/Edsall 1991; Quadagno 1994; Beckett/Sasson 2000, 49-74). Solche Politiken verweisen auf eine weitere spezielle Institution zur Einschließung und Kontrolle wenn nicht der ganzen afroamerikanischen Community, so doch ihrer störendsten, verrufensten und gefährlichsten Mitglieder: auf das Gefängnis.

Das Ghetto als ethnorassistisches Gefängnis, das Gefängnis als gerichtliches Ghetto

Um die tiefe Verwandtschaft zwischen Ghetto und Gefängnis fassen zu können⁹, aus der zu erklären ist, wie im letzten Vierteljahrhundert der strukturelle Niedergang und die funktionale Redundanz des einen zum Aufstieg und erstaunlichen Wachstum des anderen führten, ist es zunächst notwendig, das Ghetto genau zu beschreiben. Hier treffen wir auf die lästige Tatsache, dass es die Sozialwissenschaften versäumt haben, einen robusten *analytischen* Begriff des Ghettos zu entwickeln. Stattdessen gaben sie sich damit zufrieden, den im politischen und populären Diskurs der jeweiligen Epoche geläufigen Alltagsbegriff zu borgen. Dies hat ziemlich viel Verwirrung gestiftet, da das Ghetto nacheinander mit einem segregierten Bezirk, mit einem ethnischen Quartier, mit einem Territorium starker Armut oder Wohnungsnot und in jüngerer Zeit, parallel zum Aufstieg der mythenbasierten »underclass«-Politik sogar mit einer bloßen Ansammlung städtischer Pathologien und asozialen Verhaltens vermischt – und verwechselt – wurde.¹⁰

9 Man muss sich in Erinnerung rufen, dass die Kerkerpopulation ab Mitte der 70er Jahre nahezu zwei Jahrzehnte lang beständig gefallen ist, um 1975 den Tiefpunkt von 380000 Insassen zu erreichen. Führende Analytiker des Strafsystems, von David Rothman über Michel Foucault bis Alfred Blumstein, waren sich daher einig in ihrer Vorhersage der unmittelbar bevorstehenden Marginalisierung des Gefängnisses als Institution der sozialen Kontrolle oder im schlimmsten Falle der Langzeit-Stabilität der Haftstrafe auf einem historisch moderaten Niveau. Niemand sah die in den folgenden zwanzig Jahren bevorstehende Vervielfachung von Amerikas eingekerkelter Bevölkerung voraus. Dies wurde durch unkontrolliertes Wachstum erreicht, das die Zahl im Jahr 2000 über die Zwei-Millionen-Marke katapultiert hat, obwohl die Kriminalitätsrate über den gleichen Zeitraum stagnierte.

10 Für eine historische Rekapitulation der Bedeutung von »Ghetto« in der amerikanischen Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaft siehe Wacquant (2000), der zur Diagnose gelangt, dass »Rasse« eigentümlicher Weise aus dem Ghetto-Begriff ausgetrieben wurde, obwohl dieser

Eine historisch-vergleichende Soziologie über die den Juden vorbehaltenen Quartiere in den europäischen Städten der Renaissance und über Amerikas »Bronzeville« in der fordistischen Metropole des 20. Jahrhunderts zeigt, dass das Ghetto im Wesentlichen ein sozialräumliches Instrument ist, das es einer herrschenden Statusgruppe in städtischer Umgebung erlaubt, eine untergeordnete Gruppe gleichzeitig zu ächten und auszubeuten, indem diese mit negativem symbolischen Kapital ausgestattet wird, also mit der fleischgewordenen Eigenschaft, deren Kontakt kraft dessen, was Max Weber »negative, soziale Einschätzung der ›Ehre«« (Weber 1922/1956, 683) genannt hat, als entwürdigend wahrgenommen wird. In anderen Worten: Es ist ein Verhältnis ethnorassistischer Kontrolle und Schließung, das aus vier Elementen zusammengesetzt ist: 1) Stigma, 2) Zwang, 3) territoriale Einschließung und 4) institutionelle Einbettung. Die resultierende Formation ist ein deutlich abgegrenzter Raum, der eine ethnisch homogene Bevölkerung enthält, die sich gezwungen sieht, darin ein Set von miteinander verbundenen Institutionen zu entwickeln, die den organisatorischen Rahmen der umgebenden Gesellschaft, von der diese Gruppe ausgeschlossen ist, verdoppeln und das Gerüst für die Konstruktion ihres besonderen »Lebensstils« und ihrer besonderen sozialen Strategien liefern. Dieses parallele Netz von Institutionen bietet der untergeordneten Gruppe ein gewisses Maß an Schutz, Autonomie und Würde, allerdings um den Preis des Eingesperrtseins in einem Verhältnis struktureller Unterordnung und Abhängigkeit.

Kurzum, das Ghetto operiert als ethnorassistisches Gefängnis: Es umschließt eine entehrte Kategorie und beschneidet in beträchtlichem Maße die Lebenschancen ihrer Mitglieder mit dem Effekt der »Monopolisierung ideeller und materieller Güter oder Chancen« (Weber 1922/1956, 686) durch die herrschende Statusgruppe, die in den Vororten wohnt. Erinnern wir uns zunächst, dass die Ghettos im frühmodernen Europa typischer Weise durch hohe Mauern mit einem oder mehreren Toren begrenzt waren, welche nachts abgeschlossen wurden und hinter welche sich Juden vor Sonnenuntergang bei Androhung harter Strafen zu begeben hatten (Wirth 1928, 32), und dass ihre Ummauerung der kontinuierlichen Überwachung externer Behörden unterlag. Nehmen wir dann die strukturellen und funktionalen Homologien mit dem als gerichtlichem Ghetto gefassten Gefängnis zur Kenntnis: Ein Untersuchungsgefängnis oder ein reguläres Gefängnis¹¹ ist eigentlich ein vorbehaltener Raum, der dazu dient, eine auf legalem Weg verunglimpft Bevölkerung zwangsweise einzuschließen und worin diese ihre unverkennbaren Institutionen, Kultur und befleckten

ausdrücklich zur Bezeichnung eines Mechanismus ethnorassistischer Herrschaft entwickelt worden war. Das verknüpft ihn mit den sich wandelnden Interessen der staatlichen Eliten bezüglich des Nexus von Armut und Ethnizität in der Metropole.

- 11 [Jail, im Folgenden mit »Untersuchungsgefängnis« übersetzt, bezeichnet ein lokales, Kreis-, einzelstaatliches oder bundesstaatliches Gefängnis, in dem Untersuchungshäftlinge bis maximal ein Jahr verwahrt werden. Prison, im Folgenden mit »reguläres Gefängnis« übersetzt, bezeichnet ein einzel- oder bundesstaatliches Gefängnis, in dem abgeurteilte Gefangene ihre Strafe verbüßen. Der Aufenthalt im Untersuchungsgefängnis gilt auch unter Gefangenen als erträglicher als im regulären Gefängnis; Anm. d. Ü.]

Identitäten entwickelt. Es wird also aus denselben vier grundlegenden Bestandteilen und zu ähnlichen Zwecken geformt, die ein Ghetto ausmachen: Stigma, Zwang, physische Einschließung sowie organisatorischer Parallelismus und Isolation.

Ähnlich wie das Ghetto die Stadtbewohner wie ein »städtisches Kondom« – wie es Richard Sennett (1994, 237) in seiner Darstellung der »Angst vor der Berührung« im Venedig des 16. Jahrhunderts anschaulich ausdrückt – vor der Verschmutzung durch den Verkehr mit den befleckten, aber unvermeidbaren Körpern einer ausgestoßenen Gruppe schützt, reinigt das Gefängnis den sozialen Körper vom zeitweiligen Makel derjenigen Mitglieder, die Verbrechen begangen haben, also laut Durkheim derjenigen Individuen, die die sozialmoralische Integrität des Kollektivs verletzt haben, weil sie gegen »die starken und deutlichen Zustände des gemeinsamen Bewusstseins« (Durkheim 1893/1992, 206) verstoßen haben. Forscher über die »Insassen-Gesellschaft«, angefangen von Donald Clemmer und Gresham Sykes bis hin zu James Jacobs und John Irwin, haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Eingekehrten ihre eigenen *Argot*-Rollen, Austauschsysteme und normativen Standards entwickeln, ob als angepasste Erwiderung auf die »Qualen der Inhaftierung« oder durch den selektiven Import krimineller und Unterschichtswerte von außen – ähnlich wie die Ghetto-bewohner eine »separate Subkultur« ausgebildet oder intensiviert haben, um ihrer sozio-symbolischen Einmauerung entgegenzutreten (Drake/Cayton 1962, Bd. 2, XIII). Das sekundäre Ziel des Ghettos, die Ausbeutung der internierten Kategorie zu erleichtern, stand in »Besserungsanstalten«, dem direkten historischen Vorläufer des modernen Gefängnisses, im Mittelpunkt und hat immer wieder eine zentrale Rolle für die Entwicklung und den Betrieb des letzteren gespielt (Spiereburg 1991).¹² Schließlich ist sowohl das Gefängnis als auch das Ghetto eine behördliche Struktur mit inhärent zweifelhafter oder problematischer Legitimität, deren Erhalt durch den periodischen Rückgriff auf äußere Gewalt sichergestellt wird.

Als der »Rassen«- und Klassen-*backlash* gegen die demokratischen Fortschritte, die die sozialen Bewegungen des vorangegangenen Jahrzehnts erreicht hatten, in vollen Gang kam, kehrte das Gefängnis plötzlich in die vorderste Reihe der amerikanischen Gesellschaft zurück und bot sich als universelle und einfache Lösung für alle möglichen sozialen Probleme an. Das wichtigste dieser Probleme war der »Zusammenbruch« der sozialen Ordnung in der *inner city*¹³, ein wissenschaftlicher und politischer Euphemismus für die offensichtliche Unfähigkeit des »dunklen

12 In ihrer Darstellung des Londoner Bridewell, des Amsterdamer Tuchthuis und des Pariser Hôpital général schreiben Rusche/Kirchheimer: »Das Zuchthaus war im Wesentlichen eine Verbindung von Armenhaus, Arbeitshaus und Strafanstalt.« (1939/1974, 63) Ihr Hauptziel war es, »die Arbeitskraft unwilliger Menschen sozial nutzbar zu machen«, indem diese zur Arbeit unter strenger Aufsicht gezwungen wurden, in der Hoffnung, dass sie »sich dem Arbeitsmarkt freiwillig zur Verfügung stellen würden«, wenn sie erst einmal entlassen sind.

13 [*Inner city* bezeichnet nicht die Innenstadt im hiesigen Sinn, die im Amerikanischen als *downtown* oder als *central business district* bezeichnet wird, sondern den häufig mehrheitlich von Schwarzen (und zunehmend von lateinamerikanischen Migranten) bewohnten Gürtel um die Innenstadt herum; Anm. d. Ü.]

Ghettos«, eine entehrte und überzählige Bevölkerung aufzunehmen, die fortan nicht nur als deviant und verschlagen, sondern im Licht der gewalttätigen städtischen Aufstände der 60er Jahre als ausgesprochen gefährlich eingestuft wurde. Während die Ghettomauern wackelten und einzustürzen drohten, wurden die Gefängnismauern entsprechend ausgedehnt, erhöht und befestigt. Die »Einschließung zur Herstellung von Differenz«, die darauf zielte, Gruppen auseinander zu halten (die etymologische Bedeutung von *segregare*), gewann Vorrang gegenüber der »Einschließung zur Wahrung von Sicherheit« und der »Einschließung zur Herstellung und Wahrung von Autorität« – um die Unterscheidung zu benutzen, die von dem französischen Soziologen Claude Faugeron (1995) vorgeschlagen wurde. Nachdem das schwarze Ghetto durch den simultanen Abbau von Lohnarbeit und sozialem Schutz in ein Instrument der nackten Ausschließung umgebaut und durch die zunehmende Penetration des strafenden Armes des Staates weiter destabilisiert worden war, wurde jenes bald durch ein dreifaches Verhältnis funktionaler Äquivalenz, struktureller Homologie und kulturellen Synkretismus an das System von Untersuchungs- und regulärem Gefängnis rückgebunden, so dass beide nun ein einziges Kerkerkontinuum konstituieren, das eine redundante Bevölkerung jüngerer schwarzer Männer (und immer mehr Frauen) gefangen hält, die mit verheerenden persönlichen und sozialen Konsequenzen im geschlossenen Kreislauf zwischen ihren zwei Polen in einer Endloschleife sozialer und rechtlicher Marginalität zirkulieren.¹⁴

Das Kerkersystem hatte zwar schon während eines früheren Übergangs zwischen zwei Regimen »rassischer« Herrschaft, nämlich zwischen der Sklaverei und Jim Crow in den Südstaaten, als Hilfsinstitution für die Erhaltung der Kasten und die Kontrolle der Arbeitskräfte fungiert. Nach der Emanzipation wurden die Gefängnisse in den Südstaaten über Nacht schwarz, als »Tausende ehemaliger Sklaven für Taten, die in der Vergangenheit allein vom Meister geahndet worden waren«, und für die Weigerung, sich als Diener zu verhalten und die erniedrigenden Regeln »rassischer« Etikette zu befolgen, »verhaftet, abgeurteilt und schuldig gesprochen wurden« (Oshinsky 1996, 32). Als Antwort auf die wegen der »Negerverbrechen« ausbrechenden Moralpanik führten die ehemaligen konföderierten Staaten bald darauf die Innovation des »Sträflingsverleihs« ein, der den doppelten Vorteil besaß, wundersames Sondervermögen für den Staatssäckel generieren und überzählige unfreie Arbeitskräfte bereit stellen zu können, die die Felder bestellen, Deiche bauen, Eisenbahnschienen verlegen, die Sümpfe säubern und unter mörderischen Bedingungen in den Minen der Region graben würden.¹⁵ In der Tat spielte Gefängnisarbeit in Form

14 Eine ausführlichere Diskussion dieser »tödlichen Symbiose« zwischen Ghetto und Gefängnis nach dem Ende der Bürgerrechtsära findet sich an anderer Stelle (Wacquant 2002).

15 Das ist nicht nur eine Redensart: Die jährliche Mortalitätsrate bei Häftlingen erreichte in den 1880er Jahren in Mississippi 16 Prozent, wo »nicht ein einziger verliehener Sträfling jemals lange genug lebte, eine Strafe von zehn oder mehr Jahren abzubüßen« (Oshinsky 1996, 46). Hunderte schwarzer Kinder, viele bis zu sechs Jahre jung, wurden zugunsten der Plantagenbesitzer, Geschäftsleute und Finanziere vom Staat verliehen und plagten sich unter Bedingungen, die sogar einige patrizische Südstaatler als beschämend und »einen Fleck auf unserem Menschsein« (ebd.) empfanden.

des »Sträflingsverleihs« und dessen Erbe, die aneinander geketteten Strafgefangenen, während der progressiven Ära eine wichtige Rolle für den wirtschaftlichen Fortschritt des Neuen Südens, als dieser »die Modernisierung mit der Fortführung »rassischer« Herrschaft versöhnte« (Lichtenstein 1999, 195).

Was die »rassische« Vermittlungsleistung des heutigen Kerkersystems von der Sklaverei, Jim Crow und dem Ghetto der Jahrhundertmitte unterscheidet, ist, dass es keine positive ökonomische Mission zur Rekrutierung und Disziplinierung der Arbeitskräfte auszuführen hat: Es dient nur der Verwahrung der prekären und entproletarisierten Fraktionen der schwarzen Arbeiterklasse, sei es, dass sie wegen einer Kombination aus defizitärer Qualifizierung, Diskriminierung durch Arbeitgeber und Wettbewerb durch Einwanderer keine Beschäftigung finden können oder dass sie sich weigern, sich der Erniedrigung durch niedrigere Arbeiten in den peripheren Sektoren der Dienstleistungsökonomie – die die Ghettobewohner gemeinhin »Sklavenarbeit« nennen – zu beugen. Gegenwärtig gibt es aber sowohl wachsenden finanziellen und ideologischen Druck als auch neuerliches politisches Interesse, die Beschränkungen für Gefängnisarbeit zu lockern, um so (wieder) massenhaft ungelernete Arbeitskräfte in den Privatunternehmen amerikanischer Gefängnisse zu beschäftigen (Wacquant 1999, 82f): Die Mehrheit der Insassen zur Arbeit anzuhalten, sei ein Beitrag dazu, die »Kerkerrechnung« des Landes zu senken und die *workfare*-Verpflichtungen, die den freien Armen jetzt als Pflichten ihres Bürgerstatus auferlegt werden, wirksam auf die inhaftierten Armen auszudehnen.¹⁶ Das nächste Jahrzehnt wird zeigen, ob das Gefängnis ein Anhängsel ans »dunkle Ghetto« bleibt oder an dessen Stelle tritt und Amerikas vierte »eigentümliche Institution« wird.

Die Herstellung von »Rasse«, der soziale Tod und der Aufstieg der »Gefängnisgesellschaft«

Die Sklaverei, das Jim-Crow-System und das Ghetto sind »Rassen«-produzierende Institutionen, d.h., dass sie nicht einfach eine ethnorrassische Teilung *bearbeiten*, die irgendwie außerhalb und unabhängig von ihnen existieren würde. Vielmehr produziert (oder koproduziert) jede Institution diese Teilung (von neuem) aus ererbten Demarkationslinien sowie ungleicher Gruppenmacht und schreibt sie jeder Epoche als charakteristische Konstellation materieller und symbolischer Formen ein. Jede der Institutionen rassifiziert permanent die willkürliche Grenze, welche Afroamerikaner von allen andern in den Vereinigten Staaten absetzt, indem der historisch-kulturelle Ursprung dieser Grenze geleugnet und die Grenze statt dessen der fiktiven Notwendigkeit der Biologie zugeschrieben wird.

16 Expertenaussagen während der Diskussion des »Prison Industries Reform Act of 1998« vor dem Komitee für Justiz und Verbrechen des US-Repräsentantenhauses (beim Schreiben dieser Zeilen noch immer nicht verabschiedet) stellen explizit Verbindungen zwischen der Sozialhilfereform und der Notwendigkeit, private Gefängnisarbeit auszuweiten, her.

Die höchst eigentümliche Vorstellung von »Rasse«, die Amerika erfunden hat und deren Rigidität und Konsequenz weltweit praktisch einzigartig sind, ist die direkte Folge des historischen Zusammentreffens von Sklaverei und Demokratie als Organisationsweisen des sozialen Lebens, *nachdem* die Sklaverei als Hauptform der Ausbeutung und Kontrolle von Arbeitskräften in einer unterbevölkerten Kolonie mit vorkapitalistischem Produktionssystem etabliert war. Das Jim-Crow-Regime hat die rassifizierte Grenze zwischen Sklave und Freiem umgearbeitet in eine rigide Kastentrennung zwischen »Weißen« und »Negern« – worunter alle Personen mit nachweisbar afrikanischen Vorfahren, egal wie minimal auch immer, gefasst wurden –, die jeden Winkel des sozialen Systems der Südstaaten nach dem Bürgerkrieg infizierte. Das Ghetto wiederum drückte diese Dichotomie der sozialräumlichen Formation und den institutionellen Schemata der industriellen Metropole auf – so sehr, dass die Begriffe »städtisch« und »schwarz« im Kielwasser der »städtischen Unruhen« der 60er Jahre, die in Wirklichkeit Aufstände gegen die sich überschneidende Kasten- und Klassenunterordnung waren, sowohl in der Politikformulierung als auch im Alltagsgebrauch fast synonym verwendet wurden. Und die »Krise« der Stadt stand schließlich für den fortbestehenden Widerspruch zwischen dem individualistischen und konkurrenzorientierten Tenor amerikanischen Lebens auf der einen Seite und dem dauerhaften Ausschluss der Afroamerikaner davon auf der anderen Seite.¹⁷

Am Beginn des neuen Jahrhunderts ist es Sache der vierten »eigentümlichen Institution«, die aus dem Zusammenwirken von Kerkersystem und Hyperghetto entstanden ist, den sozialen Sinn und Stellenwert von »Rasse« entsprechend der Imperative der deregulierten Ökonomie und des post-keynesianischen Staates umzuformen. Zwar diente der Strafapparat schon lange als Komplize der ethnorrassischen Herrschaft, indem er zur Stabilisierung eines in Frage gestellten Regimes oder zur Überbrückung der Kluft zwischen zwei aufeinander folgenden Regimen beigetragen hat. So dienten die »*black codes*« der *reconstruction* dazu, afroamerikanische Arbeitskräfte nach dem Niedergang der Sklaverei an Ort und Stelle zu halten, während die Kriminalisierung des Bürgerrechtsprotests in den Südstaaten in den 1950er Jahren darauf abzielte, den Todeskampf von Jim Crow hinaus zu zögern. Aber die Rolle der heutigen Kerkerinstitution ist eine andere, insofern als sie zum ersten Mal in der Geschichte der USA in den Rang der Hauptmaschine zur Herstellung von »Rassen« erhoben wurde.

17 Zwei Indikatoren reichen aus, um auf die andauernde Ächtung von Afroamerikanern in der US-Gesellschaft aufmerksam zu machen. Sie sind die einzige »hypersegregierte« Gruppe, deren räumliche Isolierung von der Makroebene des Einzelstaates und des Landkreises bis zur Mikroebene der Gemeinde und der Nachbarschaft reicht und so Kontakte mit Weißen das ganze Jahrhundert über auf ein Minimum reduziert hat (Massey/Denton 1993; Massey/Hajnal 1995). Sie bleiben ungeachtet des jüngsten Wachstums so genannter multirassischer Familien zu einem Grad, der jeder anderen Gruppe unbekannt ist, von Exogamie ausgeschlossen. Weniger als drei Prozent schwarzer Frauen heiraten außerhalb (ihrer »rassischen« Kategorie) verglichen mit einer Mehrheit hispanischer und asiatischer Frauen (DaCosta 2000).

Von den vielfältigen Effekten der Verbindung von Ghetto und Gefängnis zu einem erweiterten Kerkerkonglomerat ist der vielleicht folgenreichste das praktische Wiederaufleben und die offizielle Verfestigung der jahrhundertealten Verknüpfung von Schwarzsein mit Kriminalität und niederträchtiger Gewalt. Zusammen mit der Rückkehr Lombroso-mäßiger Mythologien vom kriminellen Atavismus und der weiten Verbreitung bestialischer Metaphern im journalistischen und politischen Feld (wo die Erwähnung von »Raubtieren«, »Wolfsmeuten«, »Tieren« und Ähnlichem alltäglich ist) liefert die massiv überproportionale Einkerkerung von Schwarzen eine wirkungsvolle *common-sense* Rechtfertigung für »den Einsatz von Farbe als Platzhalter für Gefährlichkeit« (Kennedy 1997, 136).

In den letzten Jahren autorisierten Gerichte die Polizei durchgehend, »Rasse« als »ein negatives Signal für ein erhöhtes Kriminalitätsrisiko« zu verwenden. Rechtswissenschaftler befürworteten dies hastig als »rationale Anpassung an die Demographie des Verbrechens«, die durch die »Schwärzung« der Gefängnispopulation hervorgehoben und belegt wurde, obwohl eine solche Praxis vom Standpunkt der Verfassung zentrale Inkonsistenzen aufweist (Kennedy 1997, 143 u. 146). Im ganzen städtischen Strafrechtssystem wird die Formel »jung + schwarz + männlich« mittlerweile offen mit dem »wahrscheinlichen Fall« gleichgesetzt, der jedes Jahr die Verhaftung, Befragung, Durchsuchung und Haft von Millionen afroamerikanischer Männer rechtfertigt (Gaynes 1993).

In der Ära der auf »Rasse« ausgerichteten *law-and-order*-Politik und ihres soziologischen Gegenstücks »rassisch« asymmetrischer Masseninhaftierung ist das in der Öffentlichkeit herrschende Bild des Kriminellen nicht einfach das »eines Monstrums – ein Wesen, dessen Merkmale sich inhärent von unseren unterscheiden« (Melossi 2000, 311), sondern das eines *schwarzen* Monsters, da junge afroamerikanische Männer aus der *inner city* mittlerweile die explosive Mischung aus moralischer Entartung und Chaos personifizieren. Die Verschmelzung von Schwarzsein und Verbrechen in den kollektiven Repräsentationen und der Regierungspolitik – eine Gleichung, deren andere Seite die Verschmelzung von Schwarzsein und Sozialhilfe ist – reaktiviert also »Rasse« dadurch, dass dem Ausdruck anti-schwarzen Hasses in Form der öffentlichen Beschimpfung von Kriminellen und Häftlingen ein legitimes Ventil geschaffen wird. Der Schriftsteller John Edgar Wideman (1995, 504) macht darauf aufmerksam, dass

[e]s anständig ist, Kriminelle zu teeren und zu federn und dafür einzutreten, dass sie weggesperrt werden und der Schlüssel weggeworfen wird. Es ist nicht rassistisch gegen Verbrechen zu sein, obwohl der urtypische Kriminelle in den Medien und der öffentlichen Einbildung fast immer »Willie« Hortons Gesichtszüge trägt. Schrittweise wurden »städtisch« und »Ghetto« zu Codewörtern schrecklicher Orte, wo nur Schwarze wohnen. Gefängnis wird rasant auf die gleiche isolierte Weise codiert.

Wenn es

in den Augen der Öffentlichkeit gleichbedeutend mit Kriminell-sein ist, ein farbiger Mann einer bestimmten ökonomischen Klasse und (eines bestimmten ökonomischen) Milieus zu sein, dann laufen die Verfahren des Strafsystems darauf hinaus, schwarz gemacht zu werden; »Hinter-Gittern-sitzen« ist gleichzeitig »Rasse-markieren« (Wideman 1995, 505).

An der Schnittstelle des deregulierten Niedriglohnarbeitsmarkts, des aufgemöbelten, für die Unterstützung von Gelegenheitsarbeiten vorgesehenen *welfare-workfare*-Apparats und den Überbleibseln des Ghettos ist das überzüchtete Kerkersystem der Vereinigten Staaten zu einem Hauptmotor eigenständiger symbolischer Produktion geworden, indem es eine zentrale Rolle für die post-keynesianische Regulierung von »Rasse« und Armut annimmt.¹⁸ Es ist nicht nur die herausragende Institution beim Anzeigen und Vollstrecken von Schwarzsein, ähnlich wie es die Sklaverei während der ersten drei Jahrhunderte der us-amerikanischen Geschichte war. Genau wie die Sklaverei den »sozialen Tod« importierter afrikanischer Gefangener und ihrer Nachkommen auf amerikanischem Boden (Patterson 1982) bewirkte, induziert die Masseneinkerkerung den zivilen Tod derer, die sie einfängt, indem sie sie aus dem Gesellschaftsvertrag hinaus stößt. Die Insassen von heute sind so das Ziel einer dreifachen Bewegung ausschließender Schließung:

1) Gefangenen wird der Zugang zu begerhtem kulturellem Kapital verwehrt. Just während Universitätszeugnisse zur Beschäftigungsvoraussetzung im (semi-)geschützten Sektor des Arbeitsmarktes werden, wurden Insassen von höherer Bildung ausgeschlossen, weil sie für Pell-Stipendien¹⁹ nicht mehr in Frage kommen – ein Ausschlussprozess, der 1988 bei Straftätern mit Drogendelikten angefangen hat, 1992 bei zum Tode oder zu lebenslanger Haft ohne Möglichkeit der vorzeitigen Entlassung bei guter Führung Verurteilten fortgeführt wurde und 1994 bei allen übrigen einzel- oder bundesstaatlichen Gefangenen sein Ende fand. Dieser Ausschluss wurde vom Kongress einzig und allein mit dem Ziel beschlossen, die symbolische Kluft zwischen Kriminellen und »gesetzestreuern Bürgern« zu akzentuieren, trotz überwältigender Belege, dass Bildungsprogramme im Gefängnis sowohl die Rückfallquote drastisch senken als auch zur Erhaltung der Kerkerordnung beitragen (Page 2001).

2) Gefangene werden systematisch von sozialer Umverteilung und öffentlicher Hilfe ausgeschlossen und das in einer Zeit, in der unsichere Beschäftigungsverhältnisse den Zugang zu solchen Programmen für die Bewohner der unteren Regionen des Sozialraums wichtiger denn je werden lassen. Gesetze verweigern jedem, der länger als 60 Tage in Haft war, Sozialhilfeszahlungen, Hilfeleistungen für Militär-veteranen und Lebensmittelgutscheine. Der *Work Opportunity and Personal Responsibility Act* von 1996 schließt außerdem die meisten Haftentlassenen aus der kostenlosen medizinischen Grundversorgung für Arme (*medicaid*), dem öffentlichen Wohnungssektor, dem Zugang zu Wohnberechtigungsscheinen (*section 8 vouchers*) und ähnlichen Formen der Hilfeleistung aus. Im Frühjahr 1998 brandmarkte Präsident Clinton die Tatsache, dass einige Gefangene (oder ihre Haushalte) wegen nachlässiger bürokratischer Durchsetzung dieser Verbote weiterhin öffentliche Zahlungen bekommen hätten, als untragbaren »Betrug und Missbrauch« gegenüber

18 Das folgende Argument ist von Garlands neo-durkheimianischer Erläuterung der »Strafe als Set von Bedeutungspraxen« beeinflusst, die allgemein »dazu beitragen, Subjektivitäten, Autoritätsformen und soziale Verhältnisse herzustellen« (1991, 219).

19 [Pell-Stipendien sind Stipendien zur Finanzierung eines Studiums; Anm. d. Ü.]

»arbeitenden Familien«, die »nach den Regeln spielen«. Stolz startete er eine »beispiellose lokale, einzel- und bundesstaatliche Kooperation sowie neue, innovative Anreizprogramme«, die die neuesten »high-tech Instrumente zur Aussonderung jedes Insassen« nutzen, der immer noch Leistungen bezieht (Clinton 1998), einschließlich der Auszahlung von Prämien an diejenigen Landkreise, die beim Sozialministerium zügig Informationen zur Identifizierung von Untersuchungshäftlingen einreichen.

3) Sträflinge werden auf dem Weg des »Stimmrechtentzugs für Kriminelle« in einer Größenordnung und mit einer Schlagkraft wie in keinem anderen Land vorstellbar von politischer Beteiligung ausgeschlossen. Alle außer vier Mitgliedern der Staatenvereinigung verweigern den mental kompetenten Erwachsenen, die in Haftanstalten festgehalten werden, das Stimmrecht; 39 Staaten verbieten den auf Bewährung Verurteilten und 32 Staaten außerdem den Haftentlassenen die Ausübung ihrer politischen Rechte. In 14 Staaten werden ehemalige Straftäter sogar dann von Wahlen ausgeschlossen, wenn sie nicht mehr unter strafrechtlicher Aufsicht stehen – lebenslang in zehn dieser Staaten. Im Ergebnis haben fast vier Millionen Amerikaner die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben, zeitweise oder auf Dauer verloren, einschließlich 1,47 Millionen, die sich nicht hinter Gittern aufhalten, und noch einmal 1,39 Millionen, die ihre Strafe vollständig verbüßt haben (Fellner/Mauer 1998). Nur ein Viertel Jahrhundert nach Erhalt des vollen Wahlrechts wird landesweit ein schwarzer Mann von sieben durch den Wahlrechtsentzug qua Bestrafung aus der Wahlkabine ausgeschlossen und sieben Staaten verweigern mehr als einem Viertel ihrer schwarzen männlichen Bevölkerung dauerhaft das Wahlrecht.

Mit dieser dreifachen Ausschließung tragen das Gefängnis und allgemeiner das Strafrechtssystem zur laufenden Rekonstruktion der »imaginierten Gemeinschaft« der Amerikaner entlang der polaren Opposition zwischen hochgelobten »arbeitenden Familien« – implizit weiß, vorstädtisch und würdig – und der verachtenswerten *underclass* von Kriminellen, Faulenzern und Blutsaugern, einer doppelköpfigen asozialen Hydra personifiziert von der zügellosen jugendlichen »Sozialhilfemutter« auf der weiblichen Seite und dem gefährlichen »Bandenvergewaltiger« auf der männlichen Seite – per Definition dunkelhäutig, städtisch und unwürdig. Erstere werden als lebende Inkarnationen der echten amerikanischen Werte von Selbstkontrolle, aufgeschobener Gratifikation und Unterwerfung des Lebens unter die Arbeit überzeichnet; letztere werden als abscheuliche Verkörperung der verachtenswerten Schändung dieser Werte, die für den Ausfluss einer im Eheleben und in der Arbeit verankerten Moralität gehalten werden, gescholten – als »dunkle Seite« des »amerikanischen Traumes« von Wohlstand und Chancen für alle. Und die Linie, die beide trennt, wird materiell und symbolisch zunehmend durch das Gefängnis gezogen.

Auf der anderen Seite dieser Linie befindet sich eine institutionelle Umgebung, die ihresgleichen sucht. Auf der Basis seiner gefeierten Analyse des alten Griechenland hat der klassische Historiker Moses Finley (1968) eine fruchtbare Unterscheidung zwischen »Gesellschaften mit Sklaven« und »echten Sklavengesellschaften« eingeführt. In ersterer ist die Sklaverei nur eine von mehreren Arten

der Arbeitskräftekontrolle; die Trennung zwischen Sklave und Freiem ist weder undurchlässig noch zieht sie sich durch die ganze Gesellschaftsordnung. In letzterer ist die versklavte Arbeitskraft zentral sowohl für die ökonomische Produktion als auch für die Klassenstruktur und das Herr-Sklave-Verhältnis stellt das Muster bereit, wonach alle anderen sozialen Verhältnisse gebaut oder deformiert sind, so dass kein Winkel der Kultur, der Gesellschaft und des Selbst vom ihm unberührt gelassen werden. Die astronomische Überproportionalität von Schwarzen in Gebäuden der strafenden Einschließung und das zunehmend angespannte Ineingreifen von Hyperghetto und Kerker system legen nahe, dass Afroamerikaner wegen Amerikas Anwendung der Masseneinkerkerung als verquerer Sozialpolitik zum Zwecke der Disziplinierung der Armen und der Aufnahme der Entehrten heute nicht wie ihre weißen Landsleute in einer Gesellschaft mit Gefängnissen, sondern in der ersten echten Gefängnisgesellschaft der Geschichte leben.

Aus dem Amerikanischen von Erwin Riedmann

Literatur

- Beckett, Katherine u. Theodore Sasson, *The Politics of Injustice*, Thousand Oaks 2000
- Berlin, Ira, *Many Thousands Gone: The First Two Centuries of Slavery in North America*, Cambridge 1998
- Clinton, William Jefferson, »Radio Address by the President to the Nation«, 25. April 1998, <http://clinton6.nara.gov/1998/04/1998-04-25-radio-address.html>, Zugriff am 1. Oktober 2003
- DaCosta, Kim, *Remaking the Color Line: Social Bases and Implications of the Multiracial Movement*, Dissertation, Berkeley 2000
- Drake, St. Clair u. Horace Cayton, *Black Metropolis: A Study of Negro Life in a Northern City* (1945), New York 1962
- Drescher, Seymour u. Stanley L. Engerman, *A Historical Guide to World Slavery*, New York 1998
- Durkheim, Emile, *Über die soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften* (1893), Frankfurt am Main 1992
- Edsall, Thomas Byrne u. Mary D. Edsall, *Chain Reaction: The Impact of Race, Rights, and Taxes on American Politics*, New York 1991
- Faugeron, Claude, »La dérive pénale«, in: *Esprit* 215, 1995, 132-44
- Fellner, Jamie u. Marc Mauer, *Losing the Vote: The Impact of Felony Disenfranchisement in the United States*, Washington 1998
- Fields, Barbara Jeanne, »Slavery, Race, and Ideology in the United States of America«, in: *New Left Review* 181, 1990, 95-118
- Finley, Moses, »Slavery«, in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, New York 1968, 307-13
- Garland, David, »Punishment and Culture: The Symbolic Dimension of Criminal Justice«, in: *Studies in Law, Politics, and Society* 11, 1991, 191-222
- Kennedy, Randall, »Race, Law, and Suspicion: Using Color as a Proxy for Dangerousness«, in: ders. (Hg.), *Race, Crime and the Law*, New York 1997, 136-67
- Kerner Commission (1968), *The Kerner Report: The 1968 Report of the National Advisory Commission on Civil Disorders*, New York 1988

- Kolchin, Peter, *American Slavery: 1619-1877*, New York 1993
- Lichtenstein, Alex, *Twice the Work of Free Labor: The Political Economy of Convict Labor in the New South*, New York 1999
- Litwack, Leon F., *Trouble in Mind: Black Southerners in the Age of Jim Crow*, New York 1998
- Massey, Douglas u. Zoltan L. Hajnal, »The Changing Geographic Structure of Black-White Segregation in the United States«, in: *Social Science Quarterly*, 76. Jg., 1995, H. 3, 527-42
- Massey, Douglas, u. Nancy Denton, *American Apartheid: Segregation and the Making of the Underclass*, Cambridge 1993
- McMillen, Neil R., *Dark Journey: Black Mississippians in the Age of Jim Crow*, Urbana 1990
- Myrdal, Gunnar, *An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy* (1944), New York 1962
- Oates, Stephen B., *Let the Trumpet Sound: The Life of Martin Luther King*, New York 1982
- Oshinsky, David M., *Worse Than Slavery: Parchman Farm and the Ordeal of Jim Crow Justice*, New York 1996
- Page, Josh, *Eliminating the Enemy: A Cultural Analysis of the Exclusion of Prisoners from Higher Education*, Magisterarbeit am Department of Sociology der Univ. Berkeley, 2001
- Patterson, Orlando, *Slavery as Social Death*, Cambridge 1982
- Quadagno, Jill, *The Color of Welfare: How Racism Undermined the War on Poverty*, Oxford 1994
- Rusche, Georg u. Otto Kirchheimer, *Sozialstruktur und Strafvollzug* (1939), Frankfurt/M-Köln 1974
- Sennett, Richard, *Flesh and Stone: The Body and the City in Western Civilization*, New York 1994
- Spear, Allan H., *Black Chicago: The Making of a Negro Ghetto, 1890-1920*, Chicago 1968
- Spierenburg, Pieter, *The Prison Experience: Disciplinary Institutions and their Inmates in Early Modern Europe*, New Brunswick 1991
- Stampp, Kenneth M., *The Peculiar Institution: Slavery in the Ante-Bellum South* (1956), New York 1989
- Wacquant, Loïc, »Crime et châtement en Amérique de Nixon à Clinton«, in: *Archives de politique criminelle* 20, 1998, 123-38
- ders., *Elend hinter Gittern*, Konstanz 2000
- ders., »Gutting the Ghetto: Political Censorship and Conceptual Retrenchment in the American Debate on Urban Destitution«, in: M.Cross u. R.Moore (Hg.), *Globalisation and the New City*, Basingstoke 2000, 32-49
- ders., »Tödliche Symbiose. Wenn Ghetto und Gefängnis sich verbinden«, in: Bittlingmayer, Uwe H., Jens Kastner u. Claudia Rademacher (Hg.), *Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus*, Opladen 2002, 265-313
- Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie* (1922), Studienausgabe hg. v. Johannes Winckelmann, Zweiter Halbband, Köln-Berlin 1956
- Wideman, John Edgar, »Doing Time, Marking Race«, in: *The Nation* 261, 1995, 503-5
- Wirth, Louis, *The Ghetto*, Chicago 1928
- Woodward, C. Vann, *The Strange Career of Jim Crow* (1957), 3. überarb. Aufl., New York 1989
- Wright, Gavin, *The Political Economy of the Cotton South*, New York 1978

Lothar Hack

Die Inszenierung des Empire als neue Weltordnung

Ein Literaturbericht

1. Inszenierungen, Theatralisierung

Filme wie *Independence Day* hatten vieles vorweggenommen: die spektakuläre Zerstörung der Wolkenkratzer Manhattans durch bösartige Fremdlinge, den mit High-Tech-Mitteln ausgetragenen »Kampf der Welten« und die Rettung der bedrohten Erdbevölkerung durch die USA, deren Präsident als ehemaliger Kampfpilot selbst die Armada anführt. Als Präsident Bush II. nach dem Sieg über Saddam Husseins Irak in der Montur eines Kampfpiloten auf dem Flugzeugträger U.S.S. Abraham Lincoln landete, versuchte er eben jene symbolische Qualität zu erreichen, die Hollywood in seinen Inszenierungen vorgibt. Den Chef-Choreographen Scott Sforza hatte sich die Regierung vom Fernsehsender ABC ausgeliehen. Der Auftritt ist Teil einer umfassenden Inszenierung: »Experten von Film und Fernsehen sind damit beschäftigt, den Präsidenten so günstig wie möglich in Szene zu setzen. Sie sorgen für das passende Umfeld, die passenden Requisiten, den passenden Hintergrund, das günstigste Licht für all die Fernsehaufnahmen, die beim ›Volk‹ das Bild vom Präsidenten prägen.« (Hujer 2003). Es geht um Formen des medialen Krieges, wie sie 1991 mit der elektronischen Inszenierung der Kämpfe und der Kontrolle der Bilder eingeführt und nun mit dem Konzept des »embedded journalism« weiter entwickelt wurden. In den Monaten vor Kriegsbeginn war ständig die Rede von der *Drohkulisse*, die aufrechterhalten werden müsse. Stärke und Entschlossenheit sollten demonstriert werden. Dabei waren die Rollen klar verteilt: Regie, Produzent und Hauptrolle besetzen die USA, die »willigen« Mitspieler dienen als Statisten; aus dem Off droht das personifizierte Böse und die unwilligen Kombattanten (Deutsche, Franzosen usw.) machen sich nützlich als Spielverderber, die die Großartigkeit der Inszenierung besser zur Geltung kommen lassen. Mary Kaldor bezeichnet das als »spectacle war«: »Ein Spektakel-Krieg wird als eine Art Show geführt, in der Hauptsache für das Publikum zu Hause. Aber nicht nur. Das Spektakel wird auch für uns produziert, um zu zeigen, dass die US-Amerikaner die Mächtigsten sind. Aber es ist eine Show, eine Darbietung. Es ist Theater.« (Kaldor 2003) Das Wort »Kriegsschauplatz«, schon anschaulich genug, wird im Amerikanischen mit »theater of war« übersetzt.

Unter bestimmten Bedingungen ändert sich der Realitätsbezug der Theatralisierung grundlegend. Sie ist dann nicht mehr nur eine »Show«, die für ein Publikum inszeniert wird, trennbar von jenem Bereich »hinter den Kulissen«, wo sich feststellen lässt, worum es »wirklich« geht. Der Unterschied wird deutlich, wenn ein Widerspruch zwischen *frontstage* und *backstage*, zwischen Worten und Taten erkennbar wird. Wenn ein Hegemon dabei ertappt wird, dass er seinen Alliierten oder Vasallen

etwas vorgemacht hat, verliert er seine Glaubwürdigkeit und ist die längste Zeit »Vormacht« gewesen. Wenn hingegen die Repräsentanten einer Supermacht zugeben, gelogen zu haben, bleibt das folgenlos: auch eine blamierte Hypermacht bleibt Hypermacht. Es ist eine zusätzliche Demonstration der Macht.

Wer sich mit dem Bilderschauspiel nicht zufrieden geben mag, weil es ihm immer noch um »die Wirklichkeit« dahinter geht, ist versucht, auf Texte zurückzugreifen, die das Neue analysieren. Doch auch Texte über die neue Weltordnung und die Rolle der USA sind als Teil der Auseinandersetzungen um die realitätsmächtige Inszenierung zu betrachten, als Bestandteil des Kampfes um Bilder und Metaphern, Schlagworte und Ausblendungen, die den politischen Zugriff und die Eingriffsmöglichkeiten der Öffentlichkeit konditionieren. Zum Teil wird das Problem der Inszenierung angesprochen: so verweist Emanuel Todd auf den »theatralischen und hysterischen Umgang« der USA mit (zweitrangigen) Konflikten wie dem im Iran, zur Demonstration einer Stärke, die »in Wirklichkeit« gar nicht mehr vorhanden sei (2003, 168). Auch Joseph Nye verweist auf den »theatralischen Zug« der Politik, die auf ein globales Auditorium abziele (2002, 59). In den meisten Fällen aber erfüllen die jeweiligen Texte einfach ihre Funktion in der Auseinandersetzung um die Meinungshoheit. Das beginnt bei den Begriffen:

Um die »neue Weltordnung« zu fassen, die Bush sen. 1991 ausgerufen hatte und die Bush jun. ein Jahrzehnt später theatralisch durchzusetzen versucht, ist in den letzten Jahren ein regelrechter Terminologiewettkampf entbrannt: »Gütiger Hegemon« und »einzige Weltmacht« (Brzezinski 2003), »einzige Supermacht« (Nye 2002), »absolute Weltmacht« (Massarrat 2003), »Hypermacht« (Glennon 2003a), »neues Empire« oder »zweites Rom« (Habermas 2003a), »informelles Empire« (Bender 2000), »heimlicher Imperialismus« (Johnson 2000), »neue Welt-Kolonialmacht« (Kreimeier 2003), »imperialer Block« (Pilz 2003), »demokratischer Imperialismus« und »planetarische Tyrannei« (Ziegler 2003) oder »rücksichtslose und zänkische Diva der Weltpolitik« (Hobsbawm 2003) etc.pp. Entsprechend heterogen sind die Einschätzungen der gegenwärtigen weltpolitischen Situation.

2. Der kraftstrotzende Hegemon, gütig oder gefährlich

»Wird Amerika weiterhin die Welt führen und den Frieden erhalten: Dankenswerterweise ja, aber mit gewissen Spannungen und gegen manche Widerstände. Werden die Stärken des Kapitalismus seine Schwächen so eindeutig überwiegen, dass Bürger und Regierungen ihm in guten wie schlechten Zeiten die Treue halten? Wahrscheinlich ja, jedoch mit einem starken Potenzial an Rebellionen, Umstürzen und Anfeindungen.« (319) Beeindruckend positiv und beruhigend fasst Bill Emmott (2003) – seit 1993 Chefredakteur des britischen *Economist* – die Ergebnisse seiner Überlegungen zusammen. »Trotz der terroristischen Umtriebe und internationalen Spannungen befindet sich die Welt weitgehend im Frieden, und Amerika ist bereit, durch seine Führung die großen Bedrohungen der Sicherheit abzuwenden, auch wenn es niemals allmächtig oder allwissend sein kann.« (340) Solche gönnerhaften Einschränkungen müssen ein-

fach sein, wenn eine Darstellung seriös wirken soll. Die positive Rolle der USA begründet Emmott geschichtlich: Die erste Hälfte des 20. Jh. sei auch deshalb durch Kriege und Gewalt gekennzeichnet gewesen, weil »es an einem Hegemon« fehlte, »einer überlegenen Macht, bis die Vereinigten Staaten von Amerika nach 1945 in diese Rolle hineinwuchsen« (21). Harmlos verklärend fährt er fort: »Amerika ist weder ein echter Hegemon, im Sinne einer Macht, die allen und jedem ihren Willen aufzuzwingen versucht, noch ein regelrechter Weltpolizist, sondern eher eine Art großer Bruder, ein Garant für Sicherheit, Vertrauen und Stabilität« (26). Auch Krisen wie die »Enronitis« nehmen Emmott, der einen nahezu bedingungslosen Wirtschaftsliberalismus vertritt und gesellschaftliche Missstände auf die Folgen von Staatsinterventionen zurückführt, nicht sein Vertrauen (214ff). Er gesteht zu, die zahlreichen Skandale um die Bilanzfälschungen hätten das, was während des Internetbooms der Jahre 1997 bis 2000 weltweit als nachahmenswertes Modell galt, in Misskredit gebracht.

Das drohte nicht bloß den weltweiten wirtschaftlichen Ruf der USA zu schädigen, da ihr viel gepriesenes System des Turbokapitalismus nunmehr tiefe Risse aufwies, sondern letzten Endes auch ihren politischen und militärischen Einfluss in Mitleidenschaft zu ziehen, sofern Washington wegen jener ökonomischen Schwächung nicht mehr bereit wäre, sich im gleichen Maße wie ehemals in Übersee zu engagieren. (323)

Der Brite Emmott sorgt sich um die Führungskraft des großen Bruders USA, ohne dessen Stärke und sein Vertrauen in sie letztlich in Frage zu stellen.

Emmotts ansonsten recht belangloser Text gibt eine brauchbare Folie ab, vor deren Hintergrund man die Zumutungen besser verstehen kann, mit denen Robert Kagan – ehemaliges Mitglied im »Council on Foreign Relations« des US-Außenministeriums – europäische Leser konfrontiert. Das »Machtgefälle« (2003) zwischen den USA und Europa, um das es nach Kagans Vorstellung allein geht, skizziert er in wenigen schnellen Strichen: Bereits durch den Ersten Weltkrieg erheblich geschwächt, wurde der Weltmachtstatus der europäischen Staaten durch den Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört. »Ihre Unfähigkeit, nach dem Krieg genügend Truppen nach Übersee zu verlegen, um ihre Kolonialreiche [...] zu erhalten, zwang sie nach 500 Jahren imperialer Vorherrschaft zu einem Rückzug auf breiter Front« (21). Nach dem Zweiten Weltkrieg habe sich »Europa«, das Kagan durchgängig als diffuse Ganzheit fasst, wohligh im Schatten der militärischen Supermacht eingerichtet und sei (wie Japan) seinen Geschäften nachgegangen. Der nächste Fehler kam mit dem Ende des Kalten Krieges: »Statt den Zusammenbruch der Sowjetunion als Chance zu begreifen, ihre strategische Einflussphäre zu erweitern, sahen die Europäer darin eine Gelegenheit, eine beträchtliche Friedensdividende einzustreichen.« (30) Ganz anders die USA, die auf eine spezifische Form der verschärften Aufrüstung setzten: »die Bereitschaft der Amerikaner, große Summen für neue Militärtechnologien auszugeben, verschaffte den USA eine gewaltige militärische Schlagkraft, die tödliche Zielgenauigkeit aus großer Entfernung mit geringem Risiko eigener Verluste verband« (28).

Anschließend enthüllt Kagan die »Psychologie der Macht und der Ohnmacht«: »Mächtige Staaten sehen die Welt naturgemäß mit anderen Augen als schwächere Staaten.« (34). Das »postmoderne Paradies«, in dem sich Europa nach 1945

eingerrichtet hat, muss durch die militärische Weltmacht USA geschützt werden: »Angesichts der Bereitschaft Amerikas, so viel Geld für ihren Schutz auszugeben, steckten die Europäer ihr eigenes Geld lieber in den Ausbau des Wohlfahrtsstaates, einen langen Urlaub und kürzere Arbeitszeit.« (65) Die Konfrontation einer »Welt der Zivilisation«, in der es sich die Europäer bequem gemacht haben, mit der sie umgebenden »Welt des Dschungels«, in der nur der Starke überleben könne, ergibt ein klar konturiertes Weltbild mit einer doppelten Zweiteilung – stark/schwach und Freund/Feind. Der Versuch Europas, eine internationale Ordnung durch Verhandlungen und Verträge zu erzielen, seine »neue *mission civilisatrice*«, taue nicht als Alternative zur Machtpolitik der USA. Kagan setzt Macht mit militärischer Macht gleich und betrachtet diese als einzige Grundlage realistischer Politik. Andere Formen von Politik denunziert er als kindische Träumereien, die sich nur leisten könne, wer seine harmlosen Spielchen im Schutz eines wirklich Erwachsenen treiben kann – einer »wohlwollenden Supermacht« eben (74).

Die Bemühungen um eine Institutionalisierung der europäischen Einheit kann Kagan immer nur als Bedrohung der USA sehen, als »Transformation Europas zu einer globalen Supermacht«, die einzig durch den »Aufstieg [...] zur Militärmacht« zu erreichen sei. »Aber hat das Streben nach europäischer Macht in Wirklichkeit nicht etwas Anachronistisches?« (76). Was den Europäern bleibe, sei realistischerweise nichts anderes als die »Anpassung an die Vormachtstellung« der USA. Man könne davon ausgehen, »dass wir gerade erst in eine lange Ära amerikanischer Hegemonie eingetreten sind« (104). Tatsache sei, dass Europa schrumpft und altert: im Jahr 2050 werde das Durchschnittsalter der US-Amerikaner bei 36,2 Jahren liegen (heute: 35,5), das der Europäer bei 52,7 (37,7) Jahren; die US-Wirtschaft werde im Jahre 2050 doppelt so groß sein wie die europäische (ebd.), als Beleg wird pauschal auf den *Economist* verwiesen. Das Interessanteste an Kagans Propaganda-Pamphlet ist die demonstrativ überhebliche Sicht auf Europa, das seit Jahrzehnten von den USA als Belastung empfunden werde. Die gegenwärtige Interessendivergenz wird dabei bedenkenlos in die gesamte Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zurückprojiziert. Wie der Text Emmotts ist auch der Kagans aufschlussreich als Teil der Inszenierung der Weltmacht USA. In freier Verfügung über Realitätsbezüge werden Varianten der Perspektive vorgestellt, in der die Weltmacht von »unten« gesehen werden sollte (Emmott) oder gesehen werden will (Kagan).

Inzwischen ist die Diskussion in den USA weitergegangen und hat jene Form der brutalen Offenheit erreicht, die einer unumschränkten Weltmacht – zumindest in ihrer eigenen Wahrnehmung – zusteht. Michael J. Glennon versucht zu begründen, dass die Regeln, die die Charta der UN vorgibt, von den USA im Falle des Irak-Krieges gar nicht gebrochen werden konnten: »Die Regeln sind kollabiert. ›Gesetzlich« und ›ungesetzlich« sind nicht länger sinnvolle Begriffe für die Beurteilung der Anwendung von Zwang.« (Glennon 2003, 5). Die USA hätten über die Autorität zum Angriff verfügt, nicht weil sie vom Sicherheitsrat dazu autorisiert gewesen wären, sondern weil es kein internationales Recht gegeben habe, um ihnen das zu verbieten. Mit James Madison, einem der Gründungsväter der US-Verfassung, sieht Glennon

die Anerkennung des Gesetzes durch den Mächtigen darin begründet, dass er nicht wissen könne, ob er in Zukunft nicht selbst einmal schwach sein und den Schutz des Gesetzes brauchen werde. Wenn aber die Zukunft sicher sei oder für sicher gehalten werde, entfalle dieser Anreiz.

Hegemonie steht daher in einer Spannung mit dem Prinzip der Gleichheit. Hegemone haben immer der Unterordnung ihrer Macht unter rechtliche Schranken widerstanden. Als Britannien die Meere beherrschte, widersetzte sich Whitehall der Begrenzung des Einsatzes von Gewalt. [...] Jedes von einer »Hypermacht« dominierte System wird große Schwierigkeiten haben, eine wirkliche Herrschaft des Rechts zu gewährleisten.

Das sei das »madisonsche Dilemma, mit dem die internationale Gemeinschaft heute konfrontiert ist« (7). Die »National Security Strategy of the United States« vom September 2002 will keinem Staat der Welt gestatten, auch nur den Anschein zu erwecken, er könne irgendwann die Überlegenheit der USA gefährden. Alles, was notwendig ist, um dieser »Gefahr« rechtzeitig zu begegnen, ist daher erlaubt.

Von einer zweifelsfreien Übermacht der USA, wie sie von Emmott und Kagan postuliert wird, geht auch Mohssen Massarrat (2003) aus – nur mit umgekehrter, negativer Beurteilung: »Amerikas Unilateralismus bedeutet weit mehr als eine imperiale Neuordnung der Welt. Es geht um die absolute Weltherrschaft.« (7) Der Fokus der Arbeit ist das Öl bzw. die Energiepolitik im globalen Kontext, von der strategischen Bedeutung der Golf-Region bis zur Umweltthematik. Massarrat bemüht sich um die Unterscheidung von »vermeintlichen und wahren Motiven der US-Irak-Politik«. Er kann zeigen, dass die Verfügung über die Öl-Ressourcen im Nahen Osten vielleicht nicht *die*, aber *eine* entscheidende Rolle in den strategischen Konzepten der USA spielt. Um diese These zu belegen, geht er zurück bis zum Sturz der demokratisch gewählten Regierung Mossadegh im Iran mit Hilfe der CIA (90, 141). Er zeichnet die Auseinandersetzungen zwischen den USA und dem »britischen Öl-Imperialismus« in den 1920er und 30er Jahren nach (137) und verdeutlicht, wie der Erwerb der territorialen Konzessionsabkommen durch die westlichen Ölkonzerne die Nutzungsrechte der jeweiligen Nationalstaaten einschränkte. Die Rolle der »sieben Schwestern« (Texaco, Exxon etc.) und die Herausbildung der monopolistischen Gemeinschaftsunternehmen Aramco, Iranian Consortium und Kuwait Oil Co. wird dabei ebenso dargestellt wie der letztlich gescheiterte Versuch, mit der OPEC so etwas wie eine »Gegenmacht der Öleigentümer« herzustellen.

Doch Massarrat überzieht die Reichweite seiner Analysen. Die Annahme, dass die Kämpfe um das Öl bzw. um die »Struktur des Weltölmarktes [...] einen wichtigen, wenn nicht sogar den wichtigsten Anstoß zur Entfaltung des fordistischen Konsummodells in den Vereinigten Staaten« (140) gegeben haben, macht unversehens aus einer notwendigen Bedingung die entscheidende Ursache. Je länger und je mehr sich die gesamte Argumentation Massarrats auf die Verfügung über die weltweiten Öl-Ressourcen fokussiert, desto stärker wird der Eindruck einer monomanischen Verengung der Interpretation, der durch die Wiederholungen ganzer Passagen verstärkt wird. Umbrüche in der Produktionsweise, die Entwicklung der Produktivkräfte, veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und politische Interessen finden zu wenig Beachtung.

3. Die Hegemonie ist vorbei

Gegenüber Positionen, die bruchlos von einer uneingeschränkten Macht der USA ausgehen, spottet der »Nachruf« des Franzosen *Emmanuel Todd* erfrischend polemisch: Der Kaiser ist nackt. »Die amerikanische Hegemonie entstand mit dem *Einverständnis* eines großen Teils der Welt«; für »den nichtkommunistischen Teil des Planeten« war »Amerika über viele Jahrzehnte, von 1950 bis 1990, ein gütiger Hegemon« (29f). Doch die Position der USA wurde schon seit 1965 schwächer, und nach dem Zusammenbruch der »anderen Weltmacht« Sowjetunion erfolgte ein tiefgreifender Bruch, mit dem sich die Verhältnisse geradezu umgekehrt hätten. Inzwischen sind die USA von der Zufuhr von Kapital und Gütern aus dem Ausland abhängig, insbesondere aus Europa und Japan – um die Zahlungsbilanz auszugleichen und den Bedarf an Produktions- und Konsumgütern zu decken.

Amerika hat zwar eine starke Einbuße seiner relativen Wirtschaftskraft hinnehmen müssen, es schöpft aber immer mehr von der Weltwirtschaft ab. Amerika ist objektiv gesehen ein räuberischer Staat geworden. Muss man dies als Zeichen von Macht oder von Schwäche deuten? Fest steht jedenfalls, dass Amerika politisch und militärisch um die Hegemonie kämpfen muss, die unverzichtbar ist, wenn es den Lebensstandard seiner Bürger erhalten will. (30f)

Der Fokussierung der US-Politik auf die Öl-produzierenden Länder des Nahen Ostens und Mittelasiens gibt Todd eine spezifische Bedeutung. Wie Massarrat geht er davon aus, dass die USA ihren eigenen Bedarf weitgehend in anderen Regionen (Venezuela, Kanada, Russland etc.) decken könnten und vor allem daran interessiert seien, mit der Kontrolle über die Energielieferanten massiven Druck auf Europa und Japan ausüben zu können. »In der Fixierung auf das Öl der islamischen Welt« komme eher »die Angst vor einem Verlust an Einfluss als ein Expansionsstreben zum Ausdruck. Sie offenbart weniger die Macht als vielmehr die Befürchtungen der USA« vor der eigenen Abhängigkeit und dem Verlust der »Kontrolle über die beiden produktiven Protektorate der Triade, über Europa und Japan« (179). Todd geht jedoch noch einen Schritt weiter. Den »Mythos Öl« und den Kampf mit den Arabern spielten die USA künstlich hoch, um »das Wesentliche zu kaschieren: die umfassende Abhängigkeit der USA von der Versorgung mit *sämtlichen* Gütern« (181). Ihre »wirtschaftliche Abhängigkeit von der Welt macht auf die eine oder andere Art universelle Präsenz notwendig« (168).

Das habe zu einer grotesken Konstellation der Weltwirtschaft geführt. Bereitschaft und Fähigkeit der US-Bürger – auf Kredit und auf der Grundlage der Finanzen, die aus aller Welt in die USA fließen – zu konsumieren, führten dazu, dass in jeder rezessiven Phase die US-Nachfrage zum allseits bejubelten Regulator der Weltwirtschaft (96f) erhoben werde. Die Weltbevölkerung befinde sich gegenüber den USA »in der Position von Untertanen in einem keynesianischen Staat, die darauf warten, dass der Staat für eine Wiederbelebung der Wirtschaft sorgt« (97). Für das Weltmacht-Gehabe der USA habe dies bemerkenswerte Konsequenzen. »Eine Großmacht, die davon lebt, dass sie ohne Gegenleistung den Reichtum anderer Länder abschöpft, hat andere Sicherheitsprobleme, als sie Länder mit einer ausgeglichenen Handelsbilanz haben.« (114)

Generell sieht Todd in den USA – aber auch in Frankreich und England – eine Schwächung der inneren Demokratie, die in einer starken Tendenz zur Herausbildung einer Oligarchie resultiere, mit der Folge, dass »wir uns auf aggressives Verhalten einer unzureichend kontrollierten Führungsmacht und auf militärische Abenteuer gefasst machen« müssen (36). Europa habe die Option, zwischen einer Integration in das Weltreich der USA und einer (neuen) Unabhängigkeit zu wählen (214ff). Da Europa auch den Lebensstandard der USA eingeholt habe, sei es naheliegend, auf die Option der Unabhängigkeit von den USA zu setzen. Zugleich gebe es aber gegenläufige Kräfte: für die führenden Schichten Europas ist die »liberale Revolution« – die neoliberale Restauration/Revolution – eine Versuchung.

Die neu in Erscheinung tretenden gesellschaftlichen Kräfte benötigen eine neue Führungsmacht. So werden die USA im gleichen Augenblick, da ihre militärische Rolle überflüssig zu werden scheint, zur globalen Speerspitze einer Revolution gegen die Gleichheit, eines oligarchischen Umbaus, der auf alle Eliten eine Anziehungskraft ausüben dürfte. *Inzwischen steht Amerika nicht mehr für den Schutz der liberalen Demokratie, sondern für noch mehr Geld und Macht für die Reichsten und Mächtigsten.* (215)

Zu den »kulturellen Exportschlagern« der USA gehörten gerade auch die Dogmen der wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie, deren Realitätsgehalt allerdings ebenso gering sei wie der der Hollywoodfilme und daher nicht in der Lage, das grundlegende Problem der Asymmetrie der Globalisierung begreifbar zu machen (87f).

Todd setzt der Selbstinszenierung der USA die Imagination einer militärisch potenten, aber zivilen europäischen Gegenmacht entgegen. Allerdings beruht seine Analyse auch auf verkürzten Grundannahmen der gegenwärtigen Weltlage: Er nimmt an, dass sich die wirtschaftliche Rolle der USA hinreichend präzise bestimmen lasse, indem auf die negativen Leistungs- und Kapitalbilanzen verwiesen wird – und dass es faktisch keine nennenswerten »terroristischen« Gefahren gebe. Das ganze erste Kapitel widmet Todd dem »Mythos vom weltweiten Terrorismus« (39ff). Unter Absehung von politisch-ökonomischen Bedingungen und gesellschaftlichen Spaltungen formuliert er die These, dass sich die gesamte Menschheit in einem Prozess der »politischen Modernisierung« befindet, der auf zwei Faktoren beruht: »Alphabetisierung und sinkende Geburtenzahlen, zwei universell zu beobachtende Phänomene, ermöglichen die universelle Verbreitung der Demokratie« (52). Dieser Prozess aber gehe nicht reibungslos vonstatten, sondern sei in allen Gesellschaften mit exzessiver Gewaltanwendung verbunden gewesen. Todd verweist auf die »großen« Revolutionen in England, Frankreich und Russland, ebenso wie auf den deutschen Nationalsozialismus etc. Seine Pointe: der gegenwärtige Terrorismus in den islamischen bzw. arabischen Ländern sei nichts anderes als der Nachvollzug dieser allgemeinen Entwicklung. »Global betrachtet, durchläuft die islamische Welt gerade ihre Modernisierungskrise« (57). Man könne und müsse also nur abwarten. In einzelnen islamischen bzw. arabischen Ländern sei der Prozess bereits nahezu zum Abschluss gekommen.

4. Griechen, Römer, Briten – oder eine völlig neue Variante?

Todd vergleicht die USA mit den antiken Weltmächten Athen und Rom, von denen die eine die (gemeinsamen) Finanzen des Bündnisses an sich riss und u.a. zur Finanzierung der »Sanktionen gegen die widerstrebenden Bündnispartner« (84) heranzog, während die zweite schließlich in einer Zweiteilung in die Plebs (Brot und Spiele) und eine »räuberische Plutokratie« mündete. In jedem Fall gelte, »dass die Herausbildung einer globalisierten Weltwirtschaft das Ergebnis eines politisch-militärischen Prozesses ist« (87). Immer wieder wird versucht, die Sonderstellung der USA durch Vergleiche mit vergangenen Imperien zu fassen.

Sind die Amerikaner die Römer der Neuzeit? Unvermeidlich springen als erstes die Unterschiede ins Auge. Hier der Stadtstaat, der sich mit der Waffe alles erkämpfte, dort die Föderation, die sich v.a. durch Siedlung, Kauf und ökonomische Expansion ausdehnte. [...] Anders auch das Endergebnis: Hier ein monarchisch regiertes Imperium, dort ein demokratisch und ökonomisch geleitetes *informal empire*. Und zu alledem noch zweitausend Jahre Abstand. (Bender 2000, 890)

Bender betont anschließend trotzdem die vielen Gemeinsamkeiten, von der durch Meere geschützten Lage bis zur Banalität, dass beide mit einer Kombination von wirtschaftlicher Stärke und militärischer Macht reüssierten.

Joseph S. Nye jr. geht hingegen davon aus, die USA könnten hinsichtlich ihrer »Grand Strategy« einiges vom Großbritannien des 19. Jh. lernen, einer Vormacht (»preponderant power«), die mit drei »öffentlichen Gütern« habe aufwarten können: 1. der Aufrechterhaltung einer Machtbalance unter den wichtigsten Staaten Europas; 2. der Förderung einer offenen internationalen Wirtschaft; und 3. der Aufrechterhaltung von internationalen Allgemeingütern wie Freiheit der Seefahrt und Unterdrückung der Piraterie (2002, 144). Die USA als neue Vormacht müssten dem unter den Bedingungen der Globalisierung drei weitere Aspekte hinzufügen: a) die Aufrechterhaltung internationaler Regeln und Institutionen; b) die Unterstützung ökonomischer Entwicklung (in den armen Ländern); c) die Anleitung von Koalitionen und Vermittlung von Konflikten (145ff). Für eine Einschätzung der Nahostpolitik der USA hält auch der britische Historiker Niall Ferguson (2003; 2003a) den Vergleich mit dem Britischen Empire, insbesondere dem Verhalten der Briten in Indien, für angebracht. Dieser fällt allerdings zu Ungunsten der USA aus, die nicht bereit sind, »sich wirklich – für Jahrzehnte und mit Einsatz ihrer besten intellektuellen Ressourcen – im okkupierten Territorium zu engagieren«. Ferguson plädiert offen für die Vorstellung, die internationale Ordnung könne nur durch ein Imperium gewährleistet werden. Möglicherweise verkennt seine Kritik an den kurzfristigen Engagements jedoch das historisch Neue an der *Form des US-Imperialismus*: das, was man ihren »instant imperialism« bzw. ihre »opportunistic hegemony« nennen könnte, möglich geworden durch die modernen I&K-Technologien sowie durch die territoriale Mobilität der Militärpotenziale, mit ihren Flugzeugträgern (jeweils kleine Städte mit über 5000 Bewohnern) und Langstreckenflugzeugen. »Amerika herrscht aus der Ferne« (Lifton 2003, 176).

5. Organisationsformen des neuen Imperialismus

Im neuen Imperialismus werden militärische wie politische Strategien nach Effizienz Kriterien entworfen, die auf neue Organisationsformen zielen. Das schließt die Konzentration auf Kernkompetenzen und das Ausgliedern (Outsourcing) von Dienstleistungen aller Art ebenso ein wie die strenge Kontrolle der Zeitdimension bei allen Operationen. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld selbst »verstehe sich als General Manager und Koordinator« (Backfisch 2003, 4). Die neoliberale Strategie des Staatsumbaus ist dabei verbunden mit einer weitgehenden Privatisierung, auch und gerade im Bereich des Pentagon.

Bis 2006 will das US-Verteidigungsministerium 237 000 Arbeitsplätze in logistischen Bereichen wie Truppentransport, Wartung, Restauration und Beherbergung privatisieren. [...] In den letzten 10 Jahren ist das Personal der US-Army im Rahmen des 1985 gestarteten Privatisierungsprogramms Logcap um ein Drittel geschrumpft, die verbliebenen Soldaten sollen sich allein militärischen Aufgaben widmen. (Misser 2003, 5).¹

Dick Cheney, Verteidigungsminister der Regierung Bush I, hatte bereits 1992 dem Houstoner Großkonzern Halliburton den Auftrag erteilt, zu untersuchen, »wie sich Routinearbeiten der Armee in Kriegsgebieten privatisieren lassen. Der Bericht blieb geheim. Cheney [...] wurde Chef von Halliburton und baute das Verteidigungsgeschäft des Konzerns [...] aus. Seit 2000 sitzt Cheney wieder in der Regierung« (Fischermann 2003, 21). Die Privatisierung militärischer Aufgaben eröffnet, wie schon die fortschreitende Privatisierung der inneren Sicherheit, außerordentlich profitable Geschäftsmöglichkeiten.

Die »revolutionären« organisatorischen Veränderungen betreffen auch die Methoden der Kriegsführung selbst. Im Vorfeld des Irak-Kriegs war viel zu lesen von der neuen »Netzwerkzentrierten Kriegsführung« (NCW) sowie davon, dass gerade die wichtigste »Revolution in Militärangelegenheiten« (RMA) seit 200 Jahren vollzogen werde (vgl. Davis 2003) – was zugleich das Ende der Theorieära Clausewitz impliziere. Mit Blick auf die informationstechnische Revolution und die sog. »New Economy« wurde verkündet, die Kombination von Präzisionswaffen (mit ungekannter Zerstörungskraft) und dezentralisierter operativer Fähigkeit führe zu einer Neudefinition von militärischen »Akteuren«. Als Vorbild wurde u.a. Wal-Mart genannt, der Inbegriff eines »synchronisierten verteilten Netzwerks mit Transaktionsbewusstsein in Echtzeit« (zit.n. Davis 2003, 50): die Registrierkassen der einzelnen Filialen übermitteln die Verkaufsdaten automatisch an die Lieferanten, die die Warenbestände der Handelskette über »horizontale« Vernetzungen auffüllen.

¹ In diese Richtung gehen auch die »Private Military Companies«, Organisationen wie die in der Nähe des Pentagons gelegene MPRI (Military Professional Resources Inc.), gegründet 1987. Die MPRI hat inzwischen die Armee Kroatiens auf- resp. ausgerüstet, ebenso die UCK im Kosovo und die Armee in Mazedonien; im Auftrag des Pentagon hat die MPRI Armeen in Kolumbien und Nigeria ausgebildet etc. (Misser 2003). Auch mit dem Aufbau der neuen irakischen Armee wurde ein Privatunternehmen beauftragt.

Hierarchische Strukturen, in denen die Zentrale jeweils die dispositiven Entscheidungen zu treffen hatte, werden außer Kraft gesetzt. Entsprechend ändert sich das Bild des Soldaten: Statt striktem Befehl und blindem Gehorsam ist ein im Kampf selbständig und flexibel agierendes Subjekt gefragt – das Ziel ist vorgegeben, die Erreichung in die individuelle Verantwortung verlagert.

Auch die Ölversorgungsstrategie der USA lässt sich im Rahmen dieses privatwirtschaftlich geschulten Organisationsmodells begreifen. Es geht um »Diversifizierung«, d.h. um eine Form der Risikostreuung und -minimierung bei Zulieferern zur Gewährleistung der Versorgung und Kontrolle der Preise. Nachdem sich Saudi-Arabien als unzuverlässig, weil als Hort islamistischer Terrorkämpfer herausgestellt hat, ist es notwendig, qualitativ und quantitativ vergleichbare Lieferanten zu akquirieren. Damit geriet der Irak in das strategische Feld der USA. Gleichzeitig kann die Truppenpräsenz in Saudi-Arabien reduziert werden.

Die Reichweite der neuen US-Konzeption geht darüber hinaus, wird auf die Herstellung und den »monopolistischen« Vertrieb »öffentlicher Güter« wie »Demokratie«, »Freiheit«, »Sicherheit«, »Frieden«, »Stabilität« und »Rechtsstaatlichkeit« ausgedehnt (vgl. van Scherpenberg 2003). Eine geradezu missionarisch vorgetragene Bestätigung findet sich bei Barnett: »Sicherheit ist der bedeutendste Exportartikel des Landes. Gemeint ist damit nicht der Export von Waffen, sondern die Aufmerksamkeit, mit der unsere militärischen Kräfte auf Potenziale massenhafter Gewalt in jeder Region der Welt reagieren. Wir sind die einzige Nation auf der Welt, die in der Lage ist, Sicherheit nachhaltig zu gewährleisten, und wir sind auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen.« (Barnett 2003, 5). Nicht nur für Ökonomen stellt sich die Frage, wer die zahlungskräftigen »Käufer« dieser neuen Güter und Dienstleistungen sein sollen. Die Anzahl der »destabilisierten« Staaten (bzw. »non-states«) ist groß und steigt weiter. Doch die meisten könnten dafür nicht zahlen. An diesem Punkt kommen die internationalen Organisationen als Financiers ins Spiel: UNO, OECD, G7/8, IWF, Weltbank und NGOs. Hinsichtlich des Verkaufs und der Gewährleistung von Sicherheit ist die Entwicklung im Irak für die USA ein Desaster, gerade auch ökonomisch. Clevere Managementstrategen und Innovationsforscher wissen ohnehin seit Langem, dass anspruchsvolle Dienstleistungen nur dann funktionieren, wenn sie gemeinsam mit den »Kunden« konzipiert, entwickelt und zum Einsatz gebracht werden.

Aber das ganze Konzept der »öffentlichen Güter« ist ohnehin eingebettet in ein neues Sendungsbewusstsein. Die Rede von der Kraft der »kreativen Zerstörung« im Kapitalismus (Schumpeter) wird wörtlich genommen. Aus dem Zusammenspiel von neoliberalerem und christlichem Fundamentalismus entsteht das, was Lifton als »apokalyptische Gewalt« bezeichnet: »die Bereitschaft, enorme Zerstörung anzurichten im Dienst einer spirituellen Säuberung. Eine Welt soll aufhören zu existieren, um Platz zu machen für eine bessere.« (2003, 177) Es entsteht das Bild eines Imperiums, in dem zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit »die Beherrschung der ganzen Welt [...] technisch möglich« geworden ist. »Um jede Stelle der Welt erreichen zu können, muss man nicht jeden Punkt besetzen. Ein feines Netz aus gut

befestigten Enklaven genügt, um große Flächen unter Kontrolle zu halten.« (Pilz 2003, 16) Der Versuch, die Übermacht der USA primär oder gar ausschließlich aus der militärischen Überlegenheit zu begründen, heißt jedoch von einem bestimmten Punkt ab, auf jene Borniertheit hereinzufallen, mit der die Bush II-Regierung ihre Weltpolitik betreibt.

Das Verhältnis von Globalisierung und neuer Weltordnung betrachtet Thomas P. M. Barnett vom Naval War College in Newport, einem der Think-Tanks der US-Marine, lieber mit machtpolitischem Zynismus. Der Irak-Krieg sei notwendige Folge der Globalisierung. Noch vor Ausbruch des zweiten US-Krieges gegen den Irak bezeichnete Barnett das bevorstehende Ereignis als »historischen Umschlagspunkt«, »den Moment, in dem Washington wirklich von seiner Rolle zur Gewährleistung strategischer Sicherheit in der Ära der Globalisierung Besitz ergreift« (2003, 1). Er unterscheidet zwischen dem »funktionierenden Kern« der Globalisierung und der »nicht integrierten Lücke« (Non-Integrating Gap). Der »Kern« sei gekennzeichnet durch die Dichte der Globalisierung mit ihren Netzwerken, finanziellen Transaktionen, liberalen Medien und der kollektiven Sicherheit sowie durch steigenden Lebensstandard. Hierzu rechnet Barnett Nordamerika und den größten Teil Südamerikas, die EU und Russland, Japan und die asiatischen Entwicklungsländer (incl. China und Indien), Australien, Neuseeland und Südafrika; insgesamt ca. 4 Mrd. Menschen. Die »Lücke« hingegen sei charakterisiert durch repressive Regime, verbreitete Armut und Krankheiten und v.a. chronische Konflikte, aus denen die nächste Generation der globalen Terroristen erwachse. Zu diesen Regionen, die aus dem wachsenden Bereich der Globalisierung ausgeschlossen sind, gehörten: die Karibik, nahezu ganz Afrika, der Balkan, der Kaukasus, Zentralasien, der Mittlere Osten, der Südwesten und der größte Teil des Südostens Asiens; insgesamt ca. 2 Mrd. Menschen (3). Am Rande dieser Region liegen die »Saum«-Staaten: Mexico, Brasilien, Südafrika, Marokko, Algerien, Griechenland, Türkei, Pakistan, Thailand, Malaysia, die Philippinen und Indonesien. Die Regionen der »Lücke«, in denen die Globalisierung nicht greife, definierten die neuen Gefahrenherde für die USA: »*Disconnectedness defines danger*« (1). Mit einer simplen kategorialen Unterscheidung will Barnett legitimieren, warum ganze Regionen auf den Misthaufen der Geschichte geschmissen werden können.

Während sich die USA noch nach dem Ende des Kalten Krieges Sorgen um Gegner gleicher Größenordnung gemacht habe (SU, später EU und China), habe sich die Konstellation mit dem 11. September 2001 grundlegend geändert. Nun gelte eine »einfache Sicherheits-Regel«: »Das Potenzial eines Landes zur Rechtfertigung einer militärischen Reaktion der USA steht im umgekehrten Verhältnis zu seinem Anschluss an die Globalisierung.« (4) Es handelt sich um jene Länder mit Blick auf Teilhabe an der Globalisierung, die »am Ende der Welt« angesiedelt sind: Pakistan, Somalia, der Jemen und Nordkorea (4). Globalisierung erscheint damit als etwas, was sich nur für den »Satellitenblick« der Kapitalisten als Einheit darstellt.

In Wirklichkeit sind heute immer mehr Weltregionen im Zerfall begriffen. Ganze Länder verschwinden so aus der Geschichte. Als organisierte nationale Gesellschaften haben diese Länder aufgehört zu existieren. Globalisierung oder *mondialisation* ist daher weit davon

entfernt, einer wahrhaft globalisierten wirtschaftlichen Entwicklung zu entsprechen.[...] Die Realität der globalisierten Welt besteht in einer Kette von Inseln des Wohlstands und des Reichtums, die aus einem Meer des Völkerelends herausragen. (Ziegler 2003, 30f)

6. Die neokonservative Revolution und die weiche Macht

Im neokonservativen Denken fließen neoliberale Wirtschaftstheorie und autoritäre geopolitische Strategien zusammen. Dafür stehen Namen wie Friedman, Hayek, Huntington und Brzezinski. Nicht erst seit Fukuyamas *Ende der Geschichte* wird immer wieder auf die Bedeutung der politischen Philosophie von Leo Strauss verwiesen, der Motive Carl Schmitts in die USA transferierte. Diese Bezüge sind in den Feuilletons häufig als theoretische Grundlage der Politik der Bush II-Regierung benannt worden. Die Verbindung wird so unvermittelt hergestellt, dass die Gefahr besteht, die Weltmacht-Ambitionen der USA als bloße Manifestation ideengeschichtlicher Vorgaben Alt-Europas begreifen zu wollen. Dennoch sind die Bezüge bemerkenswert. Schmitts Essay *Der Begriff des Politischen* (1927) wurde durch seine folgenreiche Definition des Politischen durch die Unterscheidung von Freund und Feind bekannt.² Strauss hatte sich intensiv mit dieser Arbeit auseinandergesetzt, bevor er 1932 mit einem Stipendium der Rockefeller Foundation über England in die USA kam. An der University of Chicago betrieb er eine »strategische Schulbildung« (Geyer 2003, 37). Sie gilt als »Brutstätte« des Neo-Konservatismus, in der u.a. Alan Bloom, der derzeitige Vize-Außenminister Paul Wolfowitz, Irving Kristol und Norman Podhoretz ihre Grundausrichtung erhielten (Misik 2003, 15; Fröhlich 2003). Aktuell bündelt sich die Gruppe in dem »Project for the New American Century« (PNAC), das erstmals 1998 größere Aufmerksamkeit erregte, als in einem offenen Brief an Bill Clinton zunächst noch vergeblich Maßnahmen zum Sturz von Saddam Hussein gefordert wurden.³ Allgemein ist es eine habitualisierte, voluntaristische Zugriffsweise auf »die Welt«, die die *neo-cons* kennzeichnet. Gesellschaftliche Strukturen werden ausgeblendet und zivilgesellschaftliche Ansprüche auf Einflussnahme ignoriert. Die Ignoranz gegenüber einem internationalen System, das weniger denn je nur politisch-militärisch und auch nicht ökonomisch definiert ist, sondern durch eine Vielzahl z.T. neuartiger gesellschaftlicher Akteure beeinflusst wird, kennzeichnet die grundlegend reaktionäre Stoßrichtung der us-amerikanischen Politik wohl mehr als die ideologische Orientierung am Politikverständnis von Carl Schmitt oder Leo Strauss.

-
- 2 Zentrale Bedeutung hat außerdem Schmitts Kennzeichnung der Macht durch die Verfügung über den »Ausnahmestand«. Die USA bedienen sich des letzteren nicht nur in der Innenpolitik, sondern v.a., »um ihre Außenpolitik zu legitimieren«. Die Regierung der USA zwingt »dem ganzen Planeten den Status eines permanenten Ausnahmestandes auf«, als »zwingende Antwort auf eine Art Weltbürgerkrieg zwischen Staaten und Terrorismus« (Agamben 2003, 33; vgl. auch Mayer 2003).
- 3 Abgedruckt in: Massarat 2003, 31ff. Der Brief war u.a. unterschrieben von: Richard Perle, Robert Kagan, Frank Carlucci, William Kristol, Donald Rumsfeld, Paul Wolfowitz (vgl. Steinberger 2003).

Als Kritik an der verengten Realitätswahrnehmung der Neokonservativen lässt sich die Unterscheidung von »soft« und »hard power« verstehen, die Joseph Nye (unter Clinton stellvertretender Außenminister) vorgeschlagen hat. Die »weiche Macht« bestehe in der Fähigkeit, die politische Tagesordnung zu bestimmen. Nye verweist im Zusammenhang beiläufig auf Antonio Gramsci (Nye 2002, 9); im Gegensatz zu diesem ist sein Interesse jedoch auf einen effizienteren Einsatz der »soft power« aus der Sicht der Herrschenden gerichtet. Sie beruhe auf schwer greifbaren (»intangible«) Ressourcen wie attraktiver Kultur, Ideologie und Institutionen. Zusammen mit den beiden Formen der »harten Kommando-Macht«, der militärischen und wirtschaftlichen Macht (8), ergebe sich ein Muster, das einem komplexen drei-dimensionalen Schachspiel ähnele (39). Auf dem »obersten Schachbrett« bewege sich die militärische Macht – weitgehend unipolar: Nur die USA verfügen über interkontinental einsetzbare Atomwaffen und Truppen. Bereits auf der Ebene darunter, der wirtschaftlichen Macht, gehe es multipolar zu: v.a. Europa und Japan könnten die USA zu Verhandlungen zwingen. Das »bottom chessboard« sei das Reich der transnationalen Beziehungen, die sich der Kontrolle von Regierungen entzögen; hier sei die Macht weit verstreut (39). Aus dieser Konstellation ergebe sich das »Paradox der amerikanischen Macht« (Mallaby): die USA sind zu groß, als dass sie von irgendeinem anderen Staat herausgefordert werden könnten, sie sind jedoch nicht groß genug, um Probleme wie den globalen Terrorismus oder nukleare Abrüstung alleine zu lösen. Die USA bräuchten die Hilfe und den Respekt anderer Nationen (40). »Glaubwürdigkeit« ist daher »die entscheidende Ressource und wichtige Quelle von weicher Macht. Reputation erhält einen noch höheren Stellenwert als in der Vergangenheit, und politische Auseinandersetzungen drehen sich um die Herstellung und Zersetzung von Glaubwürdigkeit« (67). »Die Bush-Regierung« aber erweist sich »in puncto Glaubwürdigkeit« als »sorglos«, und »das unterspült unsere *Soft Power*« (2003).

In seiner »Redefinition nationaler Interessen« plädiert Nye für eine intelligente Balance zwischen Unilateralismus und Multilateralismus, mit »Regeln der Klugheit für humanitäre Interventionen« (152). Multilateralismus sei oft die beste Art, die eigenen langfristigen Ziele zu erreichen. Nye entwickelt allerdings ein rein taktisches Verständnis von Multilateralität – im Grunde nur die raffiniertere Strategie zur Durchsetzung us-amerikanischer Interessen. Er formuliert das Programm einer neuen US-Hegemonie.

7. Weltöffentlichkeit: die »zweite Weltmacht«?

In den Wochen vor Beginn des Irak-Krieges schien sich eine »zweite Weltmacht« zu formieren, die in der Lage sein könnte, der Hypermacht USA Paroli zu bieten: die *Weltöffentlichkeit*. Dies regte auch Philosophen, die im Falle Kosovo noch zu den Befürwortern des Krieges gehörten, zum öffentlichen Nein an – etwa Jürgen Habermas, der ein einheitliches und seiner Geschichte bewusstes Europa als weltpolitisches Gegengewicht zur »forschen Hegemonialpolitik der verbündeten

Supermacht« (2003a, 34) fordert.⁴ Ohne die Demonstrationen in anderen Teilen der Welt zu berücksichtigen, überlegt er, ob die »demonstrierenden Massen« vom 15. Februar 2003 »rückblickend als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher« eingehen werden (33). Als Alternative zum »hegemonialen Unilateralismus«⁵ der USA plädiert Habermas für ein handlungsfähiges »Kerneuropa«, das »beweist, dass in einer komplexen Weltgesellschaft nicht nur Divisionen zählen, sondern die weiche Macht von Verhandlungssagenden, Beziehungen und ökonomischen Vorteilen« (ebd.). Mit einigen »Stichworten« skizziert Habermas die Spezifika einer europäischen Identität – Trennung von Staat und Kirche, Skepsis gegenüber Marktmechanismen und »Vertrauen auf die zivilisierende Gestaltungsmacht eines Staates« –, um dann zu schließen:

Mit dem wachsenden Abstand von imperialer Herrschaft und Kolonialgeschichte haben die europäischen Mächte auch die Chance erhalten, eine reflexive Distanz zu sich einzunehmen. So konnten sie lernen, aus der Perspektive der Besiegten sich selbst in der zweifelhaften Rolle des Siegers wahrzunehmen, die für die Gewalt einer oktroyierten und entwurzelnden Modernisierung zur Rechenschaft gezogen werden. Das könnte die Abkehr vom Eurozentrismus befördert und die kantische Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik beflügelt haben. (34)

Leicht auszumalen ist, mit welchem Spott Kagan, Rumsfeld, Wolfowitz und Konsorten auf diese Lernerfahrungen Europas reagieren würden: »jetzt, wo ihr Europäer schwach seid, werdet ihr moralisch«. Glennon hat seine Antwort auf Habermas' Plädoyer vorweggenommen. Zu den »Lektionen«, die aus dem »Scheitern der UN-Charta« und insbesondere des Sicherheitsrates zu ziehen sind, gehöre, dass eine neue Ordnung des internationalen Rechts die zugrundeliegenden Dynamiken der Macht, der Kultur und der Sicherheit reflektieren müsse. Diese Einsicht sei der Bannfluch (»anathema«) für die »armchair philosophers«, die von vornherein die Prinzipien »kennen«, nach denen sich die Staaten richten sollten. »Staaten sind nicht an Regeln gebunden, mit denen sie nicht übereinstimmen.« (2003, 8) Es seien die tatsächlichen Machtverhältnisse zwischen den – nun einmal sehr unterschiedlich mächtigen – Staaten, aus denen sich die Regeln des internationalen Rechts ergeben. Allgemeiner kommt man zu einer neuen Definition des »American Empire«: »Es meint die Festschreibung von Regeln, die die USA wünschen (in Bezug auf alles mögliche, von Märkten bis zu Massenvernichtungswaffen), während sie sich selbst von anderen Regeln ausnehmen (z.B. dem Kyoto-Protokoll oder dem Internationalen Strafgerichtshof).« (Ignatieff 2003) Welche Funktion haben philosophische Darlegungen, wenn sie die tatsächlichen Machtverhältnisse »kontrafaktisch« ausblenden und durch die normative Stilisierung eines Kern-Europa die Hypermacht USA an die Kandare nehmen wollen? Eine Alternative zur Weltpolitik der USA lässt sich nicht durch ein Gegenteil finden, das ein Gleichgewicht der Macht nur zu simulieren vermag.

4 Sein Artikel, unterschrieben auch von Jacques Derrida, erschien in der FAZ sowie in *Libération*, flankiert von Artikeln von Umberto Eco (*La repubblica*), Adolf Muschg (*NZZ*), Gianni Vattimo (*La Stampa*), Fernando Savater (*El Pais*) und Richard Rorty (*SZ*).

5 Auf die Widersinnigkeit des Begriffs hat Haug in *Argument* 250 hingewiesen.

Literatur

- Agamben, Giorgio. »Der Gewahrsam. Ausnahmezustand als Weltordnung«, in: *FAZ*, 19.4.03, 33
- Backfisch, Michael. »Ganz vorne im Krieg der Worte«, in: *HB*, 16.4.03, 4
- Barnett, Thomas P. M., »The Pentagon's New Map«, in: *Esquire*, März 2003
- Bender, Peter. »Das Amerikanische und das Römische Imperium. Ein Vergleich«, in: *Merkur* 617/118, 2000, 890-900
- Brzezinski, Zbigniew, *Die einzige Weltmacht* (1997), Frankfurt/M 2003
- Davis, Mike. »Umzingelt von einer unfehlbaren Armee«, in: *Die Zeit*, 10.4.03, 50
- Emmott, Bill, *Vision 20/21. Die Weltordnung des 21. Jahrhunderts*, Frankfurt/M 2003
- Ferguson, Niall. »The Empire Slinks Back«, in: *The New York Times*, 27.4.03
- ders., *Empire. The Rise and Demise of the British World Order and the Lessons for Global Power*, New York 2003a
- Fischermann, Thomas. »White House Connection«, in: *Die Zeit*, 16.4.03, 21
- Fröhlich, Stefan. »Hegemonialer Internationalismus«, in: *FAZ*, 10.4.03, 8
- Fukuyama, Francis, *Das Ende der Geschichte*, München 1992
- Geyer, Christian. »Der Code geht schon in Ordnung«, in: *FAZ*, 24.6.03, 37
- Glennon, Michael J., »Why the Security Council Failed«, in: *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2003
- ders., »Der Traum«, in: *FAZ*, 25.6.03a, 7
- Habermas, Jürgen (zus. m. Jacques Derrida), »Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: die Wiedergeburt Europas«, in: *FAZ*, 31.5.03, 33f
- Hobsbawm, Eric, »Rücksichtslose und zänkische Diva der Weltpolitik«, in: *Le Monde Diplomatique*, Juni 2003, 16f
- Hujer, Marc, »Choreographie made in Hollywood«, in: *SZ*, 3.6.03, 3
- Huntington, Samuel P., *Der Kampf der Kulturen*, München-Wien 1996
- Ignatieff, Michael. »The American Empire: The Burden«, in: *New York Times Magazine*, 5.1.03
- Johnson, Chambers, *Ein Imperium verfällt*, München 2000
- Kagan, Robert, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003
- ders., u. William Kristol, »The Present Danger«, in: *The National Interest* 59, 2000, Spring, 57-64
- Kaldor, Mary, »Der Krieg ist Theater«, Interview in: *taz*, 21.5.03
- Kaplan, Lawrence F., u. William Kristol, *The War Over Iraq*, San Francisco 2003
- Kleine-Brockhoff, Thomas, »Der Visionär des Krieges«, in: *Die Zeit*, 27.3.03, 2
- Kreimeier, Klaus, »Untote Monstren«, in: *taz*, 11.6.03, 12
- Lifton, Robert Jay, »Ich fürchte um Amerikas Seele«, Interview in: *Der Spiegel*, 2.6.03, 176-9
- Massarrat, Mohssen, *Amerikas Weltordnung. Hegemonie und Kriege um Öl*, Hamburg 2003
- Misik, Robert, »Bolschewismus von rechts«, in: *taz*, 17.3.03, 15
- Misser, Francois, »Die Söldner des Pentagon«, in: *taz*, 22.4.03, 5
- Nye, jr., Joseph S., *The Paradox of American Power. Why the World's only Superpower can't go it Alone*, Oxford 2002
- Nye, Joseph S., »Paradox der Macht«, Interview in: *FR*, 4.4.03
- Pilz, Peter, *Mit Gott gegen alle. Amerikas Kampf um die Weltherrschaft*, Stuttgart 2003
- The White House Washington, *The National Security Strategy of the United States*, September 2002
- Todd, Emanuel, *Weltmacht USA. Ein Nachruf*, München-Zürich 2003
- van Scherpenberg, Jens, »Der Preis für den Frieden«, in: *HB*, 17.5.03, 10
- Ziegler, Jean, *Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher*, München 2003

Wolfgang Fritz Haug

Theorie des Menschenrechtskrieges bei Preuß¹

I.

Geschrieben im Frühjahr 2002, in einem Duktus, als ginge es noch immer darum, für den Sprachgebrauch der rotgrünen Regierung den Nato-Krieg von 1999 gegen Jugoslawien (»Kosovo-Krieg«) und den mit Nato-Hilfsdiensten geführten US-Krieg gegen Afghanistan (2001) – beide ohne UNO-Mandat – zu rechtfertigen, weiß dieses Buch noch nichts von dem Krieg, mit dem die USA ein Jahr später vollends selbstherrlich und wiederum ohne UNO-Mandat, ja explizit gegen die Mehrheit im Sicherheitsrat den Irak überzogen haben.² Den »Weltkrieg gegen den Terror« (Haug 2002), der seither in den Terror eines Krieges umgeschlagen ist, der wiederum wie ein Generator weiteren Terrorismus wirkt, sieht Preuß als verständliche Fehlreaktion auf die kollektive psychische Verletzung, die die Anschläge vom 11. September den US-Amerikanern zugefügt haben. Vermutlich hätte er sein Buch im Wissen um »das Umkippen der USA vom Ordnungs- zum Unordnungsfaktor« (Emmanuel Todd) anders geschrieben. Der als Demokratisierungsintervention³ verkleidete neue Krieg der USA, der das prekäre Weltrecht nicht nur gebrochen, sondern, da der Bruch von der bisher einzigen realen Garantiemacht möglichen Rechts verübt worden ist, es fürs Erste *zerbrochen* hat, rückt die Rechtfertigung »humanitärer Interventionen« ins Zwielflicht ungewollter Komplizenschaft mit der amerikanischen Herrschaft ohne Hegemonie, die in der begriffslosen Sprache ihrer tagespolitischen Anhänger wie ihrer Gegner als Gegenteil ihrer selbst, als Hegemonie bezeichnet wird. Mary Kaldor hat versucht, sich von dieser diskreditierenden Nähe dadurch abzugrenzen, dass sie Regimewechsel als Ziel der von ihr im Ernstfall befürworteten Menschenrechtskriege ausgeschlossen wissen will. Der britischen Regierung aber versuchte sie als historische Chance schmackhaft zu machen, sich mit der Weltmeinung dadurch wiederzuvereinigen, dass sie, gestützt auf ihre militärische Position einer Siegermacht, eine Führungsrolle der UNO im Nachkriegsiraq fordere.

Die Struktur des Buches von Preuß ist überraschend: Gegliedert in zwei Teile, dazu Prolog und Epilog, ist es aufgebaut wie ein Katechismus in dreiundzwanzig »richtigen Antworten«. Der erste Teil mündet in die sorgfältig abwägende Begründung: »Warum man selbst eine unilaterale humanitäre Intervention tolerieren kann« (87ff).

1 Preuß, Ulrich K., *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, Wagenbach, Berlin 2002 (153 S., geb., 17,50 €).

2 Erst das Nachwort zur 2. Auflage geht darauf ein. Siehe dazu den 2. Teil dieser Rezension.

3 James Woolsey, ehemaliger CIA-Chef (unter Reagan): »die Welt wird erst sicher sein, wenn sie sich demokratisiert, und unsere Aufgabe ist es, sie zu demokratisieren« (zit.n. Subirats).

Der zweite begründet nicht weniger einlassend: »Warum eine Ausstoßung der Mörder des 11. September eine gerechte Bestrafung ihres Frevels wäre« (126ff). Gemeint ist die Exkommunikation »als Ungläubige aus der Gemeinschaft der Muslime« (133). Gehört der Jurist Preuß, ehemaliges SDS- und Argumentklub-Mitglied, zu denjenigen, von denen Petra Steinberger im Blick auf die USA notiert hat, dass sie »den Idealismus der Linken« in die neoimperiale Politik einbringen? Der Begriff, mit dem er selbst die Verstrickungen belegt, in die sein Engagement ihn führt, ist der des »Tragischen«, dem »der Mensch nicht immer ausweichen« kann (89). Doch leistet dieser Begriff mehr als einen Beitrag zur Gewissensberuhigung angesichts der moralischen Kollateralschäden auf dem Wege der Güterabwägung?

Wie Altwater und Mahnkopf die Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik untersuchen (vgl. die Rez. in Arg. 249, 157ff), analysiert Preuß die Entgrenzungen von Politik, Recht, Religion und zumal das Vordringen »irregulärer« Formen des Krieges (15). Doch anders als Altwater und Mahnkopf, die wie Ignacio Ramonet (rez. in Arg. 250, 320f) diese Entwicklung einseitig als Niedergang bewerten, möchte er darin die schwierige Entstehung eines wünschenswerten Neuen aufweisen: »eine Tendenz zur Transformation des Völkerrechts vom Recht der Koordinierung von Staaten zum Recht der internationalen Gemeinschaft« (141). Einen Grund dafür sieht er in jener mit der (von ihm unerlaubt harmlos aufgefassten, vgl. 15) Globalisierung des Kapitalismus einhergehenden Entwicklung, die oft als Übergang zu »global governance« gefasst wird, dass nämlich »neben Staaten eine immer größere Zahl von wirtschaftlich, politisch und kulturell bedeutsamen Akteuren ohne Souveränität und Territorium an der politischen Gestaltung der transnationalen Beziehungen teilnimmt« (ebd.). Nicht dass diese Akteure von sich aus gutartig wären! Doch indem sie die Staaten durchdringen, muss ihnen das »Recht« mit entsprechender Durchdringung folgen. Menschenrecht soll daher Völkerrecht brechen, da dieses nur Staatenrecht ist. Bereits die UNO-Satzung hat ja den Staaten das Recht auf Krieg bestritten bzw. auf ein reines Verteidigungsrecht eingeengt.

Standpunkt wie Adressat von Preuß sind »Vernunft und Gerechtigkeit« (73), letztere auch als »Gerechtigkeitsgefühl« angesprochen (75). Dieser Instanz entspreche die »Verpolizeichung der internationalen Konflikte« (69) im Dienste der »internationalen Zivilgesellschaft« (71). Sorgfältig entwickelt Preuß, warum es angesichts des nichtstaatlichen, transnationalen Charakters des neuen Terrorismus widersinnig ist, diesem (wie der US-Präsident, gefolgt von der Nato, es getan hat) den Krieg zu erklären, der eine zwischenstaatliche Form ist. »Den »Krieg« gegen den Terrorismus sollten sich daher die Staaten verbieten.« (64) Als »besonders bittere Ironie« verzeichnet Preuß den Widerstand der USA gegen die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs (ebd.).

»Die »Idee« blamierte sich immer«, heißt es bei Marx, »soweit sie von dem »Interesse« verschieden war.« (MEW 2, 85) Wie ein vom Standpunkt der »Idee« praktisch gewendetes Echo hierauf heißt es bei Preuß: »Doch kann die Moral in der Regel ohnehin nur als Parasit des Interesses überleben.« (91) Einer der »tragischen Konflikte«, denen »der Mensch nicht immer ausweichen« kann (89), ist dann das

Inkaufnehmen unermesslichen menschlichen Leids, überlagert durch das Inkaufnehmen der imperialistischen Funktionalisierung der Menschenrechte. »Oder hätte die Tatsache, dass die Amerikaner gar nicht an der Befreiung des afghanischen Volkes, sondern an den Ölleitungen interessiert sind, ein Grund sein sollen, die Afghanen dem Terrorregime der Taliban zu überlassen?« (91) Die Einsicht, »dass die Elenden und Unterdrückten dieses Planeten« nicht »durch die Selbstlosigkeit und den Edelmut der Wohlhabenden errettet werden«, wird zum Plädoyer für einen »durch strategische Interessen kontaminierten Humanitarismus« (92). Dieser muss hinnehmen, dass die Menschenrechte womöglich nur als »Dekor« dienen (77). Das ist »eine der vielen tragischen Paradoxien, die die Welt der Politik nun einmal gebiert« (80).

Die Einsicht, dass der ethisch-juristische Normativismus der Menschenrechte sich neoimperialer Machtpolitik zum Missbrauch anbietet, hat hier den Doppelsinn, dass er sich dieser förmlich *dazu anbietet*, in der Hoffnung, das humanitäre Ideal auf dem Rücken seiner interessenpolitischen Verneinung in die Wirklichkeit tragen zu lassen. Aber Preuß, der hilfswise auf eine hegelschen »List der Vernunft« zu bauen scheint (82), könnte so am Ende dazu beigetragen haben, aus Liebe zum Menschenrecht die völkerrechtlichen Sicherungen gegen den Krieg herauszuschrauben. In der Tat rechtfertigte sich ja der Irakkrieg mit Hinweis auf die »Bombardierung Jugoslawiens durch die Nato – die den Sicherheitsrat nicht fragte, da allgemein angenommen wurde, dass Russland und wohl auch China ihr Veto einlegen würden« (Glennon 2003), sowie auf den Afghanistan-Feldzug der USA, also unter Berufung auf zwei Kriege, die Preuß (wie Habermas) ausdrücklich rechtfertigt. Preuß scheint diese Berufung dadurch vereiteln zu wollen, dass er den Kriegscharakter zumindest des letzten jener beiden Feldzüge bestreitet: »Es waren überhaupt keine militärischen Maßnahmen gegen Afghanistan, sondern in Afghanistan« (72). Die von Mary Kaldor beschriebenen »neuen Kriege« (vgl. die Rez. von Helmut Bock in *Argument* 250, 228-33) begreift Preuß als eine »Erscheinungsform« der »zerfallenen Staaten«, wie er den von Madeleine Albright geprägten Ausdruck »failed states« übersetzt (42). Den Krieg gegen sie, die in einer globalisierten Welt eine global relevante Gefahr darstellen, definiert er als eigentlichen Nicht-Krieg. Hier zeichnet sich die Konzeption eines ›humanitären Imperialismus‹ ab, wie er im 19. Jh. selbst von Antonio Labriola vertreten worden ist (vgl. Gramscis Kritik in den *Gefängnisheften*, H. 8, 200). Jene zerfallenen Staaten sind ja im Sinne geordneter internationaler Beziehungen »verantwortungsunfähig« (71). »Wenn man schon den ›Einwand der Unzurechnungsfähigkeit‹ des Afghanistan der Taliban erhebt, dann müsste man zumindest bereit sein zu akzeptieren, dass dieser Staat wie ein Mündel behandelt wird.« (Ebd.) Er wird unter »internationale Vormundschaft« gestellt (73), kurz, zum »Protektorat« (16) gemacht. Einzig unter »erwachsenen« Staaten« geht Souveränität vor Humanität (84; zur Ideologiekritik dieser Kategorien vgl. Haug 1993, 126f). Daher stehe nicht etwa die Militarisierung der Außenpolitik ins Haus, sondern eher die Entmilitarisierung des Militärs, indem dieses mit »nation building in feindlicher Umwelt« betraut werde (90). Die Wirklichkeit des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan, die dort in einer einzelnen Stadt wie in einer Falle sitzt, dürfte diese Aussichten inzwischen ernüchert haben.

Welche Rolle spielen nun bei alledem die USA? Sie sind der »einzig verbliebene Hegemon unserer heutigen Weltordnung« (65), »Welthege­mon« (66), der unter der Bush-Administration geneigt ist, »die Rolle als Hegemon bedenkenlos auszuspielen, alle Rücksichten auf die anderen Akteure der internationalen Beziehungen hintanzustellen und v.a. in größter Weise das zarte Pflänzchen des Regelwerks und der Institutionenordnung der UN niederzutram­peln« – so füllt Preuß den Begriff »Unilateralismus« (74). Wie es der rotgrünen Politik im Nachhall des 11. September 2001 entsprach, bemüht sich Preuß, den Zorn darüber, kaum dass er sich in Worten Luft gemacht hat, zu ersticken: Statt, sagt er an die Adresse der Europäer,

willens oder fähig zu sein, sich selbst in eine eigenständige Kraft der internationalen Politik zu verwandeln und dafür auch schwere materielle Opfer zu bringen [...], einer Hegemonialmacht vorzuwerfen, dass sie sich hegemonial benehme, ist so [...], als würde man einem Mops vor, dass er sich keinen Wurstvorrat anlege (74).

Dieser ›failed joke‹ wirkt wie ein Symptom, dass dem Verf., dessen Text sonst eine an Selbstgerechtigkeit grenzende Souveränität ausstrahlt, dabei unwohl ist. Von Hegemonie und Zivilgesellschaft redend, ignoriert er die in dieser Hinsicht maßgeblichen Analysen Gramscis und folgt der politischen Alltagssprache. Sonst käme er darauf, dass die USA dabei sind, einem militärisch begründeten Hegemonismus die politische Hegemonie zu opfern. Auch könnte er dann nicht sagen: »Im 21. Jahrhundert sollten wir das Prinzip Ordnung durch Hegemonie eigentlich überwunden und an seine Stelle eine Ordnung durch Recht gesetzt haben.« (138) Die Geltung des Rechts wäre ja gerade eine Dimension einer Welthege­monie im gramscianischen Sinn des Begriffs, der diesen nicht einfach mit Vor- oder Übermacht gleichsetzt. Preuß repräsentiert diejenigen, die sich mit ihrer Zustimmung von den USA führen lassen wollen, dabei aber von diesen, die auf ihre Übermacht pochen und Führung durch Domination ersetzen, verprellt werden. Er bedient sich eines umwegigen historischen Rekurses, um diese Anomie zu versöhnen: Wie in der Frühzeit des modernen Staates eine öffentliche Aufgabe wie die des Steuereintreibers an Privatunternehmer verpachtet worden ist, so in der unfertigen Ordnung der Weltgemeinschaft gleichsam das Amt des Weltpolizisten an die USA (77). Und wie man dem Ochsen, der da drischt, das Maul nicht verbinden soll, so soll man den USA nicht verübeln, dass sie gleichzeitig und sogar vor allem bei Ausübung dieses Amtes ihr eigenes Streben nach Machtressourcen verfolgen. »Warum sollte sich ein Staat«, tönt es dazu aus den USA, »der seine Macht ausbauen will – und das heißt nur: seine Fähigkeit verbessern, das zu bekommen, was er will –, an Grenzen halten, die er auch umgehen könnte?« (Glennon 2003)

»Verständnis« für die USA unterbaut Preuß mit der Vorstellung einer nationalen »Seele« (134). Die der USA hat durch den 11.9. eine schwere »narzisstische Kränkung« (74) erfahren. »Eine Nation ist gedemütigt worden.« (64) »Sühne« dafür zu verlangen, »ist geradezu ein kategorisches sittliches Gebot« (64). Einfüh­lend versucht Preuß, dieses Sühneverlangen zu zivilisieren im Wissen darum, »dass Hegemonialmächte besonders viele und besonders schwere politische Fehler zu begehen pflegen, einfach deswegen, weil sie aufgrund ihrer überlegenen Macht weniger [...] darauf angewiesen sind, Fehler zu vermeiden« (65).

Mit Verständnis begegnet Preuß schließlich der Welt des Islam, deren Geschichte er in großen Zügen rekapituliert wie zuvor die des im Unterschied zum Islam auf der Trennung von Staat und Kirche begründeten modernen westlichen Staates. Wie Habermas in seiner Friedenspreisrede vom Oktober 2002 »die Spannung zwischen säkularer Gesellschaft und Religion« als Triebkraft hinter den Anschlägen vom 11. September vermutete (vgl. dazu Arg. 242/2001, 436f), so Preuß in der durch Aufklärung verschütteten »Möglichkeit der Begegnung mit dem Heiligen« (144). Es ist, als sollte dafür die Begegnung mit dem »Bösen« entschädigen. Denn wie der US-Präsident macht Preuß das Böse zum metaphysischen Prinzip (93ff), auch wenn er anders als dieser theologisch begründet, warum der Versuch, es mit Feuer und Schwert auszurotten, nicht nur zum Scheitern verurteilt, sondern selber des Teufels ist (59). Der »Ansturm der apokalyptischen Reiter des Bin Laden« (99) vom 11.9. aber atmet »Schwefelgeruch« (17), »teuflische Niedertracht« (98) und »teuflische Verschlagenheit« (64). So importiert Preuß die Theologie des Teuflischen in seine Lagebeschreibung. Politisch-theologisch auf den Islam hinargumentierend entwickelt er schließlich den immanent blasphemischen Charakter des »selbstaufopfernden Massenmörders« (100), insofern dieser als »strategischer Selbstmordattentäter« (Elwert, zit. 54) handelt, also seinen Tod als Mittel einsetzt, um ins Paradies zu gelangen.

Wer begreifen will, was etwa einen Jürgen Habermas oder einen Erhard Eppler bewegt hat, sich 1999 für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien auszusprechen, aber auch, was sie drei Jahre später motivierte, sich gegen die Invasion des Irak zu wenden, der sollte dieses Buch lesen. Dass dessen bemühtes Sich-Festklammern an der fast verzweifelt bejahten westlichen Führungsmacht von der Entwicklung fürs Erste überholt wurde, lässt illusionäre Charaktere hervortreten. Illusionär ist es gerade in seinem vermeintlichen Realismus. Dessen Realitätsverlust bahnt sich darin an, dass er die Augen vor der kapitalistischen Grundlage der Globalisierung verschließt und vor lauter Hoffnung aufs (in der Tat wichtige) Recht über die weltweit wachsende Bewegung für eine »Globalisierung von unten« hinwegsieht. Ohne deren Nachdruck werden die Ideale von Preuß auf ihrem Weg ins Wirkliche auf der Strecke bleiben.

II.

Preuß und sein Verleger Klaus Wagenbach haben gut daran getan, angesichts der militärischen und politischen Ereignisse, die dem Buch davonliefen, unverzüglich eine um ein Nachwort zum Irakkrieg erweiterte Taschenbuchausgabe folgen zu lassen.⁴ »Krieg auf Verdacht oder ein imperialer Gründungskrieg«, lautet die Überschrift des Zusatzes. Historisch weit ausholend, mit der Niederbrennung der öffentlichen Gebäude in Washington (einschließlich Kapitol und Weißes Haus) durch englische Truppen im Jahre 1814 beginnend, führt Preuß als Traditionsdeterminante

4 Preuß, Ulrich K., *Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel bewaffneter Gewalt*, um ein Nachwort erweiterte Taschenbuchausgabe, Wagenbach, Berlin 2003 (238 S., kart., 11,90 €).

der US-Politik deren Weigerung ein, »ihre Sicherheitsinteressen in die Hände eines Bündnisses zu legen« (212). Dass es Interessen gibt, die zur Quelle von Unsicherheit für die Welt und rückwirkend für die USA geworden sind, bleibt ausgeblendet. Das Drama der Spaltung des Westens erscheint als Zusammenstoß zweier »Sicherheitskonzepte«, eines absoluten, einsam umzusetzenden, mit einem relativen, in Bündnissen anzustrebenden (214). Der spaltende Gegensatz besteht folglich in der Alternative »Krieg nach den Kriterien der USA oder Krieg nach der Legalität der UNO« (215). Der Krieg als Einsatz militärischer Gewalt gegen Staaten steht dabei nicht in Frage. Dennoch sieht Preuß »einen guten Grund«, bei UN-gedeckten kriegerischen Akten »die Semantik des Krieges« zu vermeiden (ebd.). »Gute Gründe« billigt er auch der Annahme zu, der Irak habe am Vorabend des Angriffskrieges vom Frühjahr 2003 Massenvernichtungswaffen gehortet (217). Gerechtfertigt war daher zwar noch nicht der militärische Einmarsch, wohl aber der Aufmarsch, die sogenannte »Drohkulisse«, der die Rückkehr der UN-Waffenkontrolleure in den Irak und die Kooperation der irakischen Regierung zu verdanken waren. Moralisch verwerflich ist für Preuß die »strikte Ablehnung militärischer Gewalt gegen den Irak« durch die Bundesregierung (218, vgl. 220) – gemeint ist die Ablehnung einer deutschen Kriegsbeteiligung. Man darf wohl ergänzen: Hätten die Inspektoren Massenvernichtungswaffen gefunden und hätte die irakische Regierung deren Zerstörung verweigert, dann hätte die deutsche Bundeswehr mit in einen Krieg ziehen müssen. Bis hierher reicht das Verständnis von Preuß für die US-Politik. Ein »Verdachtskrieg« aber ist für ihn »nicht zu rechtfertigen« (218f). Vom Richterstuhl der Moral aus wägt Preuß die »guten Gründe« gegeneinander ab. »Ein Krieg ohne Ansehen der Gründe, die gegen ihn sprechen, ist moralisch nicht zu begründen. Aber ein Frieden ohne Ansehen der Gründe, die gegen ihn sprechen, ist ebenfalls unmoralisch.« (221) Hinter beiden Positionen verbergen sich »Handlungsantriebe, die einer anderen Logik als der der weltpolizeilichen Gefahrenabwehr folgen« (222). Die Antwort auf die Frage, warum die USA nicht daran denken, »ihre überlegenen militärischen Fähigkeiten in den Dienst der Vereinten Nationen« zu stellen, kündigt Preuß zunächst als »ebenso einfach wie v.a. für die Europäer schmerzlich« an (ebd.). Doch die Frage geht in die andere über, »ob Amerika auf dem Weg zu einem Empire sei – zu einer nationenübergreifenden, weltumspannenden universalen Oberherrschaft«, womit das Rätsel der alle Rechts- und Bündnisrücksichten preisgebenden Kriegsentschlossenheit der USA gegenüber dem Irak nun doch »eine plausible Lösung« erfahre (224). Der Irakkrieg ist demnach als »imperialer Gründungskrieg« zu begreifen. Während Preuß bei der Idee der »alles durchdringenden kontrollierenden Macht eines hegemonial-absolutistischen Herrschers« (227) keinen unhaltbaren Widerspruch sieht, realisiert er hier nun doch, dass »ein Imperium von Verbündeten ein Ding der Unmöglichkeit ist« (224). Der Weltzustand, zu dessen gewaltsamer Herbeiführung er die USA entschlossen sieht, ist die »Ordnung eines höchst merkwürdigen und singulären Imperiums«: es »verknüpft die universellen Ideen der Menschenrechte und der Demokratie mit sehr partikularen religiösen Vorstellungen von der Auserwähltheit der amerikanischen Nation und ihrer historischen Mission, der Welt die

Demokratie zu schenken«. (225) Damit tritt eine absolute Antinomie auf: »Nach den Gesetzen des Imperiums ist die Erzwingung eines Regimewechsels durch Krieg eine vollkommen legitime Option. Nach der Satzung der UNO ist sie kategorisch ausgeschlossen.« (Ebd.) Doch angesichts dieser Antinomie rekurriert Preuß nicht mehr auf die Kategorie des Tragischen. Er meint, jene Imperialpolitik folge der Einsicht von Hobbes: »Bevor das Recht gilt, muss die Ordnung geschaffen werden, die dem Recht Geltung verschafft.« (226) Doch bei Hobbes verläuft die Geschichte umgekehrt: Da auch der Stärkste in Gestalt einer Koalition von Schwächeren noch immer seinen Totengräber findet, kann einzig ein allseitiger Abtretungsvertrag des Rechts auf Gewaltanwendung, also ein selber bereits rechtsförmiger Akt, eine Ordnung stiften, die allen, die diese Ordnung nicht antasten, das Überleben gestattet. Das aber wäre der totale Weltstaat, der alles politische Recht eingezogen hätte. Preuß, dessen Überlegungen die Ebene der Ideen und Prinzipien nie verlassen, endet mit der vagen Hoffnung auf Selbstzähmung des amerikanischen Imperiums, das »keineswegs auf Macht und Zwangsgewalt« zu verzichten hätte, diese jedoch »zu einem Instrument des Rechts« machen würde (227). Die Erwartung, die einmal den Menschenrechtskrieg legitimieren sollte, jenes Recht werde dabei im Huckepack auf dem Unrecht ins Ziel einziehen, ist einer Resignation gewichen, die in der Sache sich jenem CDU-Positionspapier von Wolfgang Schäuble annähert, das Christian Geyer auf die Formel der »Entrechtlichung durch Verrechtlichung des Rechtsbruchs« gebracht hat.

Literatur

Altwater, Elmar, u. Birgit Mahnkopf, *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster 2002

Geyer, Christian, »Treuerzig. Wolfgang Schäuble schminkt der CDU das Völkerrecht ab«, in: *FAZ*, 30.4.2003, 37

Glennon, Michael J., »Der Traum«, in: *FAZ*, 25.6.2003, 7

Haug, Wolfgang Fritz, *Elemente einer Theorie des Ideologischen*, Hamburg 1993

ders., *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg 2003 (im *Argument* erschienen als Vorfassungen u.a.: »Weltkrieg gegen den Terror«, *Arg.* 244, 2002, 13-33; »Herrschaft ohne Hegemonie?«, *Arg.* 249, 2003, 11-20; und »Hegemonialer Universalismus? Versuch, die Spaltung des Westens mit Gramscis Hegemoniebegriff zu denken«, *Arg.* 250, 2003, 179-98)

Kaldor, Mary, »Irak: una guerra sin igual«, in: *El País*, 2.4.03, 12; davor auf engl. in: www.openDemocracy.net

Steinberger, Petra, »Gefahr im Verzug. Die neokonservativen Think Tanks und der Ursprung der Bush-Doktrin«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1.3.03, 15

Subirats, Joan, »Irak y los dilemas de patriotismo«, in: *El País*, 1.4.03, 12

Todd, Emmanuel, »Amerikas Macht wird gebrochen«, Spiegel-Gespräch, 17.3.03, 128ff

Ulrich K. Preuß

Das Recht muss den Verhältnissen folgen

Manchmal reicht es aus, einen Autor ausführlich zu zitieren, um ihn gründlich zu diskreditieren. Möglicherweise hatte Wolf Fritz Haug das im Sinn, als er, selbst nur knapp bis lakonisch kommentierend, meine »Theorie des Menschenrechtskrieges« ausführlich zu Wort kommen ließ. Wahrscheinlich kann er ja darauf vertrauen, dass die Leser des Argument keine ausführlichen Widerlegungen benötigen, da Kriegsrechtfertigungen welcher Art auch immer sich jedenfalls in der heutigen Welt moralisch wie kognitiv selbst erledigen. Daher vorab die Richtigstellung, dass es in dem Buch natürlich nicht um die Legitimation des Krieges als Mittel missionarischer Menschenrechtsverbreitung oder des Regimewechsels geht. Krieg wird dort unmissverständlich als »Zivilisationsbruch« gekennzeichnet, dessen Prinzip der Kollektivhaftung eine rechtsmoralische Regression bedeute. »Auch wer (...) ein abscheuliches Regime mit Waffengewalt beseitigen will, verstrickt sich daher in den moralischen Widerspruch, dass er mit dem Krieg (...) notwendigerweise auch Unschuldige vernichtet und verletzt (...) Welche Moral könnte rechtfertigen, dass viele Unschuldige sterben müssen, damit wenige Schuldige entmachtet und bestraft werden?« (Preuß 2003, 219f) Allerdings handelt das Buch durchaus davon, dass es unter bestimmten Voraussetzungen sowohl moralisch als auch rechtlich zulässig sein kann, bewaffnete Gewalt in den internationalen Beziehungen einzusetzen, vulgo: Krieg zu führen. Für Pazifisten ist das natürlich unakzeptabel, doch die meisten Menschen sind aus guten Gründen nicht pazifistisch, ohne doch deswegen leichtfertig den Krieg als ein jederzeit zulässiges Mittel der Konfliktbewältigung zu akzeptieren. Im Gegenteil, sie tun sich damit wegen des in dem obigen Zitat angedeuteten moralischen Dilemmas meist ziemlich schwer, und deswegen ist es für die Moralphilosophie wie für die Rechtswissenschaft notwendig, für die hier stattfindenden moralischen, politischen und rechtlichen Diskurse das Feld der möglichen und zulässigen Argumente zu beackern. Als philosophischer Laie habe ich mich in dem Buch auf die rechtliche Dimension konzentriert, obwohl natürlich Grenzüberschreitungen in Philosophie, Theologie und Geschichtswissenschaft unvermeidlich sind.

Nun könnte ein genauerer Blick auf die völkerrechtliche Diskussion über die Rechtfertigung der bewaffneten humanitären Intervention sowohl Wolfgang Fritz Haug als auch seinen Gewährsmann (FAZ-Redakteur) Christian Geyer sehr schnell darüber belehren, dass es dazu keine einheitliche Rechtsauffassung unter den Völkerrechtlern gibt. »Entrechtlichung durch Verrechtlichung des Rechtsbruchs« (567) ist flott formuliert und könnte sogar ein Zitat aus meinen eigenen kritischen Auseinandersetzungen mit der bundesrepublikanischen Wirklichkeit der 1960er und 70er Jahre sein. Doch so einfach ist es dieses Mal nicht. Es gibt von international angesehenen Juristen sowohl für als auch gegen die rechtliche Zulässigkeit der bewaffneten humanitären Intervention jeweils beachtenswerte Argumente. Einer dieser Völkerrechtler, Antonio Cassese, erster Präsident des Internationalen Strafgerichtshofs für Jugoslawien, wählte für seine völkerrechtliche Abhandlung über die ethischen und juristischen Verwickeltheiten der bewaffneten humanitären Intervention bezeichnenderweise

eine paradoxe Überschrift: »Ex iniuria ius oritur...«¹. Das ist nur einer der unzähligen Belege dafür, dass es zum Verständnis der Welt des Politischen häufig eines ausgeprägten Sinnes für das Paradoxe bedarf – als Marxist würde man wohl sagen: eines Verständnisses für die innere Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Auch die Moral ist keine widerspruchsfreie Fibel für das richtige Leben, sondern bestenfalls eine Anleitung zum Umgang mit Lebenssituationen, in denen manchmal tragische choices getroffen werden müssen². Haugs ironischer Hinweis auf meine mehrfache Evokation des »Tragischen« wäre vielleicht weniger ironisch ausgefallen, wenn er sich klar gemacht hätte, dass das Tragische in der moralischen Sphäre das ist, wofür wir in der sozialen Welt das Konzept des Widerspruchs verwenden.

Damit bin ich auch schon bei dem Kern des Dissenses zwischen uns. Das wirkliche Skandalon des Buches – zumindest für viele Argument-Leser und für manch einen meiner linken Freunde – liegt wohl in der Tatsache, dass der Anschlag des 11. September und dessen weltpolitische Folgen als ein moralisches Ereignis betrachtet und analysiert werden. Haug moniert, daß ich »die Ebene der Ideen und Prinzipien nie verlasse[n]« (567), »vom Richterstuhl der Moral« (566) argumentiere und in einem »Idealismus der Linken« (562) befangen sei, statt jene Kategorie in das Zentrum der Analyse zu stellen, die für die (marxistische) Linke – hier übrigens in Übereinstimmung mit Liberalen und Neo-Liberalen – der Schlüssel zum Weltverständnis ist: das Interesse. Beifällig zitiert er Marx' Diktum über die Überlegenheit des Interesses über die Ideen, verweist auf die kapitalistische Grundlage der Globalisierung und erinnert an die Interessen als Quelle der weltweiten Unsicherheit. Es ist schon richtig, das Buch ist, wie ein anderer Rezensent es ausdrückte, so etwas wie eine »moralische Erzählung«, aber doch dabei nicht so naiv, dass sie die vom ökonomischen und politischen Interesse getriebenen Kräfte nicht wahrnehme. Haug zitiert ja selbst einige einschlägige Formulierungen. Nur, was besagt der Hinweis auf die kapitalistische Grundlage der Globalisierung, wenn doch die ganze Welt inzwischen kapitalistisch funktioniert und daher mit dieser im wahrsten Sinne des Wortes globalen Feststellung keinerlei spezifische Unterschiede mehr bezeichnet werden? Man muss dann nicht nur, wie das ja auch schon weithin geschieht, von verschiedenen Kapitalismen sprechen, sondern auch von der Vielfalt der Faktoren der weltweiten sozialen Transformationen, wie sie z.B. Held u.a. (2000) sehr differenziert analysiert haben. Auch rechtliche und rechtsmoralische Transformationen gehören in diese Globalisierungsprozesse. Die Tendenzen zur Umwandlung des »westfälischen Systems« gleicher souveräner Staaten in eine globale »internationale Gemeinschaft« implizieren ja nicht nur Verschiebungen überkommener Macht- und Herrschaftsbeziehungen, sondern bringen neue normative Kategorien von Pflichten, Rechten und Solidaritäten hervor, die für einen neuen Typus von Herrschaft charakteristisch sind und diesen auch prägen. Mit anderen Worten, ein Herrschaftsverhältnis ist immer zugleich ein sozialer – sozio-ökonomischer und soziokultureller – und ein moralischer Tatbestand, und infolgedessen begreifen wir Herrschaft und ihre Transformationen erst, wenn wir ihre moralische und rechtliche Semantik verstanden haben.

1 Der vollständige Titel lautet: »Ex iniuria ius oritur: Is International Legitimation of Forcible Humanitarian Countermeasures Taking Shape in the World Community?«, in: *European Journal of International Law* 23, 1999, 25ff, vgl. auch <http://www.ejil.org/journal/Vol10/No1/com.html>.

2 So der berühmte Titel eines Buches des amerikanischen Juristen (und Richters) Guido Calabresi.

Es geht also nicht darum, wie Haug befürchtet, »aus Liebe zum Menschenrecht die völkerrechtlichen Sicherungen gegen Krieg herauszuschrauben« (563) – vielmehr gilt es zu begreifen, dass diese Sicherungen ihre im Jahre 1945 gelegten Grundlagen seit dem Beginn der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts verloren haben und wir in einer radikal veränderten Welt nach neuen Fundamenten einer internationalen Rechtsordnung suchen müssen. Daher scheint mir manchmal die von vielen Linken mit moralischer Empörung erhobene und übrigens auch von Haug andeutungsweise in Erinnerung gerufene Anklage, dass sowohl der Kosovo- als auch der Afghanistan-Krieg »ohne UNO-Mandat« (561) geführt wurden, in ihrer Rechts-Gläubigkeit weit idealistischer und vom Verständnis der Ordnungsfunktion des Rechts entfernter als das linke Interessen-Paradigma eigentlich zulassen dürfte.

Der prekäre Frieden der Nachkriegsordnung wurde nicht durch die UNO und ihre Rechtsordnung, sondern durch die Doppelhegemonie der USA und der Sowjetunion gewahrt. Die geradezu rituelle Beschwörung des Rechts der UNO (übrigens auch durch den von Haug zitierten Habermas) ignoriert die grundlegend veränderten Realitäten der heutigen Weltverhältnisse. Nur einige Zahlen: Von den gegenwärtig 192 Mitgliedsstaaten der UNO haben fast die Hälfte, nämlich 87, weniger als fünf Millionen Einwohner, 58 haben weniger als 2,5 Millionen und 35 unter ihnen haben sogar weniger als eine halbe Million, d.h. sie sind kleiner als der Berliner Bezirk Neukölln. Über die Hälfte der Staaten der Welt hat weniger Einwohner als der amerikanische Bundesstaat Massachusetts (der bekanntlich keineswegs der größte US-Bundesstaat ist). Ich erspare es mir hier, die entsprechenden Zahlen über das jeweilige Bruttosozialprodukt und über die sonstigen – auch politischen und moralischen – Ressourcen aufzuzählen, die Relevantes darüber aussagen, wie die einzelnen Staaten die ihnen in der UNO-Satzung zugewiesene Rolle eines verantwortlichen Akteurs in der internationalen Gemeinschaft wahrnehmen können. Angesichts dieser Zahlen und in Anbetracht der mit dem pauschalen Begriff der Globalisierung verbundenen dramatischen Einbuße an verantwortungsfähiger Kontrolle des Staatsgebietes durch den größten Teil dieser Staaten am Konzept (und übrigens auch am naturrechtlich begründeten westfälischen Ideal) einer internationalen Gemeinschaft gleich souveräner Staaten festzuhalten, zeugt nicht gerade von übermäßigem sozialen und politischen Realitätssinn – das nenne ich einen hilflosen Völkerrechts-Normativismus. Dann erscheint es mir doch aussichtsreicher, über die rechtsmoralischen und rechtlichen Prinzipien der neuen Ordnung einer internationalen Zivilgesellschaft nachzudenken, in der die Macht nicht an die Stelle des Rechts tritt, in der aber auch das Recht sich nicht von den Realitäten der Macht so weit entfernt, daß es zur leeren Normativität degeneriert. Effektives Recht organisiert ein Verhältnis der Korrespondenz von Herrschaft und Haftung, und deswegen muß es auch »richtiges« Recht sein, d.h. nach universalistischen Prinzipien rechtfertigungsfähig. Und richtiges Recht verdient es auch, mit dem Schwert verteidigt zu werden, denn es schützt die Schwachen.

Literatur

Held, David, Anthony McGrew, David Goldblatt u. Jonathan Perraton, *Global Transformations. Politics, Economics and Culture*, Cambridge 2000

Jeff Halper

Für einen israelisch-palästinensischen Staat¹

Jeder äußert sich geringschätzig über die Road Map. Vom Außenministerium und anderen Mitgliedern der »Vierergruppe« über das Büro von Ariel Sharon bis hin zu internationalen Aktivisten und den kleinen Leuten auf den Straßen Palästinas und Israels wird man sich schwer tun, auch nur einen einzigen von der »Road Map« Überzeugten zu finden. Von Anfang an wurde sie als eine weitere fehlgeschlagene Initiative abgetan, die die Reihe derer von Mitchell und Tenet bis zur Initiative des UN-Abgesandten Gunnar Jarring in den späten 1960er Jahren nur verlängert. Aber ist sie das? Meiner Ansicht nach besitzt die Road Map eine Bedeutung, die selbst von ihren Anhängern nicht verstanden worden ist.

Wenn die Roadmap scheitert: Apartheid auf Dauer

Angesichts des seit drei Jahrzehnten andauernden Versuchs Israels, irreversible »Fakten vor Ort« zu schaffen, ist die Road Map der letzte Atemzug der Zwei-Staaten-Lösung. Das ist der entscheidende Punkt. Wie jeder sofort versteht, der auch nur ein paar Stunden in den besetzten Gebieten verbracht hat, ist Israel bereits in die letzte Phase der vollständigen und endgültigen Integration der Westbank in das eigentliche Israel und damit der Verwandlung einer vorübergehenden Besatzung in einen dauerhaften Apartheidzustand eingetreten. Sharons Verwirklichung von Jabotinskys² Doktrin der »Eisernen Mauer« – durch die Schaffung von derart massiven »Fakten vor Ort«, dass die Palästinenser alle Hoffnung auf einen eigenen lebensfähigen Staat aufgeben – hat ihre kritische Masse erreicht. Die israelischen Siedlungen sind so ausgedehnt, ihre Integration in das eigentliche Israel durch ein umfassendes System von Schnellstraßen und »Umgehungsstraßen« so vollständig, und die Trennungsmauer, die die Palästinenser physisch in winzige Kantone pfercht, so fortgeschritten, dass jede wirkliche Zwei-Staaten-Lösung unmöglich und lächerlich gemacht wurde. Angesichts der Unwilligkeit der internationalen Gemeinschaft, Israels Rückzug aus den besetzten Gebieten zu erzwingen, und insbesondere der Weigerung des Amerikanischen Kongresses, irgendeinen bedeutsamen Druck auf Israel auszuüben, können wir sagen, dass Israel kurz davor ist, der nächste Apartheidstaat dieser Welt zu werden. Nur die Road Map steht zwischen der palästinensischen Hoffnung auf Selbstbestimmung in ihrem eigenen, lebensfähigen und wirklich souveränen (wenn auch winzigen) Staat, und der faktischen Schaffung eines einzigen,

1 Vortrag bei der Internationalen Konferenz der Vereinten Nationen über die zivilgesellschaftliche Unterstützung des palästinensischen Volkes, New York, 5. September 2003

2 Jabotinsky gilt als der ideologische Begründer des rechtszionistischen Flügels.

von Israel kontrollierten Staates. Die Road Map ist weniger eine fehlgeschlagene Initiative neben anderen, als vielmehr ein Wendepunkt im israelisch-palästinensischen Konflikt. Ihr endgültiges Scheitern wird den Gesamtcharakter des Kampfes für eine gerechte und nachhaltige Lösung der palästinensischen Frage grundlegend verändern.

Als Dokument hat die Road Map eine Reihe von lobenswerten Bestandteilen. Es ist das erste von den Vereinigten Staaten gutgeheißene internationale Dokument, das ein »Ende der Besatzung« fordert. Es ist das erste, das den Ausdruck »Besatzung« verwendet und damit Israels langjährige Weigerung unterläuft, überhaupt von Besatzung zu sprechen. Es ist auch die erste Initiative, die sich die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates zum Ziel setzt, womit es weit über die vagen und ohne Zielvorgabe abgeschlossenen Osloer Verträge hinausgeht. Die bloße Verwendung des Wortes »lebensfähig« ließ Hoffnungen entstehen, dass die internationale Gemeinschaft endlich Israels Strategie begriffen hat, »Fakten vor Ort« zu schaffen, die jegliche Verhandlungen konterkarieren und einen echten palästinensischen Staat unmöglich machen. Es war von Vorteil, dass die Zeitvorgabe kurz und klar begrenzt war – die Schaffung eines unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staates, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel, bis zum Jahr 2005. Von Vorteil war auch, dass die Durchführung beiden Seiten obliegen und mehr durch die Vierergruppe als ausschließlich durch die Amerikaner überwacht werden sollte, ferner dass die Richtlinien UNO-Resolutionen einschlossen sowie Übereinkünfte, die kürzlich von den Parteien und der saudischen Initiative erreicht worden waren. Nach Inhalt und Struktur ist die Road Map ein gut konzipierter, auf Machbarkeit und womöglich Gerechtigkeit ausgerichteter Versuch, »eine endgültige und umfassende Klärung des israelisch-palästinensischen Konfliktes« zu erreichen.

Doch wie jeder von Anfang an wusste, fehlte der Wille zum Erfolg. Ein halbes Jahr nach ihrer Premiere scheint die Road Map am Ende zu sein. Russland und die UNO haben sich nie in vorderster Linie eingemischt, und Europa, wie es seine Gewohnheit ist, reichte alle Verantwortung an die Vereinigten Staaten weiter. Bush kündigte in Aqaba pflichtbewusst an, dass die Vereinigten Staaten wieder einmal die Rolle des einzigen Vermittlers übernehmen würden, und stimmte damit einem von Israels grundsätzlichen »Vorbehalten« zu. Während viel Mühe aufgewandt wurde, »Reformen« innerhalb der palästinensischen Autonomiebehörde sicherzustellen (darunter die undemokratische Einsetzung eines Premierministers ohne öffentliche Glaubwürdigkeit), und während ein nicht gerade ranghoher Beamter des Außenministeriums abgesandt wurde, um sich mit »Sicherheitsangelegenheiten« zu befassen, ging Israels Feldzug, um seinen Zugriff auf die Westbank, Ostjerusalem und Gaza zu festigen, ungehindert weiter. Da niemand sich der Illusion hingab, die Road Map könne ein anderes Ergebnis zeitigen, findet sich auch keine selbstgefällige »Ich hab's dir doch gesagt«-Haltung unter ihren Kritikern, noch irgendein wirkliches Gefühl von einer weiteren verpassten Gelegenheit. Stattdessen schluckt mans runter und demonstriert unerschütterliche Entschlossenheit, den Kampf gegen die Besatzung fortzuführen, ohne Rücksicht darauf, wie lange es dauert. Die Road

Map, die nur deshalb noch lebt, weil sie noch nicht für tot erklärt wurde, steht kurz davor, dem Papierkorb der Geschichte anvertraut zu werden: ein weiterer der zu vernachlässigenden Versuche, einen gerechten Frieden im Nahen Osten zustande zu bringen.

Die Bedeutung der Road Map beruht gleichermaßen auf der Wahl des Zeitpunktes wie auf ihrem Inhalt. Zeitlich zusammenfallend mit der Vollendung von Israels unumkehrbarer Einverleibung der Westbank, wird nur sofortiger internationaler Druck, die Besetzung wirklich zu beenden und Israel zum vollständigen Rückzug aus den 1967 eroberten Gebieten zu zwingen (mit unbedeutenden territorialen Angleichungen), die grundlegende Anforderung einer Zwei-Staaten-Lösung sichern: ein lebensfähiger und wirklich souveräner palästinensischer Staat. Wenn die Road Map scheitert – oder, was wahrscheinlicher ist, stagniert und niemals offiziell für »tot« erklärt wird – treten wir in einen Zustand faktischer Apartheid ein. Israel wird es erlaubt sein, seinen Integrationsprozess fortzusetzen, die Vereinigten Staaten werden in eine ausgedehnte Präsidentenwahlperiode eintreten, in der keinerlei Druck auf Israel ausgeübt werden wird, und ein weiterer Zeitraum von einem oder zwei Jahren wird verstreichen, bevor die nächste Initiative formuliert wird. Dann wird selbst mit der Illusion Schluss sein, dass ein palästinensischer Staat möglich werden könnte. Israel wird auf eigene Faust das Entstehen eines lebensfähigen palästinensischen Staates verhindert und stattdessen einen einzigen Staat geschaffen haben. Zwar erklärte Sharon seine Unterstützung der Zwei-Staaten-Lösung, indem er die Road Map unterschrieb, aber die große Gefahr, der die Palästinenser in jener unbestimmten Zeitspanne ausgesetzt sind, in der die Road Map weder lebendig noch für tot erklärt wird, besteht darin, dass Sharons Version eines palästinensischen Staates – ein verstümmeltes Bantustan ohne Kontrolle der Grenzen, ohne Bewegungsfreiheit, ohne ökonomische Lebensfähigkeit, ohne Zugang zu seinen Wasserressourcen, ohne gewichtige Präsenz in Jerusalem, ohne echte Souveränität, die Israel 90 % des Landes überlässt – von den Vereinigten Staaten als lebensfähiger palästinensischer Staat und als erfolgreiches Ergebnis der Road Map »verkauft« wird. Das ist Sharons Szenario. Als Verfechter einer gerechten Lösung des Konflikts müssen wir auf der Hut sein vor solch einer Möglichkeit und wirksame Strategien entwickeln, um sie zu verhindern.

Kampf um einen einzigen Staat

Das sich abzeichnende Scheitern der Road Map wird den Gesamtcharakter des Konfliktes grundlegend verändern. Der einzige palästinensische »Staat«, der unter Israels Kontrolle entstehen könnte, wäre ein Bantustan. Da dies keine akzeptable »Lösung« ist, bleibt nur eine Möglichkeit: Die Schaffung eines einzigen Staates in Palästina-Israel. Die nächste Phase des Kampfes um eine gerechte Lösung des Konfliktes kann nur in einer internationalen Kampagne für einen einzigen Staat bestehen. Da die palästinensischen und jüdischen Bevölkerungsgruppen stark durchmischt sind (eine Million Palästinenser leben in Israel, etwa 400 000 Juden in den besetzten Gebieten),

scheint ein binationaler Staat, in dem die zwei Völker in einer Art Föderation leben, nicht machbar. Die Dauerhaftigkeit von Israels Präsenz verlangt seine Integration in ein machbares politisches Arrangement, um es nicht zuletzt als Kontrollmacht zu neutralisieren. Angesichts dieser Tatsachen scheint die praktischste Lösung ein einziger demokratischer Staat zu sein, der für alle gleichberechtigte Staatsangehörigkeit bietet. Wenn das der Fall ist, wird unser Wahlanspruch in der Zeit nach der Road Map derjenige des südafrikanischen Kampfes gegen die Apartheid sein: One Person, One Vote.

Angesichts dieses unbestimmten Zwielfichts der Road Map befinden wir uns in einem Übergang von der Zwei-Staaten-Lösung, die unsere Energien auf die Beendigung der Besetzung richtet, zu einer Kampagne für einen einzigen Staat, die eingesteht, dass die Besetzung dauerhaft ist und deshalb ihre Kontrollaspekte durch die Schaffung eines gemeinsamen staatlichen Rahmens zu neutralisieren sucht. Keiner der Beteiligten ist bislang auf eine solche Veränderung vorbereitet – weder die Palästinenser, noch die internationale Gemeinschaft, noch die Friedens- und Menschenrechtsaktivisten, noch die jüdische Bevölkerung dieser Welt und am wenigsten die israelischen Juden. Vertreter der palästinensischen Autonomiebehörde meinten gar, dass das Thema im Moment kontraproduktiv sei, da es Forderungen ins Spiel bringt, die selbst für die liberalsten Befürworter des Friedens gegenwärtig unannehmbar sind. Solange die Road Map einen Hoffnungsschimmer bietet, ist jegliche Diskussion alternativer Szenarien fehl am Platze. Die Diskussion wird jedoch unvermeidlich kommen, falls der Road Map-Prozess scheitert und die nackte Realität von Israels dauerhafter Präsenz nicht mehr von der Hand zu weisen ist. Ungeachtet unserer Gefühle hinsichtlich eines einzigen Staates, ist es an der Zeit, dass wir uns konzeptionell und programmatisch auf diese Möglichkeit vorbereiten – und auf den Kampf, den eine Anti-Apartheid-Kampagne auslösen würde. Hierzu im Folgenden einige Überlegungen:

1. Grundsätzlich sollten wir bei unserer Kampagne für einen einzigen Staat betonen, dass Israel selbst, so wenig ihm das gefallen mag, mit seinen Siedlungen und auf Einverleibung zielenden Politiken dafür die Verantwortung trägt. Da ein palästinensisches Bantustan nicht akzeptabel ist, hat Israel selbst die Ein-Staaten-Lösung heraufbeschworen. Eine Zwei-Staaten-Lösung, die Israel intakt lässt, wurde sowohl von den Palästinensern wie auch von der Arabischen Liga vorgeschlagen. Sie ist ein grundlegender Bezugspunkt in der Road Map. Wie im Falle Südafrikas, wo die Apartheid von weißen südafrikanischen Regierungen errichtet worden ist, trifft allein Israel die Schuld, wenn es durch eigene Siedlungs- und Besatzungspolitik einen einzigen Staat geschaffen hat. Trotz wiederholter Warnungen aus dem kritischen Friedenslager haben mehrere israelische Regierungen, die Arbeiterpartei wie der Likud, das Land in diese ausweglose Situation gebracht. Die israelische Öffentlichkeit mag die Vision eines »Großisrael« nicht unterstützen (jüngere Umfragen berichten, dass 65 % der Israelis die »Abtrennung« von den besetzten Gebieten wünschen), aber ihre Unterstützung von Regierungen, die solche Politiken verfolgen, macht sie mit schuldig und letztlich verantwortlich. Wenn die Road Map scheitert, liegt das weitgehend an der Gleichgültigkeit der israelischen Öffentlichkeit

gegenüber einem Unterlaufen der Initiative durch die eigenen Führer. Sich dann zu beschweren, dass die Forderung nach einem demokratischen Staat im ganzen Land »anti-israelisch« und »anti-zionistisch« ist, ist schlicht unaufrichtig. Wenn der Kampf für zwei Staaten – und ich glaube, dass das sein muss – zu einem Kampf für einen demokratischen Staat wird, müssen wir in aller Klarheit deutlich machen, dass diese Entwicklung ausschließlich Israels Weigerung geschuldet ist, einen lebensfähigen palästinensischen Staat auf nur 22 % des Landes zu unterstützen. Vielleicht wird die Vergegenwärtigung dessen, wohin Israel geht, seine jüdische Öffentlichkeit dazu bringen, politische Programme, Parteien und Führer, die die Besatzung aufrechterhalten, zurückzuweisen. In diesem Fall könnte die Zwei-Staaten-Lösung erneut auf den Tisch kommen. Bis das jedoch geschieht, ist die Dringlichkeit einer Kampagne für einen einzigen Staat von Israel selbst diktiert worden.

2. Wir müssen das Hauptgewicht unserer Anstrengungen verschieben: Weg von der Beendigung der Besatzung (was, wie wir alle zugeben müssen, bei einem Scheitern der Road Map nie geschehen wird), hin zur Schaffung eines demokratischen Staates. Die Forderung »One Person, One Vote« sollte der gemeinsame Aufruf zur Mobilisierung einer internationalen Bewegung sein, die Umfang und Wirksamkeit der Kampagne gegen Südafrikas Apartheid erreichen muss. In der Tat wird die Schaffung eines einzigen Staates als gemeinsames Ziel das Organisieren sehr erleichtern. Währenddessen müssen wir natürlich fortfahren, die Besatzung und alle ihre Formen zu bekämpfen, einschließlich der fortdauernden Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Wir könnten uns auch für bestimmte Zwischenschritte einsetzen, etwa ein internationales Protektorat über die palästinensischen Gebiete, um Israels Einverleibungsversuche zu unterbinden und die Zivilbevölkerung zu schützen. Wir müssen uns jedoch auf das wahrscheinlichste Ergebnis vorbereiten: Eine Kampagne gegen Apartheid und für einen einzigen demokratischen Staat.

3. Wir sollten unsere Kampagne in der Sprache der Menschenrechte und internationalen Gesetze abfassen. Eine Kampagne für einen demokratischen Staat hat die Absicht, die Rechte aller Bewohner des Landes zu sichern; sie ist nicht gegen das israelische Volk gerichtet und trachtet in keiner Weise danach, die israelische Gesellschaft oder Kultur zu delegitimieren. Zur Unterstützung des Gedankens, dass die Sicherheit und das Wohlbefinden aller Völker in der Region nur durch eine politische Lösung garantiert wird, die die Menschenrechte eines jeden Volkes in Betracht zieht, und dass nationale Selbstbestimmung ihren Ausdruck in einer regionalen Nahost-Union finden muss, müssen wir den einzigen demokratischen Staat als ein Mittel darstellen, das gemeinsame und individuelle Rechte eher fördern wird als eine Bedrohung für sie darzustellen. Dass Besatzung und Apartheid grundlegende Herausforderungen für eine Welt darstellen, die durch Menschenrechte und Gesetze regiert wird, sollte eine zentrale Botschaft sein. Da der israelisch-palästinensische Konflikt ein Sinnbild für die arabische und muslimische Welt ist, wird sicherlich auch der Gedanke, dass das internationale System ohne Lösung dieses Problems (einschließlich einer Antwort auf den Terrorismus) keine Stabilität finden kann, dazu beihelfen, ein umfassendes Interesse an den Auswirkungen des Konfliktes zu wecken.

4. Wir sollten die jüdische Öffentlichkeit – die israelische wie die der Diaspora – dazu aufrufen, das im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika erlebte Leiden zu vermeiden und sich aktiv für eine gerechte, sichere und positive Lösung eines ansonsten unlösbaren Konfliktes zu engagieren. Im Zionismus ging es mehr als alles andere darum, dass Juden die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal übernehmen. Ein jüdischer Staat hat sich aber als politisch und letztlich als moralisch unhaltbar erwiesen. Es ist an der Zeit, die guten Seiten Israels zu retten – seine vibrierende nationale Kultur, Gesellschaft, Institutionen und Wirtschaft – und gleichzeitig zu verzichten auf das, was nicht gerettet werden kann: Auf exklusive »Besitzrechte« an einem Land, in dem die Juden bald die Minderheit sein werden.

5. Wir müssen eine internationale Bewegung schaffen, die derjenigen gegen die Apartheid ähnelt. Das wird schwierig sein; Israel hat weit größere Glaubwürdigkeit und Unterstützung als die Apartheid je hatte. Aber wir werden Wege finden, um die vielen NGOs und Aktivistengruppen in ein auf den demokratischen Staat ausgerichtetes Netzwerk einzubinden, und diese Gruppen dann in eine weltweite Bewegung umzuformen, die weit über unsere verschiedenen Gruppen und Netzwerke hinausgeht.

Der palästinensisch-israelische Einheitsstaat: Ängste und Chancen

Obwohl die Errichtung eines einzigen demokratischen Staates in Palästina lange das Programm der PLO war, ist es heute eine wahrhaft schmerzhaft Option für viele Palästinenser. Selbst wenn er eine palästinensische Mehrheit bekommt, wird ein einziger Staat eine starke israelisch-jüdische Gesellschaft, Kultur, Institutionen und Wirtschaft in sich aufnehmen müssen, die nicht lediglich verschwinden werden wie im Fall der Europäer in Südafrika. Abgesehen davon, einen Staat mit anderen teilen zu müssen und so keine vollständige Selbstbestimmung zu erlangen, fürchten einige Palästinenser, zu einer subordinierten Unterklasse in ihrem eigenen Land zu werden. Daher zögern viele Palästinenser, trotz ernster Zweifel, die Road Map aufzugeben oder das Ende der Zwei-Staaten-Lösung in Erwägung zu ziehen.

Auch für die Israelis ist die Möglichkeit eines einzigen Staates schmerzhaft. Da ein jüdisch-israelischer Staat bereits existiert, ist seine Umwandlung in einen einzigen Staat, der eine palästinensische Mehrheit einschließt, in der Tat weit bedrohlicher für sie. Es bedeutet das Ende des Zionismus, das Ende eines jüdischen Staates als solchem. Aber die israelische Öffentlichkeit hat es sich selbst zuzuschreiben. Trotz wiederholter Warnungen ermächtigte sie mehrere Regierungen, sie in eine so bedrängte Situation zu bringen. Die Zwei-Staaten-Lösung, die seit 1967 von allen israelischen Regierungen ins Auge gefasst wird – ein in Kantone aufgeteilter palästinensischer Ministaat, mit Jordanien assoziiert oder nicht – ist einfach nicht akzeptabel, weder für Palästinenser, noch für die internationale Gemeinschaft.

Als Israeli muss ich sagen, dass ich die Aussicht auf einen einzigen Staat, der unsere zwei Völker umfasst, eher als Herausforderung und weniger als Bedrohung empfinde. Auch ohne die Besatzung ist die Vorstellung eines jüdischen Staates demographisch unmöglich, und Israel steht vor grundlegenden Veränderungen.

Die meisten Juden – ungefähr 75 % – sind nie nach Israel gekommen. Wo immer sie die Wahl hatten, zogen es die meisten Juden vor, anderswohin auszuwandern. Die jüdische Mehrheit steht bei 72 % und nimmt ab verglichen mit der wachsenden palästinensisch-israelischen Bevölkerung, dem Zustrom von ungefähr 400 000 nicht-jüdischen Immigranten aus der früheren Sowjetunion und einer Emigration großen Ausmaßes. (Es wird geschätzt, dass bis zu einer halben Million israelischer Juden dauerhaft im Ausland leben). Einen »jüdischen« Staat auf so schmaler Grundlage beizubehalten, wird in wachsendem Maße unhaltbar. Die Maßnahmen, die Israel ergreifen muss, um seinen »jüdischen Charakter« sicherzustellen, werden zunehmend repressiver. Nach dem Gesetz ist es »Nicht-Juden« verboten, staatliche Ländereien zu kaufen, zu mieten, zu pachten, oder darauf zu leben (75 % des Landes). Die palästinensischen Staatsbürger Israels, beinahe 20 % der Bevölkerung, sind auf 2 % des Landes beschränkt. Vor einigen Wochen erließ die Knesset ein Gesetz, das die palästinensischen Bürger Israels daran hindert, ihre Ehepartner aus den besetzten Gebieten nach Israel zu holen. Ein allen seinen Bürgern gehörendes Israel – ein demokratischer Staat Israel/Palästina – wird uns von der Sorge um die »demographische Bombe« befreien und uns zu einer produktiven Integration in die weitere Region verhelfen. Diese »Heimkehr« war letztlich ein Hauptziel des Zionismus, wie auch die Erschaffung einer israelischen Kultur und Gesellschaft, die aber nur unter Bedingungen einer regionalen Entwicklung gedeihen werden. Das saudische Angebot regionaler Integration weist darauf hin, dass das tatsächlich möglich ist.

Wie kulturelle Zionisten wie Ahad Ha-am, Martin Buber und Judah Magnes angeführt haben, erfordert jüdische nationale Identität keinen eigenen Staat, sondern nur einen kulturellen Raum, in dem sie sich entwickeln und gedeihen kann. Trotz all seiner Unzulänglichkeiten hat der israelische Staat diesen kulturellen Raum bereitgestellt. Die Lebendigkeit der israelischen Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ist nicht länger abhängig von einer staatlichen Struktur, einer Art politischen »Gewächshaus«. »Israelisch-Sein« hat ein Reifestadium erreicht, das nicht länger den Schutz eines Staates braucht, wird vielmehr durch einen solchen behindert, da die Konflikte, die der Staat erzeugt, eine gesunde soziale und kulturelle Entwicklung verhindern. Eine wirkliche »Heimkehr«, bei der israelische »Einheimische« sich zusammen mit ihren Nachbarn einem friedlichen und blühendem Nahen Osten verpflichten, markiert, wenn man so will, den eigentlichen Triumph des Zionismus (»Triumph«, der den Namen verdient, nicht über jemand anderen).

Dennoch müssen zwei hauptsächliche Vorbehalte von Juden gegenüber einem einzigen Staat zur Kenntnis genommen werden: Zunächst die Problematik der Selbstbestimmung. Für nationalistische Juden war das Thema der kulturellen Entwicklung der stark empfundenen Notwendigkeit untergeordnet, ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und angesichts der jüdischen Verfolgungsgeschichte niemals wieder von Anderen abhängig zu sein. Da die große Mehrheit der Juden es vorgezogen hat, sich im Ausland und nicht in Israel niederzulassen (darunter nicht wenige israelische Juden), scheint diese Frage entschieden zu sein. Sie ist doppelt entschieden angesichts der Tatsache, dass die jüdische Mehrheit in Israel im Schwinden begriffen

ist und dass exklusive Kontrolle nicht mit Demokratie in Einklang gebracht werden kann. Wie auch immer, die inneren Widersprüche zwischen Kontrolle über das eigene Schicksal und dem Leben als Minderheit mitten unter Anderen werden zu groß, um sie miteinander zu vereinbaren. Wir von der israelischen Friedensbewegung würden sagen, dass die Juden am besten in einer nicht auf Ausschluss beruhenden Weltordnung geschützt sind, die auf der Stärkung der Menschenrechte und dem internationalen Recht gründet. Der andere Einspruch gegen einen einzigen Staat dreht sich um die Frage des Asyls. Wo Juden in Zeiten der Not Zuflucht finden können, ist eine Frage, die angesichts der jüdischen Erfahrung (einschließlich der jüngeren Erfahrungen der äthiopischen Juden), dringend beantwortet werden muss. Wenn die Vision eines einzigen Staates auf dem Glauben gründet, dass israelische Juden und Palästinenser in Frieden und gegenseitigem Respekt zusammen leben können, dann könnte man sich dieser Angelegenheit in einem Paragraphen der neuen Staatsverfassung annehmen, welcher klarstellt, dass Juden wie Palästinenser das Rückkehrrecht in dieses Land besitzen, und dass Mitglieder beider Völker, die Asyl brauchen, automatisch akzeptiert werden. Ein solches Gesetz bedeutete einen großen Schritt in die Richtung, jeden von den guten Absichten des jeweils Anderen zu überzeugen.

Auch den Palästinensern darf die Aussicht auf einen einzigen Staat nicht als Zugeständnis an die Idee von Selbstbestimmung in einem eigenen Staat erscheinen. Ein einziger Staat würde den Palästinensern freien Zugang zum ganzen Land geben und würde das Problem der Rückkehr der Flüchtlinge vollständig lösen. Da die Palästinenser zwischen Jordan und Mittelmeer innerhalb eines Jahrzehnts die Mehrheit sein werden, werden sie ein beachtliches Maß an Selbstbestimmung ausüben und in hohem Maße im Land den Ton angeben. Die Frage des palästinensischen nationalen Ausdrucks bleibt indes offen. Seit 1948 ist der Charakter des palästinensischen Volkes tiefgreifend verändert worden: von einem Volk, das auf seinem Heimatland lebt, zu einer Nation in der Diaspora, die aus Flüchtlingen besteht, den »im eigenen Land Vertriebenen«, und zu denjenigen, die ein neues Leben im Ausland begonnen haben. Die vitale palästinensische Diaspora wird sicherlich eine Schlüsselrolle spielen in der Entwicklung des palästinensischen Sektors als auch des Staates im Ganzen und wird ein Gegengewicht zur inneren israelischen Hegemonie bilden.

Auch wenn das Scheitern der Road Map das Ende von zwei Nationalismen markiert, bietet die Aussicht auf einen einzigen demokratischen Staat Integration, Sicherheit, Entwicklung und einen Lebensstil, der der modernen Welt weit förderlicher ist als enge sektiererische Staaten. Wenn die Road Map scheitert und damit auch die Zwei-Staaten-Lösung, ist zu hoffen, dass Israel die Nutzlosigkeit einsehen wird, den Weg von Herrschaft und Apartheid weiterzuverfolgen, und aktiv die Chance ergreifen wird, für sich selbst und seine Nachbarn einen friedlichen Nahen Osten zu schaffen, in dem israelische Juden und Palästinenser gemeinsam unter den führenden Kräften für Demokratisierung und Entwicklung sein werden.

Aus dem Englischen von Sonja Regler

Kritik israelischer Politik ist nicht = Antisemitismus

Zwei Repliken

I.

Lindner u.a. versuchen in »Antisemitismus und Terror – Gegen Labica« (*Argument* 251), die gegenwärtige Politik der israelischen Regierung »in gesellschaftskritischer Perspektive« zu rechtfertigen. Aber der Versuch, den israelisch-palästinensischen Konflikt allein mit dem marxistischen Begriffsapparat, wie die Autoren ihn verstehen, zu analysieren, muss fehlschlagen. Man sollte wissen, welche Fragestellungen man mit welchen Kategorien bearbeiten kann. Ich denke, um darüber zu urteilen, was Terrorismus ist und was nicht, braucht man rechtliche Kategorien. Solche Maßstäbe aber lassen die Autoren nicht gelten. Sie nehmen die leidenschaftslos distanzierte Vogelperspektive des marxistischen Analytikers ein. So kommen sie zu dem für mich absurden Schluss, dass die gezielte Liquidierung von Hamas-Anhängern durch das israelische Militär keinen terroristischen Akt darstelle, weil es sich um ein Phänomen von »systemischer Gewalt« handle, die ja nun einmal jeder bürgerliche Staat ausübe. Diese Ansicht teilen sie übrigens mit dem von ihnen kritisierten Labica (*Argument* 249, 44). Insofern sei der israelische Staatsterror eine normale Erscheinung. Als ob staatliches Handeln nicht rechtsstaatlichen Kriterien unterliegen müsste! Nach Lindner u.a. »definiert ein kritisch-materialistischer Begriff [verdächtige Subjektivierung!] den Terrorismus daher [– die Herleitung bleibt für mich unklar] als zielgerichtet ausgeübte Gewalt gegen Personen, die an einer Auseinandersetzung nicht direkt beteiligt sind« (359). Selbst und gerade nach dieser Definition müsste, wenn man rechtsstaatliche Kriterien anlegt, jeweils geprüft werden, ob palästinensische Führungspersonlichkeiten, die ins Visier der Sharon-Regierung geraten, »direkt« in Terrorakte verwickelt sind. Es kommt hinzu, dass die Liquidierten in der Regel keine Staatsbürger Israels sind. Also ließen sich die Morde höchstens als Kriegshandlungen legitimieren, nur dass es keine Kriegserklärung gibt. Außerdem wurden die Palästinenser nicht als Kombattanten angegriffen, sondern als Zivilpersonen in ihren Autos oder Häusern. Früher ließ man übrigens palästinensische Anführer verschwinden oder deportierte sie (Said 1981, 117).

Auch der historischen Analyse des politischen Islam kann ich nicht zustimmen. Kühn erscheint mir die uneingeschränkte Aussage: »Nicht »die imperialistischen Politiken« [Zitat aus Labicas Beitrag] seit den 50er Jahren haben den Islamismus hervorgebracht« (Lindner u.a., 363). Dabei müssen die Autoren selber konzedieren, dass in den meisten arabischen Staaten wie auch unter den Palästinensern zunächst nationale, meist panarabische, jedenfalls säkulare Positionen bestimmend waren (365). Wenn man schon eine marxistische Analyse beansprucht, dann müsste das Konzept der Hegemonie einen davon abhalten, frühe keineswegs hegemoniale Tendenzen – die Autoren weisen auf die Gründung der Muslimbruderschaft in den

20er Jahren hin – unzulässig aufzuwerten. Die Folgen imperialistischer Interventionen und der Niederlagen sozialistisch, jedenfalls säkular orientierter Regierungen werden heruntergespielt. Die Übermacht des Westens und Israels, die sich nicht zuletzt der Jahrhunderte dauernden Ausbeutung der ›restlichen‹ Welt verdankt, wird nicht zur Kenntnis genommen, so dass zumindest der Subtext in bekannter Manier suggeriert, dass die arabischen Gesellschaften eben zu Fortschritten unfähig seien, was die Ideologieanfälligkeit verständlich mache. Dieses Bild entspricht dem westlichen Diskurs über die Araber, der nach Said (1981) auch den Zionismus geprägt hat. Als wollten sie das Stereotyp Realität werden lassen, aber vor allem aus strategischen Gründen, haben die Westmächte stets die rückwärts gewandten Ideologien gegen moderne Strömungen unterstützt – ein Muster, dem auch die zeitweise Förderung der Hamas durch Israel folgte.

Was den von Lindner u.a. konstatierten arabischen »Antisemitismus« betrifft, so ist die Frage, ob sie nicht ein europäisches Deutungsmuster verwenden. Anders als im christlichen Europa haben die Feindseligkeiten im Nahen Osten keine jahrhundertealten historischen Wurzeln. Lindner u.a. meinen selbst, dass Antisemitismus dort in der Vergangenheit höchstens »marginal« war (362). Rätselhaft ideologische Mechanismen sollen einen Wandel herbeigeführt haben. Plausibler ist, dass erst die Gründung des Staates Israel in den arabischen Staaten eine »Judenfrage« geschaffen hat (Krämer 2002, 375). In dem Diskurs über den politischen Islam – und so auch bei Lindner u.a. – wird übrigens ausgeblendet, dass es auch Varianten der jüdischen Orthodoxie gibt, die den islamistischen Strömungen an Irrationalität, Fanatismus und Militanz in nichts nachstehen. Belegt sind sogar religiös begründete Mordaufrufe (Said 1981, 103).

Lindner u.a. belehren die LeserInnen, es handle sich bei der israelischen Okkupation um kein Kolonialregime. In der Tat erfasst die Definition des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* die Realität hier nicht; denn es geht nicht um die Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften. Es handelt sich um ein Siedlerregime wie in Nordamerika mit der Verdrängung der ›Eingeborenen‹, deren ›Verschwinden‹ aktiv befördert, zugleich aber geleugnet wurde, weil ja das okkupierte Land als menschenleer, jedenfalls als nicht rationell genutzt fantasiert wurde. Daher vielleicht das Verständnis für die israelische Politik in den USA. Historischer Hintergrund in beiden Fällen ist zunächst der Export von Konflikten der Alten Welt. Was dort die Manifest Destiny als Legitimation und treibende Idee, ist hier die Idee von Erez Israel, die allen Aktionen eine religiöse Aura verleiht. Die evolutionistische Geschichtsauffassung, die auch die Verletzung von Menschenrechten in Kauf nimmt, kennzeichnet auch die Ausführungen von Lindner u.a. (vgl. 364f). Dass der israelischen Expansion »kein Masterplan« zugrunde liege, ist entweder Indiz für Unkenntnis der Literatur oder bewusste Geschichtsklitterung. Belegt ist vielmehr eine gezielte geostrategische Besiedlung der heute von Israel beherrschten Gebiete (vgl. Krämer 2002, Said 1981).

Zynisch wird es, wenn Lindner u.a. die »komplexe motivationale Grundlage« der Suizidattentate erläutern (366), die nach ihrer Darstellung aber so komplex nicht erscheint. Als erstes Motiv nennen sie die »Geldschenkungen«, die die Familien der

Attentäter erhalten – Selbstmorde also als familiäre Einkommensquelle und vielleicht sogar als Wirtschaftsfaktor? Diese schlitzohrigen Araber! Auch der Hinweis auf die »ideologische Subjektion« zusammen mit der »(kollektiven) Stilisierung der Attentäter als Märtyrern« hat eher stigmatisierenden Charakter, so gewiss die Autoren mit dem »Konzept der ideologischen Subjektion« der Sache nahe kommen. Stigmatisierend wird es dadurch, dass sie jeden Hinweis auf die Lage der Attentäter und der palästinensischen Bevölkerung vermeiden – Aussichtslosigkeit in sozialer und politischer Hinsicht, permanente Demütigungen, politische und militärische Ohnmacht. Der Rekurs auf das *Projekt Ideologietheorie* (PIT) hätte hier durchaus weiterhelfen können. Das dort entwickelte Erklärungsmodell für die Attraktivität von ideologischen Angeboten passt auf die Situation der Palästinenser in nicht zu überbietender Klarheit. Wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse Menschen zur Handlungsunfähigkeit verdammen – das ist selten so eindeutig der Fall wie dort –, dann müssen sie wohl eine imaginäre Handlungsfähigkeit entwickeln. Wer hat die Ausweglosigkeit verschuldet? Das ist die Frage.

Die Frage der Schuld ist in diesem sicherlich »überdeterminierten« Konflikt (Lindner u.a.) nicht leicht zu beantworten, jedenfalls nicht so leicht, wie es sich die Autoren machen. Entscheidend ist, wo man jeweils bei der Rekonstruktion der Konfliktgeschichte den Schnitt macht. Dass aber die Politik von Sharon die ständige Eskalation in Kauf nimmt, steht für mich außer Frage. Die Folgen – ständige Angst vor Anschlägen auf der einen, wirtschaftliche Verelendung auf der anderen Seite und Traumatisierungen beiderseits – lassen die Definition von Terrorismus als akademische Frage erscheinen.

Georg Auernheimer

II.

Eine der sichtbarsten Folgen des israelisch-palästinensischen Konflikts besteht darin, die besten Köpfe zu verwirren, denn er ist in Europa durch eine Geschichte überdeterminiert, die um so weniger vergessen ist, als sie immer noch schmerzt. Das ist in Frankreich der Fall, wo man oftmals eine Transposition des Nahost-Konflikts in einem durch die Präsenz zweier bedeutender Bevölkerungsteile bestimmten Kontext beklagt, nämlich der Mitbürger jüdischer Herkunft einerseits, die, hinter Israel und den USA, die drittgrößte »Gemeinde« auf der Welt bilden, und andererseits der Mitbürger arabisch-muslimischer Herkunft, welche die in Europa größte »Gemeinde« ausmachen. Die doppelte Fortdauer des petainistischen Antisemitismus und der Kollaboration mit Nazideutschland sowie des Algerienkriegs, von dem es nicht grundlos heißt, er sei noch nicht beendet, wirkt tiefgründig aufs kollektive Unbewusste. Das gilt auch für Deutschland, wo die Spuren der mit der Nazizeit verbundenen Schuld und zugleich die Angst vor neuen antisemitischen Äußerungen fortauern. Die Darstellungen der Schaffung, der Existenz und der Politik des Staates Israel sind stets davon berührt. So kommt es mitunter zu regelrechten Störungen, bei

denen die Emotionen über die Vernunft und die Ideologie über die kritische Hellsicht triumphieren. Betrachtungen aller Art, religiöser, politischer, ethnischer, geben Anlass zu Vermischungen, bei denen Vorurteil und Phantasie auch vor der Mobilisierung überlieferter Aversionen nicht zurückschrecken. Der Artikel *Gegen Labica* scheint mir leider aus diesem Holz geschnitzt. Dass er in einer Zeitschrift wie dem *Argument* Platz finden konnte, ist seinerseits ein Hinweis auf die moralischen Pressionen, die in unseren Ländern am Werk sind. Mir persönlich werden dabei Absichten unterstellt, die – es tut mir leid, das zu sagen – jede Diskussion, die den Namen verdient, unmöglich machen.

Kritik am Staat Israel, Antizionismus und Antisemitismus bilden wie selbstverständlich ein Gemisch, von dem ausgehend ein historischer, phänomenologischer, etymologischer, anthropologischer usw. Diskurs entwickelt wird, der schon durch seine Voraussetzung jeder Grundlage entbehrt. Die Argumentation wird dadurch nicht besser, dass sie »kritischer Materialismus« genannt wird. In Frankreich ist ein solches Vorgehen praktisch zum Gemeingut geworden, wurde es doch von den im hellen Licht der Medien stehenden Intellektuellen bis zum Überdruß wiedergekaut sowie von Institutionen wie dem CRIF¹, der Défense juive, dem Betar oder der UEJF², die sich zum Sprachrohr der israelischen Regierung machen und sich das Recht anmaßen, im Namen der Gesamtheit der »jüdischen Gemeinde« in Frankreich zu sprechen. So schreckte etwa die Erpressung mit dem Vorwurf des Antisemitismus, die den Mord an den Juden durch die Nazis (die ›Shoah‹) zugunsten bedingungsloser Unterstützung Sharons instrumentalisiert, nicht davor zurück, eine »rot-grün-braune« Allianz zu brandmarken, die ihr strafrechtliche Schritte eintrug³, und verfährt darüber hinaus recht großzügig, indem sie ihrer Liste noch weitere Antis anhängt – Antiamerikanismus und Antiglobalisierung. So kommt ganz schön was zusammen. Dieser allgemein bekannten rechtsgerichteten Strömung, die der Gleichung Araber / Muslim / Antisemit / Terrorist Kredit zu verschaffen sucht, treten diejenigen Juden entschieden entgegen, die jegliche Identifizierung mit solchen Thesen ablehnen. Das wird neuerdings durch die Petition mit dem Titel »Eine andere jüdische Stimme« bezeugt, die von Tausenden unterschrieben worden ist.⁴ Bekanntlich sind jene Juden, die man als vom Selbsthass besessen denunziert, auch in Israel zahlreich und verschaffen ihrer Stimme mutig Gehör zugunsten eines gerechten Friedens mit den Palästinensern. Was den »Antisemitismus« angeht, befinde ich mich also in bester Gesellschaft. Falls die Bezeichnung »Antisemit« ihren ehrenrührigen Charakter behalten soll, ist sie dank der Verirrungen seiner Verächter auf dem besten Wege lächerlich zu werden.

1 Conseil Représentatif des Institutions Juives de France, das Pendant zum Zentralrat der Jüdischen Gemeinden in Deutschland.

2 Union des Etudiants Juifs de France.

3 Die Klage, die von Lutte Ouvrière und der Ligue Communiste Révolutionnaire gegen solche Behauptungen Herrn Cukiermanns (Präsident des CRIF) eingereicht wurde, ist zugelassen worden.

4 Vgl. *Le Monde* vom 16.10.2003. Die Stellungnahme ist durchaus lehrreich.

Mit meinen ›antisemitischen‹ Genossen und Brüdern möchte ich nur noch daran erinnern, dass die elementarste Aufrichtigkeit heute dazu verpflichtet, folgendes in Betracht zu ziehen: Der israelisch-palästinensische Konflikt ist weder religiösen noch rassischen Ursprungs. Er ist politisch. Israel ist ein Staat wie andere auch. Es steht weder über dem Recht, noch ist es von der Rücksicht auf die internationalen Gesetze entbunden. Seine Politik ist eine Politik kolonialen Typs. Sie enteignet Bevölkerungen von ihrem Land und ihrer Habe, die darauf zumindest ein gleiches Recht haben wie seine Staatsangehörigen. Der Schutz, den sie von seiten der us-amerikanischen Supermacht genießt, ist völlig willkürlich. Die Ohnmacht, die von den anderen Mitgliedern der Vierergruppe angeführt wird, besonders von Europa, läuft auf eine komplizenhafte Unterwerfung hinaus. Das Kräfteungleichgewicht zwischen Israel und den Palästinensern ist total: Steine gegen die ›viertstärkste Armee der Welt‹. ›Terrorismus‹: der herrschende, derjenige des Staates, ist in keiner Weise mit dem beherrschten vergleichbar. Das extreme Leiden eines Volkes, das einer extremen Unterdrückung geschuldet ist, provoziert extreme Handlungen. Der gegenwärtige Mauerbau, der auf illegitime Weise mit »Sicherheit« gerechtfertigt wird, besiegelt faktisch die Ablehnung jeglichen palästinensischen Staates durch die israelische Regierung. Er bezeugt den zionistischen Willen, »Großisrael« zu verwirklichen. Die Palästinenser haben Anrecht auf einen Staat, der sich auf den Anteil am Territorium beschränkt, den sie akzeptiert haben (22 %, gemessen an den Grenzen von 1967). Die palästinensischen Flüchtlinge haben das Recht auf Rückkehr in ihr Land. Jerusalem muss die Hauptstadt beider Staaten sein.

Georges Labica

Aus dem Französischen von Peter Jehle

Literatur

Krämer, Gudrun, *Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel*, 2.A., München 2002

Labica, Georges, »Gewalt der Herrschenden, Gewalt der Beherrschten«, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., 2003, H. 1, 41-7

Said, Edward W., *Zionismus und palästinensische Selbstbestimmung*, Stuttgart 1981

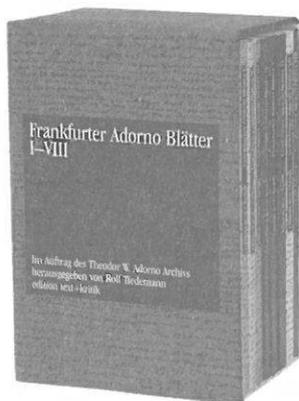
Theodor W. Adorno – 100. Geburtstag

Frankfurter Adorno Blätter Band I bis VIII

Im Auftrag des Theodor W. Adorno
Archivs
herausgegeben von Rolf Tiedemann

**Im Schubert zum Jubiläumspreis
von € 100,--/sfr 163,--**
(Summe der Einzelpreise:
€ 148,--/sfr 241,--)
ISBN 3-88377-752-8

»Hier kann man den Philosophen bei
der Arbeit beobachten ...«
(Berliner Zeitung).



Dialektische Studien

Im Auftrag des Theodor W. Adorno
Archivs herausgegeben von
Rolf Tiedemann

Christoph Gödde (Hg.)
**Theodor W. Adorno und
Alfred Sohn-Rethel
Briefwechsel 1936 – 1969**
1991, 174 Seiten

Claudia Kalász
**Hölderlin
Die poetische Kritik
instrumenteller Rationalität**
1988, 173 Seiten

Heinz Krüger
**Über den Aporismus als
philosophische Form**
1988, 138 Seiten

Elisabeth Lenk (Hg.)
**Theodor W. Adorno und
Elisabeth Lenk
Briefwechsel 1962 – 1969**
2001, 227 Seiten

Hermann Schweppenhäuser
**Kierkegaards Angriff auf die
Spekulation. Eine Verteidigung**
1993, 218 Seiten

Hermann Schweppenhäuser
**Studien über die Heideggersche
Sprachtheorie**
1988, 102 Seiten

Rolf Tiedemann
**Mystik und Aufklärung
Studien zur Philosophie
Walter Benjamins**
Mit einer Vorrede von Theodor W.
Adorno und sechs Corollarien
2002, 315 Seiten

Hella Tiedemann-Bartels
**Versuch über das artistische Gedicht
Baudelaire, Mallarmé, George**
1990, 153 Seiten

Renate Wieland
**Schein Kritik Utopie
Zu Goethe und Hegel**
1992, 263 Seiten

edition text + kritik

Postfach 8005 29 | 81605 München | Levelingstraße 6a | 81673 München
info@etk-muenchen.de | www.etk-muenchen.de

Tilman Reitz

Friedhof der Kuschteltiere

Die Neutralisierung Adornos in Feuilleton und Fachwissenschaft

Die Betriebsamkeit, die der hundertste Geburtstag Adornos in der Presse und der akademischen Welt Deutschlands freigesetzt hat, lässt darauf schließen, dass hier noch etwas zu erledigen war. Weder Nietzsche noch Goethe haben in ihren Jubiläumsjahren 1999 und 2000 eine vergleichbare Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Zu einer unabsehbaren Zahl akademischer Konferenzen kamen Schwerpunkte in wissenschaftlichen Zeitschriften, zahlreiche Brief- und Bildbände, drei umfangreiche Biographien und schließlich ein regelrechtes Festival von Feuilletonartikeln. Was zunächst als wiederbelebtes Interesse an einer großen theoretischen Kraft erscheinen könnte, enthüllt sich bei näherem Hinsehen jedoch einerseits als Ausbreiten immer neuer, größtenteils desavouierender Details aus Adornos Leben, während auf der anderen Seite die vielen mit seinem Werk befassten Worte nur hervorheben, wie wenig davon anschlussfähig geblieben ist. Was mit der Feier von Adornos Geburtstag symbolisch erledigt wurde, ist die Aktualität von Adornos Theorie. Das zeigt sich zum einen an seiner biographischen Trivialisierung, seiner Verkleinerung aufs Maß eines übersensiblen (wenngleich sehr kunstverständigen) Nörglers, in den großen deutschen Tageszeitungen, zum andern an seiner akademischen Neutralisierung, dem Bescheidwissen, dass er als Philosoph, Soziologe und politischer Denker überholt sei, wie es besonders plastisch bei einer Tagung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS) vom 25. bis 27. September 2003 zelebriert wurde. Die Tragweite der beiden Vorgänge tritt freilich erst vollständig zutage, wenn man realisiert, was alles an Adorno zeitgemäß sein könnte: mit ihm beseitigt die deutsche Öffentlichkeit eine prinzipielle Möglichkeit, sich dem Mitspielen im machtsstaatlich forcierten Wettbewerb zu verweigern.

1. Axel Honneth hat auf der Adorno-Konferenz einen Lagebericht geliefert, der dem eben vorgeschlagenen grob ähnelt: Einerseits sei Adorno über den Sommer zum öffentlichen Ereignis geworden, andererseits stehe seiner medialen »Erhebung zum kollektiven Über-Ich« die beinahe »vollständige Ignorierung seines wissenschaftlichen Ichs« gegenüber. Beides ist nicht ganz richtig bzw. aufrichtig. Nicht nur bestätigte die Tagung (inklusive Honneths eigenem Beitrag) im Kern die wissenschaftliche Ignoranz. Vor allem geht auch die Formel vom kollektiven Über-Ich entschieden am Kern der Pressetätigkeit vorbei. Zunächst musste Adorno für viele der Würdigungsauforen – man denke etwa an Alexander Kluge, Joachim Kaiser und Jürgen Habermas – durchaus nicht zur Autorität erhoben werden; kaum ein Intellektueller ihrer Generationen hat sich nicht irgendwann einmal an Adorno abgearbeitet. Statt einer

Erhebung hätte höchstens eine Rehabilitierung stattfinden können, mit der das im Autoritätskonflikt entstandene Bild des ewiggestrigen Bildungsbürgers, Moralisten und Technikfeindes Adorno zurechtgerückt worden wäre. Was tatsächlich in den Feuilletons stand, war jedoch etwas ganz anderes. Sachlich zurechtgerückt werden konnte ohnehin nichts, weil es, wie das auch Honneth anmerkte, vor allem um Biographisches ging. Die Einblicke, die man dabei gewann, hatten dann aber auch eher mit dem Es als dem Über-Ich zu tun. Wer in diesem Sommer gelegentlich etwas über Adorno las, konnte nur schwer die folgenden Erkenntnisse umgehen:

- Adorno kam nicht nur im selben Jahr zur Welt wie der Teddybär, sondern wurde auch von seinen Freunden zumeist ›Teddie‹ genannt; Grund genug, diese Vertraulichkeit in den postumen Würdigungen zur Regel zu machen.
- Adorno hat seiner Frau, seinen Eltern, Max Horkheimer und sich selbst ulkige Tiernamen gegeben.
- Adorno hatte eine Reihe von Affären, und seine Frau wusste sogar davon. Mit Horkheimer tauschte er Pariser Bordelladressen aus.
- Adorno freute sich gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zeitweilig an der Vorstellung, dass nun im NS-Staat »das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot« waren; Grund genug, sich nicht länger von seinen moralischen Ansprüchen verunsichern zu lassen.

Manche dieser Details kamen eher beiläufig und ohne übergreifende Intention ans Licht der Öffentlichkeit, etwa wenn Adornos Briefwechsel mit seinen Eltern besprochen wurde und die Rezensenten dann, »wider Willen [...] zum Voyeur mutiert« (Thomas Macho, *FR* vom 27.8. 2003), einfach nicht anders konnten, als die prekärsten Stellen wörtlich einem breiteren Publikum mitzuteilen. Konzentrierte Demontageversuche wie Johannes Saltzwedels gehässiger Artikel »Narziss und Nilpferdkönig« (*Der Spiegel*, 18.8.2003) oder Lorenz Jägers Serie biographischer Enthüllungen in der *FAZ* blieben die Ausnahme. Dennoch hatte die Mischung aus Infantilem, Niedrigem oder auch schlicht Belanglosem, die nun hochgespült wurde, insgesamt den Effekt, Adorno jeder Tauglichkeit zum Über-Ich zu entkleiden – und eben dieser Effekt kam den elaborierteren Strategien zu seiner Erledigung entgegen.

Man kann vermutlich drei solcher Strategien unterscheiden. Zum ersten die grundlegende, die Reduktion des Werks aufs Leben; zum zweiten die eigenwillige, eine ganz andere Intention freizulegen, die erst im Rekurs auf seine besondere Individualität hervortritt; schließlich die klassische, ihn als Kunstverständigen zu feiern, um ihn als Gesellschaftstheoretiker zu verabschieden. Keine davon ist besonders neu; alle beziehen jedoch aus der aktuellen Biographisierung Adornos frische Impulse.

Für den ersten Typus mag hier ein Beispiel genügen. Joachim Kaiser (*SZ*, 11.9.) löst nahezu alles im Empfangungsleben und den Ausdrucksqualitäten Adornos auf. Die Versuche, die faschistische Wende des Bürgertums und die stalinistische des Sozialismus zu begreifen, bucht Kaiser als »Enttäuschung« über diese Entwicklungen ab, Adornos Ausführungen zur Kulturindustrie sind seine »subtile Rache an den Zivilisations-Auswüchsen der neuen Welt«, gegen den Jazz hat er sich »hasserfüllt fürchterliche Torheiten geleistet«, und seine weniger törichte Kunsttheorie beruht

gleichfalls auf besonderen Gefühlsintensitäten: »Er konnte nämlich mitempfinden, Blutspuren entdecken, Glücksmomente erfahren, wie seit Nietzsche – seinem eigentlichen Ahnherrn – niemand.« Daher auch die »eminent meinungsbildende, weitreichende Wirkung dieses gewiss sehr fleißigen Denkers und Autors«; sie ist all jenen »kaum nachvollziehbar«, die »ihn selbst in seiner Zeit wie in seinem Umfeld kaum oder gar nicht erlebt haben«. Man muss dabei gewesen sein beim Ereignis Adorno, denn schon Goethe wusste, dass alles, »was originell ist«, »immer auch die Gebrechen des Individuums an sich trägt«. Ein Fortwirken von Einsichten jenseits der individuellen Originalität und Fehlbarkeit ist derart undenkbar gemacht. Das treibt eine bekannte Distanzierungsform auf eine neue Spitze: Hatte man seit Habermas immer wieder erklärt, die Kritische Theorie sei nur aus den Erfahrungen von Krieg, Faschismus und Stalinismus zu erklären, daher aber inzwischen obsolet, streicht Kaiser nun auch diese historischen Bezugsgrößen heraus und lässt nur noch eine Art imaginären Duzkontakt zum Menschen hinter der Theorie zu: »Man konnte und man kann sich [...] am giftigen Teddie ärgern. Das aber bedeutet wahrlich auch: er lebt noch.« Was von den giftigen Zeiten, in denen er gelebt hat, fortbesteht, tritt dagegen stark in den Schatten.

Eine originelle Variante der Reduktion aufs Persönliche hat die *taz* entdeckt, deren Autoren zumeist statt der kontingenten Person Adornos die eigene an die Stelle der Argumente treten ließen. Diesem Muster ist unlängst auch Habermas in seinen – lesenswerten – Erinnerungen ans IfS der 50er und 60er Jahre gefolgt (*Die Zeit*, 4.9.2003). Um zu erläutern, dass der »Frankfurter Diskurs« bei aller Lebendigkeit auch etwas »Altmodisches« hatte, führt Habermas »befremdliche Lücken« an: »Was für mich die philosophischen »Zeitgenossen« waren, also die großen Autoren der 20er und 30er Jahre wie Scheler, Heidegger, Jaspers, Gehlen, aber auch Cassirer, selbst Plessner [...] – sie alle kamen in Seminar und Vorlesung nicht vor. [...] Die hermeneutische Tradition von Humboldt bis Dilthey war als idealistisch abgestempelt.« Dass dieses Lückenbewusstsein von eben den »verschwommenen kulturkonservativen Begrifflichkeiten [aus der] Bonner Studienzeit« hergerührt haben mag, derer sich Habermas kurz zuvor noch selbst bezichtigt, kommt nicht in den Blick. Dabei läge doch eigentlich der Gegengedanke nahe, wie viel Altmodisches und Schlimmeres Adorno und Horkheimer durch die Aussparung von Dilthey, Scheler, Jaspers, Gehlen u.ä. *vermieden* haben. Doch wo das Zusammentreffen bedeutender Menschen im Mittelpunkt steht, reduziert sich Modernität auf einen »Geist der Avantgarde«, den der eine »bis in die Fingerspitzen hinein ausdrückte«, und einen Kanon großer Autoren, der dem anderen irgendwie evident ist.

Die Willkür der Deutungsakte steigert sich beim zweiten Typ der Adornobewältigung, der Entdeckung verborgener Grundintentionen. Ein gutes Beispiel gibt wiederum Kaiser: »was bedeutet Adornos Grundüberzeugung von der Total-Unwahrheit unserer Welt?« Nicht etwa nur Entsetzen über die vollendete Fremdbestimmung und den organisierten Massenmord, sondern »Elementareres: Finsteren glaubensfernen Messianismus«. Kaiser bedient das beliebte Schema, die tiefsten Überzeugungen seien letztlich doch immer religiös; bei Adorno dann bevorzugt: jüdisch. Zu finden

ist es etwa auch bei Lorenz Jäger: »Wenn Adorno [...] das Radio als dämonische Parodie der ›Allgegenwart des göttlichen Geistes‹ denunziert« und einige weitere religiöse Metaphern verwendet, »dann kann nicht mehr die Kulturindustrie allein gemeint sein. Es ist das goldene Kalb, und mehr noch der Antichrist, als der sich der Kapitalismus entpuppt.« (*Adorno. Eine politische Biographie*, München 2003, 176, siehe die Rezension im vorliegenden Heft) Die Wirkung solcher Verschiebungen ist offenkundig: Sobald Kapitalismus und Staatsmacht als Oberflächenphänomene abgetan oder als Titel für religiöse Überzeugungen enthüllt sind, wird ihre für Adorno zentrale mörderische Dynamik zweitrangig.

Neben dieses Schema sind andere, eigenwilligere Unterstellungen getreten. Zuweilen dienen sie wohl hauptsächlich dem Profilierungsbedürfnis der Autoren, so etwa, wenn Marcus von Schmude den Mystiker und Ulf Poschardt den Mode-enthusiasten Adorno entdecken (*FR* vom 5.9., *taz* vom 11.9.2003). Zuweilen geht es jedoch auch um mehr, nämlich um politisch-theoretische Zugehörigkeiten. So will Thomas Assheuer Adorno nun als den ›wahren Konservativen‹ porträtieren (*Die Zeit*, 4.9.2003). Das schließt unter anderem ein, seine Kritik der Naturbeherrschung als Vorform von Habermas' konservativem Standpunkt in der Bioethik zu reklamieren, bezieht sich aber vor allem auf Adornos Verhältnis zur Tradition. »So unverständlich es klingt: Was er fürchtete wie kaum etwas sonst, das war die Neutralisierung von Überlieferungen, in denen die ersten und letzten Fragen des Menschen verhandelt werden« – »Einsamkeit und Schuld, Krankheit und Tod«. Dass Adorno es ablehnte, überhaupt ›erste und letzte Fragen des Menschen‹ zu identifizieren, und dass er zudem gerade ihren angeführten existenzialistischen Kanon als Produkt einer alle Überlieferung sprengenden Situation begriff, die das Menschsein auf preisgegebene Verletzbarkeit reduziert, weicht der Evidenz der Einfühlung. Was immer Adorno geschrieben haben mag; ausschlaggebend ist, was er ›fürchtete‹. Auch diese exponentielle Ausweitung der Deutungsfreiheit lässt sich freilich noch überbieten. Während Assheuer immerhin mit konkreten Gegenbelegen rechnen muss (und sich daher gezwungen sieht, die eigene Deutung als potenziell ›unverständlich‹ zu kennzeichnen), kann völlig frei daherparlieren, wer auf Inhalte überhaupt verzichtet. Niemanden ist das besser gelungen als Frank Schirrmacher. Seine Hauptthese, Adorno habe »Gesellschaft und Kultur« interpretiert »wie ein Dirigent die Partitur« (*FAZ* vom 11.9.), hält sich derart fern von allen diskutierbaren Positionen, dass Einwände von vornherein unmöglich sind. Zwar hat Adorno natürlich im genauen Gegensatz zu Schirrmachers Unterstellungen darauf bestanden, in seinen Texten begrifflich artikulierte Philosophie und *nicht* sinnlich organisierte Kunst zu bieten, doch wer darauf hinweist, kann dann eben kurzerhand bei den »Adepten« eingeordnet werden, die »ungern hören«, wie ihr Meister eigentlich wirkt: »Er ist Roman, er ist Musik.« Oder eben »Maestro« wie der dafür von ihm gehasste Toscanini, was auch immer, wenn nur der Sound stimmt. Die Durchführung des variablen Leitmotivs kann dann wahlweise unheimliche Aspekte des großen Dirigenten betonen – die »Suggestivität« Adornos wird auf einer Ebene mit den »Verführungskünsten« von Goebbels und Riefenstahl abgehandelt – oder ihn als Mitstreiter in (kultur-)politischen Kämpfen

vereinnahmen: »Gerade das schwindende deutsche Bildungsbürgertum hätte in ihm [...] den stärksten Bundesgenossen. Gerade die Linke hat sich ja seinerzeit von Adornos Bildungswelt in völligem Unverständnis, ja sogar in offener Feindschaft getrennt.« Sie war taub für den verschwebenden Klang, als den man ihn nun vernimmt.

Adorno als Künstler, als Kunstverständiger und nun auch als Kunstwerk: dies dürfte die erfolgsträchtigste Möglichkeit einer erledigenden Deutung sein. Wie der Terrainwechsel ins Theologische hat sie eine gewisse Tradition, doch ihre Konsequenzen sind radikaler; Detlev Claussen schreibt rückblickend von der »Methode«, Adorno »als Künstler zu verehren, um ihn gleichzeitig als Wissenschaftler unmöglich zu machen« (*Adorno. Ein letztes Genie*, Frankfurt/M 2003, 14). Beheimatet ist sie in der *FAZ*, doch hat sie sich inzwischen beinahe so weit ausgebreitet wie der Unwille, sich länger mit Adornos politischen, sozialtheoretischen und philosophischen Intentionen abzugeben. In der Tat laufen im Ästhetischen viele seiner Lebensspuren und Präferenzen zusammen: Er wollte wirklich einmal Komponist werden, er hat bereits in seiner Auseinandersetzung mit Schönberg das Modell zwiespältiger Rationalisierung entwickelt, das dann die *Dialektik der Aufklärung* bestimmt, er sah in der avancierten Kunst allen Ernstes das verbleibende Refugium von Widerstand, und die Bedeutung, die er seiner ästhetischen Erfahrung wie auch der ästhetischen Durchgestaltung seiner Texte zumaß, heben ihn fraglos von den Philosophen und Soziologen seiner Zeit ab. Nur handelte es sich hier eben um Ansätze und Strategien, die erst in Verbindung mit Philosophie und Soziologie oder vielmehr mit deren Kritik überhaupt bedeutsam wurden. Eben diese Verbindung wird nun zerstört. Übrig bleibt damit zunächst das Rühbild eines Feinsinnigen, der mit zarten Mitteln Frieden in die harte Welt trägt: »Als Adorno eines Abends Gäste hat, kommt es zu einem Streit, der auch mit Marx- und Engelszungen nicht zu lösen ist. Adorno [...] steht auf, setzt sich ans Klavier und – spielt.« (Assheuer) Nicht einmal die Kunsttheorie selbst bleibt jedoch intakt. Wie sie sich lobend aushebeln lässt, macht der Festartikel Jürgen Kaubes deutlich. Nachdem er nicht ganz verkehrt darauf hingewiesen hat, dass Adornos »Aktualität« an der allgemeinen Frage »nach dem Gewicht ästhetischer Befunde für außerästhetische Urteile« haftet, braucht er nur einige schlechte Beispiele (»Sport ist sowenig ein Abbild der Industriegesellschaft, wie es Strawinsky ist«), um das fragliche Gewicht einfach zu leugnen und als das Eigentliche wiederum etwas ganz anderes herauszuheben: »Die Kunst und insbesondere die Musik als genuinen Gegenstand des Denkens aufzufassen, als etwas, das zum Begreifen auffordert, gerade weil es nach dem Maß der Begriffe rückständig und mehr für den Genuss als für den Gedanken gemacht wirkt, dieser Imperativ überdauert alle soziologischen Fehlkonstruktionen, die an ihn geknüpft wurden.« (*FAZ*, 6.9.2003) Als hätte nicht bereits Schelling die Kunst derart aufgefasst, überdies, ohne es mit soziologischen Fehlkonstruktionen auch nur zu versuchen – und als gäbe es bei Adorno ein Begreifen jenseits der Entschlüsselung sozialer Gehalte. Vollständiger kann man seine ästhetische Haltung eigentlich nur noch abhaken, wenn man sie zusätzlich, als wolle man Schirmmacher bestätigen, auf ihre Distanz zum Populären

festlegt: »Ängstlicher und zugleich glücklicher Solitär, der er war, hätten ihn die Festmassen unserer Tage vermutlich an vorzivilisatorische Meuten erinnert, wo ihm doch schon die »grölende Gefolgschaft des Elvis Presley« ein Rückfall in die Barbarei dünkte.« (Jan Engelmann, *taz* vom 26.8.2003)

2. Die Beiträge der Adorno-Konferenz bestätigten diese Ergebnisse gleichsam von der anderen Seite. Wo das Feuilleton wissenschaftlich irrelevante Facetten der Person Adorno ins Rampenlicht stellte, bemühte man sich hier mit sachlichem Ernst, die Bedeutungslosigkeit seiner theoretischen Positionen unter Beweis zu stellen. Auch dabei lassen sich drei verschiedene Strategien unterscheiden, die jedoch, dem wissenschaftlichen Rahmen gemäß – gleich nach den Grußworten der offiziellen Repräsentanten hatte Honneth erklärt, man werde nun vom *politischen* zum *wissenschaftlichen* Teil der Veranstaltung übergehen –, systematisch aufeinander folgten: Zunächst suchte man sich gewöhnlich eine Grundfrage der Philosophie oder der Sozialtheorie heraus, zu der auch ein Beitrag Adornos vorlag. Dann wurde er mit dem konfrontiert, was die Klassiker des Fachs (zumeist Kant und Max Weber) zu dieser Frage gesagt hatten. Schließlich gab es, je nach Ergebnis, verschiedene Bewertungsvarianten: Entweder man führte anerkennend aus, dass Adorno im Grunde die Position der Klassiker teilte, oder man zeigte, weshalb er sich im Irrtum befand – woraufhin dann die mutigeren Referenten noch ihre eigene Lösung des Problems hinzufügen konnten.

Die rigidesten fachwissenschaftlichen Grenzen zogen dabei die Philosophen. In den beiden ersten Vorträgen aus ihrem Kreis, denen von Habermas und von Robert Pippin, war die Autorität des Klassikers bereits in der Fassung des Problems präsent: Gefragt wurde nach Adornos Stellungnahme zum Verhältnis von Freiheit und Naturnotwendigkeit, wie es einmal Kant bestimmt hatte. Habermas ging dabei von Adornos *Vorlesungen zur Moralphilosophie* aus, in denen es jedoch bei näherem Hinsehen noch gar nicht um »anspruchsvolle«, ethische Freiheit ging, wandte sich darauf seiner Konzeption naturhaft verfestigter Sozialverhältnisse zu, in der jedoch die Grundfrage, ob der Mensch an sich frei ist, bereits der nach konkreten Chancen von Emanzipation gewichen ist, und konnte so schließlich feststellen, dass Adorno zur Lösung des Freiheit-Determinismus-Problems nichts beizutragen hat. Grund genug, nun stattdessen zu Habermas' eigener Auseinandersetzung mit Biotechnik und Neurophysik überzugehen, mit der sich das Problem als unüberbrückbarer Konflikt zwischen einem objektivierenden Sprachspiel (der Naturwissenschaften) und einem zwischenmenschlich anspruchsvollen (der Diskursethik) auflöste: die »Unverfügbarkeit des Alter Ego« ist die »Grenze der Objektivierung«. Die Zuhörer konnten so erleichtert feststellen, dass die ersten und letzten Fragen des Menschen auch ohne Adorno zu beantworten sind – und dass soziale Befreiungskämpfe allenfalls nach dieser Beantwortung, in habermasscher Begrifflichkeit: für einen »Willen zweiter Ordnung« in Betracht kommen. – Pippin ging bescheidener vor. Er ließ sich die Fragestellung von Adorno selbst vorgeben und bezog die Antwort von Hegel. Zur Debatte stand, ob und inwiefern sich in Kants Dualismus von Freiheit und

Notwendigkeit soziale Konflikte niederschlagen. Pippin referierte zunächst zustimmend Adornos Vermutung, dass hier bürgerliche Naturwissenschaft und bürgerliche Privatmoral kollidierten, hatte dann jedoch schwerste Bedenken gegen seinen Versuch, dies mit einer Kritik des ›identifizierenden Denkens‹ zu verknüpfen. Daher sah er sich schließlich doch gezwungen, die Partei des Kritisierten zu ergreifen: Kant habe selbst sehr gut gesehen, wie Freiheit und Notwendigkeit im Sozialen zusammenstoßen – nämlich in der Kollision autonomen, von eigenen Gründen geleiteten Handelns mit den Zwängen, die sich aus dem blinden Kampf um Anerkennung ergeben. Quelle dieser Problemsicht sei Rousseaus Hinweis auf die »Rolle des vergleichenden Werts« gewesen, also auf die Fremdbestimmung durch die Anderen, denen man gefallen will; einer Lösung wurde es dann mit Hegels Annahme zugeführt, dass man in vernünftigen Institutionen bei sich selbst bleiben kann. Wie nun diese Prinzipien noch Aufschluss über konkrete gesellschaftliche Konflikte geben sollten, blieb unerörtert. Wichtiger schien der Aufweis, dass Adorno den klassischen Philosophen auch als Sozialtheoretiker unterlegen ist.

Explizit wurde seine Gesellschaftstheorie zum Schluss der Veranstaltung verhandelt, nunmehr unter der Oberaufsicht Max Webers. Axel Honneth ging hier konstruktiver vor als die Eingangsreferenten. Nachdem er zunächst die Mängel aufgeführt hatte, die Adornos Theorie disqualifizierten – ein Sensorium für die »Eigengesetzlichkeit sozialer Sphären« fehle ihr ebenso wie ein Sinn für die »Innovationsdynamik von Werten« und die »Widerständigkeit von Subkulturen« –, kam er auf Berührungspunkte mit Weber zu sprechen, die sie dann doch teilweise zu retten erlaubten. Erklären könne man mit Adorno zwar nichts, aber immerhin etwas verstehen bzw. deuten, nämlich das Verhältnis von kapitalistischer Kultur und menschlicher Vernunft, das Adorno in einem »idealtypisierenden Verfahren« herausarbeite. Kern des vermuteten Idealtyps ist eine »Verformung der menschlichen Vernunft«; der »ursprüngliche Impuls liebevoller Zuwendung« im mimetischen Weltverhältnis weicht im Zuge kapitalistischer Rationalisierung immer mehr dem instrumentellen Zugriff. Allein um diesen Vorgang gehe es in Adornos Analysen; stets wolle er »zeigen, inwiefern es sich um einen Fall der sozialen Deformation von Vernunft handelt«. Inhaltlich ist diese Interpretation nicht neu. Sie wiederholt Horkheimers und Habermas' Reduktion Kritischer Theorie auf eine Kritik instrumentellen Denkens und lässt allenfalls die Fehler dieser Lesart deutlicher heraustreten, etwa denjenigen, eine ursprünglich unverstümmelte Vernunft anzunehmen – während Adorno doch immer betont hatte, dass ursprüngliche Verhältnisse im Allgemeinen und Mimesis im Besonderen durch Zwang und Furcht geprägt sind. Die Pointe liegt vielmehr in der methodischen Parallelisierung Adornos mit Weber; die »Idee einer kapitalistischen Kultur«, die diesem vorschwebte, habe jener ausformuliert. Das beißt sich zwar entschieden mit Adornos Kritik an Weber, der für ihn zum einen objektive Tendenzen zu subjektiven Konstruktionen (eben den Idealtypen) relativiert und zum anderen ein Musterbeispiel verfügenden Denkens bietet (eben weil er besondere Phänomene gleich als ›Fall‹ eines allgemeinen Prinzips zurichtet), aber immerhin wird Adornos Vorgehen so wissenschaftlich legitim. Man kann es nun als weberianisch

oder sogar als »hermeneutisch« etikettieren. Sein kritischer Impuls beschränkt sich dann darauf, den »Kapitalismus als eine kulturell höchst vereinseitigte Lebensform zu begreifen« – so hatte es Honneth gleich zu Beginn der Konferenz angekündigt. – Peter Wagner, der letzte Vortragende, setzte die resultierende Zahnlosigkeit bereits voraus. Für ihn lässt sich Adornos Anspruch am ehesten in der These zusammenfassen, dass die »kapitalistische Moderne und gemeinsames Handeln unvereinbar sind«. Wagner sah hierfür auch tatsächlich einige »Plausibilitätsargumente«, stellte aber bald fest, dass Adorno die Moderne nicht vollständig erfasst hat. In Wirklichkeit gliedert sie sich nämlich, wie man in Wagners Buch *Soziologie der Moderne* (Frankfurt/M 1995) nachlesen kann, in das Streben nach ökonomischer, politischer und epistemologischer »Autonomie« auf, von denen bei Adorno aber nur die erste vorkommt. Nachdem Wagner eingehend erläutert hatte, wie man stattdessen denken soll, konnte er als verbleibende »Einsicht« Adornos schließlich festhalten, dass man in der Moderne »Schwierigkeiten« hat, »eine gemeinsame Sicht auf eine gemeinsame Welt zu entwickeln«. Die Reduktion auf Weber (nämlich auf die These vom erneut anhebenden Kampf der Götter) lässt sich auch hier erahnen; was der ganze Zauber noch mit Adorno oder auch mit den Gesellschaften des 20. Jh. zu tun haben soll, ist dagegen nicht mehr zu sehen.

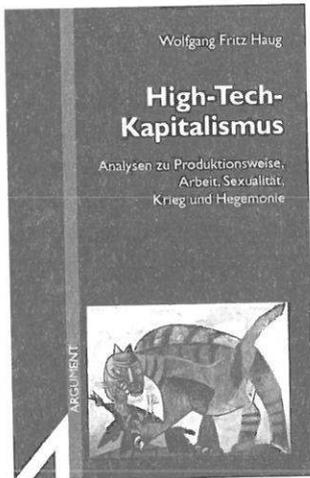
Anderer Vorträge wichen vom hier analysierten Schema ab oder setzten es lockerer in Szene: Christoph Menke etwa legte dar, dass Adornos eigentliches Problem mit den Gesellschaften seiner Zeit in deren Komplexität besteht, die Handlungsfolgen unabschätzbar und ein Handeln aus unmittelbarer sittlicher Gewissheit unmöglich macht; Albrecht Wellmer deckte eine »Blickverengung« in Adornos Musiktheorie auf – für außereuropäische und populäre Musik zeige sie kaum Verständnis; Tilman Allert führte das Bleibende in Adornos Soziologie auf sein Judentum (das ihn »Gesellschaft als Zumutung« erfahren ließ) und seine Musikalität zurück (die ihn befähigte, soziale Situationen zu interpretieren wie einen musikalischen Text). Bis auf Sighard Neckel jedoch, der sorgfältig prüfte, welche soziologischen Thesen Adornos ihre Plausibilität verloren haben und welche sich gegenwärtig weiterverfolgen lassen – im Kern setzte er der dominanten These von einer »Schrumpfung des Selbst« die selteneren Analysen »verwilderter Selbstbehauptung« entgegen –, gab es niemanden, der Adorno nicht entweder deformiert oder abgefertigt hätte. Der Regelfall war eine Kombination von beidem. Die Philosophie und Sozialtheorie nach Adorno wird daher wohl weiterhin, wie es der Frankfurter Universitätspräsident in seinem Grußwort formulierte, das »Markenzeichen der Professionalität« tragen und sich für eine »Sinnggebung der Daseinsführung« empfehlen: »sachbezogen, validiert und offen auch für die Politikberatung«. Widerstand artikulierte sich nur in Gestalt von Störapplaus, der den Präsidenten am Reden hindern sollte – bevor dann Honneth mit seiner Trennung von Wissenschaft und Politik die Lage klärte.

3. Was an den Feierlichkeiten insgesamt Kopf- und Bauchschmerzen machte, ist nicht die Kritik am Jubilar, sondern die Unfähigkeit, seine Kritik der Verhältnisse fortzuführen. Nur an wenigen Stellen schien durch, dass seine Gesten der Ablehnung

und Verweigerung mehr sein könnten als Zeugnisse einer überlebten Zeit. Zumeist zeigte sich ihre Geistesgegenwart *ex negativo*: Wenig hat Adornos Hass auf den biographischen Kult nachhaltiger bestätigt als die Würdigungen seiner Person; wenig illustriert besser seine Lehre vom Zeitkern der Wahrheit (die natürlich nicht das sofortige Veralten jeder Einsicht meint) als die Ödheit, die eine Rückkehr zu den ersten und letzten Fragen des Menschen ausstrahlt; seine Verteidigung des ungedeckten Gedankens und der methodologisch noch nicht zugerichteten Erfahrung wäre in der theoriefeindlichen Sozialforschung der Gegenwart nötiger denn je. Aufschlussreich ist auch die Überlegung, welche Kritik an Adorno *nicht* geäußert wurde. Ganze Stränge bereits entwickelter oder dringend angebrachter Einwände, die zu einer Diskussion hätten beitragen können, fehlten im Angebot der immergleichen Überlebtheitsklischees: Weder hat man Adornos Voraussetzung, dass Kunst und ›Geist‹ prinzipiell der Humanität dienen, mit ihrer faktischen Verstricktheit in Machtkämpfe und Herrschaftssysteme konfrontiert, noch setzt man seiner schicksalhaft anmutenden Herleitung der verwalteten Welt mehr Foucaults These entgegen, dass sie durch ein Bündel identifizierbarer Strategien hervorgebracht wurde, noch wurde schließlich sein wenig entwickelter Sinn fürs Politische anders angegangen als mit dem Vorwurf, er habe nicht genügend an die Demokratie geglaubt. Die zentrale Leerstelle zeigt sich, wenn man beide Beobachtungen zusammennimmt: Im Adorno-Jahr wurde wesentlich die Möglichkeit verdrängt, aus seinem Ethos der Verweigerung politische Potenziale zu gewinnen. Erwähnung findet sie allenfalls noch in Warnungen vor Missbrauch. »Das schlechte Erbe seiner Schriften treten [...] jene an, die heute – ähnlich unbekümmert um das, was die Einzeldisziplinen wissen, und sie ebendarum immer unter Ideologie- oder Positivismusverdacht stellend – [das] vermeintlich alles ergreifende Ganze unter Titeln wie ›Neoliberalismus‹ und ›Globalisierung‹ ansprechen zu können behaupten.« (Kaubé)

Ganz gleich nun, ob sich das fragliche Ganze erkennen oder ansprechen lässt, in einer Reihe gesellschaftlicher Felder verdichten sich Imperative, denen gegenüber dieses schlechte Erbe Adornos nicht die schlechteste Widerstandsmöglichkeit bietet. Denn wengleich sich die Matrix sozialer Integration seit der Ära der nationalen Wohlfahrtsregimes verschoben hat, bleibt der Zwang zum Mitmachen bestehen. Was Adorno als universelle Ausschlussdrohung gegenüber Abweichlern wahrnahm, hat sich, wie unter anderem Neckel bemerkte, in eine allgemeine Aufforderung zu Konkurrenzverhalten verwandelt, sanktioniert durch die Furcht davor, aus allen lebenswichtigen Anerkennungsverhältnissen herauszufallen. Die Staaten und Staatengemeinschaften müssen nicht nur aufrüsten, sondern ihre Waffen auch einsetzen, wollen sie nicht geopolitisch bedeutungslos werden, die Investitionsbedingungen für die transnationalen Unternehmen sind stetig zu verbessern, soll nicht der Standortwettbewerb verloren werden, die Fach- und Führungskräfte halten sich dafür bereit, beliebig über den Globus verschoben zu werden, die Universitäten konzentrieren sich auf verwertbares Wissen und zahlende Kunden, die prekär Beschäftigten und Arbeitslosen rennen begeistert jedem Billiglohn hinterher, die Medienanbieter forcieren die starken Reize – oder sie alle können sich sozial abschreiben. Dass

diese Logik eher zwanghaft als zwingend ist, zeigt sich, wenn man in einem beliebigen näher liegenden Bereich versuchsweise die Perspektive Adornos einnimmt. Eine Universität etwa, die sich ganz auf Verwertbarkeit konzentriert, immer nur Datenmaterial verfügbar macht und Orientierung stiftet, statt Kritikfähigkeit zu schulen, wird auf Dauer als Ressource verantworteter Veränderung ausfallen. In welche Richtung eine solche Veränderung gehen könnte, hat Adorno an einer der Stellen festgehalten, an denen die Verweigerung ins Gegenprogramm umschlägt: »Vielleicht wird die wahre Gesellschaft der Entfaltung überdrüssig und lässt aus Freiheit Möglichkeiten ungenutzt, anstatt unter irrem Zwang auf fremde Sterne einzustürmen. Einer Menschheit, welche die Not nicht mehr kennt, dämmert gar etwas von dem Wahnhaften, Vergeblichen all der Veranstaltungen, welche bis dahin getroffen wurden, um der Not zu entgehen, und welche die Not mit dem Reichtum erweitert reproduziert. Genuss selber würde davon berührt, so wie sein gegenwärtiges Schema von der Betriebsamkeit, dem Planen, seinen Willen Haben, Unterjochen nicht getrennt werden kann.« (*Minima Moralia*, Nr. 100)



Hochaktuelle Analysen

»Von älteren Linken wird die neue Bewegung meist mit Hoffen und Bangen verfolgt. Oft mit Distanz und Skepsis. Im besten Fall bieten sie ihr Wissen und eigene Erfahrungen an, ohne gleich den Weg weisen zu wollen. Zu denen, die das auf gute Art tun, gehört Wolfgang Fritz Haug: Er bündelt Aufsätze und Vorträge der letzten Jahre zu einem nicht allein durch die Breite der Themen anspruchsvollen Buch über den »High-Tech-Kapitalismus«. Kritik der politischen Ökonomie – auch der angeblich neuen, globalen – und aktuelle Analysen zum Zeitgeschehen fließen ineinander.« P.S.

Wolfgang Fritz Haug

High-Tech-Kapitalismus

Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität,

Krieg und Hegemonie

Argument Sonderband 294

19,50 € · ISBN 3-88619-294-6

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand: Reichenberger Str. 150
10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de

Waltraut Engelberg

Diese verräterische Sprache

Seinem aufschlussreichen »Notizbuch eines Philologen«, das in den ersten Nachkriegsjahren unter dem Titel *LTI* (Lingua Tertii Imperii) herauskam, stellte Victor Klemperer ein Motto voran, das zunächst befremdend wirkt: »Sprache ist mehr als Blut.« Erst aus einer Zeit heraus, in der die Worte von »Blut und Boden« noch nachklängen, versteht man, was der Autor hervorheben will: es ist die Sprache, die »dichtet und denkt«, das Gefühl »lenkt« und das »seelische Wesen steuert«. »Worte können sein wie winzige Arsenosen«, schreibt Klemperer, »sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.« Er bringt, gestützt auf seine philologischen Kenntnisse wie sein sorgfältiges Hinhören auf die lebendige Alltagssprache, eine Fülle überzeugender Beispiele dafür; und man ist erleichtert und erfreut, weil so viele unguete Worte mit dem Faschismus untergegangen sind.

Dennoch scheint es wohl zu allen Zeiten angebracht, bescheiden Klemperers Anregungen aufnehmend, die Gegenwartssprache zu beobachten. Und was wir da hören und lesen, zeigt keineswegs, dass wir's so herrlich weit gebracht. Sind wir sprachlich ärmer als wir meinen in unserer überreichen Warenwelt? Hören wir ein wenig hinein in einige Bereiche unseres heutigen Lebens.

1. *Wie zwitschern da die Jungen?*

Wie die Alten sunen, so zwitschern auch die Jungen? Das stimmt nur sehr bedingt. Einmal ganz abgesehen von der nuscheligen Unverständlichkeit des Sprechens, es gibt Standardausdrücke, mit denen viele »kids« die Dinge für sich hinreichend zu charakterisieren meinen. Da ist etwas »cool« oder »echt cool«, – es kann auch »uncool« sein – oder es ist »geil«, es »fetzt«, auch »super« ist ganz »in«. Und wenn es das alles nicht ist, dann ist's eben »ätzend« oder oft »Scheiße«. Das ist in anderen Ländern offenbar auch so; wie sonst hätte der amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen schreiben können, dass »Scheiße« eine »verstärkende Vorsilbe« sei? Neben dem Fäkalischen kann man auch Obzönes zur Unterstreichung voranstellen. Dann sind die Dinge eben »fucking«.

Aber kann nicht jeder reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist? Vorsicht, es ist ja gar nicht der eigene, sondern ein normierter Kollektivschnabel, und wenn Sprache wirklich Ausdruck des Empfindens und Denkens ist, wenn *le style c'est l'homme*, dann schränkt eine verarmte Sprache auch die Empfindungs- und Erlebniswelt ein. Es geht uns schon an, wenn die Fähigkeit schwindet, kulturelle Traditionen aufzunehmen, die zu unserer Menschwerdung im geistig-seelischen Sinne beigetragen haben.

Bei einem der vielen Gesellschaftsspiele, mit denen die Medien aufwarten, wollte ein Journalist von jungen Menschen wissen, wie es sich wohl reimt, das Lied vom

»König in Thule«, dem der Becher der verstorbenen Geliebten eine teure Erinnerung war: »Es ging ihm nichts darüber, er leert' ihn jeden Schmaus, die Augen gingen ihm über« ja, und dann hätte in jenem ergreifenden Liede, das Gretchen in tiefer Bedrängnis zu eigenem Troste singt, kommen müssen: »so oft er trank daraus.« Doch im Zeitalter der Computerpräzision signalisierte es niemand, als munter drauflosgeremt wurde: »so oft trank er daraus«, womit der König von Thule zum Säufer avancierte, dem weniger der Liebeskummer als der Wein aus den Augen troff.

»Tschuldigung« würde der Moderator wohl sagen, ein »Versehen«. Aber es wird zu viel versehen bei der Sprache, und das wirkt letztlich abstumpfend. War Jugendsprache nicht schon immer ein bisschen lax und hatte ihren eigenen Wortschatz? Für das, was ihm gefiel, erfand der Berliner früher den kernig klingenden Ausdruck »knorke«. Jetzt aber fällt den Jungen nichts mehr zur Sprache ein, dafür fallen sie sinntestellend und –verdrehend in die Sprache ein. Geil wird in seiner Bedeutung ebenso umfunktioniert wie cool, der Sinngehalt wird manipuliert. Es ist hohe Zeit, dass junge Menschen wieder zum Lesen guter Bücher angeregt werden, denn so wie sie heute reden, werden sie morgen vielleicht handeln.

2. Die society mit dem »theoretischen Design«

Dass in dieser Welt die Kluft zwischen den Armen und den Reichen wächst, ist hinlänglich bekannt. Es verbreitert sich aber auch der Abstand zwischen denen, die sprachlich verarmen – manchmal fast bis zur Unfähigkeit, sich ausdrücken zu können –, und jenen, deren dürrer, abstrakter Wortschatz sich nur noch ans Fachpublikum richtet. Und dabei gehört doch, so Heiner Müller, vor allem zur Sprache, die Dinge »kenntlich« zu machen. Wie aber steht es damit bei unseren philosophisch Großkopferten, wenn man etwa bei Jürgen Habermas, dem sogenannten »kritischen Großintellektuellen« liest: »Ohne eine politische Zählung des entgrenzten Kapitalismus lässt sich der verheerenden Stratifikation der Weltgesellschaft nicht beikommen.« Abgesehen vom modischen Begriff der »Zählung des Kapitalismus« – der *Spiegel* gibt noch eins drauf und spricht vom »Raubtierkapitalismus«, womit gleich das Bild einer Bestie heraufbeschworen wird, die sich eventuell nach der Zählung wie ein braves schweifwedelndes Hündlein verhält –, was soll mit der »Stratifikation« gesagt werden? Victor Klemperer pflegte so etwas »Schleierworte« zu nennen. Und die lateinisch verhüllte »Stratifikation«, also die Schichtung, soll wohl verklausuliert sagen, dass es sich um die Zuspitzung sozialer Gegensätze handelt. Ich sage lieber nicht Klassegegensätze, das klingt nicht akademisch genug.

Vielleicht liegt das »solidaristische Ethos«, das Habermas gemeinsam mit Derrida im Kampf um soziale Gerechtigkeit fordert, auch auf dieser Ebene, denn prolaristisch klänge ja auch schon anders, ein bisschen feiner, nicht so derb. Man hänge also überall mildernd ein bisschen -istisch dran – auch die Nachsilbe »bar« ist als Passepartout stets willkommen (verantwortbar, hinnehmbar, gestaltbar, überraschbar) – so unschön sie klingen mag, dekoriere mit vielen Pluralbildungen, und schon ist ein neues Mahl bereit.

Das sieht dann, wenn's gerichtet ist, etwa so aus, dass die »kerneuropäischen Mitgliedsstaaten« vorangehen, die unterlegenen Minderheitennationen sich solidarisch verhalten, und: »Die Bevölkerungen müssen ihre nationalen Identitäten gewissermaßen aufstocken.« Wer ist so mutig zu sagen, dass er's nicht versteht, wie man Wesensgleichheit(en) börsenähnlich aufstocken kann? Aber vielleicht begreift er folgende Verkündung: »Eine attraktive Vision für ein künftiges Europa« – die Spannung steigt – »kann nur aus dem beunruhigenden Empfinden der Ratlosigkeit geboren werden.« Eine attraktive Vision für Europa – sogar eine »ansteckende« (?) – aus der Ratlosigkeit geboren, so, so. SARS kann ansteckend sein und Lachen auch, diese Vision wohl kaum.

Der englische Historiker Eric Hobsbawm nennt es sein besonderes Anliegen, nicht nur von Fachkollegen, sondern von allen Menschen verstanden zu werden: welch ein demokratisches Verhältnis zu den Menschen wie zur Sprache! Doch auch aus unserer philosophischen Tradition wäre da einiges aufzunehmen und zu beherzigen. Ich denke nur an Immanuel Kants tiefgründige Passage in der *Kritik der reinen Vernunft*:

Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind. Daher ist es ebenso notwendig, seine Begriffe sinnlich zu machen (ihnen den Gegenstand in der Anschauung beizufügen), als seine Anschauungen sich verständlich zu machen (d. i. sie unter Begriffe zu bringen) (...) Der Verstand vermag nichts anzuschauen, und die Sinne nichts zu denken. Nur daraus, dass sie sich vereinigen, kann Erkenntnis entspringen.

Kant macht deutlich, in welche Richtung das Bemühen gehen muss. Vom »theoretischen Design« allerdings, wie heute üblich, ist nicht die Rede.

3. Die mit den Phrasen leben

Bei ihren vielen Ghostwritern müssten unsere Politiker eigentlich sprachlich gut bedient werden, möchte man annehmen. Doch auch hier scheint Schmalhans Küchenmeister zu sein. Warum so viele »Schleierworte«? Vielleicht liegt's gar nicht an den Worten, sondern die Sprache, diese verräterische, zeigt Ratlosigkeit und Verunsicherung an. Da redet man allgemein von »Globalisierung« und übergeht deren kapitalistischen Charakter. Der enge Zusammenhang zwischen Politik und Wirtschaft zeigt sich jedoch allerorten.

Man nehme nur das vielfach benutzte Wort »flexibel«; wer wäre es nicht gern, wenn darunter biegsam, elastisch, anpassungsfähig verstanden wird? Doch davor sei gewarnt. Zunächst soll in der Wirtschaft, im Betrieb, jeder flexibel sein, womit gemeint ist, dass man ihn beliebig überall hinbeordern kann, ganz gleich wohin, unter welchen Bedingungen, bei welchen Lohnkürzungen. Denn der Unternehmer will auch flexibel sein, das heißt, die Löhne nach seinem Ermessen und nicht nach Tarif zahlen. Er kann sogar so flexibel sein, dass er das ganze Unternehmen ins Ausland verlagert, auch das ist eine »Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.« Und nun will auch der Kanzler nicht zurückstehen und spricht davon, dass der »Stabilitätspakt flexibel auszulegen« sei, undeutlich, vieldeutig und eben sehr, sehr flexibel.

Das hört gar nicht auf mit der Flexibilität, davon kann man gar nicht genug kriegen. Die Geschäftsinhaber müssen »viel flexibler« werden, »später aufmachen und dafür länger auflassen«. Und: »Viele Arbeitszeit- und Lebensmodelle sind heute sehr flexibel.« Und allmählich wird man schon ganz trunken von all dem Flexiblen und wünscht sich, das ganze auf Profit und Gewinn basierende System könnte flexibel in ein menschenwürdiges umgestaltet werden.

Von allen Seiten viel gebraucht ist der Begriff des »Jobs«, des Arbeitsplatzes, verstanden als Möglichkeit zum Gelderwerb und zur Existenzsicherung und insofern durchaus notwendig. Aber das darf und sollte doch wohl nicht alles sein! Wie steht es mit der Arbeit als menschlicher Selbstverwirklichung, mit einem Beruf, zu dem man sich berufen fühlt? Auch hier hat Schiller Gültiges gesagt: »Das ist's ja, was den Menschen zieret, Und dazu ward ihm der Verstand, Daß er im innern Herzen spüret, Was er erschafft mit seiner Hand.« Um diesen tieferen Sinn des Schaffens geht es, um Freude an der Leistung und menschliche Befriedigung bei der Arbeit; das wirkt sich dann auch produktiv für die Gesellschaft aus. Keinem sei vorgeworfen, materiellen Zwängen gehorchen zu müssen. Aber gesehen werden muss das Problem schon, ehe man um seine Lösung kämpfen kann. Wenn man allerdings vom »Umbau der sozialen Sicherungssysteme« etwas hört, dann mache man gleich den Geldbeutel auf, auch wenn von der »Eigenbeteiligung« die Rede ist, das bedeutet immer: zahlen.

Noch weit gefährlicher aber wird's, wenn von der »Pflicht« die Rede ist, »Verantwortung zu tragen« – Vorsicht! Da liegt oft ein Kriegseinsatz nahe! Und neuerdings sind die mit »robustem Mandat«, es darf also geschossen werden. Und dabei gibt es noch so viele Herausforderungen, denen man sich stellen muss. Für Clement war sein neues Amt eine »Herausforderung«, ebenso für seinen Nachfolger. Die »Arbeitslosigkeit« ist selbstverständlich eine »Herausforderung« und der »Antiterrorkampf« ist auch eine. Und überhaupt stünden wir vor »internationalen Herausforderungen«, sagt der Struck und unsere »Finanzlage« ist selbstverständlich auch eine. Und die »Agenda 2010« ist eine »Herausforderung« und überhaupt der ganze »Sozialumbau«. Wo man auch hinguckt und –spuckt, da liegen Herausforderungen herum; die sieht auch Publikumsliebbling Joseph Fischer in Mengen, selbst wenn er sich da oft »bedeckt« hält, weil das eben Diplomatie ist. Nur wenn der Herr Eichel »mit den Haushaltslöchern kämpft«, da fühle ich mich immer so an die Hunde im Park erinnert, die scharren und scharren und in der Regel kriegen sie das Karnickel aus dem Loch ja doch nicht.

4. Von harten Hunden und fetten Katzen

Wenn Politiker oft nivellierend gleichförmig reden, sich gern »bedeckt halten«, so hört sich der Börsianerjargon deftig und aggressiv an. Da wird Tacheles geredet, denn schließlich geht's ums Heiligste: ums Geld. So sollten die »Abwehrrechte für Firmen erhalten bleiben«, liest man da. Mit der Richtlinie »wollten die EU-Staaten ursprünglich die Rechte der Aktionäre bei Fusionen stärken und für Waffengleichheit zwischen den Unternehmen sorgen«. Und »Waffengleichheit« ist doch nicht schlecht, da geht es bei den »Waffengängen« zumindestens unter gerechteren Kampfbedingun-

gen um die ergiebige Beute. So eine »feindliche Übernahme« ist ja auch kein Pappentstiel, da wird die »Produktion verschlankt«, da geht's ums »Abspecken«, da fliegen mitunter so die Fetzen, dass man den »geschluckten« Managern ihr Los schon mit einem »goldenen Handschlag« erleichtern muss.

Bekanntlich herrscht da ein »gnadenloser Wettbewerb« und tobt ein »gnadenloser Preiskampf«, und die da kräftig streiten, sind oft ganz »harte Hunde«, wobei die Bezeichnung »harte Hunde« sowohl für die Methoden gilt als auch – durchaus respektvoll – für die Wirtschaftsbosse. Harte Hunde braucht man, wenn es etwa um die »Filetierung« von Unternehmen geht; das kennen wir schon von Frau Breuel, die wusste immer, wo die besten Filetstücke lagen. Mit der Filetierung verbunden sind oft »knallharte Rationalisierungs- und Entlassungsprogramme«, hart allein wäre nun wirklich viel zu weich, es muss schon knallen. Oft erinnert die Wirtschaft an eine Menagerie. Da gibt es neben den »harten Hunden« noch die »fat cats«, die fetten Katzen, die im englischen Börsenjargon in den Führungsetagen herumstreunen. Und neben harten Hunden und fetten Katzen gibt es noch andere Tiere. Im *Spiegel* wird daran erinnert, dass hinter gewissen Forderungen »nur der in Deutschland verbreitete große, grüne Neidhammel« steckt. Gegen den allerdings gehen alle an, da kläffen die harten Hunde am meisten, da zeigen die fetten Katzen wütend mauzend ihre Krallen, den vor allem wollen sie weghaben, obwohl sie ihn eigentlich zur Diffamierung sozialer Ansprüche der anderen dringend brauchen. Dagegen ist die »lame duck«, die lahme Ente, mehr den Politikern vorbehalten, die man als Versager kenntlich machen will. Manchmal werden die Politiker auch sehr aktiv und »treiben jeden Tag eine andere Sau durchs Dorf«. Die »weasels« aber, das sind die feigen Kriegsverweigerer. Man sieht, da kommt schon so einiges Viehzeug zusammen.

Aber nicht immer sind die Wirtschaftsleute hart; sie geben vorsorglich, ähnlich den Sturmwarnungen, auch »Gewinnwarnungen« heraus, obwohl sich vor Gewinnen eigentlich kaum jemand fürchtet. Vielleicht meinen sie ja auch das Gegenteil, man kennt sich und versteht das schon. Mitunter gehen die Börsenjournalisten auf Schmusekurs und werden weich und zärtlich. »Dem Dax geht es nicht gut«, hören wir teilnahmsvoll. »Der Dax lässt den Kopf hängen«. Das tut er, wenn man ihn »kräftig verprügelt« hat. Manchmal wird er auch »arg gebeutelt«. Manchmal »schwächelt er«, dann wieder »hält er sich tapfer« und »kann sich gut verteidigen«. Schließlich »lässt sich der deutsche Dax nicht lumpen«; nur eine »Aktie kriegt was auf die Rübe«. Dann wieder schrammt er gefährlich an einer wichtigen Grenze vorbei, was schmerzhaft sein kann. Deswegen muss er gelegentlich »durchatmen«. Und so umsorgt man dieses launenhafte Däxlein in liebevoller Weise, damit Brecht bestätigend: »Geld macht sinnlich, wie uns die Erfahrung lehrt.«

5. Von »Waffengängen« und »Heroen«

Statt eines Vorwortes setzt sich Victor Klemperer in seinem *LTI* mit dem in der Nazizeit verbreiteten Begriff des »Heroismus« auseinander, mit dessen »übermäßigem Verschleiß« bei »schiefer und falscher Verwendung. – Zum Heldentum gehört nicht

nur Mut und Aufsspielsetzen des eigenen Lebens«, meint der erfahrene Autor. »So etwas bringt jeder Raufbold und jeder Verbrecher auf. Der Heros ist ursprünglich ein Vollbringer menscheitsfördernder Taten. Ein Eroberungskrieg, und nun gar ein mit soviel Grausamkeit geführter wie der hitlerische, hat nichts mit Heroismus zu tun.« Es ist wohl kein Zufall, dass jeder Krieg auch den Begriff des Heroismus wieder neu belebt. So setzt sich der englische Autor Graham Greene schon in den 50er Jahren in seinem Roman *Der stille Amerikaner* mit dem »falschen Glanz des Heldentums« im damaligen Vietnam-Krieg auseinander. Frappierend die vielen Anklänge an Erfahrungen in unserer Zeit! Da erzählt der Autor von der Verlogenheit der vorgeschriebenen Kriegsberichterstattung, der scheinbaren Harmlosigkeit der »horizontalen Angriffsflüge«, die »fahrplanmäßig ihre Bombenlasten abwerfen und zurückfliegen. Aus dieser Entfernung gesehen, war der Krieg sehr ordentlich und sauber.« Dann aber rücken Sturzflüge die Menschenopfer näher. Die Phantasie kann sich vorstellen, wie »die armen Teufel verbrennen bei lebendigem Leib«. Das ist schon härter und das macht auch hart. Eben dies charakterisiert Philip Roth in seinem Roman *Der menschliche Makel* in der demoralisierten Gestalt eines ehemaligen Vietnamkriegers, den der Krieg jeglicher menschlicher Empfindungen beraubte.

Und nun soll er schon wieder aufpoliert werden, der »falsche Glanz des Heldentums«. Man setzt aufs rasche Vergessen. Da schreitet Rumsfeld bei seinem Besuch in Bagdad »vorbei an den eigenen Helden«. Dann wird für sieben Soldaten, die ganze vierzehn Tage in Gefangenschaft waren, bei ihrer Rückkehr nach Amerika ein »heroes' welcome« gefeiert. Gefallene US-Soldaten waren schließlich »in göttlicher Mission und für die Freiheit« im Irak. Und auch die nebulöse »Freiheit« ist schließlich ein »Geschenk des allmächtigen Gottes«, tönte die oberste Kriegsführung im Kampf gegen das »Böse« und für das Gute und gegen die »Schurkenstaaten« allgemein und die Schurken im besonderen, selbst wenn Osama bin Laden, der »dead or alive« gefunden werden musste, bis jetzt ebenso verschwunden ist wie Saddam Hussein, gegen den man den »Enthauptungsschlag« plante. Das erinnert allerdings ans Fallbeil, aber wer schon 140 Todesurteile unterschrieben hat, reagiert da sicherlich anders.

Nach der verlogenen Propagierung des Kriegsgrundes scheint man jetzt etwas verunsichert; die weltbedrohenden Massenvernichtungswaffen sind partout nicht zu finden. Aber die geschürte Hysterie, die treugläubige Amerikaner veranlasste, zumindestens ein Zimmer mit Klebeband gifticher abzudichten und sich Gasmasken zu kaufen, sie scheint vergessen. »Aus bürokratischen Gründen« habe man von Massenvernichtungswaffen gesprochen, erfahren wir jetzt, »weil da jeder zustimmen konnte«. Und nach diesen Schamlosigkeiten hat man wohl neuerdings dem amerikanischen Präsidenten vorgeschlagen oder aufgeschrieben, er solle jetzt lieber eine Nummer kleiner wählen und nur noch von Iraks »Waffenprogrammen« reden. Man macht wieder mal eine Korrektur, es ist nicht die erste. Die ganze militärische Operation im Irak musste schon am Beginn ihre Bezeichnung verändern wegen der religiös beleidigenden Wirkung auf moslemische Gäubige. So wurde aus der »Infinite Justice« (Grenzenlose Gerechtigkeit) »Enduring Freedom« (Dauerhafte

Freiheit). Da *enduring* sich auf den Bestand bezieht, die Freiheit aber »ihrem Wesen nach ständig im Werden begriffen ist, je nachdem, gegen welche Widerstände sie sich zu behaupten hat«, schlussfolgert John Berger in seinem Vorwort zu Arundhati Roys Buch *Die Politik der Macht*: »Die beiden Wörter dieses Ausdrucks streben auseinander, weil sie ohne jeden Sinn für das Bemühen um Klarheit, das jede Sprache ausmacht, zusammen gezwungen wurden.« Man kann es kaum präziser ausdrücken als dieser englische, jetzt in Frankreich lebende Autor: »Der Verlust des Sprachgefühls (ein geistiger Kollateralschaden) führt unweigerlich zu einem Schwund des Vorstellungsvermögens (...) Dies mag teilweise die kolossalen und fortdauernden Irrtümer der amerikanischen Außenpolitik erklären.«

Und da gibt es wahrlich ständig Neueingänge; es sei nur an Rumsfelds »altes« und »neues« Europa erinnert, an die »Koalition der Willigen«, im Gegensatz zum »Trio der Zahnlosen«, womit damals Schröder, Chirac und Putin gemeint waren. Letzterer lebt jetzt bei den Amerikanern wieder in der Gnade. Anlässlich der glanzvollen Festivitäten in St. Petersburg verhielten sich die beiden Staatsoberhäupter liebevoll tätschelnd zueinander – ein Schulterklopfen von hoher Seite kommt einem Ritterschlag gleich!; man erfuhr, dass Amerika Russland brauche, weil es nicht so »europäisch zimperlich« sei. Nicht zimperlich sein heißt übersetzt: brutal sein können. Und wer allzu zimperlich ist, passt nicht recht in diese Zeit. Der Saddam ging »nicht zimperlich« mit seiner Opposition um; die Amerikaner aber waren gleichfalls nicht zimperlich bei ihren Bombardements, sei es am Hindukusch – wo nach Strucks Meinung auch Deutschland verteidigt werden müsse –, oder sei es im Irak. Sie waren auch nicht zimperlich beim Bombardement im Kosovo, von dem man jetzt als von »Luftkampagnen« redet. Und erst recht nicht zimperlich verfährt man, wenn irgendwo ein Terrorist vermutet wird, sei es in einem Ziviltransport oder im Straßenverkehr oder wo auch immer. Und manchmal, auch das ist ein beliebter Slogan, da »liegen« eben »die Nerven blank« und wenn die blank liegen, dann kann's leicht mal knallen.

Viel können sie sich erlauben bei ihrer militärischen Stärke, ihrer imponierenden Wirtschaftskraft, ihrer vergesslichen und offenbar noch immer »willigen« Bevölkerung – wie lange noch? In der *Neuen Zürcher Zeitung* kann man von der »Weltgewaltordnung« lesen. »Mars regiert die Stunde.« Noch fürchten ganze Regierungen die Missbilligung der USA, buhlen um ihr Wohlwollen, schauen weg angesichts der Härte, mit der sie um ihre Weltgendarmenrolle kämpfen. Sind sie nicht mächtig, womöglich allmächtig?

Bertolt Brecht beschrieb in einem Gedicht den Weg des Laotse in die Emigration, »denn die Güte war im Lande wieder einmal schwächlich, Und die Bosheit nahm an Kräften wieder einmal zu.« Es war ein Zöllner, der dem unbegüterten Gelehrten seine reichen Erkenntnisse abverlangt und daraufhin erfuhr: »Dass das weiche Wasser in Bewegung mit der Zeit den mächtigen Stein besiegt. Du verstehst, das Harte unterliegt.«

Manfred Wekwerth

Der Vormarsch der Humoristen

Über unsere Zeit gibt es Gedanken, die immer wieder durch ihre Aktualität bestechen. Dabei denke ich nicht nur an Marx, dessen Analyse der Wertformen im *Kapital* auch für den »postindustriellen Nachkapitalismus« (wie das schöne Wort heißt) immer noch das Kapital als den größten Umweltzerstörer nicht nur der Natur, vor allem der Gesellschaft zeigt, das im Unterschied zum alten Ford die »lebendige Arbeit« nicht bloß »auspowert«, sondern eliminiert, damit Platz geschaffen wird für die »Macht der Agentien und deren powerful effectiveness«, und so mit dem »surplus« des »höchsten Standes« der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie die Produktion von Werten (Autos, Waffen, Gummibärchen usw.) ins Gigantische steigert. Um dann – wie der alte Ford auch – feststellen zu müssen, dass die Unwerte (Arbeiter, Lohnempfänger usw.), die man eingespart hat, gerade die sind, die man zur »Realisierung« der gigantischen Werte braucht: es sind nämlich die Käufer. Bleiben die dann aus, wird erneut gespart: »Unwerte« (lebendige Arbeit) werden weiter abgebaut, um die Werte (Autos usw.) zu steigern und den Standort (Gewinne) zu sichern. Und so fort. Und so fort.

Über das absurde wie schmerzliche Dilemma, dass Zerstörungen der Gesellschaft (Arbeitslosigkeit, Pleiten usw.) nicht zeitweilige Flauten des Kapitals sind, sondern Resultate seiner wachsenden Erfolge, und wie man, dies wissend, von der Kritik der Absurdität der Erscheinungen zur Kritik eines absurden Systems gelangt, gibt es auch nach Marx Lesenswertes. Doch gerade in der linken Szene mehren sich, was verlässliche Auskünfte über unsere Zeit betrifft, in allerletzter Zeit auch Merkwürdigkeiten. Man trifft auf Analytiker seltsamer Art. Ich möchte es den Vormarsch der Humoristen nennen. Wie alle Humoristen verfolgen sie zunächst mit großem Ernst ein brennendes Problem, um dann mit einer ungewöhnlichen Pointe zu überraschen. So etwas zählt sich natürlich auf dem überfüllten Büchermarkt aus. Hier werden Bestseller geboren.

In den USA mit einer langen Comedytradition mag es nicht verwundern, wenn Michael Hardt und Antonio Negri überraschend herausfinden, dass die Kriege der USA heute einen »nichtimperialistischen Charakter« haben. Da die USA faktisch alles erobert haben, ist ein Imperialismus nicht mehr möglich, und die Alleinherrschaft führte zu einem »globalen Quasi-Staat«. Imperialistische Kriege aber sind nur Kriege zwischen Nationalstaaten. Da es unabhängige Nationalstaaten faktisch nicht mehr gibt, gibt es auch keine imperialistischen Kriege mehr. Der Imperialismus ist dem »Empire« gewichen. Und alle Kriege, die das Empire führt, sind »Bürgerkriege«, die in seinem Innern stattfinden, und Inneres geht das Völkerrecht bekanntlich nichts an: »inneres und surprationales Recht sind durch den Ausnahmezustand definiert«, und – man mag es mögen oder nicht mögen – »von den Menschenrechten bis zu den Normen des internationalen öffentlichen Rechts – all das verflüchtigt sich mit dem Empire«.

Erstauslich dagegen, dass auch in Deutschland, dessen Humoristen traditionell beim Sammeln von »Käuzen, Ehrgeizigen und versteinerten Seelen« stehengeblieben sind und sich als Provokateure einer Lustigkeit, die »Leben, Denken und

Handeln« getrennt hält (Hans Mayer), betätigt haben, Analytiker der linken Szene zu Humoristen mutieren. So geschehen im *Neuen Deutschland* vom 24./25. August 2002, wo als Vorabdruck ein Buch angekündigt wird. Wieder ist der Gegenstand zunächst ein ernster. Es geht um die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Ich hielt das bisher für das traurigste Kapitel der »blühenden Landschaften«. Falsch. Die Arbeitslosen im Osten sind gar keine Arbeitslosen, also ein Manko, sie sind die »Avantgarde der Zukunftsgesellschaft«. Sie leben der Welt (also dem Westen) probeweise heute schon vor, wie man nach der Überwindung der »Arbeitsgesellschaft« leben wird. Freiheit von »Erwerbstätigkeit«, heute der Schrecken im Osten, muss als die große Chance erkannt werden, denn sie schenkt den Menschen die Muße für »Künste, Philosophie und Wissenschaften«. »Kann man den erzwungenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft so gestalten, dass er nicht nur lebbar ist, sondern anziehend wird?«, fragt sich unser Humorist. Seine Antwort:

Tendenzen, die in diese Richtung weisen, sind schon jetzt in ausreichender Anzahl vorhanden, um den ostdeutschen Fall vorurteilsfrei auf seine Verallgemeinerungsfähigkeit hin zu prüfen. Statt die Ausnahme zu bezeichnen, könnte er die neuen Regeln formulieren, und die Ostdeutschen, die man auf ausgetretenen Pfaden wähnt, könnten neue gerade begehbar machen.

Der Arbeitslose im Osten muss also nur begreifen, dass Arbeitslosigkeit nicht das Ende, sondern der Anfang seiner Perspektive ist. Die Hauptpointe hebt sich unser Humorist natürlich für den Schluss auf. Das ist die Frage, wer die Avantgarde bezahlt. Und hier macht der Autor als gelernter Marxist den großen Sprung über Marx hinaus. Auch Marx spricht in den *Grundrissen* von »arbeitsfreien Zeiten«, die Raum schaffen für die »freie Entwicklung der Individuen« durch die »Reduktion der notwendigen Arbeit auf ein Minimum, der dann die künstlerische, wissenschaftliche etc. Ausbildung der Individuen durch die für sie frei gewordene Zeit und geschaffenen Mittel entspricht«. Marx spricht allerdings nicht von Arbeitslosen, sondern von Menschen, die sich von der kapitalistischen Fessel befreit haben, um als »assoziierte Produzenten« selbst über ihre Produktion zu verfügen. Kurz: von einer sozialistischen Gesellschaft. Das muss unser Humorist nicht, wenn es um die Frage geht, wer »für die Existenzgarantien der Post-Arbeitsgesellschaft aufkommt«. Seine Lösung:

Man rekapituliere das vergangene Jahrzehnt im Schnelldurchlauf, die durchgehend hohe Arbeitslosigkeit, den noch weit höheren Grad der Unterforderung, und setze beides ins Verhältnis zur Entwicklung des Lebensstandards. Dann lässt sich das wirkliche Wunder der deutschen Einheit erst ganz ermessen. Ein vergleichsweise geringes jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich zwei Prozent genügte, um fast der Hälfte der von »richtiger« Arbeit ausgeschlossenen Ostdeutschen ein äußerst erträgliches Dasein zu ermöglichen.

Diese Pointe ist nun wirklich gekonnt und verdient unseren Beifall. Wo der Alte aus Trier noch den ganzen Kapitalismus »umwälzen« wollte, bittet unser Humorist den Kapitalismus einfach zur Kasse. Er finanziert seinen Sozialismus mit einem sicheren Mittel: der Chefsache Ost.

Die Humoristen der linken Szene bringen bei unserer Suche nach Auskünften über unsere Zeit zwar eine gewisse intellektuelle Entspannung und reizen manchen Analytiker zur genüsslichen Polemik, allein über die geistige Physiognomie der Zeit sagt das zu wenig. Der Zufall kam mir zu Hilfe. Dort, wo ich niemals gesucht hätte, fand ich

erstaunliche Auskünfte über unsere Zeit. Der Zufall: mein Aufenthalt im Tessin, wo ich mit Frau und Enkelin in diesem Jahr die Ferien verbrachte. Damit verbunden sind die obligaten Besuche bei Remarque in Ronco und bei Hesse in Montagnola. Ich meinte, »meinen« Hesse zu kennen. Auch sein *Glasperlenspiel*, das ich wie viele nach 1945 gelesen und nicht verstanden habe. Jetzt beim Besuch in Montagnola, einem kleinen Ort im schweizer Tessin, wo Hermann Hesse 1942, umgeben vom tobenden Weltkrieg, das *Glasperlenspiel* schrieb, machte ich eine Entdeckung. Hesse lässt die Geschichte um den Glasperlenspielmeister Josef Knecht im Jahre 2200 spielen. Das hatte ich vergessen und das weckte meine Neugier, die Zukunftsprognose erneut zu lesen. Wieder faszinierte mich das *Glasperlenspiel* mit seiner Sprache der realen wie phantastischen Fülle der Bilder und Metaphern, mit denen Hesse detailliert die geistige Physiognomie einer Zeit entwirft. Nur in einem irrte Hesse: im Datum. Das »feuilletonistische Zeitalter«, das er für das Jahr 2200 voraussagt, war 2002 längst eingetreten:

Wie es scheint, wurden sie, die Feuilletons, nach welchen wir die Zeit benennen, als besonders beliebter Teil im Stoff der Tagespresse, zu Millionen erzeugt und bildeten die Hauptnahrung (...) Lesen wir die Titel solcher Plaudereien, so gilt unser Befremden weniger dem Umstand, dass es Menschen gab, welche sie als tägliche Lektüre verschlangen, als vielmehr der Tatsache, dass Autoren von Ruf und Rang und guter Vorbildung diesen Riesenverbrauch an nichtigen Interessenheiten bedienen helfen (...) Es gab unterhaltende, temperamentvolle oder witzige Vorträge, in welcher eine Anzahl von intellektuellen Modewörtern wie im Würfelbecher durcheinandergewürfelt wurden. Man hörte Vorträge über Dichter, deren Werk man niemals gelesen hatte, und kämpfte sich, genau wie in den Feuilletons der Zeitungen, durch eine Sintflut von vereinzelt, ihres Sinnes beraubten Bildungswerten und Wissensbruchstücken (...) Besonders beliebt waren Befragungen bekannter Persönlichkeiten über Tagesfragen, bei welchen man zum Beispiel namhafte Chemiker oder Klaviervirtuoson sich über Politik, beliebte Schauspieler, Tänzer, Turner, Flieger oder auch Dichter sich über Nutzen und Nachteile des Jungesellentums und über die mutmaßlichen Ursachen von Finanzkrisen sich äußern ließ. Dabei kam es einzig darauf an, einen bekannten Namen mit einem gerade aktuellen Thema zusammenzubringen.

Was heute manchen widersprechen lässt, ist vielleicht weniger der Wunsch Recht zu haben, als vielmehr ein »Unbehagen in der Kultur«. Denn diese Kultur schiebt sich an, auf Analysen der Wirklichkeit zu verzichten und den Wirkungen einzelner Erscheinungen, Eindrücke, Stimmungen und Meinungen zu vertrauen, für die man »im Würfelbecher intellektuelle Modeworte zusammenwürfelt«, um sie wirkungsvoll zu verkaufen, denn sie versprechen viel und sagen nichts. Hesse hielt das noch für eine »bürgerliche« Erscheinung. Kann es sein, dass das »feuilletonistische Zeitalter« heute längst auch die Linke ergriffen hat?

Texte und Theaterstücke, so meinte jedenfalls Brecht, haben ein untrügliches Kriterium: Sie lassen sich in einem Satz sagen. Für Hans-Dieter Schütt's Gespräche mit Gabriele Zimmer in seinem Buch *Zwischen Baum und Basis* z.B. könnte er so lauten: *In der heutigen Welt ist für die menschliche Gesellschaft jede begründete Orientierung verlorengegangen und die einzig sichere Orientierung ist, dass es keine mehr gibt, da sich das wissenschaftliche Zeitalter als Utopie erwiesen hat und linke Personen und Parteien gut daran tun, im Interesse der Welterhaltung auf Utopien zu verzichten, um sich im Zeitalter des expandierenden Individualismus ohne programmatische Festlegungen den quälenden Widersprüchen zu stellen.* Ein Kollege sagte

es vor zweitausendfünfhundert Jahren ähnlich: »Ich weiß, dass ich nichts weiß« (Brechts Behauptung, dass an dieser Stelle der Beifall der Anhänger ausbrach und der Rest des Satzes »da ich nichts gelesen habe« unterging, lasse ich hier weg).

Das Ende von gesellschaftlichen Orientierungen wurde, weil man sich am Ende der Geschichte wähnte, schon oft verkündet und nicht erst 1989. Raymond Aron erklärte 1957, der Marxismus sei die letzte »Großideologie« und nach seinem Verfall werde die Zeit der Ideologien endgültig vorbei sein. 1960 erschien in New York das Buch von Daniel Bell mit dem Titel *Das Ende der Ideologie* und 1982 Peter Benders *Ende des ideologischen Zeitalters*. Konersmann, einer der Herausgeber des *Historischen Wörterbuchs der Philosophie*, schrieb 1993 in der *Zeit*: »Auf den grenzenlosen Feldern der Begriffe steht ›Ideologie‹ – eben noch die exponierte Gedankenfigur kritischer Gesellschaftstheorie – als schwankende Wortruine da.« Der Humorist Schütt geht noch einen Schritt weiter: »Noch der höchste Sinn, so die bisherigen Verläufe, führt zur Scheidung von Geschichte und Vernunft. Anders gesagt: Wer die Welt verbessern will, deformiert sie immer auch, und die Welt schlägt zurück.« Also: Eingreifendes Denken (Brecht) scheitert an einem »unlogischen, irrationalen Leben« (Schütt), das keine wesentlichen Zusammenhänge (im Volksmund auch Gesetze genannt) mehr erkennen lässt und nur noch in »Zerbröselungserscheinungen«, »wimmelnden Konfliktpunkten«, »auseinanderdriftenden sozial-moralischen Lebenswelten«, im »Zerren innerer Widersprüche« und als »Schmerz« und »schwerst Ertragbares« (Schütt) zu erfahren ist. Entschlüsselt man diese Art von Lyrik, wird hier, weit über das »Ende der Ideologie« hinaus, etwas Entscheidendes für die menschliche Gesellschaft verkündet: das Ende der Wissenschaft.

Ein anderer Lyriker, Erich Fried, sagte von dieser Welt, wer will, dass sie bleibt, wie sie ist, will, dass sie nicht bleibt. Sicher, Gesellschaftsveränderung ist heute Utopie. Und Leute, die sie dennoch denken und wünschen, bekommen den Stempel, dass sie zwar Gutes wollen, aber als Menschen nicht in diese Zeit passen. Das halte ich für ein Kompliment. Wer nicht in die Zeit passt, kann, um weiterzuleben, gar nicht anders, als diese Welt zu verändern, so dass die Zeit eben zu ihm passt. Denn wo das Wort »Utopist« zum Schimpfwort wird, hat man die Realität seiner eigenen Geschichte verspielt. In der Geschichte waren, besonders wo sie Unmögliches wollten, Utopisten stets Projektanten künftiger Möglichkeiten. Außerdem lebt es sich mit Utopien besser. »Eine Welt ohne Utopien ist wie eine Wüste ohne Oase«, sagt Jürgen Habermas, der bestimmt nicht unter dem Verdacht steht, die Welt umzuwälzen.

Zur Utopie eines demokratischen Sozialismus (eigentlich ein Pleonasmus) bedarf es heute mehr als in Zeiten offener Kämpfe neben der wissenschaftlichen Analyse auch der wissenschaftlichen Leidenschaft. Gerade weil »Reformer« auch damit beschäftigt sind, den Philosophen Marx aus den Kämpfen seiner Zeit, also aus der Arbeiterbewegung, herauszukeltern, um einen »Marx ohne Marxismus« in die ehrwürdige Reihe der Philosophen einzuführen. Sie wollen die »reine« Lehre, unbeschadet von den Kratzern der Praxis. Aber damit gesellen sie ihn jenen Philosophen zu, für die Marx nur Sarkasmus übrig hatte und die Franz Mehring »die alten Kumpanen der Hirnweberei« nannte. Neben der messerscharfen Analyse braucht es heute den »praktischen Glutkern des Marxismus« (Heiner Müller), der verhindert, dass aus dem Feuer von einst nur Asche wird.

Frigga Haug

»Schaffen wir einen neuen Menschentyp«

Von Henry Ford zu Peter Hartz

Revolution – dieses einmal kämpferische, mit Hoffnung und Schrecken besetzte Wort wurde längst weichgeklopft, breitgetreten, ins Beliebiges verformt. Es kann ein neues Waschmittel ankündigen oder jede andere Ware bis hin zu Regierungshandeln: ist die diskutierte Rentenreform nicht auch eine Revolution? Peter Hartz, ehemaliger Vorsitzender der gleichnamigen Kommission in der rot-grünen Regierung, legte in einem vor 2 Jahren publizierten Buch den projektierten Arbeitsplätzen diesen Namen an: Job-Revolution. Obwohl das Buch im Verlag der FAZ erschien und von dort genügend publicity bekam, sind die Vorhersagen, Methoden, Ziele kaum öffentlich diskutiert'. Da aber das Vorhaben weiterhin Grundlage von Regierungspolitik ist, legen wir es hier auf den Prüfstein. Das Buch spricht ganz offensichtlich im Zeitgeist. Es betreibt die ganz und gar ruchlose Verwandlung aller Worte in Waren, die im ständigen Ausverkauf noch um Marktvorherrschaft streiten. Das beginnt ja sogleich im Titel, den nicht zu beachten die Sache ins Halbbewusste schiebt. Revolution, gerade noch eine Metapher für Ausbruch und Aufbruch, Gewalt gegen zu lange ertragenes Unrecht, Blutbad und endlich Gerechtigkeit – in Begleitung eines Jobs rutscht die Auflehnung in die Niederungen von Arbeitssuche und Kräfteverbrauch, in die Verschiebung des Lebens auf die Zeit danach. Bei Hartz ist das Gegenteil gemeint. Die Verbindung von Job und Revolution veredelt den Job, er ist die Form, in der Arbeit unaufhörlich im Aufbruch ist, der Einzelne sich neu erfindet, Unternehmer ist. Die versprochene revolutionäre Dynamik setzt sich fort in Ausstattung, Kapitelüberschriften, farbig hervorgehobenen Versprechen und Tabellen noch und noch. Ohne Zweifel finden wir uns im Bereich der Werbung, des Buhlens um Kundenschaft, die um ihr Begehren noch nicht weiß.

Der Autor ist seit 1976 Arbeitsdirektor im Personalmanagement, ab 1993 Vorstandsmitglied der Volkswagen AG, auch hier Arbeitsdirektor. Er übernahm den Vorsitz in der nach ihm benannten Kommission im August 2002. Er spricht von oben und vom Standpunkt der Wirtschaft über Arbeitsplätze und ihre Vermehrung – insofern ist von vornherein klar, dass es sich weder um ein wissenschaftliches Sachbuch

1 Das Buch erschien vor der Gründung der Hartz-Kommission, bildet gewissermaßen den Fähigkeitsnachweis, auf dessen Grundlage Hartz zum Leiter der Kommission berufen werden konnte. Einiges von seiner Rhetorik ging in den Kommissionsbericht ein, einiges in die Agenda 2010. Die »Ich-AG« etwa ist inzwischen als Unwort des Jahres 2002 bekannt, was allerdings wiederum nicht als Zeichen klaren Erwachens, sondern selbst noch in der Negation als bloßes Medienereignis zu werten ist.

noch um ein Gutachten handelt, gleichwohl bringt die Lektüre eine doppelte Überraschung. Das Buch kommt aus der unverhüllten, Sprache missbrauchenden, redundanten und schreienden Werbung nicht heraus, und dennoch ist dies der Grundstein, das Zeugnis, die Legitimation und fachkundige Beratung für die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung Deutschland: das Hartzmodell. Insofern lesen wir das Buch nicht nur als Vorschlag für Arbeitsmarktpolitik, sondern auch als Aufbruch in eine neue politische Kultur.

Das Fernsehen hat seine Zuschauer erzogen. Ein Film in einem Privatsender etwa wird von den sich stets wiederholenden Werbestücken unterbrochen, in denen einem suggestiv durch Farbenreichtum, Anmut, Exotik, Atmosphäre wie in einem Reiseprospekt und kurze Handlungsgags der Genuss einer bestimmten Kaffemarke, eines Haarwasmittels oder einer Fertignahrung geboten wird. Die untermalende Musik mischt sich mit den strahlenden Augen der schönen und jungen Menschen in der Werbehandlung – all dies ist lange schon Brauch und schon vielfach analysiert. Neu ist, dass es immer die gleichen Stücke sind, die durch solch einen Film ziehen wie ein Nummerngirl, sodass man in eine Art Trance gerät und das beleidigte und überdrüssige Bewusstsein anfangen muss, diese kleinen Handlungsstücke selbsttätig in den Film zu verweben und das Ganze als Unterhaltung zu verbrauchen, deren Informationen sich vielleicht zu Kaufentscheidungen sedimentieren. Dies ist Vorbild und Muster für unsere neue politische Kultur, wie sie im Buch von Peter Hartz vorgeführt ist.

Prüfen wir die Konstruktion eines solchen rhetorischen ›Nummerngirls‹, das mit besonderer Suggestivkraft Zustimmung organisiert: die Berechnung der Arbeitszeiten. Man kennt die Rede von der Zwei-Drittel-Gesellschaft als Drohung einer strukturellen Arbeitslosigkeit und Aussonderung eines Drittels der Bevölkerung aus aktiver Teilhabe. Hartz rechnet mit der damit verbundenen Angsthaltung und baut auf ihr die Legitimation für seine Vorschläge. Aber er dreht den Spieß um: wir leben in einer 10-Prozent-Gesellschaft. »Der Anteil der Lebensarbeitszeit am Leben ist bereits unter 10 Prozent gesunken« (20). Kein Wunder, wenn das System in Krise ist. Der Trick dieser überraschenden Berechnung steckt im Wort »Leben«. Hartz konzipiert den Menschen als eine Maschine, die rund um die Uhr und ihr ganzes Leben arbeiten könnte. Dann begibt er sich an die Berechnung der Stillstandszeiten und kann erkennen, dass diese Maschine nicht ausgelastet ist. »40 volle Jahre im Beruf mit durchschnittlich 1400 Stunden effektiver Jahresarbeitszeit bei 80 Jahren Lebenserwartung (mal 8760 Stunden pro Jahr) sind gerade einmal 8 Prozent des Lebens.« (20) Auf dieser Grundlage, die fortan durch das gesamte Buch geistert, kann Hartz Zumutbarkeiten diktieren, alternative Nutzung vorschlagen, Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit anmahnen. Bei 8 % kann sich keine Arbeiterklasse mehr denken, keine Gewerkschaft auftrumpfen. Arbeit ist zur Nebensache geworden. Gegenargumente werden durch Unterbieten erstickt: »Zusammenfassend lässt sich kalkulieren, dass ein durchschnittlicher Arbeitnehmer faktisch nicht mehr als 5 % seines Lebens für den eigenen Lebensunterhalt und den seiner Familie arbeitet« (48).

Der Boden ist bereitet, das ganz Andere zu wollen. Hartz arbeitet mit den Gefühlen derer, die Veränderung vorhatten. Er übernimmt die Hoffnungsworte der sozialen Bewegungen und fügt aus ihnen das neue Angebot des »Unternehmers« zusammen, der ein jeder durch Wortzauber fortan sein kann:

Arbeitszeitsouveränität – das Ende der Arbeitszeiterfassung ist der erste Schritt zu einer neuen Mündigkeit: Zeiten selbst organisieren, statt Auftrag und Aufgabe abzuarbeiten. Vertrauensarbeit ist der zweite Schritt: Ziele setzen und Erfolg abfordern, statt Details zu planen. Die Revolution beginnt mit dem dritten Schritt: Arbeit wird neu definiert: Sie umfasst wieder ein ganzheitliches Stück Leben: lernen, produzieren, kommunizieren. Etwas bewegen! [...] Die zukünftige Arbeit bekommt den Motivator: »Beweg etwas – du kannst es!« Der Unternehmer vor Ort nimmt das Schicksal seiner Beschäftigung mit in die Hand. [...] Diese Neudefinition der Arbeit wird ein beherrschendes Thema der Zukunft. (21)

Gramsci nennt solches Vorgehen eine »passive Revolution«. Die Utopie wird ins Diesseits geholt und erscheint genau dort, wo es uns an den Kragen geht. Diese Verwandlung, bei Hartz »Flucht nach vorn« genannt, verlangt Sportsgeist. Es gilt, die »Unbequemlichkeit der Zukunft, sportlich auszuhalten« (25).

Trotz seiner 5-10 Prozent-Diagnose schließt sich Hartz nicht so ohne weiteres dem Chor der Verabschiedeter der Arbeitsgesellschaft an. Das Problem ist komplizierter. Was verschwunden ist, zumindest weitgehend, sei die Kopplung von Arbeit und Ausbeutung (ebd.). Und insofern die »neue Arbeit« also ein begehrtes Gut ist, können von den Arbeitsplätzen her Forderungen gestellt werden. Dies scheint auf der einen Seite angemessen, ist aber zugleich der Beginn der Einsetzung der Arbeitsplätze als eigentliche Subjekte der Verhältnisse, denen sich die Arbeitenden unterzuordnen haben. Das ist das zweite Nummerngirl, das durch das gesamte Buch zieht: die Rede vom »Arbeitsplatz, der einen Kunden hat«. »Im erfolgreichen Unternehmen sitzt der Kunde im Bewusstsein mit am Tisch – von der Produktdefinition bis zur Tarifverhandlung.« (U.a. 30) (Ich komme darauf zurück).

Mit diesen Voraussetzungen stellt sich Hartz das zu lösende Problem des Arbeitsmarktes als Effekt des Umbruchs der Produktionsweise: Ohne Umschweife sieht er die Vergangenheit als Taylorismus-Fordismus mit den entsprechenden Produktivkräften. Ihm ist man nun entkommen, ebenso wie der Lohnarbeit überhaupt und dem Kapitalismus.

Jetzt »ist der ganze Mensch gefragt, mit seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Offenheit, seinem Talent und seiner Leidenschaft, zu lernen, zu entdecken, etwas zu entwickeln und weiterzugeben. Es lebe der kreative Unterschied. Wir lassen den Taylorismus hinter uns.« (16) Unter dem Titel »Fortschritt durch Mündigkeit« inszeniert Hartz geradezu eine Orgie an Zukunftsversprechen, in denen sich Befreiungshoffnungen unlösbar mit Werbesprüchen vermählen und dies zugleich als eine Art Lebensgefühl vorgestellt wird, untermalt mit Sprachfetzen der Jugendkulturen. Das »Selbst« tritt in beliebigen Verbindungen (mit -organisation-, -disposition-, Selbstständigkeit usw.) in den Vordergrund, bis es zum Herrn der Schöpfung mutiert, wenigstens in Worten:

die Welt wird komponierbar: Gene und Moleküle liefern das Design für die übernächste Produktgeneration. Bio- und Nanotechnologien erweitern die Revolution der Informationstechnologie zu einer neuen technischen Plattform für zukünftige Gesellschaften. Janus grüßt den

Fortschritt. Am Ende von E-Business und E-Commerce steht die weltweite Vernetzung der Wirtschaft – ein sehr viele Lebensvorgänge begleitendes Econet. Die Informationstechnologie wird unausweichlich, sich im Internet zu bewegen zur vierten Kulturfertigkeit [...] Feuer für jede Fantasie. (16f)

Die Einstimmung in den Aufbruch wird weiter mit der Anrufung im allgemeinen positiv besetzter Worte und Vorstellungen organisiert – Mitbestimmung, Familie, Zuhause, Vertrauen, Kompetenz, Souveränität (überall im Buch, u.a. 87) –, die darum die erhoffte Wirkung erzielen können und zugleich schal werden, unbrauchbar, bis man selbst sprachlos wird. Hartz thematisiert solchen Verlust als Realentwicklung. Mitbestimmung etwa ist für ihn zur »realen Utopie« geworden, was meine: »Die Wirklichkeit hat die Vorstellung noch »getopt« (105), denn Mitbestimmung (samt Betriebsrat usw.) braucht es nicht mehr, weil jeder selbst bestimmt. Hartz arbeitet weiter an der Umwertung der Werte. Der Weg nach vorn verlangt den Rückzug, in dem, was bislang für Wert erachtet wurde. »Betriebsräte werden gewählt, Manager ernannt, Unternehmer geboren« (107). Auch in dieser Allgemeinheit wird so für jeden der Weg frei, Unternehmer zu werden.

Kritik am Hartzmodell richtet sich gegen den weiteren Abbau des Sozialstaats, Privatisierungen, Streichungen im Sozial- und Gesundheitswesen und gegen die Aufforderung, sich im Niedriglohnbereich einzufinden. So fasst etwa Hans-Jürgen Urban beim Vorstand der IG-Metall die »Essentials« zusammen: den Versuch, die Arbeitslosenzahl zu halbieren durch Zumutbarkeitsregelungen, Leiharbeitsunternehmen, Ich-AGs und Minijobs und Verwandlung der Arbeitsämter in »Job-Centers« (vgl. Forum Wissenschaft 1/03, 40ff). Christian Brütt sieht die Hartzvorschläge als eine bestimmte hegemoniale Deutung der arbeitsmarktpolitischen Probleme und verweist auf die Nähe zum US-Modell des »workfare«, mit der »Rückkopplung der Arbeitskraft an das Marktrisiko« und eine Art »negativer Anreizpolitik« (vgl. *Das Argument* 247, 559-568, hier insbes. 563ff). Der im Frühjahr 2003 über das Internet ergangene »Aufruf von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern« warnt vor der »Devisen »Weniger Sozialstaat = mehr Beschäftigung« und bezeichnet die Agenda 2010 (deren Vorschläge Programm der Hartzkommission sind) als »Verletzung der Prinzipien sozialer Gerechtigkeit« und »Gefährdung der Substanz des Sozialstaats«. Kritisiert werden das Armutsrisiko, die Niedriglohnökonomie, Veränderungen in der Sozialversicherung und im Gesundheitswesen.

Die nachvollziehbare und gerechtfertigte Kritik steht in einem eigentümlichen Missverhältnis zum Hartz-Ton der schmetternden Werbung und Indienstnahme von Veränderungshoffnung. Offenbar geht es um mehr und um anderes auch. Prüfen wir also, in welchem Umbruch Hartz sich verortet und wie er seine Aufgabe darin bestimmt. Es geht Hartz zweifellos darum, dem Fordismus/Taylorismus wirklich zu entwachsen mit allen Voraussetzungen, insbesondere den subjektiven, also mit den Persönlichkeiten der Arbeitenden. Die Hochtechnologie hat die Arbeitsweise radikal verändert, nun muss auch die Lebensweise folgen, mit allen Haltungen, Werten, Gewohnheiten. Hier muss kulturelle Politik ansetzen.

An dieser Stelle ist es weiterführend, sich auf die Analysen Antonio Gramscis zurück zu besinnen, der genau diese Fragestellung für den Fordismus verfolgte (vgl. dazu F. Haug 1998). Er analysiert das fordistische Modell der Einführung von Massenproduktion am Fließband – die Möglichkeit und Einsetzung von Hausfrauen, die über Disziplin, Gesundheit, Erziehung wachen und für die monotone Verausgabung von Kraft einen Ausgleich in Freizeit und Familie schaffen, die dazu gehörigen Strategien der Unternehmer (Inspektion von Konsum, Moral und Hygiene in den Arbeiterhaushalten) sowie die puritanistischen, mit Pioniermoral überhöhten Regierungskampagnen einschließlich des Alkoholverbots – als »die größte [bisher dagewesene] kollektive Anstrengung, mit unerhörter Geschwindigkeit und einer in der Geschichte nie dagewesenen Zielbewusstheit einen neuen Arbeiter- und Menschentypus zu schaffen« (H. 4, § 52, 529).

Mit ähnlicher Zielbewusstheit sehen wir im Umbruch zur hochtechnologischen Produktionsweise Peter Hartz am Werk. Besichtigen wir die Scharnierstellen seines Projekts und folgen dabei methodisch Gramsci: Im widersprüchlichen Zusammenhang von Arbeits- und Lebensweise sind die Möglichkeiten der Herausbildung neuer Arbeiter- und Menschentypen folgendermaßen zu studieren: 1. als subjektive Tat; 2. als bestimmt durch Arbeitsweise (Entwicklung der Produktivkräfte) und 3. durch Produktionsverhältnisse als ideologische Veranstaltung durch industrielle Apparate (Schule bis Betrieb); 4. schließlich als staatliche Kampagnen, in denen neue Erfordernisse unter Aufnahme von Tradition und herkömmlicher Sitte verdichtet werden zu quasi weltanschaulichen Systemen (Beispiel Puritanismus). Der Stoff, um den gerungen wird, ist die Psychophysis der Menschen, motivierte Verausgabung auf dem geforderten Niveau und subjektive Zustimmung. Das schließt alle Fragen der Haltung zum Körper und zur Seele ein.

Die neue Produktionsweise, für die Hartz nach Lösungen sucht, braucht den Massenarbeiter nicht mehr. Die Zustimmung, die jetzt organisiert wird, lässt sich zusammenfassen in der Anrufung, »Unternehmer« zu sein. Daher hören sich viele seiner Formulierungen auch so an, als spräche er nur für eine Elite im Arbeitsvolk. Aber sein Projekt ist ehrgeiziger und zwiespältiger. Es ist zugleich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für diejenigen, die ausgemustert werden oder es bereits sind: so geht der Appell, sich endlich selbst zu versorgen, mit der Geste einher, so werde Gesellschaftsgestaltung für die Einzelnen möglich. Und es ist ein Vorschlag an die Regierung, dass sie ihre Kampagnen in den Dienst der Wirtschaft stelle und dies als Arbeitsmarktpolitik ausbebe.

Welches ist der neue von Hartz angezielte Arbeiter/Menschentyp? Die Bestimmung erfolgt zunächst in Form einer Drohung: »Die Job-Revolution [...] wird keine betuliche Entwicklung, die Job-Inhaber aus geschützten Positionen überleben könnten. Dramatisch wird sie für jeden, dessen persönliche Lerngeschwindigkeit und Beschäftigungsfähigkeit mit der Dynamik [...] nicht mehr Schritt hält.« (10) Die Worte lassen wenig Zweifel: es ist eine Frage auf Gedeih und Verderb. Im Zentrum steht wie eine Art Rettungsanker ein neues Wort: *Beschäftigungsfähigkeit*. Als innere Tugend und verantwortliche Potenz taucht auf, dass man am Markt verkäuflich ist,

dass Unternehmen einen einstellen, dass man also einen Arbeitsplatz findet. Das ist, in dieser Radikalität gesprochen, neu. Es ist das Diktat, sein Leben selbstbestimmt so auszurichten, dass man jeder Zeit und an jedem Ort, auf jede Dauer einsetzbar wird wie eine Maschine, die zudem über zusätzliche »menschliche« Emotionen verfügt. Geplant ist mit anderen Worten eine Art »Super-Fordismus«, aus dem die gesellschaftlichen (wohlfahrtsstaatlichen) Sicherungen herausgeschraubt sind. Das hat mit den bekannten Formen von Berufsausbildung und entsprechendem Abschluss nichts mehr zu tun. So heißt es kurz und bündig: »Der Wandel hat die Berufswelt abgehängt. Kein Berufsabschluss garantiert noch Beschäftigungsfähigkeit.« (70)

Der Unterordnung der Einzelnen unter ihre Einstellbarkeit, also ihrer neuen Verwandlung in Waren, folgt, dass die Lebendigkeit der Subjektivität in die Außenwelt des Verkaufs gelangt. Dies wird mit dem für das Amalgam von Politik und Werbung angemessenen Können klar und wirksam ausgesprochen. »Die Elektronik-Kompetenz wird zu einem entscheidenden Wertschöpfungstreiber der Branche. Ein anderer Zukunftstrend ist die Schaffung moderner Kundenwelten. Die neue Autostadt [...] bietet Mobilität als Erlebnis, lässt Werte und Wissen sinnlich erfahrbar werden – ohne Auto. Die Automobilmanufaktur Dresden integriert den Käufer in die Vollendung seines persönlichen Fahrzeugs. Das Spitzenprodukt soll zum Event werden. Sich ihn zu gönnen, lässt vielleicht das Geld vergessen.« (35)

Ein ebenfalls aus der Werbung stammendes sprachliches Mittel ist das Wort-Bombardement. Neue Worte oder Worte in ungewöhnlichen Kontexten prasseln so schnell hernieder, dass es ganz ausgeschlossen ist, darüber nachzudenken. Ein Entkommen bietet, einfach mitzumachen. Da gibt es Jobfamilien, Kreativnetze, eine Klusterbildung von Kompetenz und Engagement als Kerne mit Anziehungskraft, Lerninseln, Handlungskorridore, Vorsorgekapitale und ein Feuerwerk neuer Jobs usw. usf. Der neue Menschentyp, der in alledem geformt wird, benötigt »eine neue Job-Moral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Arbeitskraft verstehen (sozusagen als shareholder ihrer Human Assets), sondern die Verantwortung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also sich als »workholder«, als Bewahrer und aktive Entwickler ihrer Chancen und Arbeitsplätze verhalten« (41). Immer deutlicher wird, dass es der je Einzelne ist, der die Misere des Arbeitsmarktes verschuldet hat und entsprechend auch als Einzelner die Lösung vorantreibt, der die Fäden zieht und ziehen muss, will er nicht einfach untergehen. An dieser Stelle ist es an der Zeit, sich an eines der oben vorgeführten Nummerngirls zu erinnern, das mit dem Zeitkonto. Erinnern wir also, dass die Einzelnen ja nur knapp 10 % ihrer Lebenszeit als Arbeitszeit verbringen, so folgt: »Diese verkürzte Zeit kann gerannt, gerackert und auf Biegen und Brechen geleistet werden.« (51) Mit »entsprechender Einstellung und flexiblen Einsatzmodellen ließe sich eine Jahresnutzung von 6000 bis 7000 Stunden erreichen« (ebd.), womit man dann auch die Maschinen und Anlagen viel wirtschaftlicher nutze.

Was wäre die neue politische Kultur, wenn sie die nachwachsende Generation nicht erreichte? Hartz streut entsprechend Anbieterungsworte wie »hipp«, »Flexigesetz«, »fuzzy world« in seine Sätze, wohl um die Zumutbarkeit der neuen

Menschenform für die Jugend zu erleichtern. Die *Zumutbarkeit* ist das zweite Geheimnis der Hartzvorschläge, sie ist das Bindeglied, welches das Sprechen über die Elite der Hightech-Welt mit dem niederen Fußvolk verbindet. Keiner kann mehr die »Nibelungentreue der Solidargemeinschaft erwarten« (51), so dass gilt: »Zumutbar wird vieles in der 10-Prozent-Gesellschaft. Das Potenzial zur Senkung der Lohnnebenkosten und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ist noch nicht gehoben.« (Ebd.) Man erwartet, dass an dieser Stelle die bekannte Regierungsrede von der Zumutbarkeit der Niedriglohn-Jobs kommt und möchte die langen Ausführungen schon überspringen. Aber Hartz geht tiefer: Bei der Schaffung des neuen Menschentyps, bei der Organisation von Zustimmung wird ausgearbeitet, was Zumutbarkeit heißt, sodass es die Einzelnen wirklich an der Wurzel ergreift und sie umkrepelt. Zunächst gilt es also, die Zumutbarkeit selbst aus dem Außenverhältnis des Marktes zu einer inneren subjektiven Tugend zu machen. »Zumutbarkeit gehört zu den zentralen Begriffen für die Gesellschaftspolitik der Zukunft. Jeder kann bei sich anfangen und nach seinen Möglichkeiten beitragen – überbrücken, strecken, befristen und auf der Zeitachse gestalten, neue Maßstäbe, Bewertungen und Überschriften finden. Wichtig ist, dass wir verstärkt über veränderte Erwartungen sprechen.« (52)

Auf dem Prokrustesbett der Selbstformung bleibt die Frage, was eigentlich Zumutbarkeit ist. Hartz klärt auf: sie ist »die Rückseite des Leistungsprinzips. Wenn der Erfolg da ist, muss nach Leistung und Anteil bemessen werden. Setzt der Misserfolg ein, gilt die Regel der Zumutbarkeit« (ebd.). Es ist wie beim »Großen und Kleinen Klaus«, auf dem steinigen Acker mit dem mageren Pferd bringt der Kleine keine Leistung, während sie dem Großen mit einem Stall voller Gäule auf dem fetten Acker gelingt. Im Märchen geht die Sache makaber gut aus, aber auch in der Wirklichkeit lässt sich etwas machen, belehrt Hartz. Pech ist eine Praxis. Wenn man in misslicher Lage die Erwartungen ans Ziel herunter- und zugleich die an sich selber hochschraubt, kann es gelingen. Die »Spielräume« sind groß.

Zumutbarkeit und Beschäftigbarkeit liegen auf einer Ebene, gehören zusammen wie eineiige Zwillinge. Sie »sind die Eckpfeiler jeder Zukunftsgestaltung unserer Sozialsysteme« (52). Hartz lässt uns denken, dass diese beiden Pfeiler im Prinzip oder im Allgemeinen einander die Waage halten, nur derzeit gerieten sie ins Ungleichgewicht: »Während die Zumutbarkeit wächst, schrumpft die Beschäftigbarkeit.« (Ebd.) Solcherart sind die beiden, die wir als Eigenschaften und Haltungen der Einzelnen wahrzunehmen gelernt haben, neutral beobachtbar wie Gestirne am Himmel. Neues Verhalten, wiederum der Einzelnen, ist gefordert, um die Waagschale auf der hochschwingenden Seite zu belasten. So offenbart sich Zumutbarkeit jetzt auch als Aufruf an Lernhaltung und -praxen und wiederum als Ausleseprinzip. »Lernkurven werden steiler, Qualifikationen verfallen schneller, Anreize greifen seltener, Physis und Psyche halten irgendwann nicht mehr mit.« (Ebd.) Und gegen die Wahrnehmung fehlender Lehrstellen lehrt Hartz: »Ein Teil des Nachwuchses findet erst gar keinen Anschluss – seine Grundgeschwindigkeit bleibt unter der Schwelle zum Take-off.« (Ebd.)

Die Worte zeigen eine fast grenzenlose Fähigkeit, sich mit beliebigen Bedeutungen aufzuladen. Zumutbarkeit mutiert schließlich zur Anforderung an selbstbestimmtes Lernen, um den Anschluss an die neue Zeit zu halten. »Zumutbar ist es, sich selbst Sprachen anzueignen, IT-fit zu werden, sich im Internet bewegen zu lernen, fachlichen Anschluss zu halten, mobil zu bleiben und den Blick für Perspektiven zu schärfen«, sonst ist man »Analphabet«. Und so erklärt sich die wachsende Arbeitslosigkeit: »Durch Zumutbarkeit und Beschäftigbarkeit verliert die 10-Prozent-Gesellschaft an ihren Rändern diejenigen, die sich im Hochleistungssystem der letzten 10 Prozent Arbeit nicht mehr halten – halten können oder wollen.« (Ebd.)

Die Formel ist einfach, politisch korrekt gesprochen finden wir uns auf dem nächsten Lösungswort des neoliberalen Hartzmodells und zugleich in neuer Zeichensetzung: »Unternehmer(in) sein, kann jede(r)« (55), denn das »Hochleistungssystem« kann nur funktionieren, wenn »Mitarbeiter zu Mit-Unternehmern werden« (53). Das Eigentümliche an solchen Aussagen ist, dass sie so richtig wie verlogen sind. Man könnte den Gegensatz von Unternehmern und Arbeitenden auch dadurch auflösen, dass alle Unternehmer werden. Zudem, was wäre die »Assoziation der freien Produzenten« (Marx) anderes als ein Verbund selbstbestimmter unternehmender Einzelner, die sich zur Bewältigung der gesellschaftlichen Produktion zusammenschließen? So arbeitet Hartz mit dem Schein, die Gesellschaft würde endlich ihren Mitgliedern übergeben, »Rücknahme der Arbeit in die Gesellschaft« (45), geht aber großzügig darüber hinweg, dass sie in der Hauptsache schon verteilt ist, sodass die neuen Unternehmer sich in den übriggebliebenen Arbeiten wiederfinden, die keinen Profit bringen. Dies vor allem jeder allein: keine Assoziation freier Produzenten also. Statt dessen: »Umwertung der Werte« (45). Hartz nimmt eben die Hoffnungen aus diesem sozialistischen Projekt und schneidert sie passend für die einzelne »Unternehmerin«, die in ihrem Wohnzimmer bügelt und für die Erstausrüstung eine Anschubfinanzierung bekam. »Arbeit als betrieblich verfasste Organisation von Tätigkeiten unter fremden Dispositionsrecht, mit fremden Arbeitsmitteln und in fremden Arbeitsräumen hat als Grundfigur für die Jobs der Zukunft mehr und mehr ausgedient.« (Ebd.)

Der neue Unternehmer der Gegenwart bestimmt sich durch »emotionale Qualität«, die mit »der Individualität und Emotionalität des Einzelnen untrennbar verbunden ist« (55). Hartz preist das neue Unternehmer-Leitbild an wie den Aufbruch in fast vergessene Hoffnung. Im Verkaufssalon, der wie ein elegantes Reisebüro vorzustellen ist, klingen von weither Lieder aus der Arbeiterbewegung, modern umgetextet: »Wer treibt die neuen Jobs, wer schlägt aus ihnen langfristiges Beschäftigungs- und Einkommenskapital? Ich, du, Sie, wir. Wir sind die Value Driver der Zukunft. Wir suchen die Zukunft der Arbeit, und dies wird eine Abenteuerreise.« (56) – Hartz zeigt kulturelles Kapital und holt weit aus, um bis zum »global village der Telekommunikation« (56) zu gelangen. Von Goethe geht es über die Handelscompagnien, gigantische Reichtümer immer weiter im Fortschritt (der übrigens niemals Subjekte hat, schon gar keine Arbeitenden) bis zur »dritten Dimension der Zukunft – Qualität«; »hinter dem Tauschwert und der Funktionalität«, »jenseits der begrenzten Zweckrationalität« zeigt sich jetzt »Emotionalität [...]. Emotion wird zu

Kapital« (56f). »Wer bisher Gültiges, Geglaubtes, Erlebtes, Machbares, Wahrnehmbares, Gefühltes oder Denkbare noch einmal überschreiten kann – der schafft einen neuen Wert, erzeugt Qualität als ultimatives Entertainment.« (57)

Es gibt in diesem Text u.a. drei Posten, die – und das erweist sich als Strategie der neuen politischen Kultur – unaufhörlich miteinander verschmelzen, dabei wie ein Chamäleon Farbe und Gestalt wechselnd und anpassend. So verbinden sich 1. die Unternehmen mit den darin Arbeitenden, 2. Produktion mit Verkauf und 3. in allen Gruppen die Gewinner und Erfolgreichen, die selbst sehen können, wo sie bleiben, mit den Ausgesonderten, die sich auf andere Weise überlassen bleiben. Hartz wählt Beispiele, Sprache und Perspektive, in denen jeweils alle sich angesprochen fühlen sollen und in denen der Wechsel von Produktion zu Verkauf Programm ist. Es geht letztlich um »die Differenz zu allem Vorhandenen als Wahrnehmungskitzel unter Haut und Hirn. Bei diesem Kampf um neue Kunden öffnet sich der Horizont bis zum Abgrund: Hohes und Rohes droht [...]. Das Menschliche und Allzumenschliche liefern den Schlüssel zum Erfolg« (ebd.).

Der neue Menschentyp, der all dies vollbringt, ist »fit, fähig, flexibel und jetzt auch noch fantastisch – wir sind auf dem Weg vom atmenden zum eventiven Unternehmen« (59). Schließlich wechselt Hartz von der Werbung in postmoderne Sozialtheorie oder umgekehrt: »Die Jobs der Zukunft leben von der Inszenierung. Des feinen Unterschieds wegen: Design, Farbe, Haptik, Geruch und Ton sollen die Sinne fesseln, Erlebnisse den Kunden an das Unternehmen binden. Dies Individuelle und Authentische vermitteln nur Mitunternehmer und Mitunternehmerinnen den Kunden.« (Ebd.) Die »Schlüsselkompetenz« des neuen Menschen »heißt Sensibilität, weil sie allein für die notwendige emotionale Qualität sorgt. Sie wird High Touch genannt« (66). Die Sprache der neuen politischen Kultur des Imperiums ist durchsetzt von Anglizismen. Das scheint im globalen Maßstab zum einen natürlich und verleiht den Sätzen zum anderen eine obskure Bedeutungshaftigkeit, die wie eine Sperre die Inhalte zudeckt. Sie tut dies mittels ungefähren Fingerzeigen, Anklängen an etwas, das man weiß oder wissen müsste und verschmilzt diese zu einer Losung, über die man nicht nachdenken kann, weil sie ein inneres Geheimnis ist. »High Touch« z.B. erinnert an high tech und gewinnt damit ganz ohne Begründung und Analyse sogleich Plausibilität und Zeitgemäßheit, das passende Gefühl zur Produktionsweise. Unpassend ist, wer um den Namen noch nicht weiß, er gerät in den Verdacht, die gesuchte Emotionalität nicht zu besitzen und tut gut daran, beim nächsten Bewerbungsgespräch die verlangten Wortsignale auszustoßen.

Die Werbesprache bedient sich gerne des Stabreims. So prägt auch Hartz immer wieder Bündel von Zuschreibungen, die allesamt mit dem gleichen Buchstaben beginnen und dann als Kürzel gesprochen werden können, die 4 F (oben), die 3 W (Wollen, Wissen, Werte, 72) oder die 4 M. Letzteres bezeichnet das neue Menschenprofil: »Mehrfachqualifiziert, mobil, mitgestaltend und menschlich« (73). Der neue Menschentyp ist auf jeden Fall ein Single, er ist ein Individuum, kein Teil eines Kollektivs, »denn nur als Individuum erfindet und empfindet der Mensch Qualität« (65).

Hartz würzt seine Rede nicht nur mit Slang aus der Jugend, übernimmt nicht nur die Sprache der Linken und verdreht sie, er setzt auch auf Zustimmung unter »Alternativen«, für die »ganzheitlich« ein Zielwort ist. »Das ganzheitliche, sinnhafte Grundelement des Arbeitsvollzugs« – solche Beschwörungen finden sich immer wieder als Versprechen, Schluss zu machen mit Entfremdung. Beim Zuhören oder Lesen darf man niemals vergessen, sich bei alledem die Büglerin im Wohnzimmer vorzustellen.

Während die Frage, ob man eine Beschäftigung findet oder nicht, als Eigenschaft des Individuums erscheint, verschwimmen auch dessen Grenzen als Sensitivität z.B. in die Eigenschaften eines Autos und springen dann unvermittelt in den Profit. Der »Mitarbeiter« muss sich für den Kunden begeistern. »Der Kundenwert wächst so über das blanke Kosten-Nutzen-Kalkül hinaus. Beim Auto z.B. gilt es, die emotionalen, eventiven Mehr-Werte – Fahrspaß, Erlebnis durch Mobilität, Statusgewinn, Sorglosigkeit durch Sicherheit und Perfektion, Fahrdynamik im Verkehrsfluss, gutes Gewissen durch Umweltbeachtung, Wertbeständigkeit durch Markenimage – unternehmerisch zu neuen Wertschöpfungspotenzialen zu steigern.« (66) Hartz nennt dies Amalgam von Mitarbeiter, Werbung und Unternehmen »Verhaltenskultur« (66). Das zugehörige »mündig-mutige« Individuum ähnelt unvermittelt Faust: »Nur wer nach den Sternen greift und dabei die inneren Kräfte der Fantasie anfacht, vermag sich zu halten. Die Fähigkeit, neue Qualitäten zu entwickeln, hält uns nah an der Utopie [...]. Es ist die Chance, im Job zu Hause zu sein.« (67)

Das Modell von Hartz ist nicht nur eine Verschmelzung von Werbung und Politik bzw. Politik als advertising. Im selben Zug wird staatliche Politik unter die Anforderungen der Wirtschaft gestellt. Dies auf doppelte Weise: Es geht einmal darum, die Gewinner zu Hochleistungen anzuspornen, zum anderen aber auch darum, die Verlierer von Unruhen abzuhalten, sie irgendwie unterzubringen, da man sich ihrer nicht einfach entledigen kann. Letzteres geschieht, indem die Unteren im Namen der Oberen angerufen werden, als ob für alle Gleiches gelte. Und in der Tat geht es auch darum, die Restgesellschaft, das, was nicht bereits profitlich verteilt ist, in die Obhut der Restmensen zu geben, als seien sie ebenfalls Unternehmer. Dabei strahlt Hartz ein Versprechen auf Zukunft (ein sehr häufig verwendetes Wort) aus, die den meisten abgeht.

In diesem Hochgeschwindigkeitszug, als den wir uns die Gesellschaft vorstellen sollen, bleibt die Frage nach den Geschlechterverhältnissen bzw. danach, wie die Geschlechter eingespannt werden in die Reproduktion dieser Gesellschaft, seltsam leer. Wir erinnern an Gramscis Analyse der fordistischen Produktionsweise und der Stellung der Hausfrauen im Gesamtgefüge, an den männlichen Ernährer und weibliche Abhängigkeit von seinem Lohn. Bei Hartz ist die Entwicklung zumeist geschlechtlich neutral gehalten. Bis auf wenige Ausnahmen handelt er von Menschen im Allgemeinen. Aber es gibt ein Extrakapitel zu Frauen – zwei Seiten handeln davon, dass die »Hälfte der Zukunft den Frauen« (59f) gehört. Hier erlahmt seine gewohnte Wortgewandtheit. Außer allgemein »Frauenförderung« zu erwähnen und einen »Girls Day« zu planen, an dem die Töchter mit in den Betrieb dürfen,

empfehlte er noch Selbstverteidigungslehrgänge, »Frauenkooperations-Seminare« sowie ein »Gleichstellungsaudit« gegen sexuelle Belästigung und begründete: Im »Erfolg von morgen [...] die Hälfte der Menschheit übergehen zu wollen, halbiert die unternehmerische Energie und zerstört die Wurzel unternehmerischer Verhaltenskultur – das persönliche Engagement, Initiative mit Herz und Hirn« (60f). Dies alles trifft jedoch die Frauenproblematik, welche mit der Weise zu tun hat, wie in einer Gesellschaft die Reproduktion von Menschen stattfindet und eingeplant ist, nur peripher. Waren Frauen im alten fordistischen Modell zuständig für die psychophysische Balance, für Freizeit, Gesundheit, Ernährung, Erziehung – sind sie bei Hartz doppelt freigesetzt. Sie sind die Abhängigkeit vom Ernährer ebenso los wie diesen selbst. Jede kann sich gleichberechtigt in die Hochleistungsgesellschaft begeben und versuchen, die genannten Aufgaben an die Gesellschaft zu delegieren, die sie unter Privatisierungspraxen und Sozialstaatsabbau an sie zurückschickt, so dass sich in der Bewerbung ums Olympiateam sehr viele Behinderte finden, am Start mit Einkaufsstützen und Babys im Arm. Kinder im alten Sinn tauchen kurz als Aufgabe auf, die mittels Training zu lösen ist, mit einer Anleitung, »wie werdende Eltern ihr individuelles ›work & life balance‹-Modell gestalten können« (60f). Wieder geht es um Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit wie lange schon, diesmal als partnerschaftliches Konfliktmodell – da ist nichts, in das sich Gesellschaft einmischen müsste. Es ist offensichtlich, dass nur eine Minderheit von Frauen zu den Gewinnern zählen wird, während die Mehrzahl in Armut lebt, wie dies schon jetzt für die ›Alleinernährenden‹ der Fall ist. Die Zahlen im Mikrozensus von 2002 weisen Anteile von 68 %, 70 % und 80 % Frauen bei Teilzeitarbeit, Niedriglohn-Jobs und Armut aus. Die doppelt freien Mütter bilden den Sockel der Armut. Dies geht natürlich nicht aufs Konto von Hartz, sondern entspricht einem Gesellschaftsmodell, in dem Natur als Steinbruch genutzt wird, in dem also die vorhandenen Ressourcen verbraucht werden, bis nichts bleibt. Frauen tragen durch ihren ›Naturanteil‹ an der Reproduktion die Effekte neoliberaler Revolutionierung von Gesellschaft mehr, haben mehr Grund gegen Hartz und seinen »neuen Menschentyp«, der auch die Agenda 2010 bestimmt, zu streiten.

Gegen Hartz wird häufig eingewandt, er propagiere alte Familienwerte. Dies ist nur sehr bedingt richtig. Er benutzt vielmehr die mit Familie verbundenen Gefühle, um sein Projekt der »Job-Revolution« zu untermauern. Insofern kann auch sein Familiendiskurs als Studienobjekt für die Verschiebung von Sprache, Wörtern aus dem Gewohnten ins Profitunterworfenen dienen. Es geht ihm darum, aus dem »beruflichen Umfeld ein Zuhause« zu machen, »die Heimat der Job-Familie« (78). »Job-Familien [...] ›jagen der Zukunft voran‹ (72). Es gibt »Job-Eltern«, das sind Vorbilder in der Arbeit, »Job-Kids« (74) – das sind die Lehrlinge. »Job-Familien sollen schon vom Wortsinn unterstreichen, dass ganz andere Bindungsformen nötig sind.« (75) »Im Zeitalter der Jobfamilien« werden Universitäten und Sozialleistungen »virtuell«. Auch ziehen »die Familienmitglieder neue Nachwuchskräfte an. In einer Job-Familie zu arbeiten, der die Zukunft gehört, macht Spaß« (78f). Jeder hat »im Familien-Konzept [...] einen persönlichen Entwicklungsplan« (79).

Die Vorschläge der Hartzkommission gingen im Großen und Ganzen in die Agenda 2010 der Regierung ein, aber eigentümlicher Weise nichts von Hartz' Vision vom neuen Menschen. Da dieser aber das notwendige Fundament ist, auf dem die ganze Umgestaltung der Gesellschaft ruht, bleiben die Regierungspläne so bürokratisch leer, wie der Protest dagegen aus der defensiven Klage nicht herauskommt. Man sieht nurmehr die Kürzung von Renten, von Gesundheitsversorgung, von Bildung, von Sozialausgaben, von Arbeitslosengeld usw. Wie wäre es dagegen, sich in den Kampf um den neuen Menschen einzumischen? Wie wir uns als Menschen denken und imaginieren, wohin wir wollen, wer wir sind, dazu könnte man ein buntes Volksbegehren entfachen, streiten, mobilisieren, Stücke schreiben und Straßentheater aufführen, gar Charlie Chaplins *Modern Times* als *Postmoderne Zeiten* neu drehen. »Rennen, rackern, rasen«, »fit, fähig, flexibel, fantastisch«, usw. – ist dies der Traum, den wir für unsere Zukunft hegen?

Literatur

Aufruf von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, 2003: »Sozialstaat reformieren«, zunächst Internet; abgedruckt in der *FR* vom 23.3.03

Brütt, Christian, »Nach Hartz. Konsensualer »Neoliberalismus plus«, in: *Das Argument* 247, 44. Jg., 2002, H. 2, 559-68

Hartz, Peter. *Job Revolution. Wie wir neue Arbeitsplätze gewinnen können*, Frankfurter Allgemeine Buch 2001 (Hardcover mit CD-Rom, 178 S., 39,95 €)

Haug, Frigga, »Gramsci und die Produktion des Begehrens«, in: *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 18. Jg., 1998, H. 86/87, 75-91

Urban, Hans-Jürgen, »Mit der »Hartz-Kommission« in den formierten Kapitalismus?«, in: *Forum Wissenschaft*, 2003, H. 1, 40-2



Ein unentbehrliches Handbuch

»Das bleibende Verdienst sozialistischer Feministinnen ist die Gleichzeitigkeit ihres Kampfes gegen bestehende Geschlechterverhältnisse sowie des konsequenten Festhaltens an der Notwendigkeit einer prinzipiellen Änderung der kapitalistischen Gesellschaftsform. Darüber legt das *Historisch-kritische Wörterbuch* beredtes Zeugnis ab.« *vorwärts*

Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus
Herausgegeben im Auftrag des INKRI'T von Frigga Haug
Argument Sonderband 295 · ISBN 3-88619-295-4 · 19,50 €

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand · Reichenberger Str. 150
10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de

 Argument

Hanna Behrend

Gleichschaltung als Meinungsvielfalt

Der Irakkrieg ist inzwischen Geschichte, die Situation nach dem Sieg der übermächtigen Militärmaschine der USA und ihrer Verbündeten lässt sich, sieht man vom Sturz des Saddam-Husseins-Regimes ab, nur als Abkehr von allen vorher verkündeten politischen Kriegszielen charakterisieren. Der Irak ist nicht befriedet, geschweige denn im Prozess der Demokratisierung, und die irakische Bevölkerung wird weder vor Banditen geschützt noch ausreichend mit Lebensnotwendigem versorgt. Der militärische Sieg brachte den Invasoren bisher auch keine ökonomischen Vorteile. Die Sicherheit der Besatzungssoldaten ist prekär, denn die USA haben »den Weg für ihre islamistischen Feinde freigemacht [...], indem sie die ›antifundamentalistische Repression Saddam Husseins‹ wegbombten« (Carlos Fuentes, zit. in Haug, 2003a, 179). Wie Haug (2003a u. 2003b) darlegt, haben die USA ihre Rolle als Hegemon, als Führungskraft der »international community« basierend auf der Fiktion einer »alliance of democratic equals« (Anderson, zit. in 2003b, 190) zu Gunsten einer nicht mehr auf Hegemonie gegründeten und damit politisch verankerten imperialistischen Herrschaft aufgegeben (2003a) und sich als Imperium »in all its brutish, iniquitous nakedness« entlarvt (Arundhati Roy, zit. in ebd. 18). Die deutsche Bundesregierung, die sich nach dem 11. September 2001 »uneingeschränkt« an die Seite der USA gestellt hatte, verweigerte sich der Kriegspartnerschaft, der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung gewiss. Der Bundeskanzler wurde damit nolens volens zum Beförderer »einer neuen ›Achse Paris-Berlin-Moskau‹ und »vollzieht innenpolitisch unter der Aura des Friedensfürsten eine weitere neoliberale Wende, die den Abbau elementarer Errungenschaften des Sozialstaats beinhaltet und die Lasten, wie von konservativer Seite genussvoll ausgebreitet wird, einseitig auf die Arbeiterklasse und speziell die Arbeitslosen wirft« (2003b, 195).

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie im Deutschlandfunk (DLF) vor und nach dem Ausbruch des Krieges auf die Akzeptanz dieser Entwicklungen orientiert worden ist; und wie die Präsentation von Meinungsvielfalt im Sender sich als Farce herausstellt, hinter der bei genauerer Untersuchung eine auf Gleichschaltung zielende Politik zu Tage tritt. Das jeden Morgen ausgestrahlte politische Frühprogramm des DLF besteht aus einer Presseschau, Interviews und Gesprächen mit Prominenten und Kommentaren zu wichtigen aktuellen Themen – untermalt mit Musik und ohne Werbung. Allein die Vielzahl der Periodika, die in der Presseschau ausgewertet werden, scheint für Pluralität der Stimmen zu bürgen: so wurde zwischen November 2002 und Juli 2003 aus 24 verschiedenen Zeitungen¹ zitiert, am Wochenende sogar

1 FAZ, Financial Times, Die Welt, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, Neue Ruhrzeitung, Aachener Zeitung, Pforzheimer Zeitung, Reutlinger Generalanzeiger, Mannheimer Morgen,

internationale Presse. Aber kein einziges Mal kamen alternative Presseorgane mit Meinungsäußerungen vor, die sich deutlich vom dominanten Diskurs abhoben. Interviews gaben im genannten Zeitraum Regierungsmitglieder², Abgeordnete und andere RepräsentantInnen der Regierungsparteien wie der Opposition³. Auch Militärs⁴ und Wissenschaftler⁵ kamen zu Wort. Persönlichkeiten des linken, systemkritischen und alternativen Spektrums und ihre Auffassungen zum Irakkrieg fehlten völlig, selbst wenn sie in den in der Presseschau zitierten Blättern gelegentlich zu Wort kamen (z.B. Arundhati Roy, Susan Sonntag oder Noam Chomsky).

Ungeachtet aller Divergenz des Stils, der parteipolitischen, regionalen und individuellen Spezifik der einzelnen Beiträge zeigt sich die Konformität der Sendungen in der Auswahl der InterviewpartnerInnen, KommentatorInnen und der Presseauschnitte sowie in den behandelten Themen; in den inhaltlichen Leerstellen und Tabus dieses Rundfunkprogramms; in bestimmten Prämissen, Feststellungen, Schlussfolgerungen, Einschätzungen, die in den ausgewählten Texten stets hervorgehoben werden.

Zu den wesentlichen parteiübergreifenden Positionen, die in allen hier untersuchten Rundfunksendungen gleichermaßen vertreten wurden, gehören: 1) die Überzeugung vom Zusammenhang zwischen den Ereignissen des 11. September 2001, dem globalen Terrorismus und dem irakischen Saddam-Hussein-Regime⁶; 2) die Gewissheit, dass sich die USA und mit ihr die ganze »zivilisierte« Welt seit und wegen der Angriffe auf die *Twin Towers* zu Recht von einem mächtigen, von allen »Schurkenstaaten« unterstützten Terroristennetz bedroht und damit im Zustand der Verteidigung gegen »das Böse« fühlen, was alle, auch verfassungs- und menschenrechtswidrige Maßnahmen legitimiert; 3) die Unvermeidbarkeit des Krieges – es sei denn, Saddam Hussein erfüllt die ständig verschärften us-amerikanischen Forderungen oder werde »beseitigt«; die Akzeptanz der Führungsrolle der USA, aus der sich die Unverletzlichkeit der deutschen Bündnisverpflichtungen und damit die logistische Unterstützung des Irakkriegs durch Deutschland als eine unvermeidliche, rechtsverbindliche Bündnispflicht ableitete.

Ostthüringische Zeitung, Thüringer Allgemeine Zeitung, Flensburger Tageblatt, Schwäbische Zeitung, Freie Presse Chemnitz, Darmstädter Echo, Lausitzer Rundschau, Neue Osnabrücker Zeitung, Ostseezeitung, Allgemeine Zeitung Mainz, Schwarzwälder Bote, Hamburger Abendblatt, taz und Berliner Zeitung.

- 2 Verteidigungsminister Struck (mehrmals) und Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul
- 3 SPD: Thierse (Bundestagspräsident), Müntefering (Fraktionsvorsitzender), Scholz (Generalsekretär), Verheugen (EU-Kommissar), Erler (stellv. Fraktionsvorsitzender), Klose (stellv. Vors. des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag), Bökel (Parteivors. Hessen); Bündnis90/Die Grünen: u.a. Müller (Staatssekretärin im Auswärtigen Amt), Roth (Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages), Beer (Parteivorsitzende), Vollmer (außenpolitischer Sprecher); CDU: besonders häufig Schäuble (stellvertr. Parteivorsitzender) und Merkel (Partei- u. Fraktionsvors.), außerdem Pflüger (außenpolitischer Sprecher der Fraktion), Polenz (abrüstungspolitischer Sprecher der Fraktion)
- 4 Graf zu Kielmansegg und Reinhard (ehemalige NATO-Generäle)
- 5 Thränert (Leiter der Gruppe Forschung der Stiftung Wissenschaft und Politik / Themenschwerpunkt Rüstungskontrolle); Preuß (Politologe)
- 6 Inzwischen hat sich Präsident Bush selbst von dieser kriegslegitimierenden These verabschiedet, eine Tatsache, die der Deutschlandfunk jedoch unerwähnt ließ.

Die Interviews und Kommentare gewährleisteten, dass sich den HörerInnen aus dem Munde bekannter Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Militär eine im Wesentlichen einheitliche Bewertung der politischen Lage, ihrer Ursachen und Folgen einprägen konnte, was noch durch die in Interviews gestellten Fragen unterstützt wurde, die die Antworten auf die genannten gemeinsamen Positionen lenkten. Die Vielfalt der Einschätzungen und Debatten, die in der Öffentlichkeit und sogar in einigen der in der Presseschau ausgewerteten Zeitungen vor Ausbruch des Krieges nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA und in allen anderen Teilen der Welt geführt wurden, blieb fast völlig ausgespart. Vor Ausbruch des Krieges wurden allerdings auch Persönlichkeiten zitiert oder interviewt, deren kritische Haltung zum Krieg vermutlich die Sympathie der Mehrheit der Bevölkerung für die Politik der rot-grünen Regierung aufrecht erhalten sollte. Diese Rolle fiel neben Thierse u.a. auch Vollmer zu. Nachdem die Angriffspläne des stellvertretenden Verteidigungsministers Wolfowitz und anderer us-amerikanischer »Falken« im Dezember 2002 bekannt geworden waren, die »Land für Land alle so genannten oder echten Despotien im mittleren Osten militärisch niederringen wollten, um dort von außen dann Demokratien zu implementieren«, erklärte Vollmer in einem Interview diese Pläne »für wirklich realitätsfremd und wahnwitzig.« Diese Äußerung war eindeutig gegen die Kriegspläne der US-Administration gerichtet, wurde von ihm aber nicht als politische Forderung z.B. an seinen Parteikollegen und Außenminister Fischer gerichtet, auf diplomatischer Ebene solche »wahnwitzigen Pläne« zurückzuweisen. Dem DLF verhalf solche Rhetorik zu einem friedensfreundlichen Image.

Nach Kriegsbeginn wurde erklärt, dass man durchaus bezweifeln könnte, ob der Überfall auf den Irak ein Bruch des Völkerrechts sei. Am 30.3.03 erklärte Struck in einem Interview auf die Frage des Kommentators vom Deutschlandfunk, ob es nicht etwas zuviel an Zurückhaltung sei, wenn der Kanzler den Krieg lediglich eine »falsche Entscheidung« nannte:

Man darf nicht nur das deutsche Völkerrecht, sondern muss auch internationales Völkerrecht, vor allen Dingen auch anglo-amerikanisches Recht berücksichtigen. Dass es Meinungen gibt, die sagen, das sei völkerrechtswidrig, ist genau so zu verstehen wie Meinungen, es ist nicht völkerrechtswidrig. [...] Wir können darauf verweisen, dass Überflugrechte beispielsweise ja auf einer anderen Rechtsgrundlage beruhen – nicht auf allgemeinem Völkerrecht, sondern sie beruhen schlicht auf den Vereinbarungen und Verträgen, die wir abgeschlossen haben. [...] Kein Minister der Bundesrepublik würde das einen Völkerrechtsbruch nennen.

Der von der Bush-Regierung forcierte Verzicht auf »die universalistische Verkleidung der klassenegoistischen Interessen« (vgl. Haug 2003a, 14) des »mit der Regierung zu einem großen *Wir* verschmolzenen« us-amerikanischen Unternehmertums (Haug 2003b, 192) wurde als legitimer »Paradigmenwechsel«, wie es Preuß nannte, akzeptabel gemacht. In einem Interview am 12.1.03 prognostizierte der Politologe, dass ein Militärschlag seitens der US-Regierung kaum abzuwenden sei. »Die Einführung des Begriffs der ›Schurkenstaaten‹ stellt einen Paradigmenwechsel dar gegenüber der derzeitigen Rechtslage, die die Erzwingung eines Regimewechsels nicht zulässt.« Preuß begrüßt dies, weil es »eine neue Weltordnung« ermöglicht, »in

der Ordnung und Gerechtigkeit herrschen sollen; dann ist es ganz selbstverständlich, dass ein Regime beseitigt werden kann – auch durch einen Krieg.« Druck aus Europa oder den Vereinten Nationen werde Amerika daher nicht daran hindern zuzuschlagen. (vgl. die Diskussion Preuß/Haug in diesem Heft). Zur Einstimmung auf einen durch so tief greifende Veränderungen der Rechtsvorstellungen möglich und zugleich unabänderlich gewordenen Krieg, für den es keine objektiven Legitimationskriterien gibt, trägt auch die Presseschau vom 18.1.03 mit einem Zitat aus der *Süddeutschen Zeitung* bei, die die Unvermeidlichkeit des Krieges nicht an den Invasionsvorbereitern festmacht, sondern an Saddam Husseins fehlender Bereitschaft, ins Exil zu gehen. Beklagt wird das Fehlen von Attentätern, von hinreichend »Verzweifelten, die den Mut zum Schuss auf den Despoten aufbringen – und sei es nur, um die eigene Haut zu retten.« In ihrem Kommentar vom 10.7.03 – nach dem Sieg der anglo-amerikanischen Allianz – legitimiert die Journalistin Marianne Lau, die bis 1989 für die *taz* als Kulturredakteurin tätig war, eine solche Haltung damit, dass der Feind heute gewissermaßen außerhalb der Gesellschaft stehe – *outside the Pale*. Heute, wo »in der Ökologie- oder der Anti-Globalisierungsbewegung die Gesellschaft gegen die Gesellschaft kämpft«, sei »der Protest eine Form des Dabeiseins, weil Dagegensein [...] Dabeisein« bedeute. Der heutige Feind wolle »nicht protestieren, also dabei sein, sondern vernichten.« Heute sind

wir alle [...] gemeint, nicht nur die Reichen, nicht nur die politische Kaste. Der Krieg gegen den Terror und der Krieg gegen die blutige Tyrannei Saddam Husseins haben der europäischen Öffentlichkeit eine Frage vor die Haustür gelegt [...]. Die Frage heißt: Haben wir einen Begriff [...] vom Bösen?

Anstatt sich am Kreuzzug gegen das Böse, der »als einziger in der Lage sei, alle Widerstandskräfte zu mobilisieren« zu beteiligen, sei die »europäische Öffentlichkeit« dadurch ausgewichen, dass sie »die Politik des IBM für den Terrorismus verantwortlich« mache. Das seien »Formen des magischen Denkens, deren Ursprung immer die kindliche Hoffnung auf Selbstrettung ist.« Dieser Kommentar diene der Einstimmung der Öffentlichkeit zur Akzeptanz der us-amerikanischen Politik auf ganz besondere Weise. Im Dualismus von Gut und Böse wurde Saddam Hussein als Inkarnation des Bösen jeglicher Glaubhaftigkeitskredit abgesprochen. Seine Zustimmung zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen sowie die irakische Kooperation mit den Inspektoren konnte so als Täuschungsmanöver entlarvt und damit als ein Affront gegen die US-Regierung präsentiert werden, die sich als Bannerträgerin des militanten Widerstands gegen das Böse gerierte.

In der Zeit der Vorbereitung des Krieges prägte der Sender in Übereinstimmung mit Regierung und Opposition der Öffentlichkeit ein, dass Saddam Hussein seit seiner Niederlage im ersten Golfkrieg alle UN-Resolutionen stets sabotiert und auch seine Massenvernichtungswaffen wahrscheinlich nicht verschrottet habe. Daraus folge die Notwendigkeit einer »Drohkulisse«, als dem einzig wirksamen Mittel der Kriegsverhinderung. Diese bestand in der militärischen und politischen Vorbereitung des Krieges durch die Stationierung von Truppen mit überlegener High-Tech-Ausrüstung rund um den Irak und in Verhandlungen um eine neue UNO-Resolution,

die ein Ultimatum an Saddam Hussein beinhalten sollte. Bis Kriegsausbruch wurde in allen Sendungen immer wieder hervorgehoben, dass nur militärischer Druck und Kriegsdrohung den Krieg verhindern könnten, weil allein das Saddam Hussein zur »Einsicht« zwänge. Bereits am 11.12.02 hieß es in einem us-amerikanischen Strategiepapier, man werde im Falle von Angriffen mit Gegenschlägen antworten – bis hin zur atomaren Vergeltung auch gegen Staaten, die nicht über Atomwaffen verfügen.⁷ Als Adressaten dieser Drohungen wurden Irak, Iran, Syrien, Nordkorea und Libyen genannt. Präsident Bush hatte Irak, Iran und Nord-Korea schon am 29.1.02 als eine Achse des Bösen bezeichnet und ihnen Streben nach Massenvernichtungswaffen angelastet. Vizepräsident Cheney hatte am 28.8.02 betont, »die USA würden den Irak auch angreifen, wenn die UN-Waffeninspektoren wieder ins Land dürften« (*Berliner Zeitung*, 21.3.03). Auch in der Presseschau des DLF vom 9.10.02, noch ehe die Blix-Kommission im Lande war, wurden die HörerInnen informiert, Bush lasse »keinen Zweifel daran, dass er zu einem Waffengang gegen den Irak bereit ist«. Nach den Umfragen stehe eine knappe Mehrheit der Amerikaner hinter dieser Strategie und befürworte eine US-Invasion im Irak. »Ähnlich wie beim Afghanistan-Krieg könne George Bush darauf setzen, dass ein militärischer Erfolg diejenigen überzeugen würde, die jetzt noch skeptisch sind«, zitierte der Sender die *Financial Times Deutschland*. Gegen die Erklärung des UN-Generalsekretärs Annan vom 14.1.03, es sei zu früh, an einen Militärschlag gegen den Irak zu denken, erklärte Bush in seiner Rede zur Lage der Nation am 28.1.03, der Kurs der amerikanischen Nation hänge nicht von den Entscheidungen Anderer ab. Notfalls werde ein Angriff auch ohne Unterstützung der Vereinten Nationen geführt.

Die »Drohkulisse« wurde auch im DLF als einziges Mittel der Kriegsverhinderung eingeschätzt, u.a. von Thränert (Stiftung Wissenschaft und Politik). Es sei entscheidend, »ob auf Seiten Iraks die Entscheidung fällt, nun vor dem Hintergrund der militärischen Drohkulisse, die vor allen Dingen von den USA aufgebaut worden ist, dafür zu sorgen, dass man sich offen legt mit seinem ABC-Waffen-Programm und mit den Inspektoren zusammenarbeitet«. Über die Erfolgsaussichten der »Mission« befragt, begründete der Experte ausführlich, dass es bereits in der Vergangenheit möglich gewesen sei, wichtige Einrichtungen als B-Waffen-Anlagen zu identifizieren. Auf die Frage, ob nicht auch Washington selbst gegen das Verbot biologischer Waffen verstoße, erklärte Thränert, das B-Schutzprogramm der USA diene dem Schutz ihrer Bevölkerung und Truppen. Der Irak sei »ein Land, das chemische Waffen gegen seine Nachbarn eingesetzt hat, auch gegen die eigene Bevölkerung«⁸.

7 Am 8.11.02 hatte der Sicherheitsrat in der Resolution 1441 der Regierung des Irak die zeitlich bis Februar 2003 begrenzte Auflage einer restlosen Aufklärung über Art und Umfang von Massenvernichtungswaffen erteilt, die der Irak geheimdienstlichen Informationen der USA zufolge besitze. Erneut wurde eine Kontrollkommission unter Führung des schwedischen Chefinspektors Blix bestellt, die mit Zustimmung der irakischen Regierung sogleich im Irak ihre Arbeit aufnahm. Die US-Regierung erwartete von ihr jedoch von Anfang an keine Erkenntnisse, die sie von ihrer Kriegsabsicht abbringen würden.

8 »Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), zuständig für die Unterbindung des irakischen Atomwaffenprogramms, erklärte ihre Arbeit 1997 für abgeschlossen. Ein Jahr später

Dass Saddam Hussein Giftgas mit Billigung der USA gegen den Iran einsetzte und von diesen mit Anthrax beliefert⁹ wurde, wird im Interview nicht erwähnt. Zwischen dem Kriegswillen der USA und Großbritanniens und der Behauptung, es läge nur an Saddam Hussein, ob es Krieg geben werde, laviert Struck in einem Interview, das er dem DLF am 11.10. 02 gab, nachdem Repräsentantenhaus und Senat Bush die Vollmacht zum Angriff auf den Irak erteilt hatten:

Wir vertreten nach wie vor die Position, dass es darauf ankommt, Saddam Hussein zu prüfen, ob er sein Angebot hält, die Inspektoren ohne Bedingungen in das Land und überprüfen zu lassen, ob er über Massenvernichtungswaffen verfügt oder sie produziert. [...] Wir haben keinen Einfluss auf die Entscheidungen eines amerikanischen Präsidenten, wenn er sich dazu entschließt, den Irak militärisch anzugreifen. Wir tragen unseren Teil z.B. zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus ja wirklich aktiv bei.

Der Interviewer fragte nicht, inwiefern ein Überfall auf den Irak durch den Kampf gegen den Terrorismus legitimiert würde. Schäuble vertritt am 13.1.03 die Meinung, man müsse »Saddam Hussein und den Irak davon überzeugen, dass [...] es keine Massenvernichtungswaffen im Irak geben darf, und dazu muss man Druck ausüben. [...] Je klarer diese Haltung ist, umso größer ist die Chance, dass es nicht zum Krieg kommen muss«. Ob er einen Krieg auch dann für zulässig halten würde, wenn die Inspektoren keinen Beweis für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen erbringen können, fragte der Interviewer nicht.

Als die Massendemonstrationen gegen den Irakkrieg begannen, wurde am 14.1.03 in der Presseschau *Die Welt* zitiert, die gegen einen Aufruf der Grünen polemisierte:

Hätte sich denn Saddam Hussein auf die Forderungen der UNO eingelassen, wenn die heutige Haltung der Grünen von Anfang an die der Amerikaner gewesen wäre? Nein. Es verkehrt Ursache und Wirkung, die Drohung mit einem Krieg für grundfalsch zu erklären, weil der Diktator sich gegenwärtig keinen offenen Verstoß gegen die UNO mehr traut.

Die RepräsentantInnen der Bundesrepublik vermieden es zu erklären, dass ein Krieg ohne Beweis für eine »massive Bedrohung der westlichen Welt durch irakische Massenvernichtungswaffen« ein Kriegsverbrechen wäre. Das wird z.B. deutlich in der von der DLF-Kommentatorin Margarete Limberg am 12.2.03 zitierten

waren auch die chemischen und biologischen Waffen und Produktionsstätten sowie die weitreichenden Raketen fast vollständig erfasst und zerstört, wie die dafür zuständige UN-Kommission (UNSCOM) bekannt gab. Die USA forderte aber nun vom Irak den hundertprozentigen Nachweis, keine verbotenen Waffen und Produktionsstätten mehr zu besitzen, und verhinderten so den formellen Abschluss der Abrüstung des Landes; denn einen solchen Nachweis zu erbringen, ist praktisch unmöglich.« (Gulliard 2002)

9 »Seit Anfang der 80er Jahre war die US-Regierung dem irakischen Diktator dabei behilflich gewesen, chemisches und biologisches Waffenmaterial zu erwerben, um ihm zum Sieg über das gefürchtete Chomeini-Regime im Iran zu verhelfen. [...] Später setzte Saddam Hussein diese Waffen auch gegen die Kurden ein. Präsident Bush Senior genehmigte gleichzeitig den Verkauf tödlicher Chemikalien und Viren an den unterstützenswerten Diktator, darunter Anthrax und Pestbazillen. Kein Wunder, dass die US-Regierung im Dezember 2002 verhinderte, dass der irakische Regierungsbericht über die eigenen Massenvernichtungswaffen unzensuriert in die Hände der nicht-ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates geriet.« (Krippendorf 2003)

Äußerung des Beauftragten für die Koordination der deutsch-amerikanischen Beziehungen Voigt: »In Teilen der amerikanischen Diskussion unterschätze man die Sorgen, die man nach einem Krieg haben könnte, auch für die Stabilität der Region, und nicht nur das Leiden von Menschen«. Solche *understatements*, wie es auch die Phrase von der »optimistischen« Sicht auf die Kriegsfolgen ist, gehörten zu den Mitteln, mit denen der Charakter des Überfalls auf den Irak als Kriegsverbrechen und Manipulationsversuche an den Ergebnissen der Inspektion »weichgespült« wurden. Im Januar 2003 erklärte auch Angelika Beer, es werde vom Bericht der Inspektoren (am 27.1.03) abhängen, ob heute oder in den nächsten Tagen aktiv über einen Militärschlag entschieden würde. Es müsse politischer Druck auf den Irak ausgeübt werden. Saddam Hussein müsse kooperieren und den Inspektoren müsse eine längere Zeit eingeräumt werden. »Entscheiden werden [...] die USA, denn es gibt bereits eine *coalition of the willing*, bereit, mit den USA gegen den Irak vorzugehen, egal ob mit oder ohne UN-Mandat.« Aus der Erklärung der USA, auch Atomwaffen gegen den Irak einzusetzen, leitete sie lediglich ab, solche Äußerungen sollten »international zurückgewiesen werden«. Sie wurde nicht gefragt, ob und wie sie dafür sorgen wolle.

Bundesregierung, Koalitionsparteien und ein Teil der etablierten Medien wollten den Eindruck vermitteln, dass sie gegen diesen Angriffskrieg seien, dass sich aber dessen logistische Unterstützung zwingend aus der Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Nordatlantiktakt ergebe und dass eine solche »nur« logistische und nicht mit eigenen Kombattanten geleistete Hilfe der Friedenspolitik der Regierung keinen Abbruch tue. Die Opposition und mit ihr sympathisierende Medien dagegen nutzten diese Inkonsequenz, um ihre eigene pro-us-amerikanische Haltung als die einzig konsequente hervorzuheben. Hinter der Kontroverse waren jedoch alle führenden politischen Kräfte der Bundesrepublik gleichermaßen entschlossen, den »großen Bruder nicht durch Verweigerung irgendeiner seiner Ansprüche und Forderungen zu provozieren«. Bereits die Verweigerung der Zustimmung zu dem Militärschlag hatte die Bundesregierung Demütigungen und Beleidigungen ausgesetzt, obwohl die USA deutsche Truppen damals nicht benötigt und daher auch nicht gefordert hatten. Nach dem militärischen Sieg der Willigen sollte der Eindruck entstehen, dass es sinnwidrig und nicht im deutschen Interesse sei, weiterhin rückwärts gerichtete Fragen nach der Völkerrechtmäßigkeit des Angriffs auf den Irak zu stellen. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, am 23.3.03, gab Thierse – der zuvor an Friedensdemonstrationen teilgenommen und in der *Berliner Zeitung* vom 27.2.03 erklärt hatte: »Ein – wie auch immer begründeter – Präventivkrieg ist mit der Charta der Vereinten Nationen und den Normen des Völkerrechtes nicht vereinbar. Es handelt sich da nicht nur um einen ungerechten, sondern dazu noch um einen illegalen Krieg« – dem DLF ein Interview zur Frage des völkerrechtlichen Status des Krieges. Er sagte, zwar bejahe die ganz große Mehrheit der deutschen Völkerrechtler die Frage, ob die USA Völkerrecht brechen. Aber »die Statuten der Vereinten Nationen erachten einen Krieg [...] in zwei Fällen für legitim, nämlich im Falle der Selbstverteidigung und bei einer Gefahr für den Weltfrieden. Bei dem letzteren setzt eben der Interpretationsstreit

ein«, der »rechtlich offensichtlich nicht zu entscheiden« sei. Es sei »eine Frage auch der politischen Bewertung«. Überflugrechte, AWACS-Einsätze in der Türkei bedeuteten keine Beteiligung am Krieg, sondern hätten etwas

mit dem Kampf gegen den Terrorismus zu tun, den wir unterstützen. Jetzt auf einem Rechtsstandpunkt zu beharren, der dem Irak überhaupt nicht mehr hilft, sondern der politischen Schaden anrichtet [...] und die Verhältnisse zwischen Deutschland und den USA noch problematischer macht – ich kann darin keinen Sinn sehen.

Schröder wurde im Sender mit dem Satz zitiert: »Es gilt jetzt, aus einem wahrscheinlichen militärischen Sieg politischen Gewinn zu ziehen.«

Noch vor der Invasion des Irak beschuldigte die DLF-Kommentatorin Limberg unter dem Titel »Irak-Konflikt und NATO-Streit« (12.2.03) die Bundesregierung, den Bruch durch Zeitpunkt und Wortwahl ausgelöst zu haben. Sie rügte, dass »bei jedem Wahlkampfauftritt [...] die Bush-Riege als Abenteurer dargestellt« worden sei, und bezeichnete die für ihren Bush/Hitler-Vergleich geschasste Justizministerin Hertha Däubler-Gmelin (vgl. *Argument* 247, 451ff) als Auslöserin berechtigter Empörung in den USA. »Dieser Ausfall ist in Washington bis heute nicht vergessen und nicht verziehen«. Die Feststellung der Justizministerin, Bush lenke mit seinen Kriegsvorbereitungen von innenpolitischen Problemen ab, wie das auch Hitler getan habe, als eine unverzeihliche Brüskierung der amerikanischen Regierung hinzustellen, die wesentlich zum Tiefpunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen geführt habe, orientierte die Öffentlichkeit auf zweierlei Maß in der Diplomatie. Kohls Gleichsetzung von Gorbatschow und Goebbels war seinerzeit weder von den etablierten deutschen noch von den russischen Medien ähnlich gravierend bewertet worden. Dass Präsidentenberater Perle erklärte, Deutschland sei für die us-amerikanischen Kriegspläne irrelevant oder Rumsfeld Deutschland und Frankreich als »das alte Europa«, »eine Kraft von vorgestern« nannte, war für Limberg lediglich eine »nicht immer für zart Besaitete geeignete Wortwahl«. Sie lastete dem Kanzler an, dass er und sein Außenminister monatelang offen gelassen hätten, wie Deutschland bei einer neuen Resolution im Sicherheitsrat über einen Krieg gegen den Irak abstimmen würde. »Noch bevor US-Außenminister Powell im Sicherheitsrat seine Beweise gegen Saddam Hussein vorgebracht hatte« – es war längst bekannt, dass diese »Beweise« leere Behauptungen waren – »ließ Schröder wissen, was auch immer Powell zu sagen habe, dass Deutschland einer kriegslegitimierenden Resolution nicht zustimmen« werde. Die »Wirtschaft befürchtet erhebliche Einbußen, wenn die patriotischen Amerikaner ihre Abneigung gegen deutsche Waren in größerem Ausmaße entdecken sollten.« Auch könnte »die US-Regierung Truppen aus Deutschland abziehen und zum Beispiel in Polen stationieren.« Außerdem, so zitiert sie Pflüger, würde in Deutschland »die Bedrohung durch irakische Massenvernichtungswaffen verharmlost.« So wurden in der Öffentlichkeit diffuse Ängste vor den Folgen jeder Art von USA-kritischer Politik geschürt. Dass Schröders »Nein« Deutschland in die Isolation führe und verhindere, dass es ein Mitspracherecht ausüben könne, gehörte zu den im Sender vor dem Irakkrieg in Interviews und Pressekommentaren wiederholt geäußerten Behauptungen.

Zugleich ließ der DLF – wie zur Beruhigung der HörerInnen – VertreterInnen der Regierungskoalition und Militärexperten mit Statements zu Wort kommen, in denen versichert wurde, »dass eine Situation entstehen kann, wo Nothilfe geleistet werden muss, und die würde man im Zweifelsfall auch nicht verweigern können« (Klose). Oder:

Sollte das Verhalten Iraks als eine potenziell aggressive Handlung ausgelegt werden, könne der Bündnisfall erklärt werden. [...] Es ist ja jetzt bereits eine amerikanische Anfrage da. [...] ob in einem solchen Falle Deutschland auch [...] bereit sei, bestimmte logistische Unterstützung zu liefern. [...] Ich denke, dass das etwas ist, was Deutschland nicht ablehnen kann und auch nicht wird. [...] Eine solche logistische Unterstützung kann man eine Beteiligung nennen. (Graf zu Kielmannsegg)

Zu den Tabus des Senders gehörten auch das Verschweigen des Zusammenhangs der Kosten der *out of area* – »Verteidigungspolitik« der Bundesregierung mit dem Abbau des Sozialstaats und der Aufstockung der Staatsschulden. Auf einem der Höhepunkte der Debatte um die Sozialstaatsabbau-Agenda 2010 (am 29.6.03) wurde Beer zu den Kosten der Transformation der Bundeswehr aus einer Verteidigungsarmee zu einer global agierenden High-Tech-Truppe befragt. Sie meinte kühn, das würde nichts kosten, denn es ginge nicht um »mehr Geld«, sondern um »mehr Reformen. [...] Wir haben die Möglichkeit, unter dem jetzigen Ansatz eine bessere und radikalere Reform vorzunehmen. Das würde bedeuten, Standortschließungen, Personalreduzierung, Abschaffung der Wehrpflicht. [...] Eine europäische Stärkung wäre das Ergebnis.«

Abschließend der Versuch einer Bilanz: Die rot-grüne Bundesregierung, die der Bush-Regierung keine einzige geforderte kriegsunterstützende Leistung verweigerte, bot ihre Politik der Mehrheit der KriegsgegnerInnen im eigenen Land als »Friedenspolitik« an und gewann damit eine Wahl; auch trotz der von ihr favorisierten aggressiven EU-Politik »für ein sicheres Europa und eine bessere Welt«, die die präventive Politik Bushs kopiert, empörten sich nur alternative Medien und Gruppierungen. Obwohl die kriegerischen Auseinandersetzungen, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, nicht mehr abgerissen sind, seit sie *out of area* für Ruhe und Ordnung sorgen soll, gelang es, der Mehrheit der Bevölkerung die Umwandlung der Landesverteidigung in eine teure High-Tech-Truppe genehm zu machen, die der »neuen internationalen Verantwortung und Rolle« der Bundesrepublik für den Weltfrieden geschuldet sei.

Wie die Phrase von der »neuen internationalen Verantwortung und Rolle« der Bundesrepublik den Ausbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Kolonialarmee legitimieren soll, so unterstützt das damit eng verbundene Konzept des »Standorts Deutschland« die innenpolitische Seite der neuen Außen- und »Verteidigungs«politik. Es trug wesentlich dazu bei, dem Volk und seinen politischen und gewerkschaftlichen VertreterInnen die Unterminierung des Sozialstaats zu Gunsten weiterer gewaltiger Umverteilung von unten nach oben als unumgängliche, längst fällige »Reformen« darzustellen. Diese treffen, obwohl sie deutliche Verschlechterungen des Lebensstandards der unteren und mittleren Schichten nach sich ziehen, während die Oberschicht immer reicher wird, nur auf geringen Widerstand.

Die alternativen Gruppen, Zeitschriften, Vereine, Arbeitsgemeinschaften, Aktionsbündnisse und Fraktionen von Parteien erkennen zwar, dass wir uns in einer neuen historischen Phase befinden, in der das Völker-, Menschen- und BürgerInnen- sowie gewerkschaftliche Recht, die demokratischen Errungenschaften, unterhöhlt werden. Vor Ausbruch des Irakkrieges gelang es, die Friedensbewegung weltweit höchst eindrucksvoll zu reaktivieren. Aber nachdem der Krieg auch durch die demonstrierenden Massen nicht verhindert werden konnte, versiegten die Aktivitäten. So hielt sich der öffentliche Protest in den westlichen Demokratien in engen Grenzen, als die US-Administration in Guantánamo auf Kuba ein Konzentrationslager einrichtete, in dem sie für ihre Kriegsgefangenen alle Menschen- und BürgerInnenrechte aussetzte. Während die NS-Verbrecher 1945 noch in einem ordentlichen Gerichtsverfahren abgeurteilt wurden, werden in unseren Tagen mutmaßliche, aber nicht überführte Täter von der israelischen Armee einfach erschossen, wird Sippenrache an deren Familien geübt, indem ihre Häuser demoliert werden; werden die Söhne und ein minderjähriger Enkelsohn Saddam Husseins von den US-Truppen einfach getötet, darf Vize-Außenminister Armitage öffentlich bedauern, dass die US-Truppen nicht mehr Iraker getötet haben. Zwar wurden diese Tatsachen auch in den Nachrichten des DLF erwähnt, kritisch als Menschenrechtsverletzungen kommentiert wurden sie nicht. Die US-Regierung erzwang die Zustimmung verschiedener Regierungen, Bürger der USA, die mutmaßlich Kriegsverbrechen begingen, vor einer Verfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof Immunität zu gewähren.

Vieles hat dazu beigetragen, dass sich große Teile der Bevölkerung damit abfinden, gegen die neue Rechtlosigkeit nichts unternehmen zu können. Ein oft unterschätztes Moment ist der Zusammenbruch des Staatssozialismus, die Deformation der noch bestehenden staatssozialistischen Staaten, die militärische Zerschlagung der wenigen Versuche, einen demokratischen Sozialismus zu errichten – so in der SSR und in Chile –, Faktoren, die das bereits durch Stalinismus und Poststalinismus längst beeinträchtigte Vertrauen in die Möglichkeit einer Alternative zum patriarchalen Kapitalismus weiter untergruben. Ein anderer Faktor ist die Fragmentierung der Erwerbstätigen und Erwerbslosen, deren Lebens- und Arbeitssituationen und Perspektiven und damit Interessenlagen sich erheblich unterscheiden.

Eine »Gegenmacht« ist nur in Umrissen erkennbar. Die Globalisierungsbewegung von unten, die »eine andere Welt« für möglich hält, ist ein hoffnungsvolles Zeichen. Noch erscheinen alternative und systemkritische Auffassungen als illusionär, abgehoben und widersprüchlich, während der Herrschaftsdiskurs, wie er in den Medien vermittelt wird, einleuchtet, weil er, dem Gemeinverstand verwandt, kein »Denken gegen den Strich« einfordert. In allen wichtigen Fragen besteht Einigkeit, in deren Formulierungen und in den Details Vielfalt, die die Gleichschaltung zudeckt. Seit längerer Zeit haben die etablierten Medien sogar an Orwells *newspeak* erinnernde einheitliche Sprachregelungen als ein wichtiges Instrument der Gleichschaltung eingeführt. So werden den Verstößen gegen internationales, Menschen-, BürgerInnen-, Arbeits- und Verfassungsrecht sprachliche Zeichen zugeordnet, die bisher das Gegenteil bedeuteten, wie Frieden und Sicherheit, Hilfe für unterdrückte

Völker, Befreiung, Reformen, Solidarität, Gerechtigkeit usw. Diese Sprachregelungen machen es einfacher, »Sachzwänge« als nicht mehr in Frage zu stellende Unvermeidlichkeiten zu präsentieren und Kurzschlüsse als einleuchtende Wahrheiten zu vermarkten. Zu diesen gehört, dass die Renten gesenkt werden müssten, weil die Menschen zu wenig Kinder bekommen und zu alt werden; dass bankrotte Banken oder Konzerne mit Steuermitteln wieder flüssig gemacht werden müssen, um die Arbeitsplätze zu sichern (die dann nach erfolgter »Sanierung« sofort abgebaut werden); dass nur längere Lebensarbeitszeit, niedrigere Löhne, weitgehende Steuerfreiheit für die Konzerne die Arbeitslosigkeit senken kann; dass nur durch Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfeleistungen sowie der Leistungen von Gesundheitsfürsorge und Volksbildung weitere öffentliche Schulden zu vermeiden sind, und dass die Sicherheit der Bundesrepublik nur gewährleistet wird, wenn deutsche Soldaten am Hindukusch oder in Uganda stationiert sind.

In den Sendungen des DLF wurden an politischer Information interessierte HörerInnen auf den Irakkrieg eingestimmt. Mit Hilfe der Sprachregelungen und der gewandt argumentierenden VIPs und KommentatorInnen wurde die Widersprüchlichkeit dieses Diskurses verhüllt. Als der Krieg ungeachtet der Massenproteste begonnen hatte, wurde der deutschen Bevölkerung mit Hilfe der hier dargelegten und analoger medialer Mittel und Methoden nahe gelegt, zur Tagesordnung überzugehen und sich damit abzufinden, dieses Kriegsverbrechen nur noch so zu betrachten wie der Bürger vor dem Tor in Goethes Faust:

Wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinander schlagen / Man steht am Fenster,
trinkt sein Gläschen aus / Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten; / Dann kehrt
man abends froh nach Haus, / Und segnet Fried' und Friedenszeiten.

Literatur

- Guillard, Joachim, »Vorgeschichte eines angekündigten Krieges«, in: *Ossietzky*, 7.9.2002, 623f
- Haug, Wolfgang Fritz, »Herrschaft ohne Hegemonie?«, in: *Das Argument* 249, 45. Jg., 2003(a), H. 1, 11-20
- ders., »Hegemonialer Unilateralismus? Versuch, die Spaltung des Westens mit Gramscis Hegemoniebegriff zu denken«, in: *Das Argument* 250, 45. Jg., 2003(b), H. 2, 179-99
- Krippendorf, Ekkehart, »Habeas Corpus«, in: *Freitag*, 31.3.03

Thierry Labica

»Clochard chic«

Über Neoliberalismus und Postmodernismus

Wenn es stimmt, dass die beiden vergangenen Jahrzehnte durch einen Paradigmenwechsel von der Produktion zur Konsumtion insofern gekennzeichnet sind, als das Einkaufszentrum in der Regel als bezeichnender für unsere Zeit erscheint als Autofabriken, und wenn es stimmt, dass die Mode – mit der zu ihr gehörenden Kommodifizierung von Lebensstilen durch Reklame und Medienindustrien – diesen Wechsel mustergültig illustriert, dann liest sich der folgende Vorfall wie ein Sinnbild des Moments:

Galliano [...] rief mit seiner Haute-Couture-Frühlingskollektion 2000 für Christian Dior Proteste hervor. Inspiriert durch die Obdachlosen, die er beim täglichen Jogging erspähte, entwarf Galliano einen Clochard-Chic-Look, indem er Zeitungspapier, Gehänge aus Draht und andere wertlose Dinge verwendete. Aus Zorn über diese Kollektion stellten Obdachlose und sozial Engagierte vor Christian Diors Boutique in der Pariser Avenue Montaigne Streikposten auf. Galliano entschuldigte sich öffentlich und behauptete, seine verschrobene Einfälle seien falsch umgesetzt worden. Mit der allseits bewunderten Herbstkollektion 2000 wusste Galliano indes wiederum zu provozieren und zu bezaubern. (CNN - art & style - ELLE)

Diese Episode illustriert zunächst auf eklatante Weise die Kultur reiner Habgier, ja Gefräßigkeit, und die damit einhergehende Viktimisierung der Armen, die dem Neoliberalismus innewohnt, dessen bewusste und überlegte Zerstörung der Wohlfahrtsidee seit den 1980er Jahren auf einer Reihe von Annahmen hinsichtlich der Tätigkeit und Verantwortung des Einzelnen beruht: die Einzelnen sind für ihre Lage selbst verantwortlich, und die Gesellschaft dafür zu tadeln, ist nichts weiter als das Symptom einer schleichenden »Kultur der Abhängigkeit«. Mitleid wäre folglich ganz unangebracht, denn Armut ist eben die Belohnung für den »Arbeitsscheuen« und »Schnorrer«, der sich auf die »Etwas-für-Nichts-Gesellschaft« verlässt, usw.

Freilich entschuldigte sich der Designer. Dies sollte durchaus ernst genommen werden, da solche Entschuldigungen nicht zuletzt darauf hinweisen, wie sehr die sozialen Welten innerhalb einer eng vernetzten und integrierten globalen Ökonomie voneinander abgekoppelt sind. Obwohl Galliano »beim täglichen Jogging« Obdachlose gesehen haben mag, lässt sich das Gesamt-»Konzept« der Show als Symptom einer umfassenden Erfahrungsblindheit verstehen, die in dem von kontrollierten Durchlässen durchzogenen Gebiet, der City oder dem Themenpark, als den Kontrapunkten zu der ghettotisierten Siedlung und den Sperrbezirken, wirksam ist. Dass soziale Gegensätze und Ungleichheit sich im Raum darstellen, ist freilich nicht neu. Friedrich Engels hat das 1844 am Beispiel von Manchester anschaulich beschrieben:

Die Stadt selbst ist eigentümlich gebaut, so daß man jahrelang in ihr wohnen und täglich hinein- und herausgehen kann, ohne je in ein Arbeiterviertel oder nur mit Arbeitern in Berührung zu kommen [...] Und das schönste bei der Sache ist, daß diese reichen Geldaristokraten mitten durch die sämtlichen Arbeiterviertel auf dem nächsten Wege nach ihren Geschäftslokalen in der Mitte der Stadt kommen können, ohne auch nur zu merken, daß sie in die Nähe des schmutzigsten Elends geraten, das rechts und links zu finden ist. (MEW 2, 276, 279)

Ein weiteres schlagendes, wenn auch weniger bekanntes Beispiel ist Cutteslowe, ein Vorort von Oxford, wo 1934 die Besitzer einer neu entstandenen Einfamilienhaus-Siedlung die Errichtung einer Mauer verlangten, um sie von einer benachbarten Siedlung abzugrenzen, deren Nähe den Wert ihrer Residenzen schmälerte. Erst 1959 wurde die Mauer abgetragen (vgl. Bentley u.a. 1994, 120f). Diese Polarisierung, die von David Harvey als Zerfall in gegeneinander verselbständigte »absolute Räume« beschrieben wurde (1985, 79), wiederholt die beispiellose Polarisierung der Einkommen während der letzten zwanzig Jahre im Einklang mit der neoviktorianischen Ideologie, die sie legitimiert. Bezeichnender ist jedoch die Dreistigkeit der Modewelt, die Engels wohl noch nicht kennen konnte: In einer Welt wachsender »absoluter« Abgrenzung – mit einerseits einem Trend zu verschärfter räumlich-sozialer Blindheit sowie inzestuöser Selbstbezogenheit der Medien und andererseits wachsender Isolierung und Marginalisierung bis hin zum Verlust des Wahlrechts – bleibt als einzige Verbindung zwischen Dior und den Obdachlosen eine rein fiktionale: diejenige zwischen der Medienwelt (für die die Modewelt mit ihren Models, ihrer Jugend, ihrer selbstbewussten Kurzlebigkeit und ihrer Vorliebe für Kokainkonsum bezeichnend ist¹) und den Bildern von Armut, die sie selbst hervorbringt. Postmoderne Schlüsselbegriffe wie »radikale Andersheit«, »Selbstreferentialität« und »Verlust des Referenten« nehmen unerwartet eine neue Färbung an, wenn man sie auf ihre Umgebung, die neofeudalen/neoliberalen kapitalistischen Verhältnisse bezieht: vom Inselstandpunkt der Mode- und Medienwelt (mit ihrer bemerkenswerten Fähigkeit, die eigenen und weitgehend selbstbezogenen Erzählungen und Darstellungsweisen weltweit zu vermarkten) ist die *Wirklichkeit* von Obdachlosigkeit und Armut tatsächlich bedeutungslos, da deren Status eines Referenten »dort draußen« objektiv und materialiter keine Rolle spielt.

Es geht hier um den kolonisierenden Prozess des Zur-Ware-Machens, wobei der Kapitalismus sein endemisches Akkumulationsproblem ständig löst und von Neuem aufwirft. Äußerste Entbehrung wird einfach als »ein anderer Stil« rekonstruiert und von den in Entbehrung Lebenden unter Marktgesichtspunkten abgezogen. Insofern Armut und Obdachlosigkeit einfach ein weiterer Stil im Angebot sind, den man im Geiste eines selbstbewussten, endlosen Pastiche wählen kann, begrüßt die Postmoderne gewiss den populistischen Antielitismus: Reiche und Arme haben alle das

1 Ich beziehe mich hier teilweise auf Fredric Jamesons Überlegungen hinsichtlich der »unzulässigen metaphorischen Verbindung« oder »Analogie« zwischen der Repräsentation des freien Marktes und den Medien selbst (1991, 275).

gleiche Recht auf Stil, jenseits tückisch naturalisierter Kanons und Hierarchien. Ist nicht der Ausdruck »clochard chic« das perfekte Beispiel einer postmodernen Collage im Stil eines Oxymorons? Postmoderne Heterogenität müsste hier wiederum gelesen werden als bequeme Falschbezeichnung für undifferenzierte Äquivalenz und Austauschbarkeit, womit wir wieder bei Marx' Kritik bürgerlicher »Freiheit« und »Gleichheit« sind – als Ausdrücken, die noch heute die Zirkulation der Waren charakterisieren.

Wir haben gute Gründe anzunehmen, dass der moralische Affront, mit dem der Designer und die Show ihr Profil schärften, bewusst geplant war; wo sich die Werbebotschaften drängeln, in die manche Unternehmen mehr Kapital investieren als in die »traditionelle« Produktion, genießt das Sich-Hervortun absoluten Vorrang, wie immer es genau ankommen mag.² Das gilt besonders in einer kulturellen Umgebung, in der der Nachdruck auf Pastiche und Selbstironie den Weg bereitet hat für eine »Lager«-Logik, der gemäß das Bewusstsein von der eigenen Geschichtlichkeit nur mittels eines selbstbewussten Zeichensetzens entwickelt werden kann. Das Überschreiten ist bloße Manier ohne Inhalt; wirkliches Überschreiten würde auf der Annahme beruhen, dass es so etwas wie Grundwerte tatsächlich gibt, denen wir dauerhafte metaphysische Anerkennung schulden. Das erklärt teilweise, warum eine andere Welle, die in Frankreich als »porno chic« bekannt wurde, sich im Laufe der letzten fünf Jahre als widerstandsfähiger erwiesen hat. Der Trend war ebenfalls von Dior-Galliano initiiert worden, bevor er von Yves Saint Laurent, Sisley oder Emanuel Ungaro aufgenommen wurde. Weibliche Models, vorzugsweise spindeldürre, tragen die neueste Kollektion, während sie sich mit Maschinenöl einschmieren und den Eindruck erwecken, brutal misshandelt, wenn nicht vergewaltigt worden zu sein. Vor dem Hintergrund einer sich vor allem aus dem »freien« Osteuropa speisenden massenhaften Prostitution, der Tatsache, dass in Frankreich jedes Jahr bis zu vierhundert Frauen aufgrund häuslicher Gewalt sterben, aber auch einer weitgehend diskreditierten politischen Sphäre und eines zunehmenden Irrationalismus (sei es derjenige ultrarechter Parteien und Kulte, das wachsende Interesse an Astrologie oder Rubbellosen als Alternative zur Weltrevolution), greift die mächtige Ästhetisierung von Armut, Obdachlosigkeit und sexueller Brutalität – in anderen Worten: die Ästhetisierung von Unterdrückung, gesellschaftlicher wie sexueller – auf eine ganze Tradition zurück: den Faschismus. Man darf sich fragen, welche Rolle zwei Jahrzehnte einer aggressiv gegen die Aufklärung gerichteten Postmoderne bei dieser bedauerlichen Wiederbelebung gespielt hat. Wer mehr über Gallianos »clochard chic« erfahren will, findet aufregende Leckerbissen aus der Welt der Models und der Haute-Couture unter www.fashist-online.com.

2 Vor einigen Jahren zündete der französische Musiker Serge Gainsbourg eine Zigarre mit einem 500-Francis-Schein an – im Fernsehen, live. Eine Woche später, nachdem der öffentliche, d.h. mediale Aufschrei groß gewesen war, bemerkte Gainsbourg ruhig, er hätte nie gedacht, für so wenig Geld so viel Publicity zu bekommen.

Postmarxismus oder Antimarxismus?

Wenn wir die intellektuelle Geschichte der Postmoderne seit Anfang der 70er Jahre von heute aus betrachten, will sich ein klares Profil dieser ganzen Filiation nicht einstellen. Wie Alex Callinicos (1989, 2f) gezeigt hat, sind zumindest drei Aspekte zu unterscheiden: derjenige, der auf die Architektur zurückgeht; ein zweiter, der unauflöslich verbunden ist mit den Namen Lyotard, Baudrillard und wer immer sonst noch von den französischen Denkern importiert wurde mit dem ›poststrukturalistischen‹ Etikett; ein dritter, der mit aktuellen Veränderungen in Wirtschaft und (der nunmehr ›postindustriellen‹) Gesellschaft zu tun hatte. Auf Entwicklungen in der US-Philosophie auf der Linie von Rortys kommunikationstheoretisch verhandeltem Wahrheitsbegriff darf als vierte Komponente verwiesen werden. Man wird sich also auf mehreren Feldern bewegen müssen, wenn man die durch den Ausdruck auf unzulässige Weise neutralisierten Unterscheidungen und Widersprüche reaktivieren will. Einen zuverlässigen Ausgangspunkt bietet das ›Ankommen‹ von Derridas Arbeiten im englischsprachigen Kontext. Eine Analyse der Lektüre von Deleuzes Werken, angefangen mit der Geschichte ihrer Übersetzung und Veröffentlichung, wäre ein anderer. Auch wenn die Notwendigkeit und akademische Legitimität eines solchen Untersuchungsprogramms schwer in Frage zu stellen ist, möchte ich behaupten, dass es den Nachteil hat, den Homogenisierungsprozess potenziell zu verdunkeln, der eine spezifische Bezugnahme in ein allumfassendes Paradigma verkehrt. Hinsichtlich des zweiten Aspekts fühlt man sich zu der Annahme verpflichtet, dass Postmoderne (was immer später falsch lief) zunächst eine linke, wenn nicht gar revolutionäre Angelegenheit war: Lyotard kam bekanntlich von einer radikalen Organisation, die sich »Sozialismus oder Barbarei« nannte; die frühen Stufen von Baudrillards akademischer Karriere waren geprägt durch die Bekanntschaft mit Henri Lefebvre – dem großen französischen Marxisten, wenn es da überhaupt einen gab; Foucaults und Guattaris Aktivismus in den 70er Jahren lassen sich leicht als Versuche verstehen, linke Alternativen zum Dogmatismus einer stalinistischen Französischen Kommunistischen Partei zur Geltung zu bringen, usw. Hinzu kam, dass diejenigen, die Englisch schrieben und das Problem der Postmoderne als eines neuen ideologischen Paradigmas in einer marxistischen Perspektive aufgriffen, von der selbstverständlichen Voraussetzung ausgingen, dass ihre Diskussionen innerhalb einer plural definierten Linken stattfanden.³

Man kann sich vorstellen, wie verwirrend und schmerzhaft der Aufstieg der »rechten Linken« (›gauche de droite‹) für eine ältere Generation von Aktivisten und Denkern gewesen sein muss. Der Literaturkritiker und -theoretiker Tony Bennett (1979; 1990) stellt dabei einen ziemlich verzwickten Fall dar, bewegte er sich doch

3 Jameson räumte bedauernd ein, dass er gegen seine »ureigenen politischen Überzeugungen den Eindruck erweckt haben mag, alle ›Feinde‹ seien auf der Linken zu finden« (1991, 408). Terry Eagleton sieht in ›Postmoderne‹ mehrfach eine Markenbezeichnung für »Linksradikalismus« (vgl. etwa *The Illusions of Postmodernism*, Blackwell 1996).

von einer vielversprechenden Synthese von Raymond Williams und Louis Althusser zu einer offen postmarxistischen Kritik marxistischer Literaturtheorie ..., wobei er um so mehr auf Marx zurückgriff. Am anderen Ende des Spektrums machte sich Thomas Docherty zum Anwalt einer Art radikalen Denkens, dessen Voraussetzung in nichts weniger als einer vollständigen »Absage an den Marxismus« bestand, da Institutionalisierung und »größtheoretische« Ansprüche diesen in einen »Hort der Reaktion« verwandelt hätten (Docherty 1990, 206). Dochertys *After Theory* ist ein besonders typisches Beispiel für eine antimarxistische und dennoch linksgerichtete Postmoderne und verdient daher etwas mehr Aufmerksamkeit.

Nach Docherty ist der Marxismus (der ausschließlich am habermasschen Erscheinungsbild abgelesen wird) die Fortsetzung aufklärerischer Rationalität und folglich tyrannisch, da er dazu verurteilt ist, das Kapitalsystem zu wiederholen, dem er sich anscheinend entgegenstellt, mit dem er sich in Wirklichkeit jedoch abfindet: »Habermas und die Marxisten sind die eigentlichen Neokonservativen« (207). Statt eines ökonomistischen Reduktionismus sollte dieses Feld der »Magie« und einer »Art kritischer Unverantwortlichkeit« überlassen werden (217); »Verantwortlichkeit« bedeute nur Willfährigkeit gegenüber einer stummen Matrix gesellschaftlicher Normen, wodurch Verantwortlichkeit gegenüber einem Anderen in Wirklichkeit auf Konformität mit einer selbstidentischen, unechten Normativität hinauslaufe. Dies hätte die Grundlage einer aktuellen Kritik neoliberaler Strategien sein können, die Armen für ihre Lage selbst verantwortlich zu machen. Der nächste Schritt geht freilich in eine ganz andere Richtung: Da der Marxismus seinerseits eine Erklärungsweise gesellschaftlicher und geschichtlicher Erscheinungen sein will, ist er unrettbar normativ, blind für »Alterität und Heterogenität«. Folglich impliziere eine Lektüre feministischer Probleme in marxistischen Termini des Klassenkampfes eine totalisierende – mithin grundsätzlich terroristische und imperialistische (214) – Umkodierung von Heterogenität in Homogenität. »Das Streben nach Wissen wird von seiner Orientierung auf Macht und Herrschaft gereinigt. Statt die Welt und die Geschichte »verständlicher« zu machen, akzeptiert diese postmarxistische Position die grundsätzliche Unerkennbarkeit der Welt und ihrer Geschichte.« (213) Pragmatismus, Rorty »und die anderen« (die in Wirklichkeit »nichts weiter sind als das akzeptable Gesicht einer neuen Rechtsideologie«), wandern zusammen mit »Habermas und dessen marxistischen Gefolgsleuten (einschließlich post/strukturalistischen Marxisten wie Althusser oder Jameson)« in ein und denselben Sack der Metaphysik. »Dahinter steht ein metaphysischer Glaube an eine sich selbst präsente Wirklichkeit, eine Wahrheit.« (209) Man wagt kaum zu denken, was denn von »Alterität und Heterogenität« übrigbleibt, wenn ganz offensichtlich die einzig gültige Version von »Alterität und Heterogenität« die eigene ist.

Eine eigentliche Diskussion über das marxistische Verständnis von Wirklichkeit würde zeigen, dass es wesentlich durch die Tendenz-Kategorie des Möglichen bestimmt ist. In keiner ernsthaften Diskussion wird behauptet, es gehe nur darum, zu einer letzten bzw. ersten Ebene der Interpretation überzugehen. Dass die Idee der Wirklichkeit selbst in eine epochale Krise geraten ist, macht viel Lärm um

eine Auffassung, die seit langem im Marxismus beheimatet ist, heißt ›Krise‹ doch gerade, dass es eine statische Auffassung von Wirklichkeit nicht geben kann. Marx' Theorie des Warenfetischismus zeigt, dass die kapitalistische Wirklichkeit ihr eigenes Missverstehen mit produziert. Gewiss stellen sich hier viele Fragen. Sie auf eine bloß metaphysische Rhetorik des ›Enthüllens‹ zu reduzieren, läuft auf einen Gewaltstreich hinaus – jenseits von Theorie, in der Tat. Indem Michel de Certeau in den postmodernen Kanon eingegliedert wird, nimmt der Streich sich seine Schlagkraft: Zwar problematisierte de Certeau Geschichtsschreibung (vgl. 1975, Teil 1), hörte deshalb aber nicht auf, Historiker zu sein, und der Nachdruck, den er in *Kunst des Handelns* auf »Taktiken« legte, reklamierte ausdrücklich ein allgemeines Verständnis erkennbarer »Strategien« – seien es urbane, kommerzielle, militärische oder administrative. Aber das größte Unglück, das Dochertys Verständnis von Postmarxismus zustieß, war, dass sein Interesse an der Befreiung des Denkens von der domestizierenden und rückwärtsgewandten Wiederkehr des Immergleichen, sein Eintreten für einen irdischen Mystizismus, der für die unaussprechliche Andersheit des authentisch Neuen empfänglich ist, bereits einen philosophischen Vorläufer hatte, nicht Habermas, sondern den deutschen marxistischen Philosophen Ernst Bloch (der durch einen bewundernden Lyotard seines revolutionären Inhalts entkleidet wurde⁴). Solch eine großzügige Lektüre hätte freilich die Positionierung eines postmarxistischen Postmodernismus auf der Linken verzögert. *After Theory* wollte gerade das Sprachrohr von Interessen sein, die die Arbeiterklasse allzu lange vernachlässigt hatte: »die Revolten der Schwarzen, der Feministinnen, der Jugendkultur, der Arbeitslosen usw. [...] operieren auf einer viel radikaleren Ebene als derjenigen bloßer ökonomischer Ausbeutung« (Docherty 1990, 204). Der Postmarxismus bemerkte nicht, dass diese »nicht-marxistischen« Revolten und »politischen Meinungen« – die nicht in den Gegensatz von Arbeit und Kapital hineinpassen – genau jene Teile der Bevölkerung in Thatchers Großbritannien betraf, die herausgegriffen wurden in der Absicht, den massiv deindustrialisierten Arbeitsmarkt nach unten zu flexibilisieren und anzupassen.

Die Frauen sind das eklatanteste Beispiel: Seitdem man Anfang der 80er Jahre begonnen hat, der auf dem Arbeitsplatz beruhenden traditionellen Solidarität den Garaus zu machen, fiel die männliche Beschäftigung um 1,5 Millionen, während die weibliche Beschäftigung zwischen 1979 und 1988 um 600 000 zunahm. Frauen, die einen Job im Dienstleistungssektor aufnehmen, bilden auf Grund von Teilzeitarbeit und geringer Bezahlung, die meist nicht einmal die durch den Arbeitgeber zu entrichtenden Sozialversicherungsabgaben enthält, die ersten Bataillone des »working poor«. »Im Jahre 1981 waren 5 Prozent alleinstehender Frauen teilzeitbeschäftigt, aber 32 Prozent der verheirateten Frauen arbeiteten in dieser Weise. Um 1985 waren 25 Prozent aller Jobs Teilzeitbeschäftigungen.« (Pollard 1992, 393f)

4 Vgl. »Puissance des traces, ou contribution de Bloch à une histoire païenne«, in: *Utopie. Marxisme selon Ernst Bloch*, hg. v. G. Raulet, Paris 1976, 57-67. Vgl. auch Lyotard, *Rudiments païens*, UGE 1977.

Während zwischen 1981 und 1985 Vollzeit Arbeitsplätze um 1,02 Millionen (6 Prozent) zurückgegangen sind, nahmen prekäre Beschäftigungsformen um 1,15 Millionen zu (16 Prozent) und machen nunmehr ein Drittel aller Arbeitsplätze aus (vgl. *Financial Times*, 5.2.1987). Das Lohngesetz von 1986 entzog jungen Arbeitern (unter 21) den Schutz der *Wages Councils*, die seit 1909 Minimallohne in den schlecht organisierten Industriezweigen durchgesetzt hatten. Die *Wages Councils* wurden allesamt 1993 abgeschafft. Ähnlich wollte die Regierung Balladur 1994 den »Contrat d'Insertion Professionnelle« einführen, was bedeutet hätte, dass Jobanfänger nur noch 80 % des Minimallohnes verdienen. Der Plan wurde durch Massendemonstrationen junger Leute verhindert, deren Anliegen für die postmodernen Anhänger postklassenmäßiger und »nicht-oppositioneller«⁵ Revolten auf enttäuschende Weise ökonomistisch wirken musste. Lionel Jospins Regierung der »pluralen Linken« führte ebenfalls ein System von »Arbeitsplätzen für junge Leute« ein, die es dem Staat erlaubten, zehntausende halbprivater, nicht-dauerhafter Stellen im öffentlichen Sektor zu schaffen. All das zeigt unzweideutig, dass Frauen und junge Leute seit Anfang der 80er Jahre das privilegierte Ziel eines massenhaften Proletarisierungsprozesses waren, der in einer neuen dauerhaften Situation von Massenarbeitslosigkeit vielfältige Vorteile hat, vor allem auf Grund der härteren Konkurrenz unter den Arbeitslosen, die sich unvermeidlich in niedrigen Löhnen niederschlägt. Was Einwanderer aus ärmeren Ländern betrifft, so entsprechen sie zumindest potenziell – und vielfach faktisch – dem Traum von der idealen »Arbeitskraft«, denn ohne ihre Familien, Kinder und ohne Rechte, wenn ihre Illegalität sichergestellt wurde, reduzieren sich die Kosten ihrer Arbeitskraft beträchtlich, nicht nur für den Unternehmer, sondern auch für den Staat: Leute ohne zivile Existenz verlangen keine kostspieligen Investitionen in Schulen, Wohnungen, Sozialhilfe oder Dienstleistungen für werdende Mütter. Zweifellos wird der geträumte Radikalismus der neuen, nicht-marxistischen, nicht-ökonomischen und nicht-oppositionellen Politik weitgehend von den Werbeagenturen geteilt, die hier das Rohmaterial für ihre eigenen Glanzpapierversionen des »Neuen« und »Anderen« finden.

Postmodernismus als Postmarxismus, obwohl in Einklang mit den traditionellen Themen der Linken (»das kapitalistische System« – seinerseits ein Rückfall in eine gefährliche Totalisierung – Frauen, Minderheiten, die jungen Leute ...), kann sich 1) als bösartig antimarxistisch erweisen, 2) im besten Falle als ein unproduktives Ablenkungsmanöver, 3) im schlimmsten Falle als anschlussfähig an einen avantgardistisch-faschistischen Stil der Ästhetisierung von Politik. Ein schlagender Beweis liefert David Cannadines *Class in Britain*, wo ein nunmehr völlig versteinertes postmodernes Dogma, das mit einer Reihe biologistischer Annahmen der beunruhigendsten Sorte einhergeht, dazu dient, soziale Ungleichheit auf neoliberaler Linie zu

5 «Opposition«, in welcher Form auch immer, ist dem postmodernen Lebensgefühl nicht genug. »Es ist gerade »bloße Opposition«, die das kapitalistische System befähigt, sich selbst zu revitalisieren und sein Funktionieren zu sichern« (Docherty 1990, 210f).

rechtfertigen (vgl. Labica 2002). Bei dem Versuch, den Marxismus ein für allemal in seinen Sarg zu nageln, erweist sich der Historiker auf eine so beklemmende Weise als inkompetent, dass er wahrscheinlich keinen Finger übrig hat, um denjenigen von seinen Studenten zu drohen, die noch immer zu E.P. Thompson zurückkehren wollen.

Kulturelle Konzentration und ihr umgekehrtes Bild auf der postmodernen Netzhaut

Ich habe zu zeigen versucht, dass Dochertys aggressive Stigmatisierung der ›Wahrheit‹ und die damit verbundene Rhetorik des Enthüllens nicht darum herkommt, ihrerseits auf die Rhetorik des Enthüllens zurückzugreifen. Der Widerspruch, der darin besteht, den metaphysischen Unterbau der Enthüllungs-Rhetorik selbst zu enthüllen, verliert freilich einen Großteil seines Charmes, wenn wir uns jener wenig verlockenden historischen Form der Vermittlung intellektuellen Lebens zuwenden, die nicht »Text«, sondern »Buch« genannt wird. Trotz des Sturmlaufs gegen die Aufklärung scheint *After Theory* zumeist zu vergessen, dass es selbst ein Buch ist und als solches an eben jener materiellen – und doch höchst symbolischen – Vermittlung partizipiert, die uns die Aufklärung hinterlassen hat; das Buch ist die größte geschichtliche Waffe gegen den Aberglauben, die Macht der Priester, den Betrug der Tyrannen und deren unantastbare Privilegien (vgl. Kupiec 1998). Das Buch und seine Verbreitung ist und bleibt ein Terrain des politischen Kampfes, auf dem das ›Enthüllen‹ der wirklichen Absichten eines Gegners eine zentrale Bedeutung behält. In dieser Hinsicht soll *After Theory* uns ›die Augen öffnen‹ für die tyrannischen Verneblungen des Marxismus, aber auch des Rortyismus, des Dekonstruktivismus, der Neuen Rechten, der Metaphysik und der priesterlichen und abergläubischen Bezugnahme auf Wahrheit, die die Stellung eines ›Gottes‹ einnimmt. Dochertys Buch mit seiner fein säuberlichen Einteilung in Kapitel, seiner geflissentlichen Beachtung akademischer Konventionen, die Glaubwürdigkeit und Wahrheitsliebe suggeriert, bewegt sich wie selbstverständlich innerhalb der Grenzen der Grammatik und Dramaturgie der Aufklärung. Die Rede von ›Unverantwortlichkeit‹, ›Magie‹, ›Nichterkenntlichkeit der Welt und der Geschichte‹ wird durch die genau beachtete akademische Form dementiert.

Wie lässt sich das gegensätzliche Verlagsglück erklären, das Foucault in der englischsprachigen Welt im Gegensatz zu de Certeau zuteil wurde (und das mit dem intellektuellen Kaliber gewiss nichts zu tun hat)? Und wie kommt es, dass Foucaults pessimistischer Nachdruck auf Macht nie im Zusammenhang gesehen wurde mit de Certeaus »taktischer« und hoffnungsvoller Auffassung, die komplementär dazu angelegt ist (um nicht zu sagen ein Gegengift ist). Dieselbe Frage könnte für ein weiteres und weit mehr antagonistisches Paar gestellt werden: Heidegger und Bloch. Blickt man in die andere Richtung, nach Frankreich, liegen die Dinge noch klarer: Warum rückt die französische Medienindustrie so etwas wie Fukuyama, Rifkin und Huntington mit solcher Eilfertigkeit ins Bild? Kein einziges Buch hingegen über die Lage der Gegenwart oder intellektuelle Debatten von Jameson, Harvey oder

Eagleton⁶ gerieten auch nur in die Nähe einer Veröffentlichung. (Raymond Williams war ebenfalls souverän ignoriert worden.) Was Habermas betrifft, so fragt man sich, wie ein ursprünglich *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus* genanntes Buch unter dem Titel *Après Marx (Nach Marx)* verkauft werden konnte. Was die Übersetzung von Hobsbawms *Age of Extremes* angeht, so kam es hier zu einer ideologischen Kontroverse, bis die Sache durch einen belgischen Verleger (Editions complexe) in Zusammenarbeit mit der Wochenzeitung *Le Monde Diplomatique* schließlich geregelt wurde. Inzwischen war das Buch in fast dreißig Ländern erschienen, darunter eher kleinere Sprachgemeinschaften wie Litauen, Moldawien und Island (vgl. Hobsbawms Vorwort zur französischen Ausgabe von 1999).

Das alles ist gewiss nicht neu: die Politik des Buches und seiner Verbreitung ist so alt wie die Bücher selbst. Aber solch eine allgemeine Versicherung soll uns nicht davon abhalten, die Wende in Blick zu nehmen, die zu Beginn der 80er Jahre einsetzte. David Harvey hat auf die stillschweigende Übereinstimmung hingewiesen, die zwischen postmoderner Zelebrierung des Todes der großen Erzählungen und der Erklärungsparadigmen mit dem Rattenschwanz von Fragmentierung, Differenz, Hybridität, Heterogenität und den grundlegenden Verschiebungen im Regime der Wertrepräsentation besteht, die gemeinhin Geld genannt wird (vgl. Harvey 1992, 296ff; 1996, 11 und 150-57): größere Unbeständigkeit der Wechselkurse, finanzielle Deregulierung und, in Thatchers Großbritannien zumindest, unkontrollierte Bankkredite auf private Anleihen (vgl. Pollard 1992, 386f). Wir stehen vor dem Paradox, dass der Diskurs der Desintegration mit einer beispiellosen Phase der Konzentration in der Kulturindustrie zusammengeht, wobei der erstere das umgekehrte Bild des letzteren zeigt. Was bleibt von »Heterogenität«, »um sich greifender Vielfalt«, »Mikro-Erzählungen«, wenn, nach einer intensiven Phase von Fusionen und Aufkäufen seit Mitte der 80er Jahre im Verlagsgeschäft, die globale Unterhaltungsindustrie mit ihren Verlagsabteilungen von etwa zwanzig Großunternehmen dominiert wird?⁷ Die hauptsächlichen Folgen von Konzentration dürften nicht unbekannt sein: schärferer Wettbewerb um wenige Erfolgsautoren; Handelskriege auf der Ebene des Vertriebs, wo Überproduktionsstrategien darauf zielen, Konkurrenten hinauszudrängen, indem man möglichst viel Regalraum in Anspruch nimmt; erhöhter Kapitaleinsatz in Marktstrategien; Konzentration des Vertriebsnetzes unter dem Einfluss expandierender Buchhandelsketten⁸; schließlich steigende Mieten in den Stadtzentren und Einkaufspassagen mit der »natürlichen« Folge, dass die kleineren Buchhandlungen verschwinden. Wenn also die Postmoderne mit der Deregulierung des ganzen geschichtlichen Regimes einer auf Geld basierenden Wertsymbolisierung

6 Mit der Ausnahme seiner *Literary Theory*, die allerdings auf die oberen Regalbretter in Fachbuchhandlungen verbannt wurde.

7 Die von Caroline Davis bei der Oxford Brookes University erstellte Internetseite zu »Conglomeration and Globalisation« erwähnt insgesamt »213 Fusionen und Aufkäufe im US-Verlagsgeschäft« in den 80er Jahren (www.brookes.ac.uk/schools/apm/publishing/culture/conglom/conghist.htm).

8 Zwischen 1984 und 1987 eröffneten die sechs größten britischen Buchhandelsketten (Blackwells, Hammicks, Hatchard, Pentos, Sherrat & Hughes und Waterstones) 98 neue Geschäfte.

zusammenhängt, dann müssen ihre Schlagworte als ebenso viele umgekehrte Bilder einer zunehmend exklusiven Kulturindustrie gelesen werden, deren transnationale Unternehmen ein vitales Interesse daran haben, die vielfältigen Vorlieben ihrer Kunden als Kontrapunkt zu ihrer reduktionistischen Profitlogik zu rühmen.

Mag der Neoliberalismus den Referenten?

Die postmoderne Wende zum Diskurs bedarf einer weiteren Kontextualisierung hinsichtlich des akademischen Umfelds, das der neoliberalen Tagesordnung in gleicher Weise unterworfen ist und sich in Haushaltskürzungen ausdrückt, leistungsorientierter Bezahlung, verbreiteter Jobunsicherheit für eine Großzahl teilzeitbeschäftigter Dozenten⁹, Intensivierung der Arbeit für den vollzeitbeschäftigten Lehrkörper, massiven Lohnerhöhungen an der Spitze des Baumes, Überführung von Kapitalvermögen aufgrund von Landeigentum in Finanzspekulationen¹⁰, sich verschlechternder Unterbringung der Studenten, Kürzung von Stipendien, Einführung von Studiengebühren und Privatisierung der Studentischen Kreditanstalt. Man könnte leicht argumentieren, dass die Wende zum Diskurs, oder der ›linguistic turn‹, um einen bekannteren Ausdruck zu verwenden, mit der Krise der Referenzialität als seiner offensichtlichsten Beigabe, die bestmögliche Anpassung an schwindende Möglichkeiten für kostspieligere Forschung war, etwa für aufwendige Untersuchungen und Feldforschungen in Geographie, Ethnologie oder Soziologie. Wenn wir ferner berücksichtigen, dass es darauf ankommt, rasch zu publizieren, um seine Position auf einem unsicheren akademischen Arbeitsmarkt zu verbessern, haben wir gute Gründe, um den Nachdruck auf ›Diskurs‹ als die Sprache zu begreifen, in der die akademische Sphäre ihre eigene Integration in die nunmehr herrschende ›Kultur‹ der Flexibilität vollzog.

Diese Funktion der Postmoderne als der Stimme neoliberaler Normalisierung zeigt sich ferner in der naiven Annahme, dass investigativer Journalismus etwas mit der *raison d'être* der Profession zu tun hat. Nick Cohen erklärt beredt, dass »das Verniedlichen des Kapitalismus den Nachrichtenraum hat schrumpfen lassen«, wobei investigativer Journalismus ins Hintertreffen geriet zugunsten von Diskurs und konstruierten Darstellungen:

Vor dreißig Jahren hatte ein Drittel aller Journalisten seinen Sitz außerhalb von London – entweder in der Provinz oder im Ausland. Ihre Aufgabe bestand darin, von der Welt jenseits der Zentrale zu berichten. Keine einzige landesweite Zeitung hat inzwischen noch einen Reporter in Wales [...], und 90 Prozent der im Inland tätigen Journalisten sitzen in London. [...] Nachrichten kommen über Agenturen, übers Telefon oder von der [...] Werbeindustrie. David Mitche, ein lokaler PR-Berater, schätzt, dass die Anzahl der Werbeagenturen und -abteilungen

9 1993 waren an der Polytechnischen Schule von Central London, heute University of Westminster, bis zu drei Viertel des Lehrkörpers der Sprachenschule teilzeitbeschäftigt, in großer Mehrzahl Frauen, die bis zu drei verschiedene Beschäftigungsverhältnisse unterhielten.

10 Eine Anzahl von Colleges in Oxford sind dafür Beispiele, bisweilen mit katastrophalen Folgen.

von 766 im Jahre 1967 auf 9200 im Jahre 1997 gestiegen ist. Das Geschäftsvolumen beläuft sich auf 2,3 Milliarden Pfund im Jahr und scheint rezessionsresistent. In Großbritannien gibt es heute 25 000 PR-Leute und 50 000 Journalisten – ein Überredungskünstler auf zwei Vermittler. Zwar hat Großbritannien Amerika noch nicht eingeholt, wo die PR-Leute die Journalisten überflügelt haben und die letzteren Mann zu Mann bearbeiten, aber der Trend ist eindeutig und Parität nur eine Frage der Zeit. Mitchies Kollege, Quentin Bell, schätzt, dass 80 Prozent der Wirtschaftsnachrichten und 40 Prozent der allgemeinen Nachrichten direkt dem Mund von PR-Leuten entstammen. (Cohen 1999, 126f)

In diesem Fall scheint der »Verlust des Referenten« – und der daraus folgende »linguistic turn« – so eindeutig und unverhohlen materiell bestimmt, dass jeder auf die Diskreditierung materialistischer Erklärungsansätze erpichte Diskurs, der das freie Spiel des Signifikanten preist, den Verdacht erregen muss, mit den zynischsten Propaganda- und Manipulationsstrategien im Bunde zu sein. Cohen bemerkt ferner:

Es war das Schicksal des glücklosen Schreiberlings, dass das Versiegen der Gelder zur Nachrichtenbeschaffung mit einem intellektuellen Wandel zusammentraf, der den Willen zu berichten untergrub [...]. Man muss sich nicht besonders anstrengen, um die Verbindung zu sehen zwischen Baudrillards Behauptung, der Golfkrieg habe nicht stattgefunden, und Murdochs Prahlerei, dass es nicht darauf ankomme, ob die Hitler-Tagebücher gefälscht sind, weil Zeitungen zum »Unterhaltungsgeschäft« gehören. (131f)

Die Kombination aus akademischem Diskursgerede, Mediennarzissmus und Kultivierung institutioneller Blindheit schuf die objektiven Bedingungen für eine glaubwürdige Rhetorik von der Vorherrschaft des Diskursiven, der Simulation, des Fiktionalismus und des Verschwindens des Wirklichen bzw. des Referenten. Dieselbe Zeitspanne war bekanntlich gekennzeichnet durch rasche Deindustrialisierung, den Zerfall von Gemeinden durch den Wegfall von Arbeitsplätzen, die allgemeine Fragmentierung des Arbeitsmarktes, das Auftauchen neuproletarischer Bataillone ohne Organisations- und Kampftradition, die durch rasch expandierende Dienstleistungsindustrien absorbiert wurden oder deregulierten Tariflöhnen ausgeliefert waren, die Langzeitarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Anders ausgedrückt: diese Zeitspanne ist gekennzeichnet durch die relative Erschütterung der materiellen, institutionellen und geographischen Basis von Klassenbewusstsein und Solidarität. Die daraus resultierende Stimmlosigkeit und Unsichtbarkeit der Arbeiterklasse lässt sich ferner verstehen als die politische Vorbedingung für den erwähnten Prozess massenhafter Proletarisierung mit seinen unterschiedlichen Formen wilder Ausbeutung und materieller Not. Dieser (bei weitem zu knappe) Bezug auf das neoliberale Klima von Verarmung, Jobunsicherheit und sozialer und symbolischer Marginalisierung lässt die idealen, dezentrierten Subjekte der Postmoderne als die klimatisierte und ästhetisierte Variante der wirklichen, jedoch stimmlosen und »irrelevanten« Erfahrungen erzwungener Dezentrierung erscheinen, welche die Produktion und Aufrechterhaltung jeder »Reservearmee« verlangt. Die in die Illegalität gezwungenen Immigranten, die den nacktesten Formen direkter Ausbeutung ausgesetzt sind, die Obdachlosen, die Arbeitslosen (die in Frankreich inzwischen als »les sans« bezeichnet werden: *sans-papiers*, *sans-logement*, *sans-emploi* – diejenigen »ohne Papiere«, ohne Wohnung und ohne Arbeit), sie alle könnten zu Recht behaupten,

dass sie gewaltsam aus dem vertrieben wurden, was sie noch immer als ihre Identität anzusehen wünschen, und in eine Sturzflut heterogener und unbekannter Gewalten hineingeworfen worden sind, die sie daran hindern, etwas so Bestimmendes wie den Lohn, den sie verdienen, oder den Platz, an dem sie nächste Woche schlafen werden, überhaupt in Erwägung zu ziehen.

Der postmodernistische Kulturalismus und der Krieg

Fukuyama hat dem triumphierenden Neoliberalismus ›das Ende der Geschichte‹ geschenkt. Mit vergleichbarer Dienstfertigkeit entbietet Samuel Huntington dem niedergehenden Neoliberalismus, der zu direktem polizeilich-militärischem Zwang verurteilt ist, den ›Kampf der Kulturen‹. Wenn auch Huntingtons Werk keineswegs aktiv postmodern ist, zeigen seine Absicht wie sein Erfolg doch den Grad an Verhärtung, Banalisierung und Naturalisierung des jüngsten postmodernistisch-kulturalistischen Dogmas und dessen Antipathie für Geschichte. »In der Welt nach dem Kalten Krieg sind die wichtigsten Unterscheidungen zwischen den Völkern nicht mehr ideologischer, politischer oder ökonomischer Art. Sie sind kultureller Art.« (1997, 21) Huntington hat die Lehre vom identitären Weiterverbreitungsprinzip sehr gut verstanden, wenn er bemerkt, dass in »dieser neuen Welt [...] Lokalpolitik die Politik der Ethnizität (ist), Weltpolitik die Politik von Kulturkreisen« (24). Die Reflexion gründet sich jetzt auf eine neue Version fetischisierter kollektiver Identität, die den Status einer Grundstruktur annimmt, für die die Zeit nur vergeht, um die eigene Dauer zu bestätigen. Wenn Huntington glaubt, sich auf Geschichte zu beziehen, geht es ausschließlich um die Vergangenheit kollektiver Entitäten, die als archaische Strukturen auftreten und durch ein Prinzip in Bewegung gesetzt werden, das den Kampf zur grundlegenden Existenzweise erklärt:

Die sich verändernde Machtbalance zwischen Kulturkreisen stellt den Westen vor wachsende Schwierigkeiten, seine Ziele etwa zur Nichtweitergabe von Waffen, zu Menschenrechten und Einwanderung zu verwirklichen. [...] Die Fähigkeit des Westens, diese Strategien zu verfolgen, wird zum einen abhängig sein von der Art und Intensität der Konflikte mit den Herausforderer-Kreisen, zum anderen davon, wie weit er gemeinsame Interessen mit den ›Pendler‹-Kulturen finden und fördern kann. (330)

Die kommunitaristische, fetischistische, ahistorische und bellizistische Natur des huntingtonschen Kulturalismus zeigt sich auf ebenso unfehlbare wie beunruhigende Weise, wenn er den Ton des stammesmäßigen Primitivismus anschlägt: »Kulturen sind die ultimativen menschlichen Stämme, und der Kampf der Kulturen ist ein Stammeskonflikt im Weltmaßstab.« (331) Schon der Gedanke eines ›Kampfes‹ der Kulturen bietet dem Diskurs des irreduziblen Unterschieds ein erstaunliches Nachleben, einem Diskurs, den die würdevollen Denker der Totalität früher der höheren Ordnung einer Transzendenz (Gottes, des Klassenkampfes, der Wirklichkeit) zu unterwerfen suchten. So kommt es, dass der irreduzible Unterschied des Anderen und die authentische Begegnung, zu der er hätte Anlass geben können, sich heute in irreduzible Feindschaft verkehren und es einzig den F16 gelingt, die ganze